

MITTWOCH, 16. SEPTEMBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Benennungen in die interparlamentarischen Delegationen (Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen): siehe Protokoll

3. Waldbrände im Sommer 2009 (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. G20-Gipfel in Pittsburgh (24./25. September 2009) (Aussprache)

Der Präsident. – Das nächste Thema betrifft die Anmerkungen des Rates und der Kommission zum G20-Gipfel in Pittsburgh, der am 24.-25. September 2009 stattfindet.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*.-(SV) Herr Präsident, ich freue mich sehr, heute hier den schwedischen Ratsvorsitz zu repräsentieren. Der Ratsvorsitz und die Kommission werden die Europäische Union (EU) gemeinsam auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh am 24.-25. September vertreten. Morgen werden wir uns zu einem informellen Europäischen Rat in Brüssel treffen, um die gemeinsame Position der EU abzustimmen. Wie Sie wissen, hat die globale Finanzkrise weltweit Maßnahmen in nie zuvor gekanntem Umfang erforderlich gemacht:

Zunächst wurden rasche und tiefgreifende finanz- und geldpolitische Maßnahmen ergriffen, um den Finanzsektor und die Realwirtschaft zu stützen. In einem zweiten Schritt folgte die Koordinierung weltweiter Bemühungen und die Entwicklung der Rolle der G20, um ein Forum für eine solche Koordinierung bieten zu können, die Maßnahmen in Bezug auf die Regulierung der Finanzmärkte miteinschließt. Die finanz- und geldpolitischen Maßnahmen, die rasch getroffen werden konnten, waren unbedingt notwendig, um den Tiefpunkt der Finanzkrise überwinden zu können.

Die Unterstützung der EU-Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr wird auf insgesamt 5 % des BIP geschätzt. Die Zentralbanken reagierten auf die Krise, indem sie die Zinssätze unverändert nahe bei Null beließen. Wir gehen heute mit vorsichtigem Optimismus davon aus, dass in Bezug auf die gravierenden Probleme im Finanzsektor das Schlimmste hinter uns liegt. Die Wirtschaftslage bleibt jedoch instabil und es besteht die erhebliche Gefahr weiterer Rückschläge. Uns ist sehr wohl bewusst, dass in der nächsten Zeit die steigende Arbeitslosigkeit das beherrschende Thema sein wird. Die Lage ist zwar weiterhin unsicher, könnte jedoch weitaus schlimmer sein.

Abstimmung und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sind äußerst wichtig, um eine breite Erholung zu gewährleisten und die Maßstäbe für eine Rückkehr zu langfristigem und nachhaltigem Wachstum zu setzen, das auf solider Grundlage steht. Hierbei kommt den G20 auch in Zukunft eine zentrale Rolle zu. Die G20-Staaten werden zudem mit den internationalen Finanzinstitutionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass diese über ausreichend Ressourcen und eine einwandfrei funktionierende interne Organisation verfügen, um Wirtschaftswachstum stützen und finanzielle Stabilität weltweit sicherstellen zu können.

Der G20-Prozess führte zu folgenden aussagekräftigen Ergebnissen:

Zunächst liegt uns eine allgemeine Analyse der Problemstellungen vor, die unsere Volkswirtschaften in Mitleidenschaft gezogen haben. Auf den ersten Blick scheint dies kein großer Fortschritt zu sein; doch um wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, ist eine gemeinsame Sicht des Finanzsektors und der die Krise begründenden Probleme in der Realwirtschaft von wesentlicher Bedeutung.

Zweitens konnten wir hinsichtlich einer Anzahl konkreter Maßnahmen, die wir anlässlich des Frühjahrsgipfels in London vereinbart hatten, echte Fortschritte erzielen. Dazu gehörten ein umfassendes Konjunkturpaket für unsere Wirtschaften und eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte. Es konnte zudem sichergestellt werden, dass der Internationale Währungsfonds über genügend Mittel verfügt, um der Kreditnachfrage entsprechen zu können. Auch wurde die Fähigkeit der internationalen Finanzinstitutionen verbessert, damit sie zukünftig beim Auftreten ähnlicher Probleme rechtzeitig Warnsignale abgeben können.

Es bleibt viel zu tun, doch angetrieben durch koordinierte internationale Verpflichtungen konnten wir deutliche Fortschritte erzielen. Meiner Ansicht nach hat die EU, zusammen mit den anderen Mitgliedern der G20, viel erreichen konnten in Bezug auf etliche zentrale Fragen, die bei der Formulierung einer strategischen Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise wesentlich sind. Mithilfe unserer koordinierten EU-Strategie übernimmt Europa eine führende Rolle in der Debatte, anstatt sie nur mitzuverfolgen. Bei der Ausarbeitung globaler Lösungen werden insbesondere unsere Lösungsvorschläge in Betracht gezogen. Aus diesem Grund lädt der Ratsvorsitz die Regierungs- und Staatschefs morgen Abend zu einem Abendessen ein. Dabei soll auf die beim informellen Mittagessen von Ecofin und dem Treffen der G20-Finanzminister in London erreichten Erfolge aufgebaut werden, um bei der Ankunft in Pittsburgh gut vorbereitet zu sein.

Der Ausgang des morgigen Treffens und des Gipfels in Pittsburgh dürfte erwartungsgemäß an die Fortschritte anknüpfen, die bereits bei den von mir genannten Hauptthemen erzielt wurden, und zudem positive Entwicklungen für einige andere Bereiche einleiten. Ein Thema, auf das mehrere europäische Finanzminister ausdrücklich hingewiesen haben, ist die Frage danach, inwieweit sich Bonussysteme auf die Finanzstabilität auswirken. Die EU-Finanzminister stimmen darin überein, dass Forderungen nach effizienten weltweit geltenden Standards aufgestellt werden sollten, um zu gewährleisten, dass derartige Bonussysteme keine destabilisierenden Effekte haben und dass die gezahlten Prämien in angemessenem Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Gesamtinitiative, mittels derer eine höhere Transparenz und eine verbesserte Aufsicht des Finanzsektors sichergestellt werden soll und die entscheidend ist, um in Zukunft Stabilität gewährleisten zu können.

Der Rat für Finanzstabilität wurde aufgefordert, beim Pittsburgh-Gipfel über seine Arbeit zur Entwicklung von Leitsätzen für Bonussysteme zu berichten. Ich hoffe, dass dieser Bericht konkrete Strategien aufzeigen wird, die durch ihre Umsetzung in die Praxis gewährleisten, dass Finanzinstitute angemessene und verantwortungsvolle Vergütungs- und Bonussysteme einführen. Ferner können wir uns hoffentlich darüber verständigen, dass der notwendige Anreiz für unsere Volkswirtschaften auch weiterhin und so lange wie notwendig bereit gestellt wird. Es ist jedoch auch wichtig, dass diese Maßnahmen aufgehoben werden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind, und eine Rückkehr zu ausgeglichenen öffentlichen Haushalten möglich wird, sobald der Aufschwung kommt.

Die Überlegungen zu den Ausstiegsstrategien haben jedoch gerade erst begonnen. Um eine ausgewogene und langfristige Konjunkturerholung zu erreichen, sind die Art, die Koordinierung und die Form der Umsetzung dieser Strategien äußerst wichtige Elemente. Die Beschäftigung stellt uns vor eine weitere größere Herausforderung. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen sorgfältig geplant werden, während ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Finanz- und Strukturpolitik gewahrt werden muss. Sicherlich wird erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, unsere Position gegen den Protektionismus beizubehalten und für Fairplay auf den Weltmärkten zu sorgen. Dies erfordert eine weitreichende Koordinierung der Finanzregulierung und Finanzaufsicht, jedoch auch die Aufhebung der außergewöhnlichen Maßnahmen, die zur Stützung des Finanzsektors ergriffen wurden. Sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene sind umfangreiche Bemühungen hierzu weiterhin erforderlich.

Die Diskussionen zur Reform der Finanzinstitutionen werden nicht nur am morgigen Tag und in Pittsburgh, sondern auch im weiteren Jahresverlauf fortgesetzt. Diese sollen weitreichend sein, über genügend Ressourcen, den richtigen Auftrag, politische Orientierungen und Verwaltungsstrukturen verfügen, die die Zusammensetzung ihrer Teilnehmer angemessen widerspiegeln. Es handelt sich hierbei um komplexe, miteinander verbundene Themen, die wir jedoch aufgrund ihrer Dringlichkeit in den Griff bekommen müssen, damit die Finanzinstitutionen diese Arbeit ausführen können, die immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ein starker politischer Wille notwendig ist, wenn bei den Diskussionen vor dem Klimagipfel in Kopenhagen Fortschritte erzielt werden sollen. Der schwedische Ratsvorsitz räumt diesem höchste Priorität ein. Wir möchten sicherstellen, dass die entsprechenden Anreize gegeben werden, damit sich jeder aktiv für die Begrenzung der Erderwärmung und die Anpassung der wirtschaftlichen Strategien zur Förderung einer klimafreundlichen Entwicklung einsetzt.

Für das Gipfeltreffen in Pittsburgh haben wir uns zum Ziel gesetzt, Fortschritte in Bezug auf Leitlinien für die Finanzierung weltweiter Klimaschutzmaßnahmen zu erzielen. Aufgrund der Komplexität dieser Themen kann nicht versprochen werden, dass wir all das erreichen, was wir uns vorgenommen haben. Wir versprechen jedoch, dass der Vorsitz die Positionen der EU in verantwortungsvoller Weise geltend machen und verteidigen wird. In diesem Sinne freue ich mich auf fruchtbare Diskussionen mit den Staats- und Regierungschefs am morgigen Abend und auf die konkreten Ergebnisse, die weltweit vom Treffen in Pittsburgh nächste Woche erwartet werden.

(Beifall)

Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission. – (ES) Herr Präsident, Frau Malmström, sehr verehrte Damen und Herren, dies ist mein erster Beitrag vor diesem Haus in der neuen Legislaturperiode. Zunächst möchte ich Sie alle an dieser Stelle zu Ihrer Wahl oder in vielen Fällen Wiederwahl gratulieren. Ich bin sicher, dass wir uns gemeinsam verantwortlich fühlen im Hinblick auf das Angehen einer der größten politischen Herausforderungen unserer Generation, die darin besteht, diese tiefgreifende Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Wir müssen für unsere Bürger das Vertrauen und die Stabilität wiederherstellen, ihnen gleichzeitig zusätzliche Möglichkeiten bieten und ein Höchstmaß an sozialer Kohäsion für jeden Einzelnen sicherstellen.

Das Thema, das nächste Woche auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh behandelt wird, bildet den Mittelpunkt dieser Herausforderung und dieses Anliegens. Meiner Überzeugung nach wird dieses Thema in der nächsten Zeit und während der Legislaturperiode dieses Parlaments immer wieder aufkommen, unabhängig davon, ob diese Fragen auf den G20-Gipfeltreffen oder von dem Europäischen Rat erörtert werden, Teil Ihrer eigenen Debatten oder den von der Kommission vor diesem Haus eingebrachten Initiativen sind.

Das G20-Gipfeltreffen in Pittsburgh ist das dritte, das auf Ebene der Staats- und Regierungschefs seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers vor genau einem Jahr und einem Tag und dem Beginn einer Krise einberufen wird, die ein seit vielen Jahrzehnten nicht bekanntes Ausmaß angenommen hat.

Angesichts der ersten zwei G20-Spitzentreffen in Washington im vergangenen November und in London im April dieses Jahres ist deutlich geworden, dass die G20 eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung der weltweiten Reaktion auf diese Krise spielen.

Der Beitrag der G20 zur Entwicklung einer koordinierten Reaktion war wesentlich, um eine noch tiefere Rezession als die gegenwärtige zu verhindern. Dieser Beitrag war auch bei der Schaffung der Grundlagen für ein Wirtschafts- und Finanzsystem von wesentlicher Bedeutung, das in Zukunft eine Wiederholung der Ungleichgewichte und Exzesse verhindern wird, die die aktuelle Lage begründen.

Der Europäischen Union kam dabei eine aktive und entscheidende Rolle zu, indem sie die G20 diesbezüglich unterstützte. Wie Präsident Barroso gestern vor diesem Haus in Erinnerung rief, war der erste Gipfel in Washington eine europäische Initiative des französischen Ratsvorsitzes und des Präsidenten Sarkozy gemeinsam mit der Kommission. Die Europäische Union hat zudem einen wesentlichen Beitrag geleistet, indem sie ehrgeizige Ziele für die vorigen zwei Gipfeltreffen vorgegeben hat und sich an den Vorbereitungsarbeiten auf diese Gipfel aktiv beteiligt hat, um nicht nur Grundsatzserklärungen, sondern konkrete Ergebnisse und Zusagen zu erzielen.

Alle Europäer und die Europäischen Institutionen können damit zufrieden sein. Recht zufriedenstellend war auf dem G20-Treffen auch die Koordinierung zwischen den verschiedenen europäischen Vertretern: den europäischen Ländern, die Mitglied der G20 sind und in dieser Eigenschaft an den G20-Treffen teilnehmen, sowie dem Ratsvorsitz der Europäischen Union zusammen mit der Kommission, wobei Letztere als Stimme aller Europäer die gemeinsame Haltung der Mitgliedstaaten vertritt.

Der Gipfel von Washington im vergangenen November gab den weltweit größten Wirtschaftsmächten - die G20-Länder tragen rund 90 % zum weltweiten BIP bei - die Möglichkeit, zu diesem Zeitpunkt die Umsetzung von Konjunkturpaketen zur Stützung der Wirtschaftsaktivität zu verabschieden. Im letzten Herbst waren die Kreditvergabe, der Welthandel und die Investitionstätigkeit abrupt zum Stillstand gekommen infolge der großen Erschütterungen an den Finanzmärkten, die erstmalig im August 2007 auftraten und im September 2008 unglaublich an Eigendynamik gewannen.

Die Kommission schlug einige Tage nach dem Gipfel von Washington im letzten Jahr das Europäische Konjunkturprogramm vor, das im Dezember die politische Unterstützung des Europäischen Rates erhielt. Dieses Programm bildet die Basis der europäischen Antwort in Form von Finanzstrategien und Politiken zur

Belebung der Nachfrage durch Instrumente, die sich in der Hand der nationalen Regierungen und Parlamente befinden oder den Europäischen Institutionen selbst zur Verfügung stehen.

Basierend auf den jüngsten verfügbaren Informationen dürften diese diskretionären steuerlichen Anreize zusammen mit der Wirkung der automatischen Stabilisatoren, die in den europäischen Staaten aufgrund der Höhe der Steuerlasten und sozialen Sicherungssysteme sehr bedeutsam sind, als Beitrag zur Gesamtnachfrage das BIP in der EU für den Zeitraum 2009 bis 2010 um fast 5,5 % steigern.

Die neue US-Regierung hat ebenfalls ein sehr umfassendes Konjunkturprogramm angenommen. Angesichts der Tatsache, dass die automatischen Stabilisatoren in den USA nicht so weitreichend sind wie in Europa, dürfte aufgrund der Gesamtsumme aus direkten Anreizen und automatischen Stabilisatoren die auf beiden Seiten des Atlantiks bereitgestellte Unterstützung vom Umfang her ähnlich sein. Zudem haben Länder wie Japan, China, Kanada und andere G20-Mitglieder gleichfalls fiskalpolitische Anreize in ähnlichem Ausmaß verabschiedet.

Im Rahmen des Londoner Gipfels Anfang April wurde in dieser Hinsicht betont, dass diese Programme rasch in die Praxis umzusetzen seien. Es wurde eine genaue Überwachung dieser Programme gefordert und erklärt, dass sie im Bedarfsfall durch zusätzliche Maßnahmen erweitert werden sollten. Heute können wir bestätigen, dass zusammen mit den weitreichenden geldpolitischen Impulsen der Zentralbanken und der Mobilisierung öffentlicher Ressourcen zur Stützung der Finanzinstitute, insbesondere der Banken, diese Konjunkturpakete den freien Fall der Wirtschaft abbremsen konnten. Wie aus den wirtschaftlichen Prognosen, die ich vor zwei Tagen in Brüssel vorstellen konnte, hervorgeht, können wir in diesem Herbst infolge der Konjunkturpakete die ersten Anzeichen einer Stabilisierung erkennen. Erstmals in zwei Jahren haben diese Prognosen die vorhergehenden nicht nach unten revidiert.

Wir können jedoch noch nicht aussagen, dass diese Konjunktur auch nach Aufhebung der Anreize anhalten würde. Trotz der eingebrachten Impulse besteht allerdings die Gefahr eines Rückfalls angesichts des besorgniserregenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der bisher nicht behobenen Schwachstellen im Finanzsystem.

Eine der Botschaften, auf die sich die G20-Finanzminister im Hinblick auf den Gipfel in Pittsburgh bei ihrem Londoner Treffen am Monatsanfang einigten, war daher die Notwendigkeit, vorerst an den befristeten Unterstützungsmaßnahmen festzuhalten und gleichzeitig nicht außer Acht zu lassen, dass mit der Ausarbeitung einer koordinierten Ausstiegsstrategie begonnen werden muss. Ich werde hierauf kurz am Ende meiner Ausführungen eingehen.

Die ersten beiden G20-Gipfeltreffen in Washington und London waren zudem ausschlaggebend hinsichtlich der Erstellung einer weltweiten Agenda zur Reform der Finanzregulierungssysteme und der Finanzmarktaufsicht. Tatsächlich vollzieht sich eine radikale Veränderung im Tonfall, nachdem fast drei Jahrzehnte hindurch das Modell der Deregulierung und Theorien zur angeblichen Unfehlbarkeit der Finanzmärkte vorherrschten.

In Washington schafften die G20-Länder die Grundlagen, legten die Richtlinien fest und erstellten die Agenda, um die Finanzmärkte einer strengeren und wirksameren Regulierung und Aufsicht zu unterwerfen, wobei sämtliche Sektoren, Produkte oder Finanzakteure nun unter die Kontrolle der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden fallen. Diese Behörden müssen zusammenarbeiten und ihre Maßnahmen viel enger miteinander abstimmen, um die offensichtliche Wirkungslosigkeit nationaler Aufsichtssysteme gegenüber den globalisierten Märkten und Finanzinstitutionen, die in diesen Märkten grenzüberschreitend agieren, zu beheben.

Anlässlich des Londoner Gipfels im April wurden weitreichende Bemühungen unternommen, um konkrete und wesentliche Fortschritte bei der Implementierung dieser Reformagenda zu erzielen. Der Londoner G20-Gipfel unternahm maßgebliche Schritte - über auf Finanzinstitutionen anwendbare Aufsichtsregeln zum Rechnungswesen bis zum dringenden Gebot der Transparenz in nicht-kooperierenden Gerichtsbarkeiten, insbesondere Steueroasen, und einschließlich der Regulierung von Hedgefonds und sonstigen Finanzinstitutionen sowie der Organisation von transparenten Derivatmärkten und die Annahme von Vergütungsvorschriften für Führungskräfte in Finanzinstitutionen und für an den Märkten agierende Händler -, um die im Rahmen der Reform gemachten Versprechen zu verwirklichen.

Die Europäische Union hat daher nicht nur bei der Förderung dieser Vereinbarungen auf G20-Ebene, sondern auch durch die Geltendmachung dieser G20-Vereinbarungen eine sehr wichtige Aufgabe erfüllt. Im vergangenen Jahr war dies mit intensiver Regelungstätigkeit verbunden. Einige dieser Vorschläge wurden

bereits an dieser Stelle vom Parlament und vom Rat verabschiedet. Andere werden gegenwärtig in diesem Haus und vom Rat erörtert. Für Ende kommenden Jahres plant die Kommission die Annahme einer weiteren Reihe von Vorschlägen, die nächste Woche, einen Tag vor dem Pittsburgh Gipfel, mit dem Vorschlag eingeleitet wird, den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken und drei europäische Aufsichtsbehörden auf Mikroebene zu gründen. Als Grundlage gelten die Empfehlungen aus dem de-Larosière-Bericht, der sowohl vom Rat als auch von der Kommission angenommen wurde.

Die US-Regierung hat ebenfalls ein ehrgeiziges Finanzreformprogramm vorgelegt, das Präsident Obama diese Woche als eine Priorität seiner Amtszeit bestätigte. Dabei hat er die Verantwortung der Vereinigten Staaten als dem Ort anerkannt, an dem die Krise entstanden ist und sich ausgeweitet hat.

Die für den Pittsburgh-Gipfel festgelegten Zielsetzungen beinhalten die Aufgaben, den positiven Fortschritt dieser Reformen zu überprüfen und die erforderliche Konvergenz der Rechtsvorschriften auf beiden Seiten des Atlantiks sicherzustellen. Jegliche abweichende Rechtsvorschriften könnten in Zukunft von Investoren für Arbitrage-Strategien genutzt werden, was erneut zu erheblichen Verzerrungen an den Märkten führen könnte. Der Gipfel von Pittsburgh muss die Übereinstimmung mit den bereits getroffenen Vereinbarungen gewährleisten, die Implementierung der verabschiedeten Maßnahmen fördern und außerdem eine eindeutige politische Botschaft aussenden. Die Entschiedenheit von Regierungen, politischen Entscheidungsträgern, Institutionen, unserer eigenen Länder und der Europäischen Union, ein solides Regelrahmenwerk mit einem beständigen Engagement und einer abschreckenden Botschaft auszuarbeiten, muss nun deutlich herausgestellt werden. Die Aussage dieser Botschaft muss sein, dass „niemand davon ausgehen darf, dass, nachdem das Schlimmste dieser Krise überstanden ist, die früheren Praktiken, die zu dieser Krise geführt haben, sich erneut und als wäre nichts geschehen entwickeln können“.

Die Öffentlichkeit erwartet Sicherheiten dahingehend, dass die Finanzinstitutionen und ihre Vorstände den Regeln, insbesondere zur Vergütung, zwingend nachkommen müssen, um auf diese Weise zu verhindern, dass Letztere nochmals das Finanzsystem und die Realwirtschaft als Ganzes in Gefahr bringen können. Es muss darauf hingewiesen werden, dass in der Europäische Union in diesem Punkt totale Einigkeit besteht.

Ein weiteres Thema, das auf der Tagesordnung der verschiedenen G20-Gipfel an erster Stelle stand und von Frau Malmström bereits angesprochen wurde, ist die Reform der internationalen Finanzinstitutionen.

Zu diesem Thema möchte ich lediglich hinzufügen, dass in London hinsichtlich der Finanzdecke dieser Institutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds (IWF), ein äußerst bedeutender Schritt in die richtige Richtung getan wurde. Die Darlehenskapazität des IWF wurden um nicht weniger als 500 Mrd. USD erhöht; demzufolge steht dem IWF für seine Tätigkeiten heute ein Fonds von insgesamt 750 Mrd. USD zur Verfügung. Zusätzlich wurde vereinbart, zwischen allen IWF-Mitgliedstaaten anteilmäßig Sonderziehungsrechte zu verteilen, die sich auf 250 Mrd. USD belaufen. Darüber hinaus wurde die Vereinbarung getroffen, die Finanzkapazität des IWF zu erhöhen, um dessen Kreditvergabe an die ärmsten Länder anzukurbeln. All diese Punkte wurden bereits eingeleitet. Innerhalb von sechs Monaten wurden somit mehr Fortschritte erzielt als während der vergangenen Jahre vor den Ereignissen.

Die Europäische Union hat daher zugestimmt, sich gebührend an der Aufstockung der Mittel des IWF zu beteiligen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich bereit erklärt, neben ihren üblichen Beitragszahlungen einen Mehrbetrag von 125 Mrd. EUR proportional zur Finanzierung der neuen Zielsetzungen zur Verfügung zu stellen.

Die Entscheidungsträger der G20-Nationen werden zudem die Vertretung der verschiedenen Länder in den Organen der internationalen Finanzinstitutionen erörtern. Die Schwellen- und Entwicklungsländer streben zu Recht eine angemessenere Repräsentation an. Dieses von der Europäischen Union unterstützte Bestreben muss nun in konkrete Vereinbarungen umgesetzt werden. Aus diesem Grund vertritt die Europäische Kommission - entgegen der offiziellen Position des Ratsvorsitzes der Europäischen Union - weiterhin die Ansicht, dass in Übereinstimmung mit den Erörterungen des Parlaments die Europäische Union in diesen Organen am besten einheitlich vertreten wäre.

Die Tagesordnung des Pittsburgh Gipfel wird zudem die folgenden anderen Themen behandeln: die Finanzierung des Klimawandels als Vorbereitung auf das Gipfeltreffen in Kopenhagen; die Notwendigkeit, die Verhandlungen zum internationalen Handel fortzusetzen und den protektionistischen Tendenzen nicht nachzugeben; und eine verstärkte Unterstützung der schwächsten und gefährdetsten Länder bei der Bewältigung dieser Krise. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Kommission in der vergangenen Woche eine Mitteilung zur Finanzierung des Klimawandels verabschiedet.

Bitte erlauben Sie mir, abschließend das Anliegen zu erwähnen, dem die G20-Finanzminister beim letzten Treffen Ausdruck verliehen haben und das beim Gipfel in Pittsburgh erörtert wird: die Notwendigkeit, die Grundlagen für ein Zukunftsmodell zu legen, das ausgewogeneres und nachhaltigeres Wachstum fördert. Als erstes müssen hierzu Ausstiegsstrategien entwickelt werden, deren Anwendung nicht sofort, sondern zum geeignetsten Zeitpunkt koordiniert erfolgen wird. Die Entwicklung derartiger Strategien ist nicht nur der Schlüssel für einen nachhaltigen Ausstieg aus dieser Krise, sondern kann nach den tiefgreifenden Auswirkungen der Krise auf die öffentlichen Haushalte, auf die Beschäftigungslage und die Wachstumsfähigkeit unserer Wirtschaften gleichzeitig die Aussicht auf eine mittel- bis langfristige Nachhaltigkeit bieten.

Corien Wortmann-Kool, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident, Frau Ministerin Malmström, Herr Kommissar Almunia, wir befinden uns in einer Weltwirtschaftskrise. Unser Finanzsektor agiert auf internationaler Basis. Aus diesem Grund müssen wir für diese Branche weitestgehend verbindliche Vorschriften vereinbaren, die weltweit zur Anwendung kommen. Das G20-Treffen in Pittsburgh ist daher so wichtig, obwohl natürlich auch die Europäische Union energische Maßnahmen ergreifen sollte. Im Mittelpunkt der Bemühung sollte die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Freiheit und Verantwortlichkeit stehen, die Grundwerte unserer sozialen Marktwirtschaft und das Kernstück unseres Wahlprogramms der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten).

Herr Präsident, ich freue mich, dass Sie wie ich der Meinung sind, dass der G20-Gipfel ein wichtiges Treffen ist, das mehr als nur eine Vision braucht. Auf diesem Gipfel müssen Beschlüsse gefasst werden. Diese betreffen eine strukturelle Erneuerung des Risikomanagements sowie mehr Transparenz und verbesserte Vorschriften für die Finanzaufsicht. Herr Kommissar Almunia, nach Ihren Worten liegen Vorschläge für Hedgefonds vor. Was hoffen Sie, in dieser Hinsicht auf dem G20-Gipfel zu erreichen? Eine rasche Reform des IWF und der Weltbank sind ebenfalls erforderlich, und zu meiner Freude haben Sie beide angesprochen, dass rechtzeitig an einer koordinierten Ausstiegsstrategie gearbeitet werden muss, um das erneute Entstehen von Problemen zu verhindern.

Herr Präsident, es ist von größter Bedeutung, die fragwürdige Bonuskultur mittels verbindlicher Regeln anzugehen, da Bonuszahlungen als Vergütung für kurzfristige Gewinne die Stabilität von Finanzinstitutionen stark gefährden. Doch damit ist es nicht getan, da in der Bevölkerung zu Recht große Empörung herrscht. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass wir unserer Entschlossenheit in dieser Hinsicht deutlich Ausdruck verleihen.

Herr Präsident, der Gipfel kann nur durch die Erzielung verbindlicher Vereinbarungen zu einem Erfolg werden. Ich habe bisher nur die Finanzmarktregulierung angesprochen. Dabei handelt es sich bei dem Klimawandel, den Vorbereitungen auf einen erfolgreichen Gipfel in Kopenhagen und bei der Bekämpfung des Protektionismus zur Erhaltung der Arbeitsplätze natürlich auch um äußerst wichtige Themen. Sie, die Europäische Union und wir alle müssen hierbei gemeinsam eine Vorreiterrolle spielen, weshalb Sie die Mitgliedstaaten anhalten sollten, an einem Strang zu ziehen.

Udo Bullmann, *im Namen der S-D-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissar, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Wichtigste zuerst: In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation darf es kein „weiter so“ geben. Wir werden nur langsame Erholungstendenzen haben, wir werden dramatisch weiter steigende Arbeitslosenziffern sehen, auch bei uns in Europa. Und deswegen: Seien Sie mutig! Das ist die wichtigste Botschaft dieses Parlaments an diejenigen, die nach Pittsburgh gehen. Seien Sie mutig!

Herr Almunia, ich habe eine erfrischende Rede von Ihnen gehört, zu der ich Sie beglückwünschen möchte. Fangen Sie an, dies in die Praxis umzusetzen! Es ist gut, mit Bonussystemen anzufangen, aber das genügt nicht. Überall dort im internationalen Finanzmarkt, wo der kurzfristige Spekulant aufgrund falscher Regeln gegenüber demjenigen, der langfristig in gute Arbeitsplätze, in exzellente Produkte, in das langfristige Gelingen seines Unternehmens investieren möchte, im Vorteil ist, überall dort muss der Hebel umgelegt werden. Es ist richtig zu sagen, kein riskanter Akteur, kein riskanter Finanzplatz darf ohne eine vernünftige Regulierung bleiben. Deswegen brauchen wir eine Regulierung der *Offshore*-Zentren, von denen aus immer noch die ganze Welt mit zweifelhaften Produkten überschwemmt wird. Das ist die wichtigste Aufgabe, der wir uns jetzt zu stellen haben.

Haben Sie auch keine Angst vor der Diskussion über Steuerpolitik – die ist nicht verboten. Eine internationale Kapitalverkehrssteuer, die dem langfristigen Investor Vorteile bringt, würde uns in dieser Diskussion insgesamt voranbringen. Wir brauchen eine starke, verbesserte Koordination unserer internationalen und auch unserer europäischen Wirtschaftspolitik. Es ist richtig, sich über den Ausstieg Gedanken zu machen, aber noch

wichtiger ist im Moment, wie wir in eine solide Stützung der Konjunktur und eine verbesserte Koordination unserer Wirtschaftspolitik einsteigen.

Sylvie Goulard, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Kommissar, wir begrüßen sehr all die von Ihnen erwähnten Bemühungen, die zwar bereits sehr weit greifen, unserer Meinung nach jedoch noch umfassender sein sollten. Wir fordern, dass eine Anzahl der Komponenten und Verpflichtungen des G20-Gipfels formalisiert wird. Insbesondere möchte ich Sie auf die Diskrepanz zwischen den recht vielversprechenden Kennzahlen im Finanzsektor und den dramatischen Arbeitslosenzahlen in der Europäischen Union hinweisen. Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet zunächst eine menschliche Tragödie. Sie belastet zudem die öffentlichen Haushalte und zerstört die Hoffnung auf eine Konjunkturerholung durch den Konsum.

Unsere Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa fürchtet ein japanisches Szenario und eine Art Wachstumsflaute, die etliche Jahre andauert. Frau Malmström, ich glaube, dass Ihr Heimatland Schweden dies leider auch erfahren musste. Bitte helfen Sie uns, Nutzen aus dieser Erfahrung zu ziehen.

Meiner Ansicht nach gibt es drei wesentliche Aufgaben. Zunächst müssen wir unsere internationale Zusammenarbeit und unseren Kampf gegen den Protektionismus fortsetzen und unsere globalen Institutionen wie den IWF weiter stärken. Es ist unmöglich, diese Krise im Alleingang zu bewältigen. Europa muss auf diese Botschaft eindringlich und unermüdlich hinweisen.

Zweitens muss eine effiziente Aufsicht etabliert und eine viel umfassendere Stabilisierung des Bankensektors vorgenommen werden. Wir sollten hierbei gegenüber den öffentlichkeitswirksamen Kunstgriffen der G20 wachsam sein. Es gibt den Bereich der ausführenden Gewalten, doch auch auf Ebene der Gesetzgebung sind Bemühungen erforderlich. Herr Almunia, unserer Ansicht nach sind die von der Kommission eingebrachten Vorschläge zur Aufsicht ein Schritt in die richtige Richtung, sie sind jedoch noch unzureichend. Letztlich fordern wir mehr europäische Einrichtungen. Ferner glaube ich, dass wir zur Krisenbewältigung und Wahrung des Euros gemeinsame Strategien in Erwägung ziehen und dabei sicherstellen müssen, dass die Defizite keine Belastung für die Währungsdisziplin darstellen.

Abschließend möchte ich Herrn Kommissar Almunia dafür danken, dass er sich für die Europäische Union als Einrichtung ausspricht, die Positionen in internationalen Institutionen annimmt, und sich somit für die Gemeinschaftsmethode einsetzt. Wir vertrauen darauf, dass Sie sicherzustellen, dass sich nicht nur die großen Staaten, sondern die Europäische Union als Ganzes Gehör verschafft und für den gesamten Binnenmarkt eintritt.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, ich danke dem Herrn Kommissar für seine Rede. Ich habe mehrere Anliegen. Das erste bezieht sich auf den Entschließungsantrag, der vom Entwicklungsausschuss vor dieses Haus getragen wurde. Ich zitiere daraus. In diesem wird mit großer Besorgnis festgestellt, „dass die Krise...bereits zu großem menschlichen Leid geführt und verheerende Auswirkungen auf die anfälligsten Bevölkerungsgruppen in den ärmsten Ländern hat, wobei damit zu rechnen ist, dass es im Jahr 2009 alleine 23 Millionen mehr Arbeitslose und bis zu 90 Mio. mehr extrem arme Menschen geben wird, dass lebensrettende Arzneimittel für 1,7 Mio. HIV-Infizierte auf dem Spiel stehen und dass in dem Zeitraum 2009 bis 2015 jährlich im Durchschnitt 200 000 bis 400 000 Kinder mehr sterben werden“.

Obwohl dieser Antrag fraktionsübergreifend in diesem Haus ausgearbeitet wurde, konnte er leider nicht angenommen werden. Wir finden es außerordentlich bedauerlich und beschämend, dass dieses Haus nicht in der Lage war, einen Entschließungsantrag zu Entwicklungsfragen für den G20 einzubringen.

Die große Frage ist, wie die Folgen der Krise finanziert werden können. Der deutsche Finanzminister hat hierzu zusammen mit der Kanzlerin vorgeschlagen, dass die G20 die Möglichkeit einer internationalen Kapitalverkehrssteuer erörtern sollten. Ich möchte hierzu der Kommission sowie dem Ratsvorsitz folgende Frage stellen: Unterstützen Sie diesen Vorschlag?

Die zweite Frage betrifft die Steuerparadiese. Die G20 möchten dieses Thema auf der Grundlage eines fallweisen Informationsaustausches angehen. Dabei ist allseits bekannt, dass dies nicht funktionieren kann. Der Entwicklungsausschuss hat ein Meldewesen pro Land vorgeschlagen, so dass transnationale Unternehmen für jedes einzelne Land Bericht erstatten müssen. Unser Vorschlag ist die Einführung eines automatischen Informationsaustausches, um den Informationsfluss zwischen den verschiedenen Staaten sicherzustellen.

Ein globales Finanzsystem muss transparent sein. Bitte teilen Sie uns Ihre Position zu diesen konkreten Vorschlägen mit, die auf die Überwindung der Krise und die Finanzierung deren Auswirkungen abzielen.

Kay Swinburne, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, ich bedanke mich für die an diesem Morgen vorgetragenen Beiträge. Besonders erfreut haben mich die Kommentare von Frau Malmström zu der Notwendigkeit, dass die Vertreter des G20-Gipfels eine maßgebliche Koordinierung vereinbaren sollten hinsichtlich der fortgesetzten Unterstützung der Konjunkturmaßnahmen, der zum gegebenen Zeitpunkt angemessenen Abwicklung dieser Stützungsaktionen und einer entschlossenen und koordinierten Bemühung für eine künftige Regulierung.

Der Hintergrund dieses Gipfels sind jedoch Staatsausgaben in Milliardenhöhe für Rettungspläne und Konjunkturpakete, die protektionistischen Maßnahmen, die in zwei der weltweit größten Volkswirtschaften insbesondere im Hinblick auf Reifen und Geflügel sichtbar werden, und die zwei weltweit komplexesten Regulierungsstrukturen, nämlich die EU und die USA, die versuchen, ihre Finanzsysteme einer kompletten Revision zu unterwerfen. Ich hoffe daher, dass die Koordinierung von Finanzdienstleistungen gerade jetzt im Mittelpunkt der Diskussionen stehen wird, wo sich in einigen Länder erstmalig ein Ausgang aus dieser Zeit des Negativwachstums andeutet, und dass die Kontrolle über die Händlerboni für Banker nicht von diesem wichtigen Thema ablenken wird.

Dieser Gipfel sollte vorrangig die Frage behandeln, wie wir einen gemeinsamen Rechtsrahmen in einem gemeinsamen Zeitrahmen ausarbeiten können, ohne für einzelne Nationen einen Wettbewerbsvorteil oder im Bezug auf Spekulationsgeschäfte einen Spielraum für regulatorische Arbitrage zu schaffen. Bei der Regulierung der Finanzmärkte werden nicht die bevorteilt, die den ersten Schritt machen. Lediglich ein globaler und koordinierter Ansatz kann für Unternehmen von Nutzen sein, die in Wales und innerhalb und außerhalb der EU Mittel aufbringen wollen.

Wenn meine Unternehmen in Wales keinen Zugang zum Kapitalmarkt in den USA haben, wenn die Banken, auf die sie vertrauen, soviel Kapital benötigen, dass die Steuerzahler in der EU ein noch größeres Risiko eingehen müssen, wird es uns nicht gedankt werden, wenn wir als Erste die übermäßig belastende Regulierung einführen. Daher mein Appell für die Annahme und Wahrung eines stets globalen und koordinierten Ansatzes, um für unsere Unternehmen in Wales sowie innerhalb und außerhalb der EU den Kapitalzugang auch in Zukunft sicherzustellen.

Miguel Portas, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) In Portugal sind die Bankengewinne im ersten Jahresquartal um 18 % angestiegen. Nur eine Kennzahl verzeichnete einen noch höheren Anstieg als die Gewinne der Banken: die Arbeitslosigkeit. Portugal ist keine Ausnahme, sondern ein Beispiel für ein uneingelöstes Versprechen der G20, nämlich dass wir diese Krise mit einer neuen Wirtschafts- und Weltordnung bewältigen würden.

Dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit, was die 50 Mio. zusätzlicher Erwerbsloser und der Zuwachs von 200 Mio. in Armut lebender Menschen belegen. Aus diesem Grund fordere ich die Kommission und Frau Malmström auf, sich natürlich mit den Bonuszahlungen und Hedgefonds zu beschäftigen, aber vor allem die Themen zu behandeln, die bisher noch nicht erwähnt wurden: das Ende von Offshore-Banking und Steueroasen, die Besteuerung von Kapitalverkehr und das Ende des Bankgeheimnisses. Sie müssen alles Ersichtliche tun, um das Vertrauen der Menschen nicht zu verlieren.

Mario Borghezio, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie können die Menschen der Finanzmarktregulierung trauen, wenn diese von den Päpsten der globalen Finanztempel, wie beispielsweise Mario Draghi, gesteuert wird?

In den Vereinigten Staaten vollzieht sich eine Massenerhebung, eine neue konservative Revolution des Volkes gegen die Finanzoligarchien. Wir, das Volk, glauben weder in den Vereinigten Staaten, noch in Europa daran, dass das Steueraufkommen der Steuerzahler zur Rettung der Finanzkräfte genutzt werden sollte. Die europäischen Regierungen sollten vielmehr der Realwirtschaft angemessene Ressourcen zur Verfügung stellen und sich um die Produktion und die Arbeitsplätze kümmern. Die Ergebnisse der G20 sind offensichtlich: Sie beziehen sich in keiner Weise auf Obergrenzen und Boni, geschweige denn auf die Abschaffung von Steuerparadiesen!

Stattdessen zielen die Maßnahmen einzig auf die Rettung derjenigen ab, die für die Spekulationsblase verantwortlich sind: Von den bereits verwendeten 23 Billionen EUR wurden 5 Billionen EUR von der Europäische Zentralbank ausgegeben. Das Kapital in unserer Wirtschaft kam den Verantwortlichen für die Spekulationsblase zugute. Im Vergleich zu den 850 Mrd. EUR, die an die Banken gingen, waren für soziale

Abfederungsmechanismen und Produktionsanreize lediglich 50 Mrd. EUR vorgesehen. In Wirklichkeit erteilt die Hochfinanz die Befehle, die von der Politik ausgeführt werden.

In den Vereinigten Staaten und in Europa dienen Politiker nur als Knechte der globalen Bankenmacht. Erwache, Europa! Folge dem Beispiel des amerikanischen Volkes, das eine zweite große Revolution eingeleitet hat: die konservative Erhebung des Volkes!

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie. Das zeigt sich gerade an diesem Prozess, der jetzt mit G20 – denn es kann vielleicht noch mehr werden, man könnte auch einmal an eine G3 denken – zum Glück in Schwung gekommen ist. Wie sieht es von Seiten des Rates – gerade in Ihrer Tradition – mit Überlegungen aus, einen demokratischen Kontrollmechanismus etablieren zu helfen? Das muss nicht gleich ein Weltparlament sein. Aber das, was da vorangebracht wird, bedarf einer demokratischen Kontrolle durch gewählte Abgeordnete in einem noch viel größeren Rahmen als dem Europäischen Parlament.

Ausdrücklich hinweisen möchte ich auch darauf, dass die Frage der systemischen Risiken unbedingt vom Grundsatz her angegangen werden muss. Gerade in Bezug auf die Nötigungssituationen, in die wir immer wieder geraten sind – beginnend bereits 1998 mit LTCM, Hypo Real Estate und natürlich Lehman –, und auf die Folgewirkungen daraus müsste es Regeln geben, die es unmöglich machen, dass es zu diesem Grundsatzproblem des *Too big to fail* kommen kann. Das kann kartellrechtlich erfolgen, ist aber sicherlich auch eine globale Grundsatzfrage.

Im Bereich der Transaktionssteuer gab es hier im Europäischen Parlament bereits 1999 die Tobin-Steuer-Gruppe. Schön, dass da Fortschritte zu verzeichnen sind! Im Bereich des Aufsichtspakets ist es dringend notwendig, europäisch zu agieren und sich nicht zurückdrängen zu lassen von denjenigen, die hier das falsche Europa wollen. <BRK>

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Daten werden besser. Die vielfältigen Ursachen der Krisen – es geht nicht nur um Regelungslücken – sind aber noch länger nicht beseitigt. Daher dürfen der politische Wille, die Entschlossenheit und der Mut nicht erlahmen, im Gegenteil.

Wir reden heute über G20. Das ist ein guter Prozess. Ja, wir brauchen neue bzw. veränderte Strukturen, Prioritäten und Bewertungsgrundlagen zum Aufbau einer globalen Wirtschafts- und Finanz-, Sozial- und Gerechtigkeitsordnung in der Welt.

Dafür gibt es drei Bedingungen: erstens die Erarbeitung eines demokratischen parlamentarischen Legitimierungsprozesses; zweitens mehr EU in Europa und mehr Europa in der Welt – das heißt auch, dass die Werte der Grundrechtecharta unser Exportartikel sind, dass das Verantwortungsmodell der ökosozialen Marktwirtschaft die Grundlage unserer globalen Ordnung ist; und drittens, dass in jenen Bereichen, wo im Rahmen der G20 keine Einigung in Sicht ist, trotzdem europäische Regelungen notwendig sind.

Wir sagen ja zu einer europäischen integrierten und nicht bloß koordinierten Finanzmarktaufsicht nach dem Modell der Europäischen Zentralbank. Der De-Larosière-Bericht ist zu wenig. Wir sagen ja zur Debatte über die Bonuszahlungen, aber mit der Veränderung der Auszahlungsmodalitäten geht sie nicht in die richtige Richtung. Wir müssen die Bemessungsgrundlagen verändern, und überall dort, wo es einen Bonus gibt, muss es auch eine Maluskomponente geben.

Für mich kommt die Debatte um die Prozyklizität im Moment zu kurz. Wir müssen für die Jahre 2009 und 2010 die prozyklischen Effekte der Krise und der bestehenden Regelungen beseitigen. Der politische Wille darf nicht erlahmen. Daher gehen wir jetzt nach Ihren Reden Frau Ratspräsidentin und Herr Kommissar mit Optimismus nach Pittsburgh.

Pervenche Berès (S&D). – (FR) Herr Präsident, Frau Präsidentin des Rates, Herr Kommissar, ein Jahr nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ist die Haltung der Europäischen Union auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh von entscheidender Bedeutung, wenn eine Wiederholung der vergangenen Ereignisse verhindert und die Dynamik des Wandels weit oben auf der Agenda bleiben soll. Zu dieser Angelegenheit möchte ich vier Anmerkungen machen.

Erstens verpflichteten sich die Staats- und Regierungschef im letzten April auf dem G20-Gipfel in London, die Mittel des IWF zu erhöhen. Das ist begrüßenswert. Wie wir sehen konnten, erhielt dieses Ziel und dessen Erfüllung maßgebliche Unterstützung. Meine Befürchtung ist, dass sich dahinter ein Mangel an Entschlossenheit verbirgt, an der dringend erforderlichen Reform hinsichtlich der Leitung des IWF mitzuwirken.

Zweitens möchte ich anmerken, dass wir uns nicht durch Kunstgriffe täuschen lassen sollten. Ich möchte nicht, dass die allgegenwärtige Debatte um die Bonuszahlungen und Vergütungen von Vorständen und Händlern - die sehr wichtig für die Entwicklung eines Systems ist, bei dem der Akzent anstatt auf kurzfristigen vermehrt auf langfristigen Investitionen liegt - die ebenso bedeutende Kampagne überschattet, die die Ausmerzungen der Steuerparadiese zum Thema hat und der auf dem Londoner Gipfel Nachdruck verliehen wurde.

Drittens möchte ich mit Bezug auf den vorherigen Beitrag von Herrn Bullmann bemerken, dass dies für uns ein historischer Augenblick ist, um erneut die Frage nach dem Beitrag der Banken hinsichtlich der Finanzierung der von der Krise ausgelösten Nachbeben zu stellen. In diesem Zusammenhang können wir die Debatte zur Besteuerung des Kapitalverkehrs erneut aufrollen, die selbst die Bereitstellung von Mitteln für langfristige Investitionen ermöglichen sollte. Angesichts der Tatsache, dass die Banken bei der Bewältigung der Krise unterstützt und gefördert wurden, möchte ich abermals darauf hinweisen, dass das einzig richtige, angemessene und effektive Vorgehen der Banken nur darin bestehen kann, dass sie heute einen Beitrag zur Finanzierung der Wirtschaft leisten.

Abschließend möchte ich mit Hinblick auf die Beschäftigungslage anmerken, dass meiner Ansicht nach unsere G20-Treffen von Beginn an ein Fehlschlag waren in Bezug auf die Bewältigung der gesamtwirtschaftlichen Frage, der Frage nach einem globalen Beschäftigungsbündnis und der Frage nach der Rückkehr zu einer Strategie, mittels derer wir künftig die weltweiten Ungleichgewichte, die diese Krise begründen, korrigieren könnten.

Wolf Klinz (ALDE). - Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich begrüße die schnelle und entschlossene Reaktion der G20-Staaten auf die globale Finanzkrise. Vieles ist geschehen. Das Feuer scheint gelöscht, aber das Fundament unseres Finanzsystems ist nach wie vor wacklig. Die Bürger sind verunsichert. Die Gewinne werden bei den Aktionären thesauriert, die Verluste werden sozialisiert – so sehen es die Bürger. Inzwischen gehen mehr und mehr Marktteilnehmer wieder zum *Business as usual* über. Sie drehen große Räder und konzentrieren sich nicht auf das, was sie eigentlich als Dienstleister tun müssen, nämlich die Realwirtschaft unterstützen. Wirtschaftsethik und Verantwortung scheinen nach wie vor bei vielen Fremdwörter zu sein.

Ich erwarte von der G20 konkrete Maßnahmen, und zwar schnell. Ich hoffe, dass die EU-Mitgliedstaaten hier an einem Strang ziehen. Neben neuen Aufsichtsstrukturen brauchen wir eine höhere und progressiv zum Risiko steigende Eigenkapitalausstattung, langfristig – nicht kurzfristig – ausgerichtete Anreizsysteme, eine koordinierte Ausstiegsstrategie aus der Staatshilfe, Eindämmung von Protektionismus, Regulierungskongruenz anstatt Regulierungsarbitrage, Überwindung der Prozyklizität und eine Lösung für das „*Too big to fail*“-Problem, und vor allem müssen wir an der bewährten sozialen Marktwirtschaft festhalten.

Cornelis de Jong (GUE/NGL). – Herr Präsident, bisher haben sich die G20-Länder ausschließlich mit Maßnahmen für den Finanzsektor beschäftigt. Dabei scheint allgemein vergessen zu werden, dass die Realwirtschaft ebenso von der Gier und der Fixierung auf kurzfristige Profite in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ich habe großen Respekt für Kleinunternehmen, die allen Widrigkeiten zum Trotz um ihr Überleben kämpfen. Sie sollten die Kredite erhalten, die ihnen zustehen. Demgegenüber habe ich keinerlei Achtung für das Management einiger größerer Gesellschaften, die sich nicht mit den von ihnen bereitgestellten Produkten oder Dienstleistungen identifizieren und nur an Expansion und Spekulation denken.

Ich appelliere daher an die G20, Wege und Mittel zu erörtern, um die Wirtschaft demokratischer zu gestalten, und sich mit der Frage zu beschäftigen, wie innerhalb der Unternehmen die Mitarbeiter und die anderen Vertreter des Allgemeininteresses mit ausreichend Machtbefugnissen ausgestattet werden können, um die Vorstandsebene zu kontrollieren.

Innerhalb der EU muss nochmals die Rechtsform einer Europäischen Gesellschaft in Erwägung gezogen werden. Wir sollten sicherstellen, dass es für Aktionäre und Management unmöglich wird, sich auf Kosten der langfristigen Interessen der Unternehmen und deren Beschäftigten in spekulative Wachstumsstrategien zu engagieren.

Krisztina Morvai (NI). – Herr Präsident, bei der Mehrzahl der Europäer handelt es sich nicht um Unternehmensleiter oder Banker, sondern um Landwirte, Kleinunternehmer und staatliche Angestellte.

Der Mehrheit in Europa geht das gegenwärtige System, in dem globale multinationale Unternehmen und Banken die Welt beherrschen, gehörig gegen den Strich. Sie brauchen und fordern ein grundsätzliches neues

Paradigma, in dem ein Wechsel vollzogen wird von Globalisierung zu Lokalisierung, von Entscheidungen, die ausschließlich auf Profit und Geld zentriert sind, zu Entscheidungsfindungen, in deren Mittelpunkt der Mensch und die Gemeinschaft stehen, von einem von der Welthandelsorganisation (WTO) diktierten Freihandel in der Landwirtschaft zu Nahrungsmittelautonomie, lokaler Produktion und lokaler Landwirtschaft.

Bitte versäumen Sie beim G20-Gipfel nicht, die Ansichten der überwiegenden Mehrheit in Europa zu vertreten.

Werner Langen (PPE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer soll wen wie regulieren? Das wird eine der strittigen Fragen auf dem G20-Gipfel sein. Wenn auch Einigkeit darüber herrscht, dass es keine Rückkehr zur ungezügelter Finanzmarktentwicklung geben darf, so sind die Wege und das Ausmaß der Regulierung doch heftig umstritten. Man wird sich noch über Eigenkapitalregeln einigen können, über Rating-Agenturen, möglicherweise auch über Fragen im Zusammenhang mit den Derivaten und ihrer Zulassung. Aber schon in der Frage des unlauteren Wettbewerbs, bei Steuern und Kontrolle wird man streiten. Man wird streiten über Boni, und man wird streiten über die Forderung aus Europa, eine Tobin-Steuer einzuführen.

Das heißt, wir als Europäer haben eine Verantwortung, unabhängig von den Ergebnissen des G20-Gipfels unsere eigenen Hausaufgaben zu machen. Da ist die Kommission auf dem richtigen Weg, indem sie sich nicht ausschließlich davon abhängig macht. Das Motto muss sein: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzplatz darf in Zukunft unbeaufsichtigt bleiben.

Aber es steht auch die globale Erholung der Wirtschaftsentwicklung auf der Agenda. Hier kann es nicht so sein, dass wir fortfahren wie in der Vergangenheit und die Ungleichgewichte in der Welt zugunsten der USA und zugunsten der großen Industrieländer aufrechterhalten bleiben. Wir müssen uns der Überwindung von Armut und Hunger in der Welt widmen, und dazu muss dieser G20-Gipfel neue Impulse setzen.

Ich will einen Punkt anfügen, der bisher außer von Kommissar Almunia nicht angesprochen wurde. Es wird notwendig sein, in Europa den Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten, ihn nicht zu begraben. Nur weil wir diesen Pakt hatten, weil wir ihn auch in reformierter Form eingehalten haben, war es überhaupt möglich, dass Europa handlungsfähig geblieben ist. Das sollte ein europäisches Ziel bleiben: eine schnelle Exit-Strategie aus der übermäßigen Verschuldung hin zu einer stabilen Wirtschaft, zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, wie er uns genützt hat.

Edward Scicluna (S&D). – (MT) Herr Präsident, bei Nachrichten in Verbindung mit dem G20-Gipfel gehören aktuell die Bonuszahlungen zu den beliebtesten Themen. Es handelt sich offenbar um ein viel besprochenes Thema; es sollte uns jedoch bewusst sein, dass das eigentliche Problem viel komplexer ist. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Bonuszahlungen, wenn sie für das Finanzsystem ein Risiko darstellen, natürlich überprüft werden müssen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die großen Defizite im Außenhandel zwischen Ländern wie auch andere interne Haushaltsdefizite zu dieser Krise geführt haben.

Auch die Beschäftigung muss Berücksichtigung finden. Wir wissen, dass die Beschäftigung der vorhergehenden Leistung des BIP hinterherhinkt und sich die Auswirkungen erst nach ungefähr einem Jahr ausgleichen lassen. Bei der Analyse von Beschäftigungsthemen müssen daher die eingesetzten Konjunkturpakete weiterhin in Anwendung bleiben, bis erste positive Ergebnisse eintreten. Die Kommission sollte hierbei die Vermeidung von Widersprüchen sicherstellen und einfordern, dass eine Verringerung des Defizits erzielt wird, bevor in dieser Hinsicht Maßnahmen getroffen werden.

VORSITZ: Libor ROUČEK

Vizepräsident

Kyriacos Triantaphyllides (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, der G20-Gipfel, dessen Hauptthema das Bonus-Management war, war keineswegs in der Lage, zur Wurzel des Problems vorzudringen, und stellt leider keinen Schritt zur Verbesserung des gegenwärtigen Systems dar.

Die Reihe von Vorschlägen zur Änderung der Vorschriften beschränkt sich auf eine Analyse oberflächlicher Themen und konzentriert sich nicht auf soziale Zielsetzungen. Das Ziel sollte eine vollständige Neugestaltung des Finanzsystems und der öffentlichen und sozialen Kontrolle sein sowie ein demokratischerer Gipfel, der alle Staaten umfassen und sich Themen wie der steigenden Arbeitslosigkeit und der explodierenden Kosten für Grundnahrungsmittel und Brennstoff widmen würde; ein Gipfel, der grundlegende Entscheidungen über Eingriffe in den Markt treffen würde, um so der fortgesetzten Privatisierung und Zerstörung des Sozialstaats Einhalt zu gebieten.

Das sind die wirklichen Bedürfnisse der Menschen. Die Bürger von Heute wollen einen umfassenden Strukturwandel, weit entfernt von einem neo-liberalen System, das zu Unterentwicklung anstelle von Entwicklung führt, weit entfernt von der zügellosen Spekulation, die gegen die Interessen der Menschen gerichtet ist.

Jean-Paul Gauzès (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich begrüße Ihre Entschlossenheit.

Europa hat mit der Einführung effektiver Vorschriften begonnen, aber Europa darf sich selbst nicht isolieren. Eine enge internationale Zusammenarbeit ist erforderlich, und genau das erwarten wir vom G20-Gipfel. Er muss die bei früheren Treffen initiierten Reformen mit Strenge und Elan durchsetzen. Das internationale Rahmenwerk zur Regelung des Finanzsektors muss vollendet werden, damit es Investitionen, Wachstum und Beschäftigung fördern kann. Leitsätze müssen bestätigt werden. Die Krise ist noch nicht vorüber. Wir dürfen nicht zur Ex-ante-Situation zurückkehren und Maßnahmen aufgeben, die, soweit möglich, das erneute Auftreten von Krisen, die für die Realwirtschaft, das Wachstum und die Beschäftigung besonders schädigend sind, verhindern können.

Die Stärkung der Überwachung und Reglementierung ist ebenso notwendig. Die Verpflichtung zur Überwachung sollte dem Systemrisiko entsprechen, das die Finanzinstitutionen für diesen Sektor darstellen. Spekulative Aktivitäten, die ein bedeutendes Risiko darstellen, sollten verhindert werden, indem die Kapitalanforderungen erhöht und die Bestimmungen von Basel international angewendet werden.

Was die Gehälter im Finanzsektor angeht, so sollten wir Gehaltsausschüsse empfehlen, die Transparenz dieser Gehälter durch strengere Offenlegungsvorschriften erhöhen und variable Gehälter, insbesondere Bonuszahlungen, überwachen. Die Stärkung globaler Finanzinstitutionen ist ebenfalls unverzichtbar, genau wie die Reform der Kontrolle und Repräsentation des IWF.

Herr Kommissar, dies sind einige der Erwartungen, die die Bürger an den nächsten G20-Gipfel haben, bei dem Europa mit einer Stimme, mit Entschiedenheit und mit Überzeugung sprechen muss.

Alejandro Cercas (S&D). – (ES) Herr Kommissar Almunia, Frau Malmström, ich möchte Sie bitten, in Pittsburgh nicht zu vergessen, dass wir nicht nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise nie da gewesenen Ausmaßes erleben, sondern auch eine enorme Sozialkrise mit verheerenden Auswirkungen auf die Bedürftigsten, auf diejenigen, die nur ihren Job haben, auf Kleinunternehmer und auf die am stärksten benachteiligten Regionen und Länder. Ich hoffe, dass in Pittsburgh verdeutlicht wird, dass die Wirtschaft wichtig ist, dass die Menschen jedoch wichtiger sind, und dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss.

Und außerdem, Herr Kommissar, Frau Ministerin, vergessen Sie in Pittsburgh nicht, dass es Europa gibt. Bitte verschaffen Sie Ihren Stimmen über denen der drei Tenöre Gehör. Ich habe hier das Schreiben der drei europäischen Premierminister vom 3. September. Es enthält kein einziges Wort über Europa. Sie sagen, dass es wichtig ist, dass Europa mit einer Stimme spricht, aber sie übertönen die Stimme Europas.

Sie müssen lauter reden als diese drei. Sie müssen deutlich machen, dass Europa ein Recht und eine Pflicht hat, und dass unsere Vision der sozialen Marktwirtschaft die Lösung dieser Krise darstellt und ein Wiederauftreten verhindern kann.

José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE). – (ES) Sehr geehrte Damen und Herren, ich stimme vielen der bisher geäußerten Standpunkte zu, muss jedoch einige andere relativieren.

Ich stimme zu, dass es zu früh ist, dem Patienten die Krücken wegzunehmen, aber dass es Zeit ist, ihn darauf vorzubereiten, ohne sie zu gehen. Wir müssen noch überschüssige Liquidität auf den Märkten absorbieren, die unausgeglichene öffentlichen Finanzen korrigieren und den Respekt für Wettbewerbsvorschriften wiederherstellen. In Pittsburgh müssen wir mehrere Dinge tun, die wir nicht allein tun können: Wir müssen Frühwarnmechanismen einführen, die funktionieren, denn die, die wir hatten, haben nicht funktioniert; wir müssen die regulatorischen Rahmenbedingungen überarbeiten, da das vorhandene Rahmenwerk nicht funktioniert hat.

Ich stimme zu, dass es wichtig ist, Bonuszahlungen und Steuerparadiese zu regulieren. Dies alles sind notwendige, aber unzureichende Maßnahmen. Meiner Ansicht nach ist es wichtiger, die Kraft der Finanzinstitutionen wieder aufzubauen, die Verschuldung zu begrenzen und in guten Zeiten Reserven anzulegen, damit wir schlechte Zeiten überstehen können. Es ist wichtiger, hinsichtlich der Aufsicht Anstrengungen zu unternehmen.

Der Herr Kommissar weiß, dass ich den de-Larosière-Bericht unterstützt habe, obwohl ich ihn für unzureichend hielt, da ich eine stärker zentralisierte Aufsicht unterstützen würde. Es ist jedoch klar, dass eine europäische Aufsicht nicht ohne die enge Koordination mit den Aufsichtsbehörden der anderen wichtigen Wirtschaftsbereiche der Welt funktionieren kann. Wir müssen auch beim Handel etwas unternehmen. Es ist ja gut, wenn man Entwicklungsländern hilft, aber es ist wichtiger, die Barrieren zu beseitigen, die immer noch den Warenverkehr verhindern.

Herr Kommissar, der wichtigste Punkt ist, dass wir das Fundament für ein stabiles und anhaltendes Wachstum über eine Generation hinweg legen müssen. Dazu brauchen wir freie Märkte, Märkte, die offen für Innovationen sind, Märkte, die offen für Unternehmer sind, aber auch Märkte, die einem gewissen Maß an Regelung unterworfen sind.

Ich möchte mit einem Zitat abschließen, das meinem Landsmann, Herrn Almunia, bekannt sein dürfte: „Mache nicht viele Gesetze; und wenn Du welche machst, so Sorge dafür, dass sie gut sind, vorzüglich aber, dass sie beobachtet und gehalten werden,“ sagte Don Quichotte zu seinem Freund Sancho.

Peter Skinner (S&D). – Herr Präsident, ich danke dem Herrn Kommissar. Ich stimme ihm vor allem bezüglich seiner Charta für eine nachhaltige Wirtschaft zu. Ich bin der Ansicht, dass wir dies den G20 vermitteln müssen, aber ich stimme nicht zu, dass wir unser gesamtes Kapital verwenden sollten, um uns auf die Bonuszahlungen von Bankern zu konzentrieren. Ich halte dies in vieler Hinsicht für eine Ablenkung, obwohl diese Frage auch behandelt werden sollte. Auch eine Wunschliste zur Lösung der Probleme der Welt hat keine großen Erfolgsaussichten.

Der Finanzdienstleistungssektor brennt. Wir müssen erst sicher sein, dass wir dieses Feuer gelöscht haben und dass es nicht wieder aufflammt. Dafür benötigen wir eine einheitliche Vorgehensweise. Die G20 sind ein führendes Forum, aber wir benötigen auch permanente Strukturen wie den Transatlantischen Wirtschaftsrat, um Themen wie die IFRS zu behandeln. Wenn wirkungsvolle Maßnahmen gegen Systemrisiken ergriffen werden sollen, müssen wir aufhören, in den Rückspiegel zu sehen und uns auf die vor uns liegende Straße konzentrieren.

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Krise, die wir erleben, ist tiefgreifend und anhaltend. Es ist daher dringend notwendig, dass die erforderlichen Vorschriften erlassen werden und eine Aufsicht über den Finanzsektor und die Banken eingerichtet wird, um eine noch drastischere Wiederholung der gegenwärtigen Krise zu verhindern. Das Finanzsystem muss der Realwirtschaft wieder dienen, anstatt sie weiter zu zerstören.

Unter diesem Aspekt gesehen endete der letzte G20-Gipfel in London, wie bereits erwähnt, bestenfalls in Teilentwürfen, aber vor allem sind den Worten keine Taten gefolgt und es ist zu Finanzverlusten gekommen.

Angeichts dieser Situation, und damit aus dem G20-Gipfel in Pittsburgh wirklich Nutzen gezogen werden kann, muss sich die Europäische Union für starke Regelungsmaßnahmen einsetzen, die echte Konsequenzen haben. Über die von einigen meiner Abgeordnetenkollegen aufgeführten unerlässlichen Maßnahmen zur Aufsicht über den Finanzsektor hinaus möchte ich persönlich die Themen Handel und Entwicklung ansprechen, denn in Pittsburgh wird auch über eine Wiederaufnahme der Doha-Runde geredet werden. Ich bin ebenfalls für eine Wiederaufnahme, aber unter der Bedingung, dass das ursprüngliche und zentrale Ziel dieser Runde, also Entwicklung, nicht wieder an den Rand gedrängt wird. Unsere Partner im Süden werden es zu Recht nicht hinnehmen, dass ihre Belange auch weiterhin nicht berücksichtigt werden.

Bei diesem G20-Gipfel geht es um mehr als die Finanzkrise: Es geht darum, das Fundament für eine neue globale Governance zu legen.

Ramon Jauregui Atondo (S&D). – (ES) Frau Malmström, Herr Almunia, ich werde Ihnen in einer Minute drei Ideen vortragen.

Erstens, wir brauchen mehr Europa. Denn aufgrund der globalen Situation muss Europa vereint und stark sein. Wenn wir dies nicht erreichen, wird Europa nicht zählen und nicht beteiligt sein.

Zweitens, wir brauchen mehr Staat. Dies ist notwendig, da wir zusätzlich zum Aufbau einer neuen globalen Governance, zusätzlich zu einer neuen Regelung und Aufsicht und auch größerer internationaler Koordination, Steueroasen ein Ende setzen und zwischenstaatliche Besteuerung überprüfen müssen. Dies ist meiner Ansicht nach ein wichtiges Thema für die Zukunft.

Schließlich brauchen wir einen besseren Markt. Ich denke, dass es wichtig ist, erneut darauf hinzuweisen, dass wir eine neue Wirtschaftsethik brauchen und eine neue Kultur der unternehmerischen Verantwortung fördern müssen. Die ist meiner Ansicht nach von entscheidender Bedeutung. Unternehmen müssen Teil der Gesellschaft werden und als solcher deren Interessengruppen und -vertretern gegenüber Verantwortung übernehmen.

Rachida Dati (PPE). – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Almunia, am 3. September trafen Deutschland, Großbritannien und Frankreich ein Übereinkommen und sprachen mit einer Stimme, um einen europäischen Konsens über die Aufsicht über Bonuszahlungen auszudrücken.

Am Donnerstag werden sich die 27 Mitglieder des Rates treffen, um sich auf den G20-Gipfel vorzubereiten. Ich fordere Sie auf, aktiv nach einer Lösung zu suchen, einer gemeinsamen Antwort, aber einer, die bezüglich der Händlergehälter besonders ehrgeizig ist. Die auf dem letzten G20-Gipfel im April verfüigten Vorschriften sowie die dort getroffenen Entscheidungen wurden nicht respektiert, da die Banken, die auch Staatshilfe erhalten hatten, schnell Summen zur Zahlung der Händler bereitstellten.

Die Bürger Europas können und wollen nicht verstehen, wieso solche Verstöße nicht bestraft wurden, obwohl während des G20-Gipfels Maßnahmen ergriffen wurden. Wenn es sich um staatliche Hilfe handelt, müssen solche Verstöße auf jeden Fall bestraft werden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass in Pittsburgh konkrete und vor allem gemeinsame Maßnahmen getroffen werden. Wir können nicht als einzige tugendhaft sein.

Kurz gesagt müssen Gehälter besser überwacht werden durch Vorschriften für Transparenz, Governance und Haftung, während Sanktionen verhängt werden müssen, wenn gegen die Vorschriften verstoßen wird.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Meiner Ansicht nach haben Sie hier einen recht ehrgeizigen Plan vorgestellt, den Sie dem G20-Gipfel präsentieren möchten. Ich bin jedoch besorgt darüber, welche Schlussfolgerungen die G20-Staaten ziehen werden, und worin die tatsächlichen gesellschaftlichen Auswirkungen bestehen werden, da die Resultate, die bisher auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten durchgesickert sind, weder greifbar noch sichtbar erscheinen.

Frau Malmström hat gesagt, dass es um die angemessene Bezahlung von Managern geht; dazu muss jedoch gesagt werden, dass alle Daten darauf hinweisen, dass genau in den Sektoren, die wir finanziell unterstützt und vor dem Ruin gerettet haben, Manager eine unangemessen hohe Bezahlung erhalten. Außerdem hat sich beim Offshore-Banking nichts getan, der Mechanismus hat einfach nicht gegriffen.

All dies führt zu wachsender Arbeitslosigkeit und Problemen für kleine und mittelgroße Unternehmen, und wir sollten uns meiner Ansicht nach in der Zukunft auf einige wenige Themen konzentrieren und sicherstellen, dass in diesen Bereichen eine vollständige Umsetzung erfolgt.

Pascal Canfin (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, Sie haben von der Kontrolle durch den IWF gesprochen. Ich würde gerne wissen, ob Sie beabsichtigen, beim G20-Gipfel die Bedingungen für die Geldmittel anzusprechen, die der IWF an Staaten verleiht. Wir haben gesehen, dass die bisherigen, sehr liberalen Bedingungen nicht geändert wurden, und dies gilt insbesondere für Darlehen, die einigen europäischen Staaten gewährt wurden. Wie ist Ihr Standpunkt dazu?

Meine zweite Frage lautet: Was ist der Standpunkt der Kommission und des Rates bezüglich des chinesischen Vorschlags, eine etwas andere internationale Währung einzuführen, um das Finanzsystem mithilfe einer Alternative zum Dollar zu regeln?

Meine dritte Frage lautet: Der G20-Gipfel ist auch Bestandteil der Vorbereitungen für Kopenhagen. Die Kommission hat eine Gesamtsumme von zwischen 2 und 15 Mrd. EUR vorgeschlagen, um den Ländern im Süden bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen. Wie ist der Standpunkt des Rates? Welche Summe werden Sie beim G20-Gipfel nächste Woche auf den Tisch legen?

Vicky Ford (ECR). – Herr Präsident, der G20-Gipfel hat viele vernünftige Antworten erbracht: Der Bedarf für eine Neufassung der Regelung und Aufsicht des Finanzsektors, und der Bedarf für eine koordinierte Vorgehensweise. Unser nationalen Politiker sagen das Eine, während wir hier in der EU das Andere zu tun scheinen. Die Details der Regelung, die bereits von einigen meiner Kollegen in Betracht gezogen werden, zeigen eine Abweichung sowohl hinsichtlich des Zeitplans der Umsetzung als auch bezüglich der Details der Regelung.

Unsere Wirtschaftssysteme sind immer noch anfällig. Die Arbeitslosigkeit steigt, und der Zugang zu Finanzmitteln ist ein enormes Problem, insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen. Wollen wir, dass unsere britischen oder europäischen Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil haben, wenn sie Betriebskapital benötigen? Wollen wir die Darlehensaufnahme bei einer europäischen Bank so teuer machen, dass unsere Kunden, unsere Unternehmen ihre Darlehen in der Wall Street aufnehmen und der Wall Street dadurch einen weiteren Coup auf Kosten der europäischen Banken ermöglichen?

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Enikő Győri (PPE). – (HU) Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, das Thema unter einem Blickwinkel zu betrachten, der die Pervertiertheit der Krise zeigt. Die ungarischen Bürger waren schockiert, als sie erfuhren, dass die halbjährlichen Gewinne der ungarischen Banken zwei Drittel des Stands vor der Krise erreicht hatten, während das Land gegenwärtig nach sieben Jahren sozialistischer Regierung auf Hilfe des IWF und der EU angewiesen ist. Die Banken sind außerdem in der Lage, ihre Verträge einseitig zu ändern, wodurch sie Bürger, die Darlehen in Fremdwährung aufgenommen haben, um sich eine eigene Wohnung zu kaufen, in eine prekäre Situation bringen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir gegen solche Entwicklungen Maßnahmen ergreifen müssen. Wir müssen die Banken und andere Akteure auf dem Finanzmarkt einer geeigneten Aufsicht unterwerfen. Wir sollten die Fortsetzung der schädlichen Bonuskultur, wie sie vor der Krise verbreitet war, verhindern. Wir sollten eine Berufsethik festschreiben, denn wir haben nun gesehen, wohin ein exzessive Deregulierung führt. Lassen Sie uns eine Welt schaffen, die nicht die Erzielung eines schnellen, kurzfristigen und übermäßigen Profits belohnt, sondern anständige Arbeit, und in der soziale Verantwortung ein Grundwert ist. Wir müssen gemeinsam vernünftige Regeln erarbeiten, um die G20-Partner für uns zu gewinnen.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Was bisher gesagt wurde, trägt eine klare Botschaft in sich, nämlich, dass wir, um das Vertrauen des gewöhnlichen Bürgers wieder zu erlangen, Maßnahmen gegen Bonuszahlungen und Steueroasen ergreifen müssen. Ich möchte Herrn Kommissar Almunia und Frau Malmström außerdem fragen, wann die vom ungarischen Premierminister vorgeschlagene europäische Bankenaufsichtsbehörde ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass es für dieses Parlament eine äußerst wichtige Aufgabe wäre, die Interessen der europäischen Verbraucher und Bürger zu schützen, was jetzt nichts mit dem G20-Gipfel zu tun hat.

Sie sind den Banken völlig ausgeliefert, die nicht ausreichend zuverlässige Informationen zur Verfügung stellen. In Ungarn wurde ein Verhaltenskodex aufgestellt. Ich würde einen Verhaltenskodex in Europa auf EU-Ebene vorschlagen, der das Verhalten von Bürgern und Banken regelt, da ich der festen Überzeugung bin, dass es eine große Anzahl unschuldiger Opfer gibt, da der Normalbürger die Risiken bei der Darlehensaufnahme nicht versteht. Dies ist eine äußerst wichtige Aufgabe für Europa.

Corinne Lepage (ALDE). – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Kommissar, das sehr ehrgeizigen Programm, das Sie uns vorgelegt haben, ist interessant, aber glauben Sie nicht, dass wir das Problem in Angriff nehmen müssen, dass auch heute noch durch die Bevorzugung kurzfristiger Transaktionen und äußerst kurzfristiger Profitabilität gegenüber mittel- und langfristiger Profitabilität Vorteile gewonnen werden können?

Der Mangel an Finanzierung für unsere Unternehmen, insbesondere in Europa, ist exakt auf diesen Vorteil zurückzuführen, der weiterhin durch kurzfristige Investitionen gewonnen werden kann. Sind Sie nicht der Ansicht, dass wir dieses Problem angehen sollten?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, ich möchte mich bei allen Abgeordneten bedanken, die zu dieser Debatte beigetragen haben. Ich habe das Gefühl, dass man sich in diesem Parlament in hohem Maße darüber einig ist, was für die europäische Position von Bedeutung ist, und auf welche Themen wir uns vor dem G20-Gipfel konzentrieren müssen. Die EU spricht jetzt auf der internationalen Bühne mit einer deutlichen, koordinierten Stimme, und ich möchte mich bei der Kommission und insbesondere bei Joaquín Almunia für die Arbeit bedanken, die geleistet wurde, um diesen Konsens zu erreichen.

Viele Abgeordnete haben die Themen angesprochen, die sowohl ich als auch der Herr Kommissar untersucht haben. Ja, wir brauchen eine bessere Aufsicht und eine bessere Regelung der Finanzmärkte. Wir hoffen, dass sobald wie möglich ein Überwachungssystem eingerichtet werden kann. Wir werden dieses auf den de-Larosière-Bericht gründen und sehen, wie schnell wir es einrichten können. Wir benötigen mehr koordinierte globale Lösungen und effektive und funktionierende internationale Institutionen. Wir brauchen

klare Grundsätze für Bonussysteme. Ich habe großes Vertrauen in den Rat für Finanzstabilität und bin überzeugt davon, dass er mit spezifischen, realisierbaren Vorschlägen kommen wird, die wir diskutieren können.

Wir möchten auch das Thema der Klimafinanzierung aufgreifen. Wir werden alle Länder auffordern, ihre Verantwortung zu übernehmen, aber ich bin mir nicht sicher, ob es realistisch ist, auf dem Gipfel in Pittsburgh über Zahlen zu sprechen. Natürlich werden wir darauf hinarbeiten, weil es eine gute Sache wäre.

Wir brauchen auch globale Lösungen. Wir können EU-Lösungen nicht von diesem System trennen, sondern müssen gewährleisten, dass wir so viele globale Lösungen wie möglich anwenden können. Die Arbeitslosigkeit ist für die Menschen Europas vielleicht der auffälligste Aspekt der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Arbeitslosigkeit ist in den meisten unserer Länder ein dauerhaftes Phänomen, und das ist eine sehr, sehr ernste Situation. Sie erfordert europäische und nationale Lösungen. Wir brauchen eine starke Arbeitsmarktpolitik. Wir müssen es Firmen und Unternehmern leichter machen, das Risiko zu übernehmen, das mit der Beschäftigung von Menschen verbunden ist, und Investitionen zu wagen. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen beschäftigungsfähig sind, indem wir in Bildung und Forschung investieren. Wir werden im Ecofin-Rat im Oktober eine spezielle Diskussion über Arbeitslosigkeit führen.

Wir müssen auch über Ausstiegsstrategien reden. Ansonsten riskieren wir, dass sich die von uns ergriffenen Maßnahmen negativ auf Arbeitslosigkeit und Wachstum auswirken und zu Defiziten und Inflation führen. Die verwundbarsten Personengruppen in unserer Gesellschaft leiden stets als erste. Wenn es um die ärmsten Länder geht, so sind wir uns sehr, sehr bewusst darüber, dass diese die größten Verlierer der internationalen Krise sind. Die Ärmsten der Welt werden hart getroffen. Wir haben darüber diskutiert und werden es auch weiter tun, wie wir die Situation dieser Menschen verbessern können. Es ist wichtig, dass die Multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) ausreichende Mittel haben, um zinsgünstige Darlehen zu gewähren. Es ist ebenfalls wichtig, dass wir gewährleisten, dass das internationale Handelssystem ordnungsgemäß funktioniert und keinen Protektionismus enthält. Folglich sind die verschiedenen Diskussionen über globale Steuern und verschiedene Arten der Tobin-Steuer nur sinnvoll, wenn sie global umgesetzt werden können, und momentan ist dies nicht der Fall. Daher wären sie nur kontraproduktiv und würden unserer Wirtschaft nicht helfen.

Viele Abgeordnete haben das Thema Hedgefonds und eine neue Finanzmarktregulierung angesprochen. Für den schwedischen Ratsvorsitz sind dies vorrangige Themen. Wir werden über diese Themen gemeinsam mit Ihnen entscheiden und freuen uns darauf, in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament sobald wie möglich Richtlinien für Hedgefonds und die Finanzmarktregulierung zu erlassen. Mir ist bewusst, dass dies schwierig und komplex ist, und dass viele Aspekte berücksichtigt werden müssen, aber wir sind bereit, so eng wie möglich mit Ihnen zusammenzuarbeiten, um dies zu bewerkstelligen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der G20-Gipfel natürlich nicht alle von uns angesprochenen Probleme beheben kann. Dennoch habe ich guten Grund zu der Annahme, dass wir bei den von uns diskutierten Themen deutliche Fortschritte machen werden. Zum einen üben die Bürger Europas Druck aus. Zum anderen gibt es weltweit Menschen, die von uns erwarten, dass wir unsere Führungsqualitäten unter Beweis stellen und die Stabilität der Finanzsysteme verbessern, dass wir unser Äußerstes tun, um diese Art von Krise zukünftig zu verhindern, und dass wir dafür sorgen, dass wir aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Die EU ist einig, die EU ist stark, und ich kann Ihnen versichern, dass der schwedische Ratsvorsitz sein Äußerstes tun wird, um die Standpunkte Europas auf dem G20-Gipfel nächste Woche zu vertreten. Ich danke Ihnen sehr für diese höchst interessante Debatte.

Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission. – (ES) Herr Präsident, ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass der Erfolg des G20-Gipfels in Pittsburgh und die Überzeugung, dass wir als Resultat dieser Sitzungen neue Lösungen für die Probleme und Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, finden und anwenden werden, in der gegenwärtigen Situation, in der wir aufgrund der Krise enormen und umfangreichen Herausforderungen begegnen müssen, von außerordentlicher Bedeutung sind. Wir beginnen in der Tat deutliche Zeichen für eine Verbesserung bei bestimmten wirtschaftlichen Indikatoren festzustellen, insbesondere hinsichtlich des Wachstums des internationalen Handels und der Zuversicht von Verbrauchern und Investoren. Alle Punkte auf der Tagesordnung des Gipfels sollten, müssen und, ich hoffe, werden von den Staats- und Regierungschefs nach dem Treffen in der nächsten Woche vereinbart und implementiert werden.

Einer der wichtigsten Punkte, den viele von Ihnen erwähnt haben, ist der Bedarf an Klarheit, an einer eindeutigen Aussage dazu, wie die wichtigsten Wirtschaften der Welt ihre Aktionen zu koordinieren beabsichtigen. Der nächste Schritt in der Koordination der Wirtschaftspolitik besteht darin, eine Ausstiegsstrategie zu definieren und sich definitiv zu entscheiden, wann und wie diese Strategie auf

koordinierte Weise angewendet wird. Wir müssen aus der Krise vom Neunundzwanzigsten lernen - und ich denke, wir haben dies getan - dass die stimulierenden Maßnahmen nicht zu schnell zurückgenommen werden dürfen, wenn die Wirtschaft, wie einige von Ihnen gesagt haben, immer noch Krücken benötigt. Wir dürfen diese Stimuli jedoch nicht länger als notwendig einsetzen, da wir in diesem Fall die Bedingungen wiederherstellen würden, die zu den Blasen und Ungleichgewichten geführt haben, die diese Krise verursacht haben. Dies ist ein sehr wichtiges Thema, das auf dem Gipfel in Pittsburgh geklärt werden muss.

Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, nicht nur hinsichtlich der makroökonomischen Politik, sondern auch in Bezug auf die Finanzmarktregulierung und -überwachung. Ich glaube, dass diese Verpflichtung bei früheren Gipfeln sehr deutlich gemacht wurde. Wir müssen diese Verpflichtung weiter entwickeln und die Unternehmungen würdigen, die bereits auf globaler und, wie in unserem Fall, auf europäischer Ebene durchgeführt wurden.

In dieser Hinsicht stimme ich mit denjenigen überein, die während der Debatte heute Morgen gesagt haben, dass nicht alles auf den Nenner des Gehalts reduziert werden sollte. Dennoch stimme ich auch denen uneingeschränkt zu, die sagen, dass das Thema Gehalt in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ethischer Hinsicht äußerst wichtig ist. Ich glaube, dass Europa seine führende Rolle bei diesem Thema demonstriert, wie es dies auch bei anderen Themen auf der G20-Tagesordnung getan hat, sowohl durch jedes der Staats- oder Regierungsoberhäupter als auch durch die europäischen Institutionen selbst, den Ratsvorsitz der Europäischen Union und die Kommission.

Wir sollten nicht vergessen, dass die Europäische Kommission im April dieses Jahres den Mitgliedstaaten Vorschläge für Gehälter gemacht hat, die fast mit denen übereinstimmen, die jetzt von aller Welt vorgeschlagen werden. Wir müssen auch weiterhin den Problemen des Finanzsystems - mehr Kapital, Restrukturierung und Korrektur der Bankbilanzen - sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene Beachtung schenken.

In einem eng verflochtenen Finanzsystem macht es keinen Sinn, wenn wir innerhalb unserer Grenzen unsere Probleme beheben, während niemand sonst seine Probleme behebt. Erinnern Sie sich daran, wie wir vor einem Jahr, an dem Tag vor der Lehman-Brothers-Krise, noch dachten, dass wir die schlimmsten Probleme der in den Vereinigten Staaten geschaffenen Krise abwenden könnten. Gleichzeitig trifft es, wie viele von Ihnen gesagt haben, voll und ganz zu, dass letztendlich das politische Ziel nicht nur darin besteht, die Bilanz einer Bank in Ordnung zu bringen oder ihre Verbindlichkeiten zu kapitalisieren. Die grundlegenden Probleme sind Beschäftigung, die Situation unserer kleinen und mittleren Unternehmen und die Aufrechterhaltung unserer öffentlichen Dienste und Sozialversicherungssysteme.

Ohne ein funktionierendes Finanzsystem kann jedoch nichts anderes aufrecht erhalten werden. Dies ist die Herausforderung, die es auf dem Gipfel in Pittsburgh zu bewältigen gilt, oder die die G20 nach dem Gipfel von Pittsburgh weiterhin zu bewältigen haben.

Schließlich möchte ich auf ein Thema eingehen, das in vielen Ihrer Reden angesprochen wurde. Obwohl ich anderen Punkten auf der Tagesordnung des G20-Gipfels, die viele von Ihnen erwähnt haben, zustimme, möchte ich zu einem etwas anmerken: Dem Thema Steueroasen und nicht-kooperative Jurisdiktionen.

Es stimmt, dass das G20-Treffen in London nicht in der Lage war, Lösungen für alle durch Steueroasen aufgeworfenen Probleme zu finden. Es wäre sehr schwierig, an einem Tag alle Lösungen zu einem Problem zu finden, das seit vielen Jahren besteht. Es stimmt aber, dass seit dem Londoner Gipfel im April während dieser sechs Monate mehr Probleme gelöst wurden, als während der vielen Jahre vor dem Londoner Gipfel gelöst wurden oder hätten gelöst werden können. Zu diesem konkreten Punkt wurde eine Einigung über den Austausch von Informationen erzielt, die notwendig sind, um Steuerhinterziehungen zu verhindern, und um zu verhindern, dass wirtschaftliche und finanzielle Aktivitäten vor den öffentlichen Behörden unter dem Schutz von Steueroasen verborgen werden. Es trifft daher zu, dass nicht alles in diesen sechs Monaten gelöst wurde. Wir haben in diesen sechs Monaten jedoch in Bezug auf ein Thema sehr viel erreicht, das von großer Bedeutung ist, wenn es darum geht, zu verhindern, dass diese Finanzaktivitäten, die vor den Regel- und Überwachungsbehörden verborgen werden, erneut Verzerrungen erzeugen. Dies ist auch außerordentlich wichtig hinsichtlich der Botschaft, die wir an unsere Bürger über die Verteilung der Verantwortung und die Bemühungen zur Überwindung der Krise senden.

Schließlich hat jemand gesagt, dass die Stimme der EU über den Stimmen der europäischen Länder der G20 zu hören sein muss. Ich kann Ihnen versichern, dass unter dem schwedischen Ratsvorsitz und mithilfe der Stimme der Europäischen Kommission die Stimme der EU zu hören sein wird. Ihr wird sehr aufmerksam und respektvoll Gehör geschenkt, da Europa, und nicht nur ein oder zwei europäische Länder, sondern die

Europäische Union, die Organisation war, die diesen Prozess der globalen Koordination begonnen hat. Dies zeigt deutlich, dass effektivere Ergebnisse erzielt werden, wenn es eine echte Koordination gibt.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe erfolgt während der ersten Sitzungsperiode im Oktober.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Es wird erwartet, dass der bevorstehende G20-Gipfel einen deutlichen Schwerpunkt auf die Klimagespräche in Kopenhagen legen wird. Einem Post-Kyoto-Abkommen stehen weiterhin viele ungeklärte Fragen im Weg. Lassen Sie mich einige Überlegungen zu diesem Thema formulieren. Erstens: Anstelle von vagen langfristigen Versprechungen brauchen wir verbindliche mittelfristige Maßnahmen. Diese Maßnahmen müssen realistisch, fair und verantwortlich sein. Bei der Festlegung dieser Maßnahmen ist es wichtig, dass neben Faktoren wie der wirtschaftlichen Entwicklung und den natürlichen Ressourcen der Umfang berücksichtigt wird, in dem die Kyoto-Verpflichtungen bisher erfüllt wurden.

Zweitens: Die Idee, dass die EU den Entwicklungsländern sowohl finanziell als auch bei der Umsetzung ihrer klimapolitischen Ziele helfen sollte, muss unterstützt werden. Dafür ist eine eindeutige finanzielle Zusage notwendig. Um jedoch Transparenz zu gewährleisten, müssen die Entwicklungsländer ebenfalls verbindliche Verpflichtungen eingehen und detaillierte Aktionspläne erstellen.

Drittens: Flexibilitätsmechanismen muss weiterhin eine wichtige Rolle gewährt werden. Um Investitionen zu fördern, muss so schnell wie möglich eine Vereinbarung darüber getroffen werden, wie die sich aus den bisher durchgeführten Projekten ergebenden Zertifikate mit einbezogen werden können.

Viertens: Marktwirtschaftlichen Instrumenten muss im Post-Kyoto-System mehr Raum gegeben werden. So kann beispielsweise eine Erweiterung des Emissionshandels oder des Systems der grünen Zertifikate dazu beitragen, Emissionen an Orten zu reduzieren, an denen die geringsten Kosten entstehen. Ich bin davon überzeugt, dass die Wirtschaftskrise kein Hindernis für den Kompromiss in Kopenhagen ist. Eine vernünftige mittelfristige Vereinbarung könnte Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken und gleichzeitig die Umweltbelastung reduzieren.

Edit Herczog (S&D), schriftlich. – (HU) Vor fünf Jahren verpflichtete sich jeder neue Mitgliedstaat bei seinem EU-Beitritt zur Einführung des Euro. Vier davon haben dies bereits erreicht. Die anderen Länder haben sich treiben lassen und hinken in diesem Bereich aufgrund verschiedener wirtschaftspolitischer Erwägungen und Fehler hinterher, ganz zu schweigen davon, dass sie durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in eine prekäre Lage gebracht wurden. Der wirtschaftliche Abschwung hat protektionistische Ambitionen gefördert, die das Funktionieren des Binnenmarkts untergraben.

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat ein Schlaglicht auf die Tatsache geworfen, dass der Euro bei den engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Mitgliedern der Euro-Zone eine wichtige Rolle übernommen hat; aber die Staaten, die gehofft hatten, den Euro einführen zu können, befinden sich nun aufgrund der lang andauernden Vorbereitungen in einer äußerst prekären Lage. Viele, darunter auch ich, glauben, dass die Lösung für die kritische Währungssituation, die sich entwickelt hat, darin bestehen würde, die Einführung des Euro in diesen Mitgliedstaaten zu beschleunigen. Dafür müssen jedoch wirtschaftspolitische Bedingungen festgelegt werden, aber selbst mit den bereits festgelegten Bedingungen würde es Jahre dauern, bis der Euro eingeführt würde.

Meiner Ansicht nach sollten wir nicht nur überprüfen, ob die Konvergenzkriterien unverändert geblieben sind, sondern auch, ob die EU die Regelungen bezüglich des Zeitraums, der im WKM II-Wechselkursmechanismus verbracht werden muss, flexibler auslegt, als sie es derzeit tut. Ich halte es zudem für sehr wichtig, zu überprüfen, wie das Verfahren zum Eintritt in die Euro-Zone beschleunigt werden könnte, während weiterhin die Bedingungen erfüllt werden, die erfüllt werden können. Dies könnte die Lage der betroffenen Länder stabilisieren, ganz zu schweigen vom Schutz des gesamten EU-Binnenmarkts. Ansonsten könnte die mögliche internationale Insolvenz dieser Länder außerhalb der Euro-Zone im schlimmsten Fall die Euro-Zone ebenfalls zu Fall bringen.

Liisa Jaakonsaari (S&D), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, die Marktwirtschaft ist ein guter Sklave aber ein schlechter Herr. In letzter Zeit gibt es bei der Rollenverteilung einige Verwirrung. Bei internationalen Konferenzen ist es Brauch, Trivialitäten auszutauschen, aber wir brauchen nun Taten, und zwar schnell. Die Welt hat jetzt beim G20-Gipfel in Pittsburgh eine historische Gelegenheit, sich erneut auf die Regeln für die globale Wirtschaft zu einigen. In der Presse ist viel von den Bonuszahlungen an die Banker zu lesen, aber

diese sind nur die Spitze des Eisbergs. Die globale Wirtschaft muss komplett neu gestaltet werden, und das Schlüsselwort heißt Transparenz. Wir müssen versuchen, die Risikowirtschaft abzuschaffen und uns auf die Realwirtschaft zuzubewegen. Nur verbindliche internationale Regeln können gewährleisten, dass es keine Wiederholung der Kasino-Wirtschaft gibt, die wir die letzten Jahre beobachten konnten. In der Zukunft darf es dem Steuerzahler nicht auferlegt werden, für den Schaden aufzukommen. Bei Mechanismen wie den Vermögenssteuern besteht immer das Risiko, dass sich jemand innerhalb der globalen Wirtschaft als Schmarotzer erweist. Ich bin jedoch der Ansicht, dass wir uns zumindest anschauen sollten, wie relevant sie sein könnten.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Der G20-Gipfel in Pittsburgh wird praktisch am ersten Jahrestag des Zusammenbruchs der Lehman Brothers Bank stattfinden. Vor diesem Hintergrund sollten die Führer dieser Welt handeln. Die Auswirkungen der Krise haben die Bewohner fast jeden Teils der Welt zu spüren bekommen. Das vorrangige Ziel des G20-Gipfels sollte darin bestehen, das Risiko für die Wiederholung einer durch die Deregulierung der Finanzmärkte verursachten Krise auf ein Minimum zu reduzieren. Die G20-Führer stehen vor der Aufgabe, eine Regelung zu schaffen, die verhindert, dass weitere spekulative Banken auftauchen die, um es deutlich zu sagen, weltweit Millionen von Kunden von Finanzinstituten betrügen.

Während der letzten Monate hat es immer mehr schlechte Nachrichten über Manager gegeben, die ihre Firmen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben, während sie öffentliche Hilfe erhielten. In den letzten Jahren sind wir in Europa Zeugen einer nie da gewesenen Kluft bei den Einkommen geworden, wie sie bisher im europäischen Sozialmodell unbekannt war. Eine der Aufgaben der G20-Gruppe sollte darin bestehen, die Einkommen in Europa und auch weltweit auszugleichen. Der Finanzsektor braucht Regeln, denen zufolge Bonuszahlungen nicht von kurzfristigen Profiten abhängig sind, sondern von langfristigen Renditen auf Investitionen.

Die Führer mehrerer europäischer Länder sowie der Europäischen Union als Ganzes werden in Pittsburgh anwesend sein. Aus diesem Grund sollte Europa bei dem Gipfel mit einer Stimme sprechen. Ich appelliere an den Vertreter der Europäischen Union, sich daran zu erinnern, dass die Interessen der Gemeinschaft auch die Interessen der Mitgliedstaaten umfassen, von denen keine nationalen Vertreter auf den Gipfel anwesend sind.

Sirpa Pietikäinen (PPE), schriftlich. – (FI) Am Montag dieser Woche hatte ich die zweifelhafte Ehre, an einer Art von Jahrestag zu arbeiten: Genau ein Jahr zuvor hat der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers stattgefunden. Es wird davon ausgegangen, dass der Zusammenbruch die gegenwärtige tiefe globale Rezession und die Finanzkrise herbeigeführt hat.

Zu einem Zeitpunkt der so nahe an diesem Jahrestag und dem bevorstehenden G20-Treffen in Pittsburgh liegt, lohnt es sich, innezuhalten und darüber nachzudenken, was aus der Krise gelernt wurde und welche Lehren noch aus ihr gezogen werden können. Meiner Ansicht nach kann aus der Krise etwas Wichtiges entstehen, nämlich die Möglichkeit der grundlegenden Neugestaltung der internationalen Finanzmarktarchitektur. Es wurden schon Schritte in diese Richtung unternommen. Das G20-Treffen im letzten Frühjahr diente als eine gute Basis für Aktionen und für Orientierungshilfen für einen globalen Konsens hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben erst vor kurzem ein umfangreiches Finanzgesetzbuch angekündigt. Die Europäische Kommission wird voraussichtlich nächste Woche einen Vorschlag für den Aufbau einer europäischen Finanzstruktur und deren Überwachung vorlegen. Der Schlüsselbegriff lautet in diesem Zusammenhang „globales Vorgehen“.

Wir müssen international verbindliche Regeln für die Reform des Internationalen Währungsfonds, Solvenzregeln und neue Vorschriften für die Zahlung von Optionen aufstellen. Die Gesetzgebung muss sich auf alle Finanzprodukte erstrecken und flexibel sein, sodass sie stets auf einen sich verändernden Sektor, der immer wieder neue Produkte einführt, reagieren kann.

Anlässlich einer Krise, die die Grundsicherung, die Existenzgrundlage und das Wohlergehen von Menschen ruiniert, ist es konstruktiv, über neue Arten der Vermögensberechnung nachzudenken. Die von der von Präsident Sarkozy jüngst eingesetzten Kommission veröffentlichten Schlussfolgerungen empfehlen einen Wechsel von Vermögensberechnung auf der Grundlage des BSP hin zu neuen Methoden, die insbesondere die Fähigkeit einer Gesellschaft in wirtschaftlicher Hinsicht in Betracht ziehen, das Wohlergehen ihrer Bürger und die Umweltverträglichkeit zu gewährleisten. -

Catherine Stihler (S&D), schriftlich. – Ich stimme denjenigen zu, die von der Notwendigkeit eines global koordinierten Vorgehens gesprochen haben. Dies ist unerlässlich, wenn wir die Machtstrukturen des globalen

Finanzsystems ändern möchten. Jedoch haben sich weder die Kommission noch der Rat zu dem Konzept der „Patientenverfügung“ für den Bankensektor geäußert. Diese Woche jährt sich der Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank zum ersten Mal. Man geht davon aus, dass die Liquidierung der Investmentbank zehn Jahre in Anspruch nehmen wird. Ganz anders ist die Situation der Dunfermline Building Society, deren „Patientenverfügung“ es ermöglichte, ihre Aktiva eindeutig zu identifizieren. Transparenz ist unerlässlich, wenn wir das Vertrauen der Verbraucher in den Bankensektor wiederherstellen möchten.

5. SWIFT (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung des Rates zu SWIFT.

Beatrice Ask, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, bei der allgemeinen Bekämpfung des Terrorismus besteht die Schlüsselfrage darin, wie diese Aktivitäten finanziert werden. Die Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus und die Verfolgung von Spuren, die solche Transaktionen hinterlassen können, kann terroristische Straftaten verhindern und für die Ermittlungen in solchen Straftaten von Bedeutung sein. Um dies tun zu können, brauchen wir eine internationale Zusammenarbeit. Hier sollten wir die Herausforderung annehmen, die in dem UN-Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus des Jahres 1999 und den Übereinkommen des Europäischen Rates in diesem Bereich formuliert wurde.

Abgeordnete, die an der *Klausursitzung* des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres am 3. September 2009 teilgenommen haben, erfuhren, wie das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP, Terrorist Finance Tracking Programme) dazu beigetragen hat, die Sicherheit von EU-Bürgern und anderen zu verbessern. In den letzten Jahren haben Informationen des TFTP zur Entdeckung und Aufklärung terroristischer Straftaten geführt und terroristische Angriffe auf europäischem Boden verhindert.

Dem Ratsvorsitz wurde vom Rat am 27. Juli 2009 ein einstimmiges Verhandlungsmandat erteilt, das auf einem Vorschlag der Kommission basiert. Es wäre besser gewesen, wenn die Verhandlungen mit den USA auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon stattgefunden hätten. Das Europäische Parlament hätte dann in vollem Umfang teilnehmen können, aber wie sie wissen, ist das noch nicht möglich. Da SWIFT seine Datenbank zum Ende des Jahres von den USA nach Europa verlegt, ist es unerlässlich, dass die EU so schnell wie möglich ein kurzfristiges Abkommen mit den USA eingeht, damit nicht die Gefahr besteht, dass der Informationsaustausch unterbrochen wird. Dies ist im Interesse aller Beteiligten.

Ich möchte betonen, dass es sich hierbei um ein vorläufiges Abkommen handelt, für den Zeitraum bis zum Abschluss eines endgültigen Abkommens. Seine Laufzeit darf nicht mehr als zwölf Monate betragen, und die Kommission hat bekannt gegeben, dass sie beabsichtigt, einen Entwurf für ein endgültiges Abkommen einzureichen, sobald ein neuer Vertrag vorliegt. Wenn das TFTP für die EU und die Mitgliedstaaten von Nutzen sein soll, müssen die USA weiterhin die entsprechend befugten Behörden innerhalb der EU wie bisher mit Informationen aus dem TFTP versorgen. Und dies wird auch geschehen.

Außerdem wird die vorläufige Vereinbarung den Strafverfolgungsbehörden der EU ausdrücklich die Gelegenheit bieten, im Zuge der Ermittlungen bei terroristischen Verbrechen selbst Informationen aus den TFTP-Datenbanken anzufordern. Der Ratsvorsitz ist von dem Nutzen der über das TFTP erhaltenen Informationen überzeugt. Gleichzeitig sind wir uns darüber im Klaren, dass das vorläufige Abkommen die erforderlichen Mechanismen enthalten muss, um den Schutz der Privatsphäre, die Rechtsstaatlichkeit und den Datenschutz zu gewährleisten. Der Entwurf für das Abkommen umfasst daher eine Bestimmung, die festlegt, dass es eine eigenständige EU-Behörde geben muss, die jede Anfrage der USA zum Erhalt von Informationen von SWIFT entgegen nimmt, verarbeitet und genehmigt.

Es ist ebenso wichtig, dass das vorläufige Abkommen detaillierte Bestimmungen über den Datenschutz für die Informationen enthält, welche die USA von SWIFT über die europäische Behörde erhält. In diesem Punkt wird das Abkommen weiter gehen, als es bisher in den unilateralen Verpflichtungen der Fall war, welche die USA gegenüber der EU in den im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten TFTP-Verpflichtungen von 2007 eingegangen sind.

Erlauben Sie mir, einige andere Bestimmungen zu erwähnen, deren Aufnahme in die Vereinbarung wir verlangen werden. Daten müssen sicher gespeichert werden, alle Datenzugriffe müssen protokolliert werden, alle Suchen in der TFTP-Datenbank müssen eingeschränkt sein und dürfen nur Personen oder Informationen umfassen, bei denen ausreichende Verdachtsmomente oder eine eindeutige Verbindung zu einem

terroristischen Verbrechen vorliegen. Der Speicherzeitraum für die überprüften Informationen muss eingeschränkt sein, und die Informationen müssen spätestens nach fünf Jahren, falls möglich früher, gelöscht werden.

Wir stellen fest, dass das TFTP nur in Ermittlungen von terroristischen Verbrechen verwendet werden wird, zu denen auch die Finanzierung von Terrorismus zählt. Weder die USA noch die EU dürfen das System zu Ermittlungen im Zusammenhang mit anderen Straftaten oder zu anderen Zwecken verwenden. Natürlich ist es wichtig, dass der Informationstransfer von der EU in die USA im Rahmen des TFTP verhältnismäßig ist. Zusätzlich zu den von mir bereits erwähnten Bestimmungen in Bezug auf die europäische Autorität enthält die Vereinbarung daher außerdem eine Bestimmung, die besagt, dass das System von einer unabhängigen Bewertungsstelle bewertet werden muss. Seitens der EU wird diese Stelle aus Vertretern des Ratsvorsitzes, der Kommission und zwei Personen von den nationalen Datenschutzbehörden der Mitgliedstaaten bestehen. Die Aufgabe der Bewertungsstelle wird darin bestehen, die Einhaltung der Vereinbarung, die ordnungsgemäße Anwendung der Datenschutzbestimmungen und die Verhältnismäßigkeit des Datentransfers zu überwachen.

Wir tragen gemeinsam Verantwortung dafür, dass die für die Verbrechensverhütung zuständigen Behörden den Terrorismus effektiv bekämpfen können. Wir haben außerdem eine gemeinsame Verantwortung, zu gewährleisten, dass dies im Rahmen der Rechtssicherheit und unter Respektierung der Grundrechte erfolgt. Der Ratsvorsitz ist überzeugt davon, dass der Austausch von Informationen mit den USA im Rahmen des TFTP den Schutz vor dem Terrorismus verbessert und dass wir sowohl ein vorläufiges Abkommen als auch ein langfristiges Abkommen erreichen können, das nicht nur unseren strengen Datenschutzanforderungen entspricht, sondern auch die Grundrechte respektiert.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte zuerst Frau Ask herzlich dafür danken, dass sie uns eine Zusammenfassung der Entwicklung in Bezug auf SWIFT und der mit den Vereinigten Staaten stattfindenden Verhandlungen über die Fortsetzung des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) gegeben hat.

Ich hatte selbst die Gelegenheit, während der Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres am 22. Juli die Arbeitsweise des TFTP und die Gründe dafür, warum wir eine Zwischenlösung benötigen, um seine Unterbrechung zu verhindern, zu erläutern. Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung am 3. September fand in Anwesenheit des schwedischen Ratsvorsitzes, des Generaldirektors der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit, Herrn Faull und Herrn Bruguière, statt. Ich bin der Ansicht, dass es in dieser Sitzung möglich war, einige immer noch offene Fragen zu klären.

Ich möchte kurz einige Aspekte hervorheben. Der zusätzliche Wert der Auswertung von Daten im Kontext des TFTP durch das US-Finanzministerium wurde durch den Bericht von Herrn Bruguière bestätigt, den die Mitglieder des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung auf der gemeinsamen Sitzung Anfang September prüfen konnten. Wie von dem Ratsvorsitz erwähnt, hat diese Analyse von Daten die US-Behörden in die Lage versetzt, Angriffe zu verhindern und Ermittlungen in Bezug auf terroristische Angriffe sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa zu erleichtern.

Außerdem hat der Bericht von Richter Bruguière bestätigt, dass die US-Behörden ihre 2007 eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf den Datenschutz eingehalten haben, nämlich, wie es Frau Ask soeben sehr gut erklärt hat, die Datenspeicherung und den Zugriff auf Daten zu beschränken, sodass diese nur benutzt werden, wenn eine terroristische Finanzierung vermutet wird. Kurzum: Herr Bruguière hat bestätigt, dass die Verpflichtungen eingehalten wurden.

Es ist jedoch klar, dass der 2007 ausgehandelte rechtliche Rahmen nicht länger anwendbar sein wird, da sich die Daten nach der für das Ende des Jahres angesetzten Änderung der Architektur von SWIFT nicht mehr in den Vereinigten Staaten befinden werden. Ein vorläufiges internationales Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten ist erforderlich, damit die US-Behörden weiterhin Daten im Zusammenhang mit in den Niederlanden stattfindenden inter-europäischen Transaktionen analysieren können.

Die Aufnahme aller für die Gewährleistung der Grundrechte unserer Bürger, insbesondere des Schutzes von Personendaten, erforderlichen Garantien in dieses Abkommen ist zwingend notwendig. Selbstverständlich kann der Ratsvorsitz bei diesen Bemühungen auf unsere volle Unterstützung zählen.

Herr Präsident, desweiteren möchte ich dem Parlament mitteilen, dass, wie die Frau Ministerin soeben erwähnt hat, von einem vorläufigen Abkommen die Rede ist, dessen Länge nicht mehr als 12 Monate betragen darf. Dies bedeutet, dass es sofort nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon unter vollständiger Einbeziehung des Europäischen Parlaments neu verhandelt werden kann. Ich kann Ihnen hiermit aufrichtig versichern, dass die Kommission das Parlament in dieser Sache ständig über Fortschritte auf dem Laufenden halten wird.

Zudem freuen wir uns darüber, in der Lage zu sein, dieses Abkommen vorzubereiten, bei dem es sich um ein ständiges Abkommen, ein langfristiges Abkommen handeln wird, indem wir von unseren US-Partnern selbstverständlich volle Gegenseitigkeit verlangen. Der Kampf gegen den Terrorismus betrifft auch uns, und es gibt keinen Grund, wieso es keine vollständige Gegenseitigkeit geben sollte. Daher sind wir der Ansicht, dass die Einbeziehung des Parlaments in diese Verhandlung über ein zukünftiges langfristiges Abkommen von Vorteil wäre.

Dies ist meine ehrliche Überzeugung. Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz und Frau Ask nochmals für diesen gründlichen Überblick über die Situation danken, die zu diesem, um es noch einmal zu sagen, vorläufigen Abkommen geführt hat.

Ernst Strasser, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Kommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die USA sind ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Aber gerade in der Frage sensibler Daten wollen wir in Zusammenarbeit mit den Amerikanern europäische Regelungen in Bezug auf die Datensicherheit, die Bürgerrechte und die persönlichen Rechte unserer Bürger, was die Daten betrifft. Daher fordern wir von der Europäischen Volkspartei, dass es einige Hauptkriterien gibt, die für den Abschluss eines derartigen Vertrags gültig sein müssen.

Zum Ersten muss zwischen der Sicherheit der Bürger und den Bürgerrechten Ausgewogenheit herrschen. Zum Zweiten brauchen wir Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen und unsere Bürger. Zum Dritten begrüßen wir die Mitgesetzgeberrolle des Europäischen Parlaments, und daher begrüßen wir auch sehr die Absicht, ein Übergangsabkommen zu schließen. Wir wünschen Ihnen, Frau Ministerin, und der Kommission hier viel Erfolg in den nächsten Wochen!

Viertens glauben wir, dass sowohl für das Übergangsabkommen als auch für die endgültigen Abkommen innereuropäische Datensätze nach europäischem Recht behandelt werden sollten. Fünftens wollen wir ein vergleichbares Instrument anstreben, wie es das TFTP ist, das zusätzlich auch auf EU-Ebene eingeführt werden sollte. Und sechstens sind wir der Ansicht, dass dies die Voraussetzung für Gegenseitigkeit, für Reziprozität ist.

Das sind unsere Vorstellungen, und wir freuen uns sehr, dass es hier einen breiteren Konsens im Plenum gibt. Nach dem Übergangsabkommen sollten wir das endgültige Abkommen zügig verhandeln und beschließen.

Claude Moraes, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, SWIFT ist offensichtlich zu einem Versuchsfeld dafür geworden, wie man ein Gleichgewicht zwischen unserer Kooperation mit den Vereinigten Staaten, der Bekämpfung des Terrorismus und dem Schutz unserer Grundrechte findet.

Als das Parlament in unseren Resolutionen von 2006 und 2007 darum bat, den Spiegel-Server von SWIFT von den USA auf europäischen Boden zu verlegen, war dies offensichtlich darauf zurückzuführen, dass wir der Ansicht waren, dass der durch den gesetzlichen Rahmen in den USA gewährte Schutz von EU-Bürgern nicht den EU-Standards entsprach und verbessert werden musste. Daher ist es eine positive Entwicklung, und unsere Fraktion begrüßt diese Tatsache, dass die beiden neuen Server von SWIFT jetzt nach Europa verlegt werden, und dass ein neuer gesetzlicher Rahmen eingerichtet wird, damit das US-TFTP die Daten weiterhin in Zusammenarbeit mit unseren Strafverfolgungsbehörden nutzen und verarbeiten kann.

Meine Fraktion kann beobachten, dass die vom Rat verabschiedete Empfehlung versucht, einige Anliegen des Parlaments und des Europäischen Datenschutzbeauftragten anzusprechen. Aber einige Schlüsselfragen bleiben offen. Falls US-amerikanische Rechtsnormen auf EU-Boden weiterhin für die Verarbeitung von EU-Daten gelten, wie können wir eine Respektierung der EU-Standards in Bezug auf Verfahrensrechte und den Schutz von Personendaten garantieren? An welchen Richter kann sich ein EU-Bürger oder ein EU-Unternehmen im Falle einer Strafverfolgung wenden?

Natürlich ist einer der wichtigsten Punkte die zeitliche Abstimmung und der vorläufige Charakter des Abkommens, wie Rat und Kommission festgestellt haben. Die Entscheidung für eine dritte rechtliche Säule schließt, zusammen mit dem vorläufigen Charakter, das Parlament und damit die EU-Bürger voll und ganz

von den legislativen Prozessen aus. Die Fraktion der Sozialisten und Demokraten vertritt den klaren Standpunkt, dass dieses vorläufige Abkommen nur 12 Monate gelten darf, und dass ein neues Abkommen mit dem Parlament als Mitgesetzgeber verhandelt werden muss, damit wir in diesem Haus gewährleisten können, dass das empfindliche Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Grundrechte der europäischen Bürger und dem wichtigen und entscheidenden Kampf gegen den Terrorismus nicht gestört wird.

Sophia in 't Veld, im Namen der ALDE-Fraktion. – (NL) Herr Präsident, nach all diesen freundlichen Worten werde ich etwas Unruhe stiften! Ich werde nichts über den Inhalt sagen, da ich der Ansicht bin, dass es offensichtlich ist, dass das, was ausgehandelt wurde, den europäischen Standards für Rechtsschutz und den Schutz von Personendaten entspricht, aber ich möchte einige Antworten über das Verfahren haben, da der Rat nun zum wiederholten Mal Entscheidungen, welche die Bürger betreffen, hinter geschlossenen Türen trifft. Die Regierungen Europas und der Vereinigten Staaten möchten alles über unser Privatleben erfahren, aber wir, die Bürger, erfahren nichts darüber, was der Rat tut. Für mich ist das eine verkehrte Welt. Der Kampf gegen den Terror ist so etwas wie ein führerloser Zug geworden, und der Rat legt eine völlige Missachtung der europäischen Bürger und der parlamentarischen Demokratie an den Tag. Jedes Mal, ob sich nun der aktuelle Fall auf SWIFT, PNR, Datenspeicherung oder etwas anderes bezieht, wird uns gesagt, dass dies „für den Kampf gegen den Terror unverzichtbar“ ist. Frau Ministerin, wann werden wir endlich einmal Fakten bekommen, wann werden wir eine Bewertung durchführen? Es gibt auch einige Fragen in Bezug auf SWIFT, die ich gerne beantwortet hätte, da diese am 3. September nicht beantwortet wurden. Wieso nicht? Es war schon 2007 bekannt, dass die Architektur von SWIFT neu gestaltet werden musste. Wieso kam der Rat erst in letzter Minute im Sommer mit diesem Plan, während das Parlament noch nicht begonnen hatte? Wieso haben Sie sich nicht mit den nationalen Parlamenten über das Mandat beraten? Wieso? Handelt es sich hier nicht vielmehr um einen Fall von Politikwäsche, Frau Ministerin, bei dem europäische Regierungen versuchen, über die US-Regierung Zugriff auf unsere Daten zu erhalten? Geben Sie es doch einfach zu!

Lassen Sie mich abschließend über Transparenz sprechen. Die Dokumente, insbesondere aber die Rechtsauskunft der Rechtsabteilung des Rates, müssen veröffentlicht werden, und nicht nur in einem kleinen, nur Abgeordneten zugänglichen Raum - da wir sie bereits neben dem Fotokopiergerät gesehen haben, wissen wir bereits, was darin steht - sondern für die Bürger Europas. Das ist echte Transparenz.

Jan Philipp Albrecht, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ständig reden die Präsidentschaft und die Kommission von der Stärkung der Bürgerrechte und vom Europa der BürgerInnen. Tatsächlich aber werden Grundrechte abgebaut und eine echte öffentliche Debatte darüber verhindert. Mit aller Macht werden die Parlamente ausgeschlossen und Informationen zurückgehalten. Ein solch intransparentes Vorgehen ist für ein demokratisches Europa untragbar!

Es reicht nicht, nur leise anzuklopfen – ein verantwortliches Parlament hat diese Fehlentwicklung zu stoppen! Die Präsidentschaft muss die Verhandlungen aussetzen, bis sie die Rechte der BürgerInnen und der Parlamente garantieren kann. Der von Ihnen geplante Kuhhandel mit den Bankdaten ohne verbindliche Schutzmechanismen kommt einem Ausverkauf der Datenschutzrechte der Bürgerinnen und Bürger Europas gleich und schafft einen präventiven Generalverdacht gegenüber allen BürgerInnen.

Mit uns Grünen ist das nicht zu machen! Auch nicht übergangsweise und auch nicht, wenn wir Server hier in Europa haben und nicht mehr nur in den USA, denn die Daten werden trotzdem weiterhin in die USA übertragen und Rechtsschutz wird nicht gewährleistet.

Marie-Christine Vergiat, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir eine große Ehre, erstmals vor diesem Parlament im Namen der Millionen von Europäern zu sprechen, die sich ein anderes Europa wünschen.

Die SWIFT-Affäre ist symptomatisch für die Sicherheitspannen, die uns im Namen des Terrorismus aufgebürdet werden und bei denen eine völlige Missachtung der Grundrechte unserer Mitbürger an den Tag gelegt wird. Bei dieser Affäre plünderten die Vereinigten Staaten Bankdaten, ohne rechtliche Grundlage und ohne die geringsten Informationen von den Behörden in Europa. Der Skandal hat die europäischen Behörden hellhörig gemacht. Ein Abkommen mit der US-Regierung wurde unterzeichnet. Ein Experte hat eine Bewertung dieses Abkommens durchgeführt. Aber was für ein Experte? Ein französischer Anti-Terror-Richter, Richter Bruguière, dessen Irrtümer auf dem Gebiet der Grundrechte in Frankreich wohlbekannt sind. Wir sind daher skeptisch, was die Qualität dieses Berichts angeht.

Abgesehen davon, dass es sich um eine Grundsatzfrage handelt, enthält der uns vorliegende Entwurf für eine Resolution Warnungen, denen wir zustimmen, die aber unzureichend sind. Wir schlagen Änderungen vor, um so die Forderungen zu unterstützen, die das Europäische Parlament zu stellen verpflichtet ist. Wir müssen

weiter gehen und eine Aufhebung des Abkommens fordern, wenn gegen die festgelegten Grundsätze verstoßen wird. Wir möchten gerne wissen, warum die europäischen Behörden solange gebraucht haben, um das Parlament zu informieren, und warum man so in Eile war, dieses neue Abkommen abzuschließen.

Wir zählen auf den schwedischen Ratsvorsitz. Wir werden auch weiterhin die Einhaltung der Menschenrechte überwachen. Ja, unsere Mitbürger haben ein Recht auf Sicherheit, aber dies muss erreicht werden, ohne dass wir gezwungen werden, in einer Big-Brother-Gesellschaft zu leben, wo jeder alles über uns weiß.

Beatrice Ask, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, ich danke Ihnen für diese wichtigen Anmerkungen. Ich werde versuchen, einige der Fragen in der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, zu beantworten.

Die erste Frage, die sich stellt, ist natürlich, wie wir garantieren können, dass die USA sich an das Abkommen halten werden. Zuerst haben wir den Bruguière-Bericht, der eine gute Beschreibung der Einhaltung der bis heute vereinbarten Bedingungen enthält. Zweitens erwähnt der Entwurf des Abkommens eine Bewertungsstelle, die ich Ihnen beschrieben habe, und auch den Ratsvorsitz, die Kommission und die Vertreter der nationalen Datenschutzbehörden, deren Beteiligung dazu dienen soll, zu überprüfen, ob die Sache korrekt behandelt wird. Selbstverständlich ist es unerlässlich, dass die Informationen zuverlässig sind. Es ist ebenfalls wichtig, dass jedem klar ist, dass es bei der Übertragung von Informationen im Rahmen dieses Datenprogramms nicht der Fall ist, dass Leute jederzeit hinein gehen und sich anschauen können, was sie wollen. Es muss ein vermutetes terroristisches Verbrechen oder die Finanzierung eines solchen vorliegen, damit ein Zugriff auf diese Informationen möglich ist. Selbstverständlich wird dadurch die Art und Weise eingeschränkt, wie die Information angewendet werden kann.

Was die Kritik bezüglich der Tatsache angeht, dass dies jetzt, während des Sommers, auf die Tagesordnung gesetzt wird, möchte ich darauf hinweisen, dass der Ratsvorsitz mehr oder weniger die gleichen Fragen gestellt hat, wie sie von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gestellt werden. Wir erhielten die Aufgabe, diese Sache gründlich vorzubereiten und unter anderem diesen Bericht zu analysieren, der einige Fragen beantwortet, aber wir erhielten auch andere Aufgaben. In der Realität sieht es so aus, dass nicht wir entschieden haben, dass SWIFT nach Europa verlegt wird; dies erfolgt auf der Grundlage anderer Entscheidungen. Die USA sind jedoch bestrebt, dieses Werkzeug in ihrem Kampf gegen den Terrorismus einzusetzen, und wir sind ebenfalls der Ansicht, dass die entsprechenden Informationen für uns von Nutzen sein könnten. Um dies zu ermöglichen, benötigen wir ein Abkommen. Da der Vertrag von Lissabon noch nicht in Kraft getreten ist, hielten wir eine Übergangslösung für notwendig. Darüber verhandeln wir, und dafür haben wir vom Rat ein Mandat erhalten. Das habe ich versucht zu beschreiben.

Es ist ebenso wenig der Fall, dass der Ratsvorsitz den Wunsch hat, die Einsichtnahme oder die Debatte in irgendeiner Weise unnötig einzuschränken. Erstens handelt es sich hierbei um eine öffentliche Debatte, und zweitens sind wir natürlich gerne dazu bereit, darüber zu reden, wie die Diskussionen verlaufen. Es ist jedoch während der Verhandlungen nicht möglich, einen ständigen Zugang zu den Dokumenten zu ermöglichen, da es in der Natur von Verhandlungen liegt, dass sich die Dinge ständig ändern. Ich habe jedoch versucht, unseren Ausgangspunkt und das klare Mandat, das wir vom Rat erhalten haben, zu beschreiben. In diesem Zusammenhang sind wir entschlossen, ein hohes Maß an Effizienz und praktischer Anwendung mit den strengen Anforderungen der Rechtssicherheit und dem Respekt für bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte zu kombinieren. Ich bin voll und ganz davon überzeugt, dass wir dies erreichen werden. Falls wir dies entgegen unseren Erwartungen nicht tun werden, wird es kein Abkommen geben.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, ich möchte ganz einfach die Ausführungen der Frau Ministerin bestätigen, die übrigens zu einer sehr klaren Schlussfolgerung gelangt ist: Wenn wir die für uns notwendigen Zusicherungen für die Sicherheit im Datenschutz für das dauerhafte Abkommen, welches der Ratsvorsitz aushandeln muss und für welches die Kommission uns ihre Unterstützung geben wird, nicht wirklich erhalten, gibt es keine Einigung.

Da dies der Fall ist, bin ich davon überzeugt, dass wir die Dinge miteinander vereinbaren und so eine Kampagne gegen Terrorismus führen können sollten, bei der wir natürlich die großen Werte und Prinzipien beachten, denen zufolge wir in Europa einerseits dem Schutz der Privatsphäre und andererseits der Verhinderung jeglicher Wirtschaftsspionage großen Wert beimessen.

Ich möchte, was mich betrifft, einfach sagen, dass ich seit Aufnahme meiner Amtstätigkeit natürlich die Tatsache bemerkt habe, dass der Rat Richter Brugière aufgefordert hat, sich auf den Weg zu machen und diese Erkundungsmission in den Vereinigten Staaten durchzuführen. Der Brugière-Bericht von Dezember 2008 wurde mir im Januar 2009 vorgelegt. Dieser Bericht wurde dem Europäischen Parlament und dem Ji-Rat im Februar 2009 vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt hat die Kommission bemerkt, dass sie wesentliche Elemente in ihren Händen trug, um das Weiterbestehen des TFTP für eine Zeit zu gewährleisten, wenn der Vertrag von Lissabon unterzeichnet und das Parlament ein beteiligter Gesetzgeber ist. Dann können wir eine wirklich dauerhafte Übereinkunft aushandeln, die über alle Garantien, die die Frau Ministerin nannte und alle Gegenseitigkeitsforderungen, die insbesondere Herr Strass nannte, verfügt.

Ich bin davon überzeugt, dass der Rat seinen Willen auf diesem Gebiet sehr deutlich gemacht hat. Die Kommission teilt diese Meinung, dieses starke und deutliche Engagement des Rates, dafür zu sorgen, dass das Europäische Parlament tatsächlich an der Gesetzgebung beteiligt wird, wenn die Zeit für ein dauerhaftes Abkommen gekommen ist.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Herr Präsident, ich habe eine kleine Wortmeldung. Ich bemerke, dass wir vom Rat erneut keine Antworten auf unsere Fragen erhalten. Ich habe gefragt, warum der Rat zwei Jahre - bis zum letzten Moment - gewartet hat, bevor er bezüglich dieser Übereinkunft eine Entscheidung getroffen hat und ich möchte auch wissen - und wir akzeptieren eine schriftliche Antwort - warum die nationalen Parlamente aus dem ganzen Verfahren gänzlich ausgeschlossen waren. Schließlich lese ich Ihre Antwort, die ziemlich vage war und zu sagen schien, dass Sie die juristische Stellungnahme der Rechtsabteilung des Rates nicht veröffentlichen werden.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

(Abstimmung: 17. September 2009.) <BRK>

6. EU-Strategie für den Ostseeraum (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur EU-Strategie für den Ostseeraum.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, ich freue mich, die Gelegenheit zu haben, eine der wesentlichen Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes vorzustellen: die Entwicklung einer Strategie für den Ostseeraum. Dieser Vorschlag ist stark von der Initiative des Europäischen Parlamentes von 2005 in einer von Christopher Beazley geleiteten parteiübergreifenden Arbeitsgruppe inspiriert. Schweden möchte seinen Ratsvorsitz nutzen, um eine kohärente, umfassende Strategie für diesen Raum auf Grundlage von Vorschlägen der Kommission zu entwickeln.

Zu den wesentlichen Ereignissen gehört ein ausführliches, hochrangiges Treffen, das morgen und übermorgen in Stockholm stattfinden wird. Natürlich haben Schweden und die anderen Ostsee-Anrainerstaaten großes Interesse an der Strategie für diesen Raum. Wir sind zudem davon überzeugt, dass diese für andere Regionen und andere regionalen Strategien als Modell dienen könnte, welche für die gesamte EU nützlich wären. Indem wir grenzübergreifend und mit verschiedenen Sektoren in einer bestimmten Region arbeiten, können wir uns gemeinsam und effektiver mit gemeinsamen Herausforderungen wie der Umweltverschmutzung und -zerstörung befassen. Wir können neue Geschäftsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze schaffen und die Verkehrsverbindungen verbessern.

Es ist deswegen wichtig, dass regionale Strategien Teil einer größeren europäischen Politik werden. Die für den Ostseeraum vorgeschlagene Strategie ist das Ergebnis einer Aufforderung des Europäischen Rates an die Kommission im Dezember 2007. Diese Initiative wurde vom Europäischen Parlament in einer Entschließung vom 12. Dezember 2007 unterstützt. Es wird gehofft, dass die Strategie bei der Tagung des Europäischen Rates Ende Oktober Unterstützung erhalten wird.

Das Ziel der Strategie besteht darin, die Umwelt im Ostseeraum zu verbessern und Integration sowie Wettbewerbsfähigkeit in diesem Gebiet zu steigern. Die Strategie befasst sich insbesondere mit vier Herausforderungen: die Gewährleistung von nachhaltigem Umweltschutzes, mehr Wohlstand, verbesserte Zugänglichkeit und Attraktivität sowie Garantieren für Sicherheit in diesem Gebiet. Die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen ist natürlich eine der Hauptprioritäten. Es liegen ernsthafte Bedrohungen für die Umwelt des Ostseeraums vor. Entsprechend entsteht das Risiko, dass die wirtschaftliche Entwicklung betroffen

sein wird. Es handelt sich hier um eine sehr empfindliche Meeresumwelt, die verschiedenen Einflüssen auf die Umwelt ausgesetzt ist.

Jetzt sind Entscheidungen erforderlich, und zwar schnell. Insbesondere Überdüngung und Algenblüte, die durch den Abfluss von überschüssigem Nährstoff verursachte sind, bedrohen das ökologische Gleichgewicht der Ostsee. Gleichzeitig ist die Ostsee auch von Umweltverschmutzung vom Lande aus, gefährlichen Substanzen sowie den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Aufgrund dieser akuten und ernststen Umweltbedrohungen stellt die Ostsee eine offensichtliche Priorität auf dem Gebiet des Umweltschutzes dar, und wir hoffen, dass im Dezember Beschlüsse verabschiedet werden.

Dennoch ist der ernste Gesundheitszustand der Ostsee nicht die einzige Herausforderung für diese Region. Die Wirtschaftskrise hat die Themen Arbeitsplätze und Wachstum sehr in den Vordergrund gerückt. Die meisten Länder im Ostseeraum sind klein und von Exporten abhängig. Das bedeutet, dass wir die Integration verbessern müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit im ganzen Ostseeraum zu stärken. Unsere Absichten und Ziele sind in dieser Hinsicht klar. Wir wollen, dass der Binnenmarkt in unserer Region besser als irgendwo sonst funktioniert und dass die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung in diesem Teil von Europa effektiv umgesetzt wird.

Wir müssen die Krise angehen, indem wir Zusammenarbeit und Engagement in unserer unmittelbaren Umgebung verbessern. Globale Wettbewerbsfähigkeit verlangt grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Staaten und Unternehmen, in Forschung und mithilfe von Innovationen.

Das Ziel der Strategie für den Ostseeraum besteht nicht darin, neue Institutionen zu schaffen. Wir bemühen uns vielmehr, die bereits existierenden Mittel und Politikfelder zu nutzen, so dass sie gemeinsam dem Raum auf strategischere, koordiniertere und intelligentere Art und Weise dienen. Die Strategie ist auch nicht mit dem Einspeisen neuer Ressourcen in den Raum verbunden. Sie basiert auf existierenden EU-Programmen und existierenden Strukturen sowie dem Aufdecken neuer Koordinationswege.

Natürlich kann unser Ziel nicht über Nacht erreicht werden, aber unsere Ziele sind ehrgeizig. Wir verdienen eine sauberere Ostsee im Zentrum eines Raumes, der Chancen für eine grenzübergreifende, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung bietet und von der gesamten EU unterstützt wird. Wenn wir das erreichen, dann bin ich davon überzeugt, dass wir den Interessen des Ostseeraums dienen. Zudem hoffe ich, dass wir ein Modell schaffen, dass wirksam in anderen Regionen angepasst und angewandt werden kann. Ich möchte meine Dankbarkeit für eine positive Zusammenarbeit in diesem Bereich mit der Kommission und nicht zuletzt mit dem Europäischen Parlament ausdrücken. Diese Institution hat schließlich ursprünglich die Initiative ergriffen und ist im Bereich der Zusammenarbeit im Ostseeraum eine treibende Kraft gewesen.

Paweł Samecki, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ich möchte damit beginnen, dem Parlament dafür zu danken, die neue Strategie für den Ostseeraum auf die Tagesordnung dieser Plenarsitzung gesetzt zu haben.

Die damit verbundene große Aufmerksamkeit für die Strategie ist sehr begrüßenswert. Natürlich ist es für mich nicht wirklich eine Überraschung, dass sich das Parlament so sehr für die Strategie interessiert. Die vom Parlament insbesondere über die interparlamentarische Gruppe für das Baltikum geleistete Pionierarbeit war ein starker Katalysator für den gesamten Ansatz einer überregionalen Strategie.

Die Strategie für den Ostseeraum hat eine ganz neue Herangehensweise von der Europäischen Kommission verlangt, da wir hier zum ersten Mal eine integrierte Strategie für eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorbereitet haben, die denselben Herausforderungen gegenüberstehen und von denselben Möglichkeiten profitieren können. Ich möchte die Tatsache, dass die vorbereitende Arbeit eigene Herausforderungen mit sich gebracht hat, nicht verbergen, aber diese wurden erfolgreich überwunden.

Die vier Säulen der Strategie bieten einen übergreifenden Rahmen für die Verbesserung der Gesamtsituation im Ostseeraum. Da sich die Strategie mit Umwelt, Wirtschaft, Energie und Transport sowie mit Sicherheitsfragen befasst, bietet sie eine integrierte Herangehensweise, die mehrere Politikfelder abdeckt und gleichzeitig für eine enge Zusammenarbeit der betroffenen Bereiche sorgt.

Seit die Kommission im Juni die Strategie verabschiedet hat, hat der schwedische Ratsvorsitz positive und konstruktive Diskussionen im Rat geführt, die bereits im Oktober zu Beschlüssen führen sollen. Dieser schnelle Fortschritt ist wichtig, um bei Eintritt in die Umsetzungsphase der Strategie die Dynamik beizubehalten.

Ich möchte diesen Punkt betonen, da es deutlich sein muss, dass unsere gesamte Vorbereitungsarbeit für den strategischen Rahmen, den ich gerade beschrieben habe, nichtig sein wird, wenn wir nicht beginnen, wirklich sichtbare, konkrete Ergebnisse vor Ort zu erzielen. Daher ist der Aktionsplan der Strategie wichtig, der auch während der Vorbereitungsarbeit erstellt wurde.

Die Durchführung eines Aktionsplanes erfordert echte Zusammenarbeit, Einsatz und Führung von Mitgliedstaaten sowie regionalen Interessenvertretern für die etwa 80 derzeit vorhandenen Projekte. Finanziell gesehen bietet die Strategie eine koordiniertere Verwendung existierender Gelder und eine kreativere Nutzung anderer Geldmittel, wie die Europäische Investitionsbank oder die Nordische Investitionsbank, obwohl es keine zusätzliche Finanzierung aus dem EU-Haushalt gibt.

Ich möchte nun einige Worte über das geplante Steuerungssystem sagen, das für die operationelle Durchführung der Strategie vorgeschlagen wurde. Dies ist ein Bereich, über den es unter den Mitgliedstaaten zahlreiche Diskussionen gab. Im Ganzen sieht der Ansatz so aus, dass über die politische Ausrichtung vom Rat entschieden wird. Koordinierung, Überwachung und Berichterstattung werden von der Kommission übernommen, und die Durchführung vor Ort wird von den Mitgliedstaaten oder Organisationen des Ostseeraums geleitet.

Zusätzlich bietet die Kommission an, die Rolle eines Moderators im Fall von Schwierigkeiten zu übernehmen. Ich möchte betonen, dass die Kommission weder die Mittel noch den Wunsch hat, die Ausführung des Aktionsplanes selbst zu leiten.

Die Verantwortung muss bei den betroffenen Mitgliedstaaten und anderen direkt vor Ort involvierten Interessengruppen bleiben. Nur so kann gewährleistet werden, dass eine Strategie den Mitgliedstaaten sowie anderen Interessengruppen gehört.

Was sind also die nächsten Schritte? Sobald wir Beschlüsse vom Rat und vom Europäischen Rat haben, werden wir die Umsetzungsphase der Strategie vorantreiben. Hier hoffen wir, eine Reihe koordinierter Treffen zu erleben, um die verschiedenen, im Aktionsplan enthaltenen vorrangigen Bereiche und individuellen Projekte in Gang zu setzen.

Die erste formelle Bewertung des erzielten Fortschrittes wird unter dem polnischen Ratsvorsitz in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 vorgenommen. Zuvor wird allerdings nächstes Jahr das jährliche Forum der Strategie für den Ostseeraum stattfinden. Hier bietet sich allen Interessengruppen die Gelegenheit, auszuwerten, wie die ersten Monate der Strategie verlaufen sind und welche Lehren bereits zu diesem Zeitpunkt gezogen werden können.

Ich möchte schließlich sagen, dass ich mich darauf freue, weiterhin eng mit dem Parlament in allen Aspekten der Strategie zusammenzuarbeiten. Die Kommission geht davon aus, dass das Parlament aktiv in Ereignisse wie das jährlich stattfindende Forum involviert sein wird. Ihre Unterstützung ist für die Aufrechterhaltung der weitreichenden Aufmerksamkeit für die Strategie entscheidend, damit hochrangige politische Unterstützung für die Strategie und Druck auf die Mitgliedstaaten sowie auf regionale Akteure erhalten bleiben und Ergebnisse erzielt werden.

Tunne Kelam, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, die EVP-Fraktion gratuliert dem schwedischen Ratsvorsitz für seine Führungsleistung bei der beginnenden Durchführung der Strategie für den Ostseeraum. Diese Strategie steht für den grundlegenden Wandel, der vor fünf Jahren in dieser Region stattfand. 2004 ist die Ostsee ein Binnenmeer der EU geworden. Deswegen braucht die Union einen umfassenden Ansatz, um auf koordinierte Art und Weise sowohl auf die Möglichkeiten als auch auf die Herausforderungen, die diese neue Situation mit sich bringt, zu reagieren.

Außerdem ist die OSS ein Beispiel hervorragender Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Institutionen der EU. Wie Sie vielleicht wissen - und das wurde gesagt - wurde diese Strategie vor drei Jahren vom Parlament initiiert, genauer gesagt von der interfraktionellen Arbeitsgruppe für die Baltischen Staaten, unter der hervorragenden Leitung von Christopher Beazley. Ich möchte auch dem Kommissionspräsidenten Barroso meinen besonderen Dank ausdrücken. Sein Verständnis und seine Unterstützung seit 2007 waren bei der Vorbereitung einer praktischen Version der Strategie entscheidend, deren Ergebnis die Mitteilung der Kommission im vergangenen Juni war.

Ich möchte auf drei Punkte eingehen. Zuerst bestand das Ziel der Initiatoren darin, den Ostseeraum in eine der wettbewerbsfähigsten und schnellst entwickelnden Regionen der EU zu verwandeln. Vorausgesetzt, wir nutzen die OSS voll aus, könnte die Region zur Erfolgsgeschichte dessen werden, was nun als Lissabon-Programm bezeichnet wird.

Zweitens benötigt die Region gerade jetzt und mehr denn je besseren Zugang und bessere Sicherheit bei der Energieversorgung. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen sich auf die Bereitstellung alternativer Energieversorgungswege einigen. In erster Linie läuft dies auf die Schaffung eines geeinten Energiesystems um die Ostsee herum hinaus.

Schließlich sollte die Frage des bilateralen und zunächst politischen Nord-Stream-Projektes gelöst werden, indem die berechtigten Interessen aller Anrainerstaaten der Ostsee respektiert werden, und sicherlich nicht, bevor die russische Regierung der Espoo-Konvention beitrifft.

Constanze Angela Krehl, *im Namen der S-D-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Malmström, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass die schwedische Präsidentschaft die Ostsee-Zusammenarbeit so in den Mittelpunkt ihrer Präsidentschaft stellt. Wir brauchen uns nicht darüber zu streiten: Wir müssen die Ressourcen schützen, und wir müssen unseren Beitrag zum Klimaschutz und zum Naturschutz leisten. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Mittelpunkt der Ostsee-Zusammenarbeit stellen – das ist überhaupt keine Frage. Hier haben Sie unsere volle Unterstützung!

Einige Fragen stellen sich aber schon noch. Sie haben eben gesagt, dass es keine zusätzlichen Finanzmittel gibt. So wie wir das auch schon im Ausschuss besprochen haben, sollen alle Finanzmittel aus dem Bereich der jetzigen Kohäsionspolitik zur Verfügung gestellt werden. Da stellt sich für mich in der Tat die Frage: Handelt es sich dabei um bestehende Projekte, die bereits mit Kohäsionsmitteln finanziert werden, oder um neue Projekte? Dann müssen wir uns nämlich fragen, welchen bereits beschlossenen Projekten im Bereich der Kohäsionspolitik wir denn die Mittel wieder wegnehmen.

Dieser Punkt ist ganz wichtig, weil ich schon jetzt weiß, dass die Städte, die Kommunen, die Regionen zu mir kommen und mich fragen werden: Wir wollen bei der Ostsee-Strategie mitmachen, was müssen wir tun? Wie bekommen wir Mittel, um solche Projekte mit zu betreuen? Wenn wir darauf keine gute Antwort geben und nicht darauf verweisen können, wie diese Zusammenarbeit organisiert wird, dann schlägt die Begeisterung für die Ostsee-Zusammenarbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern möglicherweise schnell in Frustration um. Das ist nicht das Ziel, das wir gemeinsam anstreben. Daher müssen wir uns sehr intensiv darüber unterhalten, wie die Zusammenarbeit organisiert werden soll.

Deswegen bitte ich Sie – und ich bitte auch den Herrn Kommissar, das mitzunehmen –, dass nicht nur Rat und Kommission an der Ostsee-Strategie beteiligt werden, sondern dass auch das Parlament ausreichend an dieser Zusammenarbeit und an der Umsetzung dieser Strategie beteiligt wird, weil wir möchten, dass auch andere Regionen profitieren, wie bei der Schwarzmeerpoleitik oder bei der Zusammenarbeit der Donau-Anrainerstaaten. Das wäre für uns ganz wichtig.

Anneli Jäätteenmäki, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (FI) Herr Präsident, meine Fraktion ist sehr darüber erfreut, dass die Kommission das erste EU-Dokument zur Strategie für den Ostseeraum entworfen hat. Dies ist auch das erste strategische Dokument seiner Art für diese Region und wir hoffen, dass es insbesondere dazu dienen wird, den Säuberungsvorgang der eutrophen Ostsee zu beschleunigen. Die Probleme der Region können am besten durch Zusammenarbeit der Völker, Länder, Organisationen und Unternehmen gelöst werden. Meine Fraktion freut sich besonders darüber, dass Schweden die Bedeutung des Kampfes gegen Menschenhandel und Kriminalität betont hat. Ich möchte insbesondere Frau Malmström dafür danken, weil ich denke, dass dies auch ihr Werk ist. Es geht hier um eine wichtige Frage, und es ist recht seltsam, dass wir 2009 über die Existenz von Menschenhandel im Ostseeraum sprechen müssen. Wir benötigen nun einen Aktionsplan für die Ostsee, um dem ein Ende zu setzen.

Satu Hassi, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist hervorragend, dass die Kommission einen Vorschlag für eine Strategie für den Ostseeraum entworfen hat und dass Schweden diese auf seine Tagesordnung gesetzt hat. Ich hoffe, dass Schweden etwas Greifbareres mit seinen Bemühungen, seine Meeresumwelt zu schützen, erreichen wird, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Schifffahrt. Schließlich ist die Ostsee eines der am stärksten verschmutzten Meere der Welt, und ihr größtes Umweltproblem besteht in der Eutrophierung. Hauptsächlich ist dafür die Landwirtschaft verantwortlich: Es gibt Stickstoff- und Phosphorabfluss aus EU-Feldern. Stickstoff und Phosphor entnehmen dem Meeresbett Sauerstoff und nähren giftige Algen an der Oberfläche. Die Frage, ob die Ostsee sauber wird, liegt hauptsächlich in den Händen der EU. Die Kommission erkennt dies in ihrer Strategie an, aber die Vorschläge für Maßnahmen sind vage. Die praktisch einzige Maßnahme besteht im Verbot der Verwendung von Phosphaten in Waschmitteln. Dies ist ein notwendiger Schritt, aber wir benötigen auch dringend neue Regeln für die Landwirtschaft, damit wir Nahrungsmittel produzieren können, ohne gleichzeitig die Ostsee zu ersticken.

Marek Gróbarczyk, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, ich möchte auf die Tatsache aufmerksam machen, dass Europas Strategie für den Ostseeraum in ihren Richtlinien ein umfassendes Hilfsprogramm für diesen Teil Europas unterstützen sollte - *unter anderem* mit der Schaffung der natürlichsten und kürzesten Transportwege, damit die Staaten des „alten“ und des „neuen“ Europas in ihren unterschiedlichen Entwicklungsstadien ausgeglichen werden. Deswegen bin ich über den Vorschlag der Kommission und des Rats, die Balkanroute zu ändern, erstaunt.

Die wirtschaftlichste Verbindung zwischen Adria und Ostsee stellt die Balkanroute entlang der Oder dar, deren Überlandstraße am Hafen von Stettin-Swinemünde endet. Ich schlage ein deutliches Memorandum vor, um die Strategie in ihrer ursprünglichen Form, die eine Balkanroute enthält, wieder zu aktivieren; eines, das wichtige Häfen wie Stettin-Swinemünde, welcher bereits unter der Entscheidung der Europäischen Kommission, seine Schiffsbauindustrie zu liquidieren leidet, nicht aus europäischen Entwicklungsplänen löscht.

Rolandas Paksas, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (LT) In genau 2.564 Stunden wird das Atomkraftwerk Ignalina in Litauen - die letzte unabhängige Energiequelle in Litauen - geschlossen. Europa hat bereits 200 Mio. EUR in die Sicherheit dieses Kraftwerkes investiert. Um es heute stillzulegen, werden die europäischen Staaten weitere 800 Mio. EUR beitragen müssen. Vom juristischen Standpunkt aus gesehen hat Europa wahrscheinlich recht; jedes Land muss die gemachten Versprechen einhalten, aber ist das wirklich richtig? Ist es im Hinblick auf die Bürger von Litauen und anderen Staaten richtig? Ich denke nicht. Das Geld für die Stilllegung des Reaktoren wird von Leuten genommen werden müssen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Ist es logisch oder richtig, wenn es eine Krise in Europa gibt, wenn das BSP in Litauen um 22 % gesunken ist, wenn die Arbeitslosigkeit 15 % erreicht hat, wenn der Winter kommt, ein funktionstüchtiges Atomkraftwerk zu schließen, das sicher ist, ich wiederhole: sicher? Nein, das ist falsch. Litauen hatte sein Wort gegeben und wird die Bedingungen des Beitrittsvertrages umsetzen, dies wird aber ein großes Opfer sein. Nach diesem Opfer wird Litauen es erheblich schwerer haben, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die Arbeitslosigkeit wird im Land noch weiter steigen, und die Armut wird zunehmen.

Meine Damen und Herren, sagen Sie mir, braucht Europa heute ein solches Opfer? Können wir 800 Mio. EUR heute nicht besser verwenden? Ich appelliere an das Gewissen, die wirtschaftliche Logik und den Menschenverstand von Ihnen allen. Ich fordere Sie auf, der Strategie, die wir heute debattieren, eine Bestimmung hinzuzufügen, der zufolge das Ignalia Atomkraftwerk bis 2012, also bis zum Ende seiner sicheren Lebensdauer, in Betrieb bleiben wird. Ich hoffe, dass das Europäische Parlament mit der Billigung des politischen Programms von Präsident Jerzy Buzek im Bereich der Energie, also Diversifizierung der Energieversorgung und Entwicklung der Atomkraft in den Mitgliedstaaten, die notwendigen konkreten Schritte tun wird. Meine Damen und Herren, es sind nur noch 2.563 Stunden und 58 Minuten, bis der Reaktor abgeschaltet wird.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Grundsätzlich sind derartige Projekte zur regionalen Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit begrüßenswert und auch sehr sinnvoll. Strategien haben allerdings oft den Nachteil, dass zwar Ziele gesetzt und auch erreicht werden, die Nachhaltigkeit jedoch bereits in der Umsetzung außer Acht gelassen wird. Nachhaltigkeit muss daher schon in der Planungsphase Eingang finden.

Es ist daher bei der Umsetzung dieser integrierten Strategie für den Ostseeraum – eines ganz wichtigen Vorzeigeprojekts der EU – wichtig, dass die Regionen, die Organisationen vernetzt zusammenarbeiten, denn diese Organisationen wissen am besten, was für sie in den unterschiedlichen Bereichen – Natur, soziale Struktur, Infrastruktur – wichtig ist, und sie kennen sich hier am besten aus. Es handelt sich um einen Raum mit 100 Millionen Einwohnern und um eine Investitionssumme von 50 Milliarden Euro. Hier sollte man besonders sorgsam vorgehen, um dieses Pilotprojekt zu einem Erfolg zu machen. Dieses Pilotprojekt ist – wie bereits angeschnitten – auch besonders wichtig für weitere Projekte im Donaauraum, für die Donau-Anrainerstaaten in Mittel- und Südosteuropa.

Andrzej Grzyb (PPE). – (PL) Was eine Makroregion braucht, ist eine koordinierte Politik für nachhaltige Entwicklung. Das glaubten das Europäische Parlament und dann der Rat im Jahr 2007, als sie empfahlen, dass die Europäische Kommission eine Strategie für den Ostseeraum sowie einen Aktionsplan entwerfen sollte. Hier möchte ich die Rolle betonen, welche die damalige Kommissarin Frau Danuta Hübner beim Entwurf dieser Strategie spielte. Diese Politik wird nun von Herrn Kommissar Samecki fortgesetzt, dem ich auch herzlich gratuliere.

Die Strategie geht unter anderem auf die fundamentalen Herausforderungen ein, die hier genannt wurden, beispielsweise das Schaffen von Wohlstand in einer Region mit geringer Entwicklung von Innovation und Unternehmertum, die mangelnde Anerkennung des Baltikums als einen Gewinn für alle oder die Sicherheit der Region, zu der auch die Sicherheit der Energieversorgung gehört, ohne eine neue Generation von Anlagen und Verbindungen zu bauen. Dasselbe geschieht mit der Sicherheit von Bürgern und der Zugänglichkeit der Region dank des Baus von transeuropäischen Kommunikationsverbindungen.

Ich möchte die enorme Rolle betonen - und es ist wirklich ein großer Beitrag - die von Meinungsmachern gespielt wurde, die zu diesem Strategieentwurf konsultiert wurden; insbesondere von Bürgerorganisationen, lokalen und regionalen Regierungen, nationalen Regierungen und baltischen Organisationen. Die aktive Teilnahme dieser Organisationen sollte bei der Verwirklichung dieser Strategien sehr nützlich sein.

Die Strategie für den Ostseeraum ist ein gutes Beispiel dafür, wie man die Instrumente der Gemeinschaftspolitik nutzen kann, damit politischer Wille in einem großen, überregionalen Bereich der Europäischen Union verwirklicht wird.

Ich möchte vier Punkte anmerken, Herr Kommissar. Zuallererst bin ich davon überzeugt, dass ein Schlüsselement darin besteht, dass die Strategie für den Ostseeraum so geleitet wird, dass erodierende Interessen, sowohl auf lokaler Ebene, als auch auf Regierungsebene und auf Ebene der Europäischen Union, vermieden werden. Wir sollten uns zudem darauf konzentrieren, die Umsetzung und die Abläufe der Strategie selbst richtig zu finanzieren. Auf diesem Gebiet wurde ein Berichtigungshaushalt beschlossen. Zweitens müssen die Prinzipien des Binnenmarktes in der Makroregion vollständig umgesetzt werden, unter Beachtung der Erfahrung und des Engagements auf lokaler und regionaler Ebene. Die zwei abschließenden Punkte sind folgende: institutionelle Unterstützung bei der Finanzierung von Unternehmen im Rahmen der Strategie sowie die Aufrechterhaltung von guten Beziehungen mit unseren Partnern in der Region, zu denen Russland, Norwegen und Weißrussland gehören.

Diana Wallis (ALDE). – Herr Präsident, ich finde es wunderbar, dass sowohl die Kommission als nun auch insbesondere der schwedische Ratsvorsitz den Ideen und Ambitionen des Parlamentes in diesem empfindlichen Gebiet Leben eingehaucht haben.

Wir kennen alle die Probleme, die mit der Umwelt der Ostsee und den besonderen wirtschaftlichen Problemen des Gebietes zusammenhängen. Aber dieses Parlament bleibt ehrgeizig, und ich denke, dieses Parlament möchte involviert sein. Einer der Mechanismen, die Sie nicht erwähnt haben, war die Möglichkeit einer regulären Berichterstattung an dieses Parlament, damit wir wie heute eine Debatte darüber führen können, wie sich die Dinge entwickeln.

Ich werde für meinen Teil als Vizepräsidentin dieses Hauses die Freude haben, an der Konferenz teilzunehmen, die Sie Freitag organisieren. Ich denke, es sind noch Bedenken bezüglich der Finanzierung vorhanden, mit der gewährleistet werden soll, dass dieses Haus die verdienten Ergebnisse der Strategie erlebt.

Eine makroregionale Wirtschaftsstrategie könnte auf andere Art und Weise, an anderen Orten in Europa voran führen. Lassen Sie uns hoffen, dass diese gut funktioniert.

Isabella Lövin (Verts/ALE). – (SV) Herr Präsident! Ich freue mich, dass die Umweltproblematik eine Hauptpriorität der neuen Strategie für den Ostseeraum ist. Die Ostsee leidet unter zwei akuten Umweltproblemen. Das erste - Überdüngung - wurde bereits von Frau Hassi genannt. Das zweite Problem ist Überfischung. Wissenschaftler sind sich da vollkommen einig. Relativ neue Kenntnisse weisen darauf hin, dass das Fehlen von Meeresräubern, wie dem Kabeljau, die Algenblüte weiter verschlimmert hat. Das Problem besteht darin, dass die Ostsee ein gesundes Ökosystem braucht. Es wäre deswegen sehr gut, wenn ein Pilotprojekt - ein schnell umgesetztes Projekt - innerhalb der Strategie für den Ostseeraum geschaffen werden könnte, bei dem regionales Fischereimanagement im Ostseeraum miteinbezogen wird. Wir müssten auch das Dumping von Kabeljau verbieten, und dies sollte sofort wirksam werden. Derzeit werden große Mengen von jungem Kabeljau, der gerade in der Ostsee angekommen ist, ausgekippt. Ich rufe den schwedischen Ratsvorsitz auf, meine Herausforderung anzunehmen und sich mit diesem Problem zu befassen.

Oldřich Vlasák (ECR). – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es wurde bereits im letzten Parlament beschlossen, dass der Ostseeraum für ein Pilotprojekt geeignet ist, das auf die Umsetzung einer internen EU-Strategie für die Makroregion abzielt. Ich halte es für angemessen, dass diese Strategie, die auf dem Ziel einer konstanteren Anwendung von Gemeinschaftsrecht und einer effektiveren Verwendung von EU-Geldern basiert, keine neuen Gesetze oder Organe schafft und nicht von besonderer Finanzierung abhängt.

Ich kann mir Einsparungen bei der Verbindung von lokalen und regionalen Einrichtungen vorstellen. Es ist für die praktische Umsetzung der Strategie für den Ostseeraum wesentlich, die Verantwortungen der verschiedenen Verwaltungsbehörden in dem System einer vielschichtigen Regierung neu zu verteilen, damit sich die Aktivitäten der verschiedenen Einrichtungen und Organisationen nicht überschneiden. Für zukünftige Diskussionen der bevorstehenden Kohäsionspolitik wäre es nützlich, gleichzeitig zu klären, wie verschiedene makroregionale Strategien und Hauptelemente der regionalen EU-Politik nebeneinander existieren werden. Es wäre auch nützlich, zu klären, wie die Strategie für den Ostseeraum die geplante Anwendung einer territorialen Kohärenzpolitik beeinflussen wird.

Anna Rosbach (EFD). – (DA) Herr Präsident, wir sprechen gerade über eine 1.200 km lange Gasleitung unter der Ostsee von Vyborg in Russland nach Greifswald in Deutschland. Sie führt durch ein ökologisch empfindliches Binnenmeer, in dem die Meeresbodenhöhe große Unterschiede aufweist und die durch ein Gebiet führt, in dem undetonierte Sprengstoffe aus zwei Weltkriegen, sowie ständig giftige Chemikalien aus der Papierindustrie gefunden werden. Etwa 100 Mio. EUR wurden für eine Umweltanalyse durch das Unternehmen, dass die Gasleitung legen soll, nämlich Nord Stream, ausgegeben. Es handelt sich um ein Gasversorgungsabkommen zwischen Gerhard Schröder und Wladimir Putin. Ich werde nicht auf die Sicherheitsfragen eingehen, die mit der damit verbundenen, enormen Steigerung des Einflusses von Russland auf das Baltikum zusammenhängen, sondern stattdessen werde ich bei den Umweltproblemen bleiben, die dies mit sich bringen wird. Leider hat Finnland das Projekt bereits genehmigt. Aber im Namen von Timo Soini und mir selbst möchte ich nun den Verbleib der Informationen über das Projekt feststellen, die Bürger aller Staaten des Baltikums benötigen, bevor Bauarbeiten stattfinden.

Inese Vaidere (PPE). – (LV) Frau Malmström, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die Formulierung einer Strategie für den Ostseeraum ist eine sehr wichtige Leistung dieses Parlaments, bei der Mitglieder der interfraktionellen Arbeitsgruppe für das Baltikum eine führende Rolle gespielt haben. Diese Strategie ist mit der Mittelmeerstrategie vergleichbar, die zu ihrer Zeit schnellen Wirtschaftswachstum im Süden angeregt hat. Sie wird als gutes Instrument für die Entwicklung des Baltikums und im Ergebnis der gesamten Europäischen Union dienen. Bezüglich der Prioritäten möchte ich die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik der Europäischen Union, zu der ein wettbewerbsfähiger Energiemarkt im Baltikum gehört, erwähnen. Dies ist nicht nur mit Aspekten der Sicherheit von Energieversorgung und Energieeffizienz, sondern auch mit der Entwicklung erneuerbarer Energien verbunden.

Lettland, Litauen und Estland müssen in das gemeinsame regionale Energienetzwerk, zu dem NORDEL gehört, integriert werden. Unsere zweite Priorität besteht darin, die Entwicklung der Infrastruktur voranzutreiben. Die Straßen sind aufgrund klimatischer Bedingungen und manchmal auch aufgrund wirkungsloser Politik in einigen Staaten des Ostseeraums in recht schlechtem Zustand. Die Entwicklung von Transitzkorridoren und Kommunikationsnetzwerken werden die Wirtschaft fördern und neue Arbeitsplätze schaffen. Damit wir von einer effizienten Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz sprechen dürfen, besteht die dritte Priorität in einer innovativen Wirtschaft. Das bedeutet ausgeglichenes und wissensbasiertes Wachstum. Um die Strategie durchzuführen, ist zusätzliche Finanzierung wesentlich. Diese muss im nächsten finanziellen Rahmen der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden.

Wir müssen sowohl das 5 Mrd. EUR Energieprogramm, als auch den Globalisierungsfonds sowie andere Finanzinstrumente einsetzen. Zudem ist ein effektiver Mechanismus für Umsetzung und Kontrolle der Strategie wichtig. Er muss einfach, transparent und frei von überflüssiger Bürokratie sein. Regelmäßige Überprüfungen der Einführung der Strategie und Zwischenberichte sind wesentlich. Der erste sollte bereits 2010 erstellt werden. Ich begrüße die aktive Rolle des schwedischen Ratsvorsitzes beim in Gang Setzen der Strategie. Ich hoffe, dass wir bei der Durchführung dieses spezifischen Aktionsplanes effektiv und flexibel handeln werden.

Tomasz Piotr Poręba (ECR). – (PL) Herr Präsident, vor fünf Jahren wurde die Ostsee effektiv zu einem Binnenmeer der Europäischen Union. Heute debattieren wir den Entwurf einer Strategie, die es uns ermöglichen wird, das riesige schlafende Potential der Region freizusetzen; dieses Projekt war eine Initiative des Europäischen Parlaments. Allerdings wurden nicht alle Empfehlungen dieses Hauses von der Kommission angenommen. Am bedeutsamsten waren das Fehlen und der Rückzug von der Schaffung einer gesonderten Haushaltslinie für den Ostseeraum. Die Kommission versichert uns, dass die Finanzierung aus existierenden Instrumenten, zuallererst den Strukturfonds, kommen wird. Ich fürchte jedoch, dass wir ohne besondere Finanzierung, die speziell hierfür ausgewiesen ist, nicht alle unsere Ziele erreichen können.

Die Autoren der Strategie erwähnen die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit Russland. In diesem Zusammenhang sollten wir jedoch nicht die große, aktuelle Bedrohung für die Ostsee vergessen, nämlich

den Bau der Nord Stream Gaspipeline. Letztes Jahr hat das Europäische Parlament in dieser Hinsicht eine ablehnende Haltung eingenommen. Ich hoffe, dass die neue Kommission bei der Aufstellung des mit dieser Strategie verbundenen Aktionsplanes auch an diese EntschlieÙung denken wird.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Herr Präsident, es handelt sich hier in der Tat um eine einzigartige europäische Initiative der Regionalpolitik und um ein Pionierprojekt. Innovationsgetriebener Wohlstand, die Umwelt, Zugänglichkeit bezüglich Transport- und Energieverbindungen sowie Sicherheit sind die vier Hauptpunkte bei der gemeinsamen Arbeit aller Partner, die an der Vorbereitung dieser Strategie beteiligt sind: alle drei Europäischen Organe - das Parlament, die Kommission, der Rat - sowie nationale Regierungen, regionale und lokale Behörden, die Wirtschaft und akademische Gemeinschaften sowie Nicht-Regierungsorganisationen. Der Prozess der Strategievorbereitung hat zu einer echten Partnerschaft aller Beteiligten geführt.

Wachsende Herausforderungen bezüglich der Entwicklung machen vor administrativen oder politischen Grenzen nicht Halt. Die Strategie wird es ermöglichen, die oft fragmentierten und gestreuten politischen Antworten durch eine eigene, gemeinsame Antwort auf gemeinsame Entwicklungsprobleme und -möglichkeiten zu ersetzen.

Der Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, der im Parlament der für dieses Projekt führende Ausschuss ist, wird dieser bei seiner Arbeit große Bedeutung beimessen. Wir werden die Debatte am 6. Oktober mit der Kommission und dem Rat führen; der Initiativbericht wird in den kommenden Monaten vorbereitet werden. Wir werden zudem die Umsetzung der Strategie überwachen, und ich vertraue darauf, dass diese aktionsorientierte Strategie die Möglichkeiten der Union verbessert, eine grüne, moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – (FI) Herr Präsident, die Europäische Union ist sich des Ostseeproblems ziemlich spät bewusst geworden. An deren Küstenlinie leben insgesamt 100 Mio. Menschen, und dann ist dort Russland, was auch von Bedeutung ist. Diese Strategie wird die Umwelt stark berücksichtigen und dies ganz zu Recht, weil die Umweltprobleme der Ostsee enorm umfangreich sind: Eutrophierung, schwindende Biodiversität, das Abwasser von Sankt Petersburg, die Probleme von Kaliningrad und so weiter. Es wurde hier erwähnt, dass dies auch die Kohäsionspolitik der Europäischen Union verändern wird, und das ist - denke ich - recht wichtig. Ich hoffe, dass hier mehr darüber gesagt wird. Frau Ministerin Malström berichtet, wie sich dies ändern wird, weil die Änderung der Kohäsionspolitik beispielsweise zu der Gefahr führen wird, dass bei Gesprächen über die Donaustrategie und die Schwarzmeerstrategie ein Teil von Europa, zu dem auch nördliche Regionen gehören, ignoriert wird. Gerade die arktischen Gebiete erleben zurzeit die schnellsten Änderungen der Welt. Es ist wichtig dies zu sehen.

Riikka Manner (ALDE). – (FI) Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Kommissar, die Ostsee ist als Region in vielerlei Hinsicht etwas Besonderes. Ich freue mich darüber, dass Schweden diese Strategie während seines Ratsvorsitzes zu einer seiner Prioritäten erhoben hat. Es ist wichtig, dass wir die Strategie vorantreiben und umsetzen. Bei der Ostsee geht es aber nicht nur um die Umweltproblematik; sie hat meiner Meinung nach auch großen Einfluss auf die Regionalpolitik. Während seines Ratsvorsitzes hat Schweden diese Belange der Regionalpolitik eng mit der Strategie für den Ostseeraum verbunden. Die Strategie wird hauptsächlich als Dokument verstanden, dass sich auf die Länder an ihren Küstenstreifen und deren Küstengebiete bezieht. Sie wirkt aber auch stark auf die Region aus. Wie wir umwelttechnisches Fachwissen, Probleme bezüglich der Binnengewässer und den großen Einfluss auf die Transportpolitik in diese Strategie integrieren, wird auch große Auswirkungen auf das Binnenland haben. Die Strategie für den Ostseeraum gehört daher auf die gemeinsame europäische Agenda. Ich hoffe, sie erhält eine starke Unterstützung vom Parlament, damit die Strategie nicht nur aus leeren Worten besteht, sondern wir etwas Greifbares erreichen können.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Herr Präsident, als Abgeordnete aus Lettland begrüÙe ich die Tatsache, dass das erste Beispiel einer Strategie für eine Makroregion den Ostseeraum betrifft. Dennoch wurden hier meiner Meinung nach einige Gemeinschaftsziele vergessen, beispielsweise ein hohes Niveau an sozialem Schutz. Einige der Mitgliedstaaten der Region, darunter auch Lettland, wurden von der Wirtschaftskrise hart getroffen. Unser Finanzsektor ist mit dem skandinavischen Finanzsektor verbunden. Das bedeutet, dass unsere Probleme dort Probleme hervorrufen werden; es handelt sich also nicht um ein nationales Problem.

Kürzlich hat Lettland von der Kommission für den Ausgleich von Zahlungen mittelfristige finanzielle Unterstützung erhalten. Leider gibt es für solche Hilfe keine sozialen Bedingungen. Als Folge hat die Regierung Renten und Leistungen reduziert, und die Kommission toleriert dies.

Mein zweites Anliegen bezieht sich auf Grundrechte. Weit verbreitete Staatenlosigkeit sowie Minderheitenschutz sind noch immer in zwei der Mitgliedstaat in der Region eine aktuelle Frage: in Lettland

und Estland. Ich denke, dass die Strategie ehrgeiziger sein und versuchen muss, alle Ziele der Europäischen Union zu erreichen.

Ville Itälä (PPE). – (FI) Herr Präsident, ich möchte der Kommission und der schwedischen Regierung dafür danken, dass sie eine sehr aktive Rolle gespielt haben, und ich bin davon überzeugt, dass die Strategie für den Ostseeraum eine gute und wichtige Strategie ist. Ohne solide Finanzierung wird das Projekt jedoch keinen Erfolg haben. In diesem Fall wird all dies enden, nachdem die Strategie angenommen wurde. Das Parlament hat viele Jahre lang abgewägt, wie die Finanzierung organisiert werden sollte. Letztes Jahr hat es sich einstimmig darauf geeinigt, eine eigene Rubrik für die Strategie für den Ostseeraum festzulegen. Hierbei handelt es sich um das Mittel, das Instrument, für die Zusammenfassung der zahllosen Projekten, das die Strategie für den Ostseeraum nun benötigt, wenn es vorwärts gehen soll. Ich weiß, dass der Haushaltsausschuss nun den Vorschlag gemacht hat, etwas Geld in der Rubrik beiseitezulegen. Ich hoffe, dass der Rat und die Kommission dies unterstützen werden, weil das Projekt ansonsten einfach keinen Erfolg haben wird. Etwas anderes, was wir tun müssen, wenn wir die Umwelt der Ostsee retten wollen, besteht darin, das Engagement von Russland für dieses Projekt zu erreichen. Ich finde es unverständlich, dass einige bereit waren, einer Gasleitung durch die Ostsee ohne jegliche Verpflichtung von russischer Seite zuzustimmen, sich auch nur an die Beschlüsse der Espoo-Konvention zu halten. Das ist das Mindeste, was wir tun müssen.

Victor Boştinaru (S&D). – Herr Präsident, ich begrüße die Idee einer Strategie für den Ostseeraum als Pilotprojekt für makroregionale Strategien.

Initiativen dieser Art ermöglichen die Koordinierung von politischen Instrumenten der EU, um eine kohärente, stabile und nachhaltige Entwicklung der beteiligten Regionen zu erhalten.

Bei der Gelegenheit des letzten Rates wurde gesagt, dass bis Ende 2009 eine Strategie für die Schwarzmeerregion entwickelt würde. Dies ist eine extrem wichtige Initiative, da sie harmonisierte Entwicklung und Wohlstand für die Region bringen kann, die im Vergleich zu dem Schwarzmeerraum hinsichtlich der beteiligten Akteure viel komplexer und für Sicherheit, Stabilität, Energie und Umwelt wichtiger ist.

Daher möchte ich den schwedischen Ratsvorsitz fragen, wann eine solche Strategie für den Schwarzmeerraum abgegeben wird und wann das Parlament darüber informiert und an diesem Thema beteiligt wird.

Werner Kuhn (PPE). – Herr Präsident, Frau Ministerin Malmström, Herr Kommissar Samecki! Als neu gewählter Abgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern unterstütze ich die Entwicklung einer Ostsee-Strategie und auch den dazugehörigen Aktionsplan sehr. Zu den *Flagship*-Projekten – insgesamt 80 – hat der Kommissar schon vorhin Ausführungen gemacht.

Unsere gemeinsamen Ziele sind natürlich die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft im Ostseeraum unter besonderer Berücksichtigung der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, aber auch eine gemeinsame Energiepolitik, bei der auch regenerative Energien berücksichtigt werden. Das wirft die Frage auf: Wie gehen wir mit *Offshore*-Anlagen in der Ostsee um? Die Gewässerreinigung – denn es geht um unser Fundament und unsere Ressourcen – spielt dabei eine sehr, sehr große Rolle, wenn wir an die Fischerei denken, wenn wir an den Tourismus denken. Deshalb ist es notwendig, dass Investitionen in Kläranlagen weiter vorangetrieben werden.

Ich glaube, es ist notwendig, dass wir ein gemeinsames Raumordnungsprogramm aller Mitgliedstaaten für den Ostseeraum vereinbaren, denn wir müssen folgende Fragen beantworten: Wo werden wir die Verkehrswege in Zukunft positionieren? Wo werden *Offshore*-Anlagen gebaut? Und wie werden wir die Schiffssicherheit in den Griff bekommen? Deswegen müssen wir uns auch klar werden: Wo sind die Energiewege für Nord Stream, für die Elektroenergieversorgung und viele Dinge mehr?

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, ich möchte allen Abgeordneten für die starke Unterstützung danken, die Sie uns für unsere fortgesetzte Arbeit an der Strategie für den Ostseeraum haben zukommen lassen. Wir werden natürlich vom Europäischen Parlament unterstützt, weil Sie in der Tat die Gründerväter der ganzen Idee einer Strategie für den Ostseeraum sind. Ich freue mich darüber, dass Sie dafür sorgen werden, dass diese Strategie Wirklichkeit wird. Sie kann nur ein Erfolg werden, sie kann nur Wirklichkeit und mehr als nur schöne Worte und Rhetorik werden, wenn sich alle Mitgliedstaaten diese zu eigen machen und eine wirkliche Verantwortung für die Verwirklichung des Projektes übernehmen.

Der Erfolg wird von der Arbeit an diesen Projekten, der Schaffung klarer Zeitpläne für ihre Verwirklichung und die Durchführung regelmäßiger Prüfungen garantiert. Ich bin sicher, dass das Parlament, wie auch die Kommission, weiterhin Druck auf uns ausüben wird, um dafür zu sorgen, dass dies tatsächlich Früchte trägt.

Ein hundred Millionen Menschen leben in dieser Region. Es befinden sich ständig 2 000 Schiffe auf der Ostsee. Es ist deutlich, dass wir hier enormen Herausforderungen gegenüberstehen. Wir hatten einen sehr umfassenden Gründungsprozess, und ich möchte der Kommission - zunächst Frau Hübner und dann Herrn Kommissar Samecki - für die von ihnen geleistete Arbeit danken. Es gibt viel Unterstützung von der Zivilgesellschaft und den Gemeinden um die Ostsee herum, so dass wir dies schaffen können.

Einige Abgeordnete, Frau Krehl und Herr Itälä haben die Frage der Ressourcen angesprochen. Es ist nicht beabsichtigt, neue Gelder für diese Strategie zuzuweisen. Dennoch gibt es viele Ressourcen in der Region, die wir nutzen können. 55 Mio. EUR wurden im aktuellen Haushaltsrahmen dieser Region zugewiesen. Wir wissen auch, dass wir auf Beiträge von internationalen Institutionen, wie der EIB, die großes Interesse an der Ostseeregion gezeigt hat, hoffen können. Das Ziel besteht darin, sämtliche Verwaltungskosten so gering wie möglich zu halten und mit jenen zu arbeiten, die lokal und national für die verschiedenen Vorzeigeprojekte verantwortlich sind.

Eines dieser Anliegen betrifft illegalen Handel - ein von Frau Jäätteenmäki erwähnter Bereich. Ein Projekt enthält verstärkte Weiterbildung von Zoll- und Polizeibeamten in der Region, damit Probleme des illegalen Handels besser ermittelt und bearbeitet werden können. Frau Hassi und Frau Lövin haben das Thema der Meeresumwelt, Landwirtschaft und Fischerei erwähnt. Es sind eine Reihe solcher Projekte vorhanden, und ich würde gern mehr von ihnen sehen. Ich bin auch davon überzeugt, dass die Strategie die Gelegenheit bieten könnte, einen besseren Überblick über unsere Umweltbemühungen und unsere Fischerei- und Landwirtschaftspolitik zu gewinnen und zu gewährleisten, dass sie auf dieselben Ziele hinarbeiten.

Es gibt auch andere Partnerschaften im Baltikum. Wir haben eine umfassende und wachsende Energiepolitikpartnerschaft, in der wir darauf abzielen, Verbindungen zur Energieinfrastruktur in der Region herzustellen, Abhängigkeit zu reduzieren und Effizienz zu verbessern. Natürlich ist dies etwas, woran die Union weiterhin arbeiten wird. Das Kernkraftwerk Ignalina hat nichts mit der Strategie für den Ostseeraum zu tun. Das war eine alte Entscheidung, die bereits vor den Beitrittsverhandlungen von Litauen existierte. Auch Nord Stream hat damit nichts zu tun. Natürlich ist dies mit der Ostsee verbunden, aber es ist nicht Teil der Strategie. Es handelt sich um ein kommerzielles Projekt, das gemäß aktuellen internationalen Umweltkonventionen und relevanten nationalen Rechtsvorschriften geprüft wurde.

Die Strategie für den Ostseeraum ist eine interne EU-Strategie. Sie wird das sein, was wir aus ihr machen. Es ist jedoch wichtig - wie eine Reihe von Abgeordneten aufgezeigt haben - dass Drittländer beteiligt sind. Wir haben dafür gesorgt, dass Länder wie Russland und Norwegen beteiligt bleiben und dass wir ihnen von unserer Arbeit an der Strategie berichten und ihnen auch zeigen, dass wir in Partnerschaft mit ihnen an spezifischen Projekten, an denen wir gemeinsames Interesse haben, arbeiten möchten.

Wir freuen uns auf die Konferenz morgen und am Freitag und freuen uns, dass Vizepräsident Wallis nach Stockholm kommt. Bei der Konferenz werden wir die Strategie für den Ostseeraum diskutieren, und wir hoffen, ein starkes Engagement der betroffenen Ländern zu erreichen, um daran zu arbeiten, dass sie Wirklichkeit wird. Wir werden auch Makroregionen im Allgemeinen diskutieren. Die Donauregion und die Schwarzmeerregion wurden in diesem Zusammenhang genannt. Ich bin davon überzeugt, dass es hier viel zu tun gibt und dass wir uns von vielem anregen lassen können. Wir hoffen, in der Diskussion vorankommen zu können, obwohl es noch etwas früh ist, um bereits echte Zeitpläne aufzustellen. Erneut möchte ich dem Parlament für seine große Unterstützung der Strategie für den Ostseeraum danken. Ich freue mich darauf, diese mit den Abgeordneten bei zukünftigen Gelegenheiten zu diskutieren.

Paweł Samecki, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, zunächst möchte ich den Parlamentariern für ihr Engagement und die Bemerkungen zu verschiedenen Aspekten der Strategie danken. Der Umfang Ihres Engagements zeigt, dass die Strategie in den kommenden Jahren ein Thema von Interesse sein wird, was gut ist.

Ich werde nicht auf alle in der Debatte oder in ihren Stellungnahmen erwähnten Kommentare und Probleme eingehen können. Ich möchte mich nur auf drei große Themengruppen beziehen. Zunächst die Form. Ich möchte sagen, dass die Strategie in Übereinstimmung mit Zielen und Absichten der Mitgliedstaaten entwickelt wurde. Die Kommission hat sich nicht in die Auswahl von Prioritäten eingemischt. Die Kommission hat die Prioritäten nicht gestaltet, also ist die Idee, bestimmte Projekte einzuschließen oder bestimmte Prioritäten

zu ändern, natürlich möglich. Sie müssen in der zukünftigen Arbeit in Zusammenhang mit der Durchführung der Strategie jedoch noch entschieden werden.

Ich möchte Ihnen zusichern, dass die Strategie eine Art lebendiges Tier und in großem Umfang zukünftigen Änderungen ausgesetzt ist, wenn Mitgliedstaaten und Interessenvertreter dies wünschen.

Zweiter Punkt: bezüglich Management und Leitung. Hier möchte ich betonen, dass eine klare Aufgabenteilung, eine klare Trennung von Arbeit und Verantwortung, nötig ist. Ich denke, dass wir uns nicht täuschen sollten. Die Verantwortung von Mitgliedstaaten, der Kommission und anderen Organisationen, die am Management beteiligt sind.

Zu diesem Zeitpunkt möchte ich auch hinzufügen, dass wir lokale Regierungen sowie Drittländer in den Umsetzungsprozess der Strategie einbinden möchten, wie es bereits von der Ministerin erwähnt wurde.

Natürlich sehen wir eine Berichterstattung über den in Zusammenhang mit der Durchführung gemachten Fortschritt vor dem Parlament vor.

Das letzte Thema ist schließlich die Finanzierung. Mehrere Abgeordnete erwähnten den Bedarf an zusätzlichen Geldern für neue Projekte usw. Ich möchte erklären, dass das Prinzip keiner zusätzlichen Finanzierung ganz zu Beginn der Schaffung dieser Strategie beschlossen wurde.

Derzeit haben wir mehr oder weniger drei Optionen. Wir können die Verwendung existierender EU-Gelder regulieren, indem wir beispielsweise die Auswahlkriterien für neue Projekte ändern. Die zweite Möglichkeit besteht darin, auf andere Quellen, wie internationale Finanzinstitutionen, zurückzugreifen und schließlich können wir versuchen, nationale Gelder zu verwenden, obwohl dies zu Zeiten wirtschaftlicher Rezession schwierig ist. In dieser Hinsicht freue ich mich auf die Arbeit der Konferenz, die in Stockholm stattfinden wird, weil während dieser Konferenz die zukünftige Herangehensweise von Mitgliedstaaten und von der Kommission an den makroregionalen Ansatz der Zukunft angeglichen wird. Zudem sollte sie die Finanzierung von möglichen zukünftigen Strategien umfassen. Deswegen meine ich, dass es ein guter Zeitpunkt sein wird, die ganze makroregionale Herangehensweise in Stockholm in den kommenden Tagen zu betrachten.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Eija-Riitta Korhola (PPE), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, ich möchte Schweden, dem Land des Ratsvorsitzes, dafür danken, den Mut gehabt zu haben, die eigene Region - die Ostsee - sowie damit zusammenhängende Themen zu einem so großen Thema auf seinem Programm während seines Ratsvorsitzes zu machen. Es passt, dass die Strategie für den Ostseeraum, die wir so lange vorbereitet haben, nun behandelt wird: Es gibt keine Zeit zu verlieren. Das Hauptziel der Strategie für den Ostseeraum und des Aktionsprogramms, die Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu verbessern, muss auch in Bezug der dafür zur Verfügung gestellten Finanzierung und der durchgeführten Maßnahmen ernst genommen werden. Die Ziele müssen in der Praxis erreicht werden: Die Strategie darf nicht nur eine schöne Erklärung bleiben. Wir hoffen insbesondere, dass die Strategie die Säuberung der Ostsee, die unter Eutrophierung leidet, beschleunigen und dabei helfen wird, gemeinsame Lösungen für grenzübergreifende Herausforderungen zu finden. Wegen genau dieser Ziele richten sich nun alle Blicke auf Finnland, wo bald entschieden wird, ob der Bau der Nord Stream-Gaspipeline in den Hoheitsgewässern des Landes erlaubt wird. Gemäß der Strategie für den Ostseeraum müssen die Auswirkungen auf die Umwelt durch derartige Projekte in einem Verfahren geprüft werden, das international rechtlich bindend ist, so dass die Frage nicht einfach abgeschüttelt werden kann. Wir müssen deshalb darauf bestehen, dass Russland die Espoo-Konvention über die Umweltverträglichkeitsprüfung in grenzüberschreitendem Rahmen, das 1991 unterzeichnet wurde, ratifiziert. Die finnische Regierung sollte dies zu einer Bedingung für die Bearbeitung der Baugenehmigung der Gaspipeline machen. Russland, das auch von der Strategie für den Ostseeraum profitiert, handelt nur dann gemäß der Vereinbarung, wenn es ihm passt. Das kann so nicht weitergehen: Es steht zu viel auf dem Spiel, und wir müssen über Projekte informiert sein, die für die Ostsee schädlich sind, bevor es zu spät ist.

György Schöpflin (PPE), schriftlich. – Die vom schwedischen Ratsvorsitz geförderte Strategie für den Ostseeraum ist sehr willkommen. Sie könnte leicht zu einem Modell für andere europäische Makroregionen, wie das Donaubecken werden. Es gibt jedoch einen Aspekt der Entwicklung des Ostseeraums, der dringend neu überdacht werden muss. Dabei handelt es sich um die Nord Stream-Meeresbodenpipeline zwischen Russland und Deutschland. Die Pipeline ist nicht nur Quelle ernsthafter Umweltbedenken, sondern - was noch dringender ist - handelt es sich um ein Projekt, das längst überholt ist. Die Zukunft gehört nicht festen

Vorrichtungen zur Lieferung von Erdgas - über Pipelines - sondern Flüssigerdgas. Nord Stream ist sehr wahrscheinlich völlig unnötig und nutzlos. Seine Protagonisten sollten das Projekt überdenken, bevor mehr Geld und mehr Ressourcen, Mühen und Energie damit verbunden sind.

Bogusław Sonik (PPE), schriftlich. – (PL) Die im Juni 2009 angekündigte Strategie für den Ostseeraum zielt darauf ab, eine umweltfreundliche, wohlhabende, leicht zugängliche, attraktive und sichere Region zu schaffen. Dies ist in Zusammenhang mit den wachsenden Herausforderungen, denen das Baltikum seit der Erweiterung der EU 2004 gegenübersteht, besonders wichtig.

Es ist wichtig an der Verbesserung der Umweltlage in der Region zu arbeiten, da sie derzeit eine der am stärksten verschmutzten maritimen Regionen der Welt ist. Tausende Tonnen toxischer Kampfstoffe liegen auf dem Meeresboden, der von Minen, Geschossen, Bomben, Containern und Fässern übersät ist. Schätzungen bezüglich der Menge dieser Chemikalien reichen von 30 000 bis 60 000 Tonnen, bei denen allein die Yprite-Menge auf 13 000 Tonnen geschätzt wird. Hier wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in den späten 40er-Jahren Chemiewaffen versenkt. Sie sind in den deutschen Besatzungszonen aufgedeckt worden, und da das unterirdische Vergraben schwierig war, wurde entschieden, sie einfach im Meer zu versenken.

Die auf dem Boden der Ostsee liegenden Chemiewaffen durch den Bau irgendeiner Leitung zu stören, könnte zu einer Umweltkatastrophe führen. Insbesondere das Stören von Chemiewaffen aus dem Zweiten Weltkrieg beim Bau der baltischen Gaspipeline ist eine der größten Bedrohungen für das Ökosystem. Deswegen ist eine Beurteilung der Auswirkungen des Baus der Pipeline auf die natürliche Umwelt des Ostseebeckens notwendig.

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

7. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Wir kommen nun zur Stimmabgabe.

(Für Einzelheiten zum Abstimmungsergebnis: siehe Protokoll)

Heute haben wir mit einer ungewöhnlich wichtigen, aber auch symbolträchtigen Stimmabgabe zu tun. Einmal alle fünf Jahre entscheidet das Europäische Parlament über die Leitung eines anderen Gemeinschaftsorgans.

7.1. Wahl des Präsidenten der Kommission (Abstimmung)

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident...

(Unterbrechung des Sprechers durch Zwischenrufe von rechts)

Sind Sie krank oder was? Sind Sie krank?

Da es gestern Probleme mit der Stimmabgabe gab, möchte ich Sie bitten, die Technik zu überprüfen.

Das ist doch keine schlechte Idee, oder etwa doch, meine Damen und Herren?

Der Präsident. – Wie vorgeschlagen führen wir einen Testdurchlauf der Stimmabgabe durch, d. h. eine Stimmabgabe, die überprüft, ob wir alle Karten haben, auf dem richtigen Platz sitzen und die Technik einwandfrei funktioniert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich wiederholen: einmal alle fünf Jahre beschließt das Europäische Parlament über die Leitung eines anderen Gemeinschaftsorgans. Die heutige Tagesordnung beinhaltet die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission. Diese Wahl wird den demokratischen Charakter unserer Institution stärken. Wir sind es, die gewählten Repräsentanten aller europäischen Regionen, die dies tun werden.

Der Europarat hat José Manuel Barroso als Präsident der Kommission nominiert. In Übereinstimmung mit Regel 105 (2) der Geschäftsordnung kann das Parlament den nominierten Kandidaten per Mehrheitsbeschluss annehmen oder ablehnen. Die Wahl ist geheim. Lassen Sie uns nun zur Wahl des Präsidenten der Kommission in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung übergehen. Die Stimmabgabe wird mit Hilfe des elektronischen

Systems durchgeführt. Ich möchte nochmals daran erinnern, dass Sie Ihre Stimme von jedem Platz im Plenarsaal abgeben können, solange Sie Ihre Stimmkarte mit dem persönlichen Abstimmgerät benutzen. Ich erwähne dies, weil es viele neue Abgeordnete im Haus gibt. Wie immer können Sie bei der Stimmabgabe für oder gegen den Kandidaten stimmen oder sich enthalten.

(Es wird abgestimmt)

Hier sind die Ergebnisse der Stimmabgabe: 718 Abgeordnete haben ihre Stimme abgegeben, 382 Ja-Stimmen, 219 Nein-Stimmen und 117 Enthaltungen.

(Lauter Beifall)

Der Präsident. – Entsprechend der Ergebnisse, die wir an der Anzeigetafel sehen werden – sie sind noch nicht sichtbar –, ist der Kandidat des Rats, José Manuel Barroso, zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt worden.

Ich möchte dem gewählten Präsidenten herzlichst zu seiner Wahl zum Präsidenten der Kommission gratulieren. Ich möchte erwähnen, dass wir viel Arbeit vor uns haben. Wir werden uns Herausforderungen stellen müssen, und unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir energisch handeln und ihre Erwartungen erfüllen.

Herr Präsident, ich weiß, dass Sie sich der Prioritäten des Europäischen Parlaments bewusst sind. Aufgrund der Diskussionen, die wir auch wie gestern innerhalb unserer Fraktionen geführt haben, kennen Sie unsere Erwartungen. Aus diesem Grund freuen wir uns sehr auf die Arbeit mit Ihnen während der kommenden fünf Jahre. Vor allem erwarten wir, auf die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger eingehen zu können. Ich gratuliere Ihnen nochmals, und möchte Sie jetzt ans Rednerpult bitten, falls Sie ein paar Worte an uns richten möchten. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Lauter Beifall)

José Manuel Barroso, Kommission. – *(PT)* Herr Präsident, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich mich herzlichst für das große Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben, bedanken. Ich fühle mich sehr geehrt, Ihr Vertrauen bewegt mich sehr, und ich nehme es mit großem Verantwortungsbewusstsein an. Ich nehme dieses Vertrauensvotum als Zeichen dafür, dass dieses Parlament der ambitionierten Agenda zustimmt, die ich für Europa in den nächsten fünf Jahren vorgesehen habe.

Wie ich während der Diskussionen vor der Stimmabgabe gesagt habe, möchte ich gerne mit allen Fraktionen zusammenarbeiten, die sich diesem Projekt verpflichten, das ein solidarisches und freiheitliches Europa anstrebt. Ich muss mich allerdings bei der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) bedanken, die das Risiko einging, meinem Programm in Warschau vor den Wahlen zuzustimmen, in einem Versuch, der europäischen parlamentarischen Demokratie von Anfang an stärkeren Ausdruck zu verleihen.

Wie ich gestern in diesem Plenarsaal und unlängst bei anderen Gelegenheiten sagte, wird für mich als Präsident der Kommission meine Partei Europa sein und aus all denjenigen bestehen, die an dieser aufregenden Reise, ein vereinigtes Europa zu erschaffen, teilnehmen wollen. Diese sind die Menschen, mit denen ich gerne den Konsens darüber eingehen möchte, dass wir das europäische Projekt stärken müssen.

Lassen Sie mich bitte bei dieser Gelegenheit einige Worte zu meinem eigenen Land, Portugal, sagen. Ohne die Initiative und Unterstützung unserer Regierung und unseres Premierministers José Sócrates hätte ich mich nicht zur Wahl stellen können. Ich möchte Portugal für seine Unterstützung danken, die ebenfalls durch den Staatspräsidenten, Professor Cavaco Silva, an mich übermittelt wurde. Ich möchte mich gerne für die Unterstützung jedes einzelnen dieser begeisterten Europäer bedanken, die an dieses Projekt für Europa glauben.

äsident der Kommissio Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Präsident, und allen Abgeordneten dieses Hauses nochmals meine aufrichtige Entschlossenheit versichern, während der kommenden fünf Jahre eng mit Ihnen zusammenzuarbeiten, damit Sie eine stärkere europäische parlamentarische Demokratie bilden können. Ich glaube, dass das Europäische Parlament und die Europäische Kommission als typische Gemeinschaftsorgane gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern besonders verpflichtet sind. Ich habe gesagt, dass ich genau das tun werden, und ich werde es tun – ein stärkeres Europa für Freiheit und Solidarität.

(Beifall)

Der Präsident. – Ich habe eine offizielle Erklärung abzugeben. Gemäß Regel 105 (3) der Geschäftsordnung unterrichte ich den Rat von unserem Ergebnis vor 10 Minuten und möchte den Rat und den neu gewählten Präsidenten der Kommission bitten, gemeinsam die Nominierten für die Kommissarsstellen vorzuschlagen. Angesichts der Fülle der vor uns liegender Arbeit sollten wir uns damit beeilen.

Dies war die offizielle Erklärung in Zusammenhang mit der Wahl von Herrn Barroso zum Präsidenten der Europäischen Kommission.

7.2. Benennungen in die interparlamentarischen Delegationen (Abstimmung)

7.3. Waldbrände im Sommer 2009 (Abstimmung)

VORSITZ: Libor ROUČEK

Vizepräsident

8. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärung zur Abstimmung

Wahl des Präsidenten der Kommission

Charles Goerens (ALDE). – (FR) Herr Präsident, gestern hat der Präsident mit Recht der Gemeinschaftsmethode großen Wert beigemessen. Diese Methode garantiert die Beteiligung aller Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane an den Entscheidungsprozessen, und zwar von Grund auf.

Der Umgang der G4-Staaten mit der Banken- und Finanzkrise im Jahr 2008 zeugte von allem anderen als von Wertschätzung für diese Methode, die Herr Barroso gestern Nachmittag einforderte. Wir haben im Jahr 2008 vergeblich darauf gewartet, dass Präsident Barroso zur Ordnung ruft.

Die Europäische Union besteht natürlich aus Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Italien – den Mitgliedstaaten der G4 – aber auch aus Österreich, Belgien, Estland, Lettland, Rumänien, Polen, Ungarn, Luxemburg usw., welche im Jahr 2008 von einer bedeutenden Phase des Entscheidungsprozesses ausgeschlossen waren.

Präsident Barroso, im Jahr 2008 hätten Sie die Wertschätzung für die Gemeinschaftsmethode, mittels der gleichen Aussage, die Sie gestern getroffen haben, durchsetzen sollen. Ich kann Ihre Kandidatur aus diesem Grund nicht befürworten.

Herr Präsident, gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung. Es ist für diejenigen, die das Wort haben, schwierig, bei einem derartigem Lärm zu sprechen.

Crescenzo Rivellini (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Anschluss an meine Rede werde ich einige Worte auf Neapolitanisch sagen (*Teil in diesem Dokument nicht transkribiert, da Neapolitanisch keine Amtssprache ist*). Das tue ich nicht, um des Lokalkolorits willen, sondern um die Aufmerksamkeit von Presse und Politik auf die Notsituation in unserem Land zu lenken: die Notsituation in Süditalien. Ich habe für Präsident Barroso gestimmt, nicht zuletzt weil ich hoffe, dass er ein Präsident für ganz Europa, einschließlich Süditalien, sein wird.

Der in der Mitte des Mittelmeerraums liegende Süden, ist das Tor zu Europa und die Verbindung zwischen unterschiedlichen Welten. Durch seine Geschichte, geographische Lage und eine Kultur der Gastfreundschaft, kann es eine wichtige Rolle für den gesamten alten Kontinenten spielen. Süditalien sollte mit der gleichen Würde wie andere europäische Orte behandelt werden. Europa muss jetzt, da Süditalien mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, genauso energisch intervenieren, wie zu dem Zeitpunkt, als für 50 Mio. Bürger aus dem Osten die Legalisierung als Bürger der Europäischen Union vorgenommen wurde. Diese Operation hatte ihre Kosten, und falls heutzutage ein Arbeiter aus Danzig das 28-fache seines früheren Gehaltes verdient, verdankt er dies auch den wirtschaftlichen Bemühungen Italiens und Süditaliens.

(Der Sprecher fährt auf Neapolitanisch fort)

Daniel Hannan (ECR). Herr Präsident, möglicherweise haben wir uns mit der Zeit an die Abgedroschenheit des Rituals, das wir soeben durchgeführt haben, gewöhnt. Wir sind so sehr mit den Strukturen der EU vertraut,

dass wir nicht mehr sehen, wie anormal und schändlich es ist, die höchste exekutive und legislative Gewalt in den Händen einer Bürokratie zu haben, die weder gewählt wird noch irgendwem Rechenschaft schuldig ist. Die Mehrheit der Gesetze in den Mitgliedstaaten stammt von einer Europäischen Kommission, die von niemandem gewählt und durch niemanden wieder absetzbar ist. Einen Anspruch auf demokratische Legitimität erhebt einzig das soeben in diesem Plenarsaal durchgeführte Ritual, was mich, wie ich sagen muss, an eine der gelegentlichen Ratstagungen in den alten RGW-Zeiten erinnert, bei der wir alle aufstanden und uns gegenseitig zur Absegnung einer Entscheidung gratulierten.

Ich habe kein persönliches Problem mit José Manuel Barroso. Wenn wir einen föderalistischen Kommissionspräsidenten bekommen – und ich sehe, dass dies der Wille des Hauses ist – so könnte es genauso er sein, wie jeder andere. Ich halte ihn für einen netten Kerl – und wie alle britischen Politiker bin ich durch und durch lusophil und mir der Beziehung zu unserem ältesten Verbündeten bewusst. Dennoch scheint es absurd, so zu tun, als gäbe es so etwas wie eine demokratische Beteiligung bei einem System, das die Monopolstellung für das Recht, Gesetze einzuleiten, in die Hände von Menschen legt, die weder gewählt noch abgesetzt werden können.

Syed Kamall (ECR). Herr Präsident, wie mein Vorredner möchte ich ebenfalls meine Vorbehalte gegenüber der Wiederwahl von Herrn Barroso zum Kommissionspräsidenten vorbringen.

Er ist letzten Endes mehr als jeder andere einer weiteren europäischen Integration verpflichtet – oft gegen den Willen der Völker Europas. Aber er kam zur unserer Fraktionssitzung der ECR und sprach sich für intelligente Verordnungen aus.

Natürlich ist nicht ganz klar, was „intelligente Verordnung“ bedeutet. Viele sind der Überzeugung, eine intelligente Verordnung sei eine faule Verordnung bzw. überhaupt Verordnungen zu haben, könne gar nicht intelligent sein.

Ich würde ihn aber fragen, ob er wirklich intelligente Verordnungen befürwortet, um sicher zu gehen, dass die Kommission für jede Verordnung oder Richtlinie eine sachgerechte Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen vornimmt. Im nächsten Jahr wird in diesem Haus die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds verabschiedet werden. Bislang hat die Kommission noch keine sachgerechte Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen vorgenommen – vielmehr wird erklärt, es sei unmöglich, sie durchzuführen.

Wie sollen unter diesen Umständen intelligente Verordnungen zustande kommen? Ich bitte Herrn Barroso, dies zu überdenken.

Gemeinsamer Entschließungsantrag: Waldbrände im Sommer 2009 (RC-B7-0039/2009)

Andrew Henry William Brons (NI). – Herr Präsident, ich habe gegen den Entschließungsantrag zu den Waldbränden gestimmt, obwohl ich die freiwillige Kooperation zwischen europäischen Ländern zur Verhinderung, Bekämpfung und Wiederherstellung der katastrophalen Waldbrandschäden befürworte.

Ich spreche mich dennoch gegen die Schaffung von Einrichtungen der Europäischen Union aus, die Vorschriften für Mitgliedstaaten in Bereichen erlassen, die weiter gefasst sind, als es für den Umgang mit dem Problem nötig wäre. Ich verweise auf die Paragraphen 3, 7 und 8 des gemeinsamen Entschließungsantrags.

Dieser Vorschlag stellt eine Ausbeutung der vortrefflichen humanitären Hilfsprojekte für derart schreckliche Tragödien dar, wie wir sie erlebt haben. Ziel ist die Einleitung weiterer Maßnahmen zur Schaffung einer europäischen Katastrophenschutzgruppe mit dem Namen „Europe Aid“, wie sie in dem Barnier-Bericht dargelegt ist.

Philip Claeys (NI). – (NL) Herr Präsident, ich habe mich bei der Schlussabstimmung über diesen Entschließungsantrag der Stimme enthalten. Allerdings tat ich dies mit gewissen Vorbehalten und größeren Zweifeln, weil dieser Text zweifelsfrei viele positive Elemente beinhaltet, die niemand wirklich ablehnen kann. Ich denke dabei zum Beispiel an die Hilfe zur Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Mitgliedstaaten durch den Austausch von Experten und Arbeitsmethoden. Letzten Sommer haben wir erneut miterlebt, dass aufgrund des Ausmaßes einiger Waldbrände eine Zusammenarbeit unerlässlich ist. Diese Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten findet jedoch bereits statt. Die Zusammenarbeit kann sicherlich vertieft werden. Dennoch ist fraglich, welchen Nutzen zum Beispiel eine eigene europäische Einsatzgruppe gegen Waldbrände hat. Ihre Einrichtung erfordert Ressourcen von den Mitgliedstaaten, schafft noch eine weitere EU-Einrichtung mit eigenen Mitarbeitern und erhöht noch den Bürokratieaufwand.

*Schriftliche Erklärung zur Abstimmung***Wahl des Präsidenten der Kommission**

Maria da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Dank Präsident Barroso hat Europa weltweit eine führende Rolle im Klimaschutz übernommen. Die Europäische Union ist der einzige internationale Block, der eine klare, konsistente Verhandlungsposition für die Kopenhagener Konferenz übernimmt. Die von Präsident Barroso umrissenen politischen Richtlinien für die nächste Kommission präsentieren eine ehrgeizige, moderne Vision Europas, bei der Klimaschutz und die Bereiche des Wissensdreiecks von zentraler Bedeutung sind.

Die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, sind komplex und erfordern ganzheitliche Lösungsansätze. Für die Zeit nach 2010 schlägt Präsident Barroso daher eine koordinierte und konvergente Vorgehensweise vor, der die Lissabon-Strategie, Energie-, Klima- und Sozialpolitik, einbezieht. Neue Wachstumsquellen und sozialer Zusammenhalt sollen durch eine neue industrielle Strategie für Europa, einen modernen Dienstleistungs-Sektor und eine dynamische ländliche Wirtschaft entstehen.

Präsident Barroso legt das Hauptaugenmerk damit auf die Realwirtschaft und ihre Modernisierung durch wissenschaftliche Forschung, technische Entwicklung, Innovation und die Grundsätze der Nachhaltigkeit. Die Kommission unter der Leitung von Präsident Barroso wird in Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament und dem Rat dazu beitragen, eine wohlhabende, zukunftsfähige und sozial entwickelte Europäische Union entstehen zu lassen.

Françoise Castex (S&D), *schriftlich*. – (FR) Um der politischen Kohärenz willen und aus Respekt für unsere Wählerschaft habe ich gegen die Wiederwahl von Herrn Barroso gestimmt. Während seiner fünfjährigen Amtszeit hat Herr Barroso, der die Unterstützung bestimmter EU-Länder für George Bushs Irakkrieg nutzte, es nie geschafft, die Europäische Union zu beleben oder sie gegenüber nationalen Eigeninteressen zu stärken. Er war seiner Aufgabe nicht gewachsen, als die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise hereinbrach.

Das einzige, was er in diesen fünf Jahren getan hat, war die unberechenbaren Wege des Finanzkapitalismus zu unterstützen, anstatt neue Verordnungen vorzuschlagen, wie Europa sie im 21. Jahrhundert braucht. Die Politik der Europäischen Kommission muss neu ausgerichtet werden. Herr Barroso ist nicht der Richtige für diese Arbeit. Sein Programm ist dem Ausmaß der aktuellen Krise nicht gewachsen: es mangelt an einem europäischen Konjunkturprogramm, einem Beschäftigungspakt, einer Regulierung und effektiven Aufsicht der Finanzmärkte und robusteren und schnelleren Instrumenten zum Ausgleich der derzeitigen Ungleichgewichte. Wir brauchen eine Richtlinie über öffentliche Dienstleistungen und eine neu ausgerichtete Politik der Kommission zu Gehältern. Wenn wir unser europäisches Sozialmodell retten wollen, ist eine ehrgeizigere sozialpolitische Agenda notwendig.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich freue mich, sagen zu können, dass ich als Portugiese und Mitglied des Europäischen Parlaments für die Wiederwahl von José Manuel Durão Barroso als Präsident der Europäischen Kommission gestimmt habe. Ich glaube, seine Leistungen während der letzten, durch viele politische, finanzielle und soziale Schwierigkeiten gekennzeichneten Amtszeit und seine Erfahrung, die er in diesem Amt gesammelt hat, rechtfertigten die Unterstützung seitens der Regierungen und das erneute Vertrauen dieses Hauses.

Ich bedaure die vielen Versuche, den Erfolg seiner Kandidatur zu verhindern – von denen nicht alle offen oder ernsthaft waren –, und ich stelle fest, dass diese nicht nur wegen des Fehlens eines glaubwürdigen Alternativvorschlags fehlschlagen, sondern auch aufgrund der Unsinnigkeit der vorgebrachten Argumente. Ich bedaure, dass einige meiner Landsleute nicht widerstehen konnten, diesen Weg einzuschlagen, der so einfach wie inkonsequent ist.

Ich hoffe, die zweite Kommission Barrosos kann fachliche Kompetenz mit dem „Besonderen“ verbinden. Ich hoffe auch, sie wird das Subsidiaritätsprinzip tatsächlich anerkennen und umsetzen und sich für die Sicherheit und die Stärke kleiner Schritte, wie von Jean Monnet empfohlen, entscheiden, anstatt für rasche Vorgehensweisen, die viel versprechen, aber wenig zum tatsächlichen Fortschritt des europäischen Projekts und Traums beitragen. Wie sehr wir auch den Horizont erreichen wollen, wir gelangen dort nur hin, wenn wir einen Fuß vor den anderen setzen. Lasst uns den richtigen Weg gehen.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich begrüße den Ausgang der Wahl, durch die Dr. José Manuel Durão Barroso erneut das Amt des Kommissionspräsidenten bekleidet. Portugal ist stolz, mit Dr. Barroso einen Portugiesen mit derart anerkannten Fähigkeiten und Qualitäten als Leiter der

Kommission zu haben. Es macht noch viel stolzer, den Wert seiner Arbeit während seiner ersten Amtszeit von 2004 bis 2009 zu sehen, der durch diese Abstimmung vom Europäischen Parlament bestätigt wurde. Er ist mit großer Mehrheit gewählt worden. Diese übersteigt die im Vertrag von Lissabon festgelegte erforderliche Mehrheit bei Weitem.

In den letzten fünf Jahren hat Dr. Barroso eine inhaltlich umfassende und starke Führungsrolle übernommen. Das Dossier über Energie und Klimawandel, die Dienstleistungsrichtlinie und die Verordnung über chemische Stoffe sind nur einige Beispiele für seinen Erfolg und seine Führungsqualitäten. Er war führend bei der Suche nach konkreten Vorschlägen, um der Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen heute noch spürbar sind, entgegenzuwirken. Das Europäische Parlament hat gerade signalisiert, dass Europa stark ist und eine starke Führung besitzt. Wir können daher mit Zuversicht und Hoffnung einem neuen, prosperierenderen und solidarischeren Europa entgegengehen.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die politischen Leitlinien für das nächste Mandat der Kommission, die gerade vorgelegt worden sind, zeigen die Absicht des Präsidenten auf, die Handlungsschwerpunkte, die bereits Teil der Leitlinien des nun auslaufenden Mandats waren, beizubehalten. Diese Leitlinien bilden die Ursache für die derzeit herrschende schwere Wirtschafts- und Sozialkrise, deren tragische Folgen – Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung – die Arbeitnehmer und Bevölkerungen Europas gnadenlos erschüttert haben.

In Portugal hatten die auf Grundlage dieser Leitlinien umgesetzten Politiken die Zerstörung beziehungsweise extreme Lähmung der wichtigsten produzierenden Wirtschaftszweige zur Folge – Landwirtschaft, Fischerei und Industrie; außerdem den Angriff auf die Arbeitnehmerrechte, die Abwertung von Löhnen und Gehältern und den entsprechenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und von unsicheren Arbeitsplätzen; eine ungleiche Einkommensverteilung, die nun deutlich vom EU-Durchschnitt abweicht; und ein Scheitern der Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik bezüglich grundlegender Wirtschaftszweige, was den öffentlichen Sektor zugrunde richtete und die wichtigsten Aspekte unserer gemeinschaftlichen Existenz kommerzialisiert hat. Diese Leitlinien beizubehalten, bedeutet, die Konzentration von Reichtum weiter zu verstärken, Divergenz statt Konvergenz aufrechtzuerhalten und eher früher als später weitere zerstörerische Eruptionen einer latenten systematischen Krise herbeizuführen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), schriftlich. – (PL) Wir möchten ein stärkeres Europa sehen und dass es der Bevölkerung besser geht! Den „Politischen Leitlinien für die nächste Kommission“ nach zu urteilen, die Sie dem Parlament vorgelegt haben, möchten Sie das auch erreichen. Von einem Kandidaten für die Präsidentschaft der Kommission wird allerdings mehr erwartet: Es wird von ihm erwartet, darzulegen, wie er dies erreichen möchte, anstatt lediglich eine Liste mit Herausforderungen zu präsentieren.

Dadurch, dass die Ziele tatsächlich so weitläufig gefasst sind, besteht die Gefahr, dass sie einander ausschließen, und es wird mit Sicherheit der Zeitpunkt kommen, an dem eine Entscheidung darüber getroffen werden muss, welche der Prioritäten „Vorrang haben“. Wie würden Sie entscheiden, wenn die Entscheidung anstünde zwischen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas und dem Ziel einer hohen Beschäftigungszahl? Aus dem Text, den Sie uns geschickt haben, geht das nicht hervor.

Ich habe den Eindruck, dass Ihr Dokument lediglich eine Wunschliste dessen ist, was in der letzten Amtszeit nicht erreicht worden ist. Die Frage lautet: Warum nicht?

Ich möchte trotz allem etwas über das Thema des Internets in Ihrem Programm sagen. Sie erwähnen die Bedeutung des Internets für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt der gesamten Europäischen Union und versprechen sogar, die neue Kommission werde eine „Europäische Digitale Agenda“ entwickeln. Was ich gerne wissen möchte ist, wie Sie dieses Konzept in die Praxis umsetzen wollen und was die Agenda im Vergleich mit vorherigen Initiativen Neues beinhalten wird.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Wie meine Kollegen, die die nationalen Bewegungen in Europa vertreten, bin ich einer der 219 Abgeordneten, die gegen Herrn Barroso gestimmt haben. Er ist zwar ein sympathischer und kultivierter Mann, vor allem aber ist er ein Symbol für das Scheitern der Europäischen Union. Er hat es nicht geschafft, unsere Volkswirtschaften und Arbeitsplätze vor dem unfairen globalen Wettbewerb zu schützen; den europäischen Ländern zu helfen, die Krise zu überstehen; das Finanzsystem zu reformieren, um ungezügelter Spekulationen Einhalt zu gebieten; Demokratie zu sichern; Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten; und den immer größer werdenden Industrieabbau unserer Länder zu drosseln.

Kurz gesagt hat er es nicht geschafft zu zeigen, dass das Brüsseler Europa mehr ist als eine Maschine der Unterdrückung, Verarmung und Versklavung von Nationen und Völkern. Bei näherer Betrachtung ist die Wahl von Herrn Barroso ein Symbol: die Art und Weise, wie Europa funktioniert. Können Sie sich den Aufruhr vorstellen, wenn es nicht der Präsident der Kommission wäre, der durch seine Politik das Leben von 500 Mio. Europäern beeinflusst, sondern ein Staatsoberhaupt, das als einziger Kandidat aufgestellt und dazu noch nur mit knapper Mehrheit gewählt worden wäre?

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich stimmte heute gegen Herrn Barrosos Kandidatur aus drei wichtigen Gründen. Erstens aufgrund seiner Amtsbilanz der letzten fünf Jahre: ein Präsident, der schwach, konservativ und liberal und unbeweglich angesichts der herrschenden Krise war, unfähig, einen koordinierten Rettungsplan anzuregen und ausschließlich den Wünschen der Staats- und Regierungschefs gefällig war. José Manuel Barroso hat einem starken Europa mit Sicherheit keinen Vorstoß geleistet. Zweitens seine unzureichende Reaktion auf die von der Gruppe der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament festgelegten Bedingungen: er legte weder einen wirklichen Rettungsplan vor, noch einen Beschäftigungspakt, keine Steuerungs- oder Kontrollinstrumente oder andere effektive Instrumente zur Behebung der Ungleichgewichte auf den Finanzmärkten und machte keine einzige Zusage bezüglich der Schaffung einer Rahmenrichtlinie zum Schutz des öffentlichen Diensts. Und schließlich die Botschaft der Wähler bei der Europawahl, die uns zeigt, dass diese nicht länger ein schwaches, nicht zu fassendes Europa wollen, in dem Kompromisse als oberste Tugend politischen Führungsstils angesehen werden.

Jacky Hénin (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission ist ein äußerst wichtiger Vorgang, und die EU-Bürger sollten das Recht haben, die Entscheidung ihrer Repräsentanten zu erfahren.

Ich persönlich bedauere und missbillige das geheime Abstimmungsverfahren, weil die Rechenschaftspflicht dadurch komplett wegfällt.

Ferner möchte ich, da ich keine Gemeinsamkeiten mit der von Herrn Barroso vorgeschlagenen Politik finden kann, mitteilen, dass ich seine Ernennung zum Präsidenten der Kommission nicht unterstützen werde.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich. – (RO) Am Ende seiner fünfjährigen Amtszeit (2004-2009) lässt die Bewertung der Maßnahmen der Europäischen Union Herrn Barroso in keinem vorteilhaften Licht erscheinen. Daher scheint es geboten zu sein, sich der Stimme zu enthalten, im Besonderen weil ein negatives Votum zum aktuellen Zeitpunkt eine unkluge politische Entscheidung aufgrund des Fehlens eines Alternativvorschlags wäre, während ein positives Votum einer Erklärung bedingungslosen und ungerechtfertigten Vertrauens in ein unbefriedigendes Programm gleichkäme.

Ich vertrete die Ansicht, dass das Vertrauen der Mitgliedstaaten, das Herr Barroso genießt, ein unumstößlicher Beweis dafür ist, dass er kein starker Präsident ist, sondern einer, für den nationale Interessen Vorrang haben. Ich will damit sagen, dass es Staats- und Regierungschefs waren, die die Leitlinien zu seinem Programm auf den Weg gebracht haben. Die Europäische Kommission braucht einen Präsidenten, der die Entwicklung von Gemeinschaftspolitiken unterstützt, sich beharrlich für Integration einsetzt und die Idee eines geeinten Europas integriert fördert. Er darf auf keinen Fall zum Vertreter nationaler Interessen werden. Von einem sozialdemokratischen Standpunkt aus hat Präsident Barroso eine Vielzahl der Ziele, denen er sich zu Beginn seines Mandats 2004 verpflichtet hat, nicht erreicht. An vielen Zielen zeigte die Kommission wenig Interesse, wie an der Stärkung eines sozialen Europas. Daher habe ich entschieden, nicht für Herrn Barrosos Wiederwahl zu stimmen.

Astrid Lulling (PPE), schriftlich. – (FR) Ich stimmte für die Ernennung Herrn Barrosos zum Präsidenten der Europäischen Kommission.

Ich habe mich aus vier Gründen dazu entschlossen.

Der Europäische Rat hat Herrn Barrosos Kandidatur einstimmig vorgeschlagen.

Nach meinem Verständnis von Demokratie können die Wahlsieger das Recht für sich in Anspruch nehmen, einen Präsidenten zu bestimmen.

Es gibt neben Herrn Barroso keinen weiteren Kandidaten. Es wurden keine alternativen Lösungsvorschläge ernsthaft in Betracht gezogen.

Bei den Kritikpunkten, die an den scheidenden Präsidenten herangetragen wurden, wurde eine entscheidende Tatsache übersehen, nämlich dass die Kommission Vorschläge machen kann und es die Mitgliedstaaten sind, die sie gesetzlich verankern.

An meine Unterstützung sind einige Erwartungen geknüpft.

Während dieser zweiten Amtszeit sollte Herr Barroso ein wenig unabhängiger sein, nicht zuletzt in Bezug auf die großen Mitgliedstaaten und der Zielvorgabe, ausschließlich im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft zu handeln.

Ich stelle mit Bedauern fest, dass die Kommission dazu neigt, sich zu einem Konglomerat aus Kommissaren zu entwickeln, das über unbegrenzten Handlungsspielraum verfügt. Ich möchte Herrn Barroso bitten, seinen Einfluss geltend zu machen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Ich möchte, dass die Institution als „Hüterin der Verträge“ seine ursprüngliche Stärke und, mit anderen Worten ausgedrückt, seine Kompetenz als Wegbereiter mit gemeinsamen Projekten zurückgewinnt.

Willy Meyer (GUE/NGL), schriftlich. – (ES) Herr Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission ist verantwortlich für die aktuelle Lage, die Finanz-, Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Umweltkrise, in der Europa steckt. Bis heute hat niemand seine Verfehlungen eingeräumt, stattdessen wird die Schuld den Vereinigten Staaten zugeschoben. Bis heute versucht die Kommission ein Europa zu schaffen, das auf Politiken der Privatisierung und des Abbaus des Sozialstaats gründet.

Die Kommission hat die Lissabon-Strategie verabschiedet, die von einem Wirtschaftswachstum von 3 % und der Schaffung von 20 Mio. Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2010 ausgeht. Das Scheitern dieser Strategie ist offensichtlich vorprogrammiert. Dennoch macht die Kommission den Vorschlag einer Erneuerung dieser Strategie und einer Fortführung der gleichen Politik, durch die die Krise entstanden ist. Es handelt sich bei der Krise nicht um eine Pandemie; sie ist das Resultat von Glücksspielen mit einem bestimmten politischen Kurs: dem politischen Kurs, den die Europäische Kommission eingeschlagen hat. Im außenpolitischen Programm finden die Sahara oder Palästina keine Erwähnung. Nicht nur, dass dies nicht zu den Prioritäten gehört, die EU beabsichtigt, dem Königreich Marokko einen „weitergehenden Status“ zu verleihen und die Beziehungen mit Israel weiter auszubauen.

Maria do Céu Patrão Neves (PPE), schriftlich. – (PT) Die von Präsident Barroso in den letzten fünf Jahren geleistete Arbeit war von großem Pragmatismus, Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit gekennzeichnet durch die Art und Weise, wie er sich für die wichtigsten Interessen Europas eingesetzt hat.

Seine weltweit führende Rolle im Klimaschutz, die rechtzeitige Einbindung der Europäer in den Schutz der Ozeane und Meere durch die Entwicklung einer Europäischen Meerespolitik und sein Geschick darin, Konsens über die finanziellen Ziele in einem Europa aus 27 Mitgliedstaaten zu erzielen, sind nur einige Beispiele, die es rechtfertigen, ihn an der Spitze der Europäischen Kommission zu halten.

Wirtschaftliches Wachstum, Investition in Innovation und Ausbildung und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind grundlegende Säulen einer weiteren europäischen Integration, und sie zählen zu Herrn Barrosos Prioritäten für die Zukunft.

Zu einer Zeit, in der das weltwirtschaftliche Konjunkturklima und die finanzielle Lage nicht die besten sind, braucht Europa eine starke Führung, die die europäischen Projekte mit Leben zu erfüllen vermag.

Aus den oben genannten, sowie vielen weiteren Gründen bin ich der Ansicht, Herr Barroso ist als Präsident ideal geeignet, das Geschick Europas in der nächsten Amtszeit in die Hand zu nehmen.

Frédérique Ries (ALDE), schriftlich. – (FR) Wie 381 andere Abgeordnete auch unterstütze ich die Ernennung von Herrn Barroso zum Kommissionspräsidenten. Dies tat ich aus mehreren Gründen, nicht zuletzt weil einige Abgeordnete besonders unfaire Beschuldigungen gegen den Kandidaten vorbringen. Ich stelle fest, dass einige von einem neuen Delors träumen, dabei vergessen sie, dass wir die Welt verändert haben... und Europa. Das Europa mit 12 Mitgliedstaaten, von Kohl und Mitterrand, gibt es nicht mehr und wird zweifellos nie zurückkehren.

Der erste Präsident einer Kommission, die aus 25 Mitgliedern und später 27 Mitgliedern besteht, Herr Barroso, hatte die heikle Aufgabe die Erweiterung von 2004 zu handhaben, ein Mandat, das durch Konsolidierung geprägt war. Die Fortsetzung wird von Engagement geprägt sein. Ich hoffe, dass das so sein wird, und ich möchte ihm dafür meine Anerkennung aussprechen. Ich möchte dieses Spiel des Zaublerlehrlings nicht

mitspielen, möchte nicht warten, nicht auf Godot, nicht auf einen anderen hypothetischen Kandidaten, den der Rat nicht beabsichtigt vorzuschlagen. Ich möchte nicht warten und unsere Organe und den Ruf, den Europa bei den Europäern immer noch genießt, weiter schwächen. Wir erwarten in der Tat von ihm, dass er seine Versprechen hält, wie beispielsweise die Bekämpfung von Klimawandel und Diskriminierung und die dringenden, konzertierten Maßnahmen angesichts der Wirtschafts- und Sozialkrise. Diese Abstimmung ein weiteres Mal zu verschieben, wäre vergeudete Energie. Auf das Erscheinen eines Kandidaten zu warten, wäre ein Fehler.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Für Europa ist eine starke, ambitionierte Kommissionspräsidentschaft unerlässlich, um eine Balance zwischen wirtschaftlichen und politischen Zielen auf der einen und sozialem und territorialem Zusammenhalt auf der anderen Seite zu erreichen und so seine führende Rolle in der Welt wiederzuerlangen. Prioritäten müssen pragmatisch gesetzt werden, allerdings ohne die Werte, die dem europäischen Projekt zugrunde liegen, zu vernachlässigen.

Europa muss sich einer Reihe von Herausforderungen stellen, zum Beispiel einer Reform des Gemeinschaftshaushalts, um zu zeigen, dass es in der Lage ist, auch die globale Themen in verschiedenen Themenbereichen wie Klimaschutz und der Regulierung der Finanzmärkte zu bestimmen. In Zeiten des rapiden Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in einigen Mitgliedstaaten, ist es lebenswichtig, einen nachhaltigen Ausweg aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise zu finden. Dieses Ziel sollte die Mitgliedstaaten mithilfe des Solidaritätsprinzips und der Stärkung des europäischen Binnenmarktes vereinen.

Ich unterstütze eine erneute Kandidatur José Manuel Durão Barrosos für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission, da ich der Meinung bin, dass er Qualitäten mitbringt, die es ihm ermöglichen, die ihm durch uns gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Ich denke zudem, dass es eine Ehre für Portugal ist, dass er diesen Posten bekleidet und sehe es als einen Vorteil für eine kleine, isolierte und entfernte Region im äußersten Randgebiet, wie Madeira es ist, jemanden in der Kommission zu haben, der ihre Realität sehr gut versteht.

Frank Vanhecke (NI), *schriftlich*. – (NL) Ich stimmte gegen die Wiederwahl von Herrn Barroso als Präsident der Europäischen Kommission, da er während der letzten fünf Jahre das Symbol einer Kommission war, die sich entschieden hatte, die demokratische Ablehnung des Vertrages von Lissabon zu ignorieren, und zwar in einer besonders verächtlichen und arroganten Art und Weise. Herr Barroso setzte sich außerdem wiederholt für eine neue Masseneinwanderungswelle ein und spielte ohne Unterlass die Probleme im Zusammenhang mit dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union herunter. Herr Barroso weigerte sich gestern, die berechtigte Frage eines britischen Abgeordneten über seine Absichten zur Ernennung eines Europäischen Kommissars für Menschenrechte - einen Internen, innerhalb der Europäischen Union - zu beantworten. Der große Bruder Europa marschiert weiter, aber niemand darf wissen wohin, nicht einmal die Abgeordneten.

Derek Vaughan (S&D), *schriftlich*. – Obwohl ich mich normalerweise nicht der Stimme enthalte, hatte ich den Eindruck, dass für die heutige Wahl des Präsidenten der Kommission die Enthaltung die richtige Entscheidung war. Ich akzeptiere, dass Herr Barroso einige Zugeständnisse gemacht hat, zum Beispiel bei dem Thema der Bewertungen der sozialen Auswirkungen. Herr Barroso hat es allerdings versäumt, seinen Verpflichtungen, Vorschläge zu unterbreiten, die für die S&D-Fraktion wichtig sind, wie beispielsweise eine Stärkung der Arbeiterentsenderichtlinie, nachzukommen. Diese Richtlinie ist zum Schutz der walisischen Arbeiter lebensnotwendig. Zudem benötigen wir eine größere Verpflichtung bezüglich der Portfolios, die den neuen Kommissaren anvertraut werden, und von Herrn Barroso eine Erklärung über die Organisation des nächsten Kollegiums. Ich bin nicht der Ansicht, dass Herrn Barrosos Zusicherung, sich gegen Sozialdumping einzusetzen, weit genug geht, und aus diesem Grund zusammen mit dem bereits Aufgeführten, entschied mich für eine Stimmenthaltung.

Bernadette Vergnaud (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe gegen Herrn Barrosos Kandidatur gestimmt, da ich zuallererst an ein ausgesprochen politisches Europa glaube, ein Europa, das nicht mit einer Kommission zufrieden sein kann, die sich den Anforderungen der großen Unternehmen verpflichtet fühlt. Ich bin weiterhin der Ansicht, dass man im Wahlkampf nicht die Forderung nach einer anderen Art der europäischen Führung vertreten kann, nur um dann einem Vorkämpfer des Liberalismus, dessen Programm es ernsthaft an Ambitionen und Wert fehlt, einen Blankoscheck auszustellen. Ein Mann, der sich hinter der Idee einer „Besseren Rechtsetzung“ versteckt und alles „deregulieren“ möchte, wofür ich als Sozialistin stehe: öffentliche Dienstleistungen, der soziale Schutz der Arbeitnehmer, Respekt für die Gesundheitssysteme, Regulierung der Finanzwirtschaft und Schutz von Verbrauchern und der Umwelt vor der Macht der Unternehmensgruppen. Aus Respekt gegenüber meinen eigenen Überzeugungen und denen meiner Wählerschaft habe ich den Eindruck, dass diese Werte nicht durch Hintergedanken und Tricks in Frage gestellt werden können, die

darauf abzielen, lächerliche Zugeständnisse von Konservativen, die die Mehrheit in den Mitgliedstaaten, im Europäischen Parlament und in der Kommission besitzen, zu erhalten, und die nicht eher ruhen, bis sie ihre Deregulierungspolitik vorangetrieben haben.

Dominique Vlasto (PPE), *schriftlich*. – (FR) Natürlich findet die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission im Geheimen statt. Trotzdem möchte ich meine Unterstützung für den Kandidaten unserer politischen Familie, José Manuel Barroso, öffentlich zum Ausdruck bringen, und ihm von ganzem Herzen zu seiner Wiederwahl gratulieren. Da die Gruppe der Europäischen Volksparteien (Christdemokraten) die europäischen Wahlen gewonnen, ist es nur natürlich, dass der Präsident der zukünftigen Kommission aus unseren Reihen kommen sollte. Deshalb wurde Herr Barroso mühelos wiedergewählt, ungeachtet der nutzlosen Unruhen innerhalb der gespaltenen Linken und den Grünen, die keinen Kandidaten zur Wahl stellten. Ich begrüße zudem seine erneut bestätigte Zusage, eng mit unserer Versammlung zusammenarbeiten zu wollen, und versichere ihm, dass er jedes Mal bei einer Wahl über einen Vorschlag für unser europäisches Projekt auf unsere Entschlossenheit und Unterstützung zählen kann. Das Parlament und die Kommission können jetzt ohne Verzögerung mit der Arbeit beginnen. Dies ist das Wichtigste in dieser schwierigen Zeit, in der, zum Nutzen der Europäer, viele Herausforderungen schnell angegangen werden müssen. Darüber hinaus muss Europa, solange es an den Klima- und G20-Verhandlungen beteiligt ist, vereint und funktionsfähig sein: Das heutige eindeutige Wahlergebnis stärkt es zudem im Angesicht der anderen Weltmächte.

Gemeinsamer Entschließungsantrag: Waldbrände im Sommer 2009 (RC-B7-0039/2009)

Jean-Pierre Audy (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2009 zu den Waldbränden im Sommer 2009 gestimmt. Diese Entschließung tritt in die Fußstapfen einer Reihe anderer Entschließungen, die die Häufigkeit, die Ernsthaftigkeit, die Komplexität und die Auswirkung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen in Europa aufzeigt. Die Anzahl der Katastrophen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Das Waldbrandphänomen wird durch ländliche Bevölkerungsverluste, die schrittweise Aufgabe traditioneller Aufgaben, schlechter Waldbewirtschaftung, der Existenz weiter Waldflächen mit Baum-Monokulturen, das Anpflanzen nicht angepasster Baumarten, das Fehlen einer wirksamen Präventionsstrategie, niedrige Strafen für Brandstiftung und die fehlerhafte Umsetzung von Gesetzen zum Verbot von illegaler Bautätigkeit und der Garantie der Wiederaufforstung verschärft. Es ist bedauerlich, dass die Kommission trotz der Forderung des Parlaments keine Schritte unternommen hat, um eine europäische Katastrophenschutztruppe zu schaffen, und ich begrüßte das Handeln meines Kollegen, Herrn Barnier, der schon lange eine solche Einrichtung fordert. Zu einer Zeit, in der private Versicherungsfirmer keine Versicherung für Wälder anbieten, wird es angesichts der Tatenlosigkeit der Privatwirtschaft zwingend notwendig, gemeinsame öffentliche/private Mittel für die Versicherung von Wäldern gegen Stürme und Brände in Erwägung zu ziehen.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Leider kommen in Südeuropa Bedingungen für extreme Trockenheit und Waldbrände immer häufiger und intensivierter vor. Dadurch wurde riesiger Schaden verursacht, wie der Verlust von Menschenleben (11 Menschen starben allein diesen Sommer), verminderte Konjunktur und umweltschädlicher Abbau. Dieser wird besonders durch einen Anstieg der Wüstenbildung verursacht, durch die in den letzten zehn Jahren jährlich circa 400 000 Hektar der europäischen Wälder verschwunden sind.

Der Klimawandel trägt zu einem Anstieg der Naturkatastrophen bei, allerdings sind viele Ursachen dieser Katastrophen noch nicht erklärbar, oder sie werden durch kriminelle Handlungen ausgelöst. Deshalb muss sich die wissenschaftliche Forschung weiterentwickeln und Risikobewertungen, Präventionssysteme und Löschtechnik verbessern. Darüber hinaus müssen die benötigten finanziellen Mittel freigegeben werden.

Wir brauchen im Kampf gegen Naturkatastrophen eine europäische Strategie sowie eine größere Interoperabilität und Koordinierung der verschiedenen Rechtsakte der Gemeinschaft. Die Mitgliedstaaten sollten ihre Zusammenarbeit verstärken und sich besser koordinieren, um so Solidarität und die Verfügbarkeit zusätzlicher rascher Mobilisierungsressourcen im Kampf gegen diese Katastrophen zu garantieren.

Ich bitte den Ratsvorsitz um eine schnelle Entscheidung bezüglich der Bestimmungen des neuen Solidaritätsfonds, damit seine Transparenz erhöht wird und seine Mobilisierung in einem Notfall flexibler ist.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Südeuropa ist das Opfer von Katastrophen (Trockenheit und Bränden), die das menschliche Leben, die Volkswirtschaften und lokale Ökosysteme bedrohen und zur schrittweisen Aufgabe von großflächigen, einst bevölkerten, bearbeiteten und gepflegten Gebieten beitragen. Diese Themen

und ihre ernsten Folgen sind nicht nur das Problem von einzelnen Ländern, sondern sind grenzüberschreitend geworden. Es ist deutlich, dass sie einer Reaktion auf europäischer Ebene bedürfen.

Wie ich schon früher bemerkte, wird die Europäische Union dann profitieren, wenn sie sogar in einer widrigen Situation vereint bleibt und in der Lage ist, Mittel wie den Solidaritätsfond zu mobilisieren sowie weitere Systeme und Verfahren einzusetzen, um die Ursachen dieser Geißel zu vermeiden und ihre Konsequenzen zu mäßigen sowie eine flexible, sofortige und passende Reaktion auf sie zu bieten.

Zusätzlich zu der Europäischen Kommission, die eine Führungsrolle in der Suche nach Lösungen und der Anwendung bester Praktiken innehaben sollte, sollte der gesamte Forstsektor dazu aufgerufen, werden Wissen auszutauschen, Lösungen festzulegen und Hinweise auf eine Diversifizierung waldbwirtschaftlicher Tätigkeiten zu geben.

In einem portugiesischen Kinderlied heißt es, dass ein Baum ein Freund ist. Die Europäische Union sollte diese Freundschaft erwidern und deshalb die Zukunft ländlicher Gebiete unterstützen.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Der Grund meiner Zustimmung steht in Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer effektiven Solidarität und der sofortigen Mobilisierung von finanziellen Mitteln, um mit der notwendigen Geschwindigkeit in der Lage zu sein, die schlimme gesellschaftliche Sachlage und die tragische Umweltsituation der im Sommer von Bränden betroffenen Regionen anzugehen.

Ich bin allerdings der Meinung, dass die Entschließung den Auswirkungen bestimmter Gemeinschaftspolitiken eine größere Bedeutung beimessen sollte, insbesondere der gemeinsamen Agrarpolitik, die dazu führte, dass die Menschen das Land und die Produktionsgebiete aufgaben, sowie Maßnahmen, die zu einem präventivem Ansatz der Brandproblematik beitragen.

Die Jahr für Jahr große Teile des Landes verheerenden Brände können unter anderem auf die Auswirkungen der GAP zurückgeführt werden, besonders in Ländern wie Portugal. Ich bin allerdings der Meinung, dass diese mögliche und erstrebenswerte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Waldbrände nicht dafür genutzt werden sollte, den Weg für eine Abschaffung wichtiger Souveränitätsaspekte der Mitgliedsstaaten zu ebnen, nämlich Katastrophenschutz und Intervention sowie Kontrolle des eigenen Gebietes.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) In diesen Sommer wurde der Süden Frankreichs wieder einmal durch Waldbrände verwüstet. Genau wie unsere europäischen Nachbarn fanden sich auch unsere Bürger im Kampf gegen Flammen wieder. Diese Katastrophen führten sowohl zu materiellem Schaden wie auch menschlichem Leid. Deshalb befürworte ich die Schaffung einer unabhängigen und dauerhaften europäischen Eingreiftruppe mit der Aufgabe, von Bränden und anderen Katastrophen betroffene Mitgliedstaaten und Regionen zu unterstützen. Genauso benötigen wir – und dies ist auch unsere Bitte an die Kommission – eine Strategie, die es uns erlaubt, die reichen Ökosysteme in unseren Naturparks, ob Bauges, Ardèche oder Luberon, zu erhalten. Ihre Finanzierung muss aus Mitteln für Präventivmaßnahmen und Maßnahmen zur Wiederherstellung des geschädigten Ökosystems erfolgen. Der Rückgriff auf die GAP könnte eventuell gerechtfertigt sein, um die Ausbreitung von Waldbränden zu verhindern, die allzu häufig das Ergebnis eines reichen Unterholzbestands in bestimmten Gebieten sind. Ich habe mich auch für die Mobilisierung des EU-Solidaritätsfonds ausgesprochen, der zurzeit immer noch durch den Rat blockiert wird, obwohl er dringend benötigt wird.

Eija-Riitta Korhola (PPE), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, in der Aussprache am Montag zu den Waldbränden im Sommer 2009 sprach ich davon, dass sich die natürlichen Bedingungen mit dem Klimawandel verändern werden. Diese Tatsache lässt sich nicht abstreiten. Sie erklärt allerdings nicht die Naturkatastrophen, besonders wenn die gleichen Phänomene alle paar Jahre auftreten. Wir können und müssen besser vorbereitet sein. Deshalb sah ich mich gezwungen, heute gegen den Standpunkt meiner Fraktion in Bezug auf Änderungsantrag 5 zu stimmen, und um ehrlich zu sein, verwundert mich dieser Standpunkt sehr. Es ist wirklich an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten der Union einmal in den Spiegel schauen. Man kann ganz zu Recht sagen, dass die Zerstörung durch Waldbrände hätte vermieden werden können, wenn bestimmte Mitgliedstaaten wirksamere Präventivmaßnahmen entwickelt und umgesetzt hätten und sich mehr für die Bekämpfung krimineller Handlungen beim Erwerb von Bauland eingesetzt hätten.

In unserem politischen Umfeld dürfen wir die Augen vor den Tatsachen nicht verschließen. Das nutzt niemandem etwas, besonders in Anbetracht der großen Anzahl der aus Waldbränden resultierenden menschlichen Tragödien. Es wurde angedeutet, dass der Klimawandel für die Mehrzahl der Waldbrände verantwortlich ist, und es ist wahr, dass sich Europa auf Waldbrandsaisons einstellen muss, die länger dauern

werden als von Juni bis September, wie es bisher die Norm ist. Die Sommer beginnen zeitiger und sind, besonders im Süden, wärmer und trockener, dadurch wächst die Feuergefahr. Das Problem der Brände selbst liegt allerdings nicht in der fortschreitenden Veränderung der natürlichen Bedingungen, sondern an anderer Stelle. Es ist eine Sache, sich auf sich verändernde Umweltbedingungen einzustellen, aber es ist etwas ganz anderes, rigide, schlechte Praktiken zu akzeptieren und unvorbereitet zu sein.

Willy Meyer (GUE/NGL), schriftlich. – (ES) In Griechenland wurden durch die Brände 1 30 000 Olivenbäume zerstört sowie mehrere Hektar Rebflächen, Vieh, Imkereien, Lagerhäuser, Ställe und eine große Anzahl an Gewächshäusern und Häusern. In Spanien wurden 95.769 Hektar durch Waldbrände vernichtet, dies brachte 11 Tote und geschätzte Verluste in Höhe von 395 Mio. EUR mit sich.

Die durch die Brände verursachten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden sowie die Umweltschäden für die örtlichen Wirtschaft, die Produktionstätigkeit und den Tourismus sind enorm und machen eine Unterstützung der betroffenen Menschen und eine Wiederherstellung der ursprünglichen Umweltbedingungen durch sofortige nationale Intervention und Intervention der Gemeinschaft notwendig.

Wir bitten die Kommission dringend um die sofortige Mobilisierung des EU-Solidaritätsfonds sowie um die Zurverfügungstellung der Mittel, die für Sanierungspläne der betroffenen Gebiete, die Wiederherstellung ihres Produktionspotentials und die vollständige Wiederaufforstung der abgebrannten Gebiete, benötigt wird.

Die Abholzung ist teilweise durch den Bau von Straßen und Schienenverkehrsstrecken bedingt. Die Kommission muss Maßnahmen fördern, damit die durch EU-Mittel finanzierten öffentlichen Aufträge auch ein gewisses Maß an öffentlichen Investitionen zur Verbesserung, Erhaltung, Pflege und Ausdehnung öffentlicher Wälder beinhalten.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Der Sommer 2009 war leider auch von verheerenden Waldbränden in Südeuropa geprägt, die große materielle und ökologische Schäden verursacht haben. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass Brandstifter, die von der Zerstörung der Wälder profitieren, durch die mangelhaften oder gar nicht vorhandenen Waldkataster oder durch nicht klar definierte Flächenwidmungen zu ihrer Tat ermutigt werden. Daher war es wichtig, in diesem Entschließungsantrag auch die Mitgliedstaaten zur Neufassung oder Änderung dieser Kataster aufzufordern.

Neben der Wiederaufforstung ist insbesondere die Zusammenarbeit von Experten, Feuerwehren und anderen Einsatzgruppen im Notfall wie in der Prävention erforderlich. Der vorliegende Entschließungsantrag enthält vernünftige Vorschläge, wie die Mitgliedstaaten nach dem Grundsatz der Solidarität bei Katastrophen durch die Gemeinschaft unterstützt werden können. Daher habe ich für den gemeinsamen Entschließungsantrag zu den Waldbränden im Sommer 2009 gestimmt.

Frédérique Ries (ALDE), schriftlich. – (FR) Zunächst muss erwähnt werden, dass die Verhinderung von Naturkatastrophen und die Anpassung an den Klimawandel keine leichten Aufgaben darstellen. Auch wenn es der Europäischen Union durch das gestärkte Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz und dem finanziellen Glücksfall in Gestalt des Solidaritätsfonds etwas besser geht als anderen Teilen der Welt, werden über 600 000 Hektar jährlich zerstört.

Ich spreche nicht nur von den Waldbränden im Mittelmeerraum, von denen die schlimmsten die im Hochland um Athen im Sommer 2009 waren. Meiner Ansicht nach sind zwei Vorschläge unerlässlich für eine Verbesserung der Situation. Erstens muss der im Jahr 2006 von Herrn Barnier vorgelegte Bericht zur Einführung einer europäischen Katastrophenschutztruppe vollständig in die Tat umgesetzt werden. Wir warten immer noch auf die Einführung europäischer Grünhelme, um die europäische Strategie zum Katastrophenschutz zu konkretisieren, für die die Bürger gestimmt haben. Zweitens ist es wichtig, dass die Kommission über das Recht verfügt, zu überprüfen, was vor Ort passiert. Zumindest wäre es äußerst überraschend, wenn europäische Zuwendungen für Brände erfolgen, die wahrscheinlich durch Kriminelle mit dem alleinigen Ziel der Baulandgewinnung gelegt wurden.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Ich stimmte für die Entschließung zu den Waldbränden. In diesem Jahr wurden in der Europäischen Union bereits 200 000 Hektar Wald durch Brände zerstört. Das ist bereits eine größere Fläche als im gesamten Jahr 2008! Der Koeffizient für die Bedrohung durch Waldbrände ist in Polen einer der höchsten in Europa. Im April 2009 hatten wir die höchste Brandanzahl der letzten fünf Jahre.

Wir müssen dringend wirksame Maßnahmen ergreifen, um dem Klimawandel, der eine Ursache dieser Brände ist, entgegenzuwirken. Die Koordinierungsmechanismen der Europäischen Union zur Vermeidung des

Klimawandels und besonders die wirksame Nutzung des Solidaritätsfonds zur Begrenzung der Brandfolgen sind weitere wichtige Punkte in der Entschließung.

Wir müssen eine europäische Eingreiftruppe schaffen, die in der Lage ist bei Naturkatastrophen schnell zu handeln. Dies wäre die finanzielle und organisatorische Vervollendung der in den Mitgliedsstaaten durchgeführten Maßnahmen. Ich hoffe, dass die Entschließung des Parlaments zur Bekämpfung der Folgen von Bränden ordnungsgemäß von der Europäischen Kommission erwogen und mobilisiert wird, um ihre diesbezüglichen Maßnahmen zu verstärken.

Catherine Stihler (S&D), *schriftlich*. Wir begrüßen die heutige Debatte über die Waldbrände. Die Zerstörung der landschaftlichen Schönheit vieler Orte ist ein Verlust für uns alle. Wir müssen Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen zeigen und den betroffenen Ländern helfen.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Kürzlich durchgeführte Studien haben als Ergebnis der von der regionalen Regierung geförderte Aufforstung und von Initiativen von Umweltschutzorganisationen gezeigt, dass die sich die Waldfläche in Madeira in den letzten 36 Jahren um 5 000 Hektar vergrößert hat – eine Leistung, die um so bemerkenswerter ist, da sie gegenläufig zur der nationalen Entwicklung ist. Dieses unschätzbar wertvolle Erbe muss geschützt werden, und zweifellos müssen wir auf Waldbrände vorbereitet sein. Allerdings ist es meiner Ansicht nach unerlässlich, die Ressourcenverteilung zwischen den Bereichen Vermeidung, Erkennung und tatsächlicher Bekämpfung von Bränden auszugleichen. Ich habe für diese Entschließung gestimmt, da ich der Meinung bin, dass diese Politik auf europäischer Ebene durch eine Strategie der Solidarität mit dem Ziel gefördert werden kann, die Koordinierung der Brandbekämpfung und die Schaffung eines wirksamen Schutzes gegen gefährliches Verhalten zu erreichen.

Mit besonderem Augenmerk auf die Gebiete in äußerster Randlage sollte diese Vorgehensweise sowohl die Behörden als auch die Besitzer von Waldflächen bei der Säuberung der Waldgebiete, der Anpflanzung heimischer Arten und der Wiederbevölkerung des ländlichen Raums einbinden. Kriminelles Verhalten sollte auch auf nationaler Ebene angemessen bestraft werden. Flexibilität bei der Umsetzung von Verfahren, die in Zusammenhang stehen mit bestehenden und neuen Strukturfonds, wie beispielsweise dem Solidaritätsfond, führt zu einer schnelleren Reaktion für Menschen, die aufgrund von Bränden und anderen Katastrophen vom Verlust ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche, Häuser und ihres Tierbestands betroffen sind.

Frank Vanhecke (NI), *schriftlich*. – (NL) Ich enthielt mich bei der abschließenden Abstimmung zur Kompromissentschließung über die Auswirkungen der Waldbrände im Jahr 2009. Der Grund dafür war, dass ich bemerkte, dass die Mehrheit des Parlaments der Ansicht ist, dass der Kampf gegen Waldbrände auf europäischer Ebene nicht auf Unterstützung und Koordinierung begrenzt bleiben sollte, sondern das tatsächlich eine Art eigene europäische Feuerwehr geschaffen werden sollte – eine weitere europäische Institution, deren Einrichtung enorme Kosten verursacht, nur um von anderen bereits durchgeführte Arbeit erneut zu leisten.

Es zeigt die Tatsache, dass die europäischen Föderalisten sich weniger um Effizienz und eine kompetente Verwaltung unseres Kontinents kümmern, als darum, Aussagen zu treffen, dass alles auf europäischer Ebene geregelt werden muss, trotz des so häufig bejubelten Subsidiaritätsprinzips.

(Die Sitzung wird um 12.50 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr fortgesetzt)

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

10. Finanzdienstleistungen (Unterzeichnung von Rechtsakten)

Der Präsident. – Im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens werden Rechtsakte vom Präsidenten des Europäischen Parlaments und dem amtierenden Ratsvorsitz unterzeichnet. Vor Wiederaufnahme der Sitzung wird ein Gesetzgebungspaket unterzeichnet, damit es in Kraft treten kann. Cecilia Malmström, Ministerin für Europäische Angelegenheiten, wird im Namen des Rates unterzeichnen. Ich freue mich sehr, dass Frau Kommissarin Benita Ferrero-Waldner heute ebenfalls bei uns ist.

Ich möchte einige Worte zu den Rechtsvorschriften sagen, die wir heute gleich unterzeichnen werden. Heute, am Vorabend des Sondergipfels der Europäischen Union zur Vorbereitung des G-20-Gipfels in Pittsburgh, ist eine gute Gelegenheit, um die Rolle des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber zu stärken. Ich wurde gebeten, das Europäische Parlament beim Abendessen der Staats- und Regierungschefs zu vertreten. Wir, die Europäische Union, werden unsere Teilnahme am G-20-Gipfel in Pittsburgh vorbereiten.

Heute haben wir ein bedeutendes Paket von vier verschiedenen Gesetzgebungsakten im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens genehmigt, das von uns als Reaktion auf die Wirtschaftskrise gebilligt wurde. Was umfasst das Paket? Eine Richtlinie für Kapitalanforderungen, eine Verordnung über Kreditratingagenturen, eine neue Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen und einen Beschluss zur Einrichtung eines neuen Programms zur Förderung spezifischer Aktivitäten im Bereich von Finanzdienstleistungen, Finanzberichten und Audits.

Die Richtlinie und die Verordnungen sind darauf ausgerichtet, die Investoren in der EU und das Finanzsystem der Europäischen Union zu schützen sowie die Gewährleistung der Verbraucherrechte zu stärken und eine bessere Aufsicht sicher zu stellen. Diese Rechtsakte sollen die Finanzmärkte stabilisieren. Wir erfüllen hiermit die Vorhersagen, aber die Rechtsvorschriften, die wir jetzt unterzeichnen, wurden vom Parlament in der vorhergehenden Amtsperiode ausgearbeitet. Möchte Frau Ministerin Malmström das Wort ergreifen, bevor wir die Gesetzgebungsakte unterzeichnen?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, wir werden jetzt eine Reihe von Gesetzgebungsakten unterzeichnen, die für die Antwort der EU auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Europa so hart getroffen hat und weiterhin Auswirkungen haben wird, von wesentlicher Bedeutung sind. Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um dem tschechischen Ratsvorsitz zu danken, der sehr hart daran gearbeitet hat, diese Rechtsakte innerhalb kurzer Zeit auszuarbeiten. Es ist dem tschechischen Ratsvorsitz zu verdanken, dass es uns gelungen ist, schnell eine so erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Rat und dem Parlament herzustellen sowie rasche, effektive Vereinbarungen vorzulegen.

Wie bereits erwähnt sind wir vorsichtig optimistisch in Bezug auf die Wirtschaftslage, aber wir wissen auch, dass die Arbeitslosigkeit viele Länder in der nächsten Zeit hart treffen wird. Es gibt deshalb nach wie vor Gründe für eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit, und ich bin stolz, dass ich diese Rechtsakte zusammen mit Ihnen, Herr Präsident, unterzeichnen kann.

Der Präsident. – Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass das, was wir tun, Ausdruck der Kontinuität der Funktionen des Rates, des Parlaments und der Kommission ist. In der Zwischenzeit haben die Wahlen zum Europäischen Parlament stattgefunden, die unsere Aktivitäten oder unsere Arbeit in keinsten Weise behindert haben.

Ich möchte Frau Ministerin Malmström nun bitten, mit der gemeinsamen Unterzeichnung fortzufahren, die an diesem Tisch vorgenommen wird. Ich lade auch Frau Kommissarin Ferrero-Waldner, Frau Berès und Frau Bowles ein - die vorhergehenden Kommissarinnen für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten - ich bitte Sie beide, hier in die Mitte zu kommen, auch die Berichterstatter, zu denen Herr Karas und Herr Gauzès zählen. Sie werden alle bei der Unterzeichnung anwesend sein, und die Ministerin und ich werden unterzeichnen.

Ich möchte ebenfalls darauf hinweisen, dass Frau Starkevičiūtė und Herr Hoppenstedt ehemalige Berichterstatter sind, aber nicht mehr im Europäischen Parlament sind, da sie Mitglieder des Parlaments in der vorhergehenden Amtszeit waren.

Wir schreiten jetzt zur Unterzeichnung.

VORSITZ: Dagmar ROTH-BEHRDT

Vizepräsidentin

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Zusammensetzung der interparlamentarischen Delegationen: siehe Protokoll

13. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EG/Tadschikistan (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über

– die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EG/Tadschikistan und

– zur Empfehlung von Alojz Peterle im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates und der Kommission über den Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits

(12475/2004 – 11803/2004 – C6-0118/2005 – 2004/0176(AVC)) (A7-0007/2009).

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, Frau Kommissarin, Herr Peterle! Ich freue mich über die Gelegenheit, heute Nachmittag über die Verbindungen der EU mit Tadschikistan und insbesondere über die Bedeutung, die wir der Schaffung eines neuen Fundaments für unsere Beziehungen mit diesem Land durch den Abschluss eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zumessen, zu sprechen.

Ich weiß, dass das Parlament ein großes Interesse an dieser Angelegenheit hat. Schon im Februar 2008 haben Sie die Mitgliedsstaaten in Ihrer Entschliebung zur Strategie der EU für Zentralasien dazu aufgerufen, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen schnell zu ratifizieren und damit die Absicht des Parlaments bestätigt, dem Abkommen in naher Zukunft zuzustimmen.

Nun wurde das Abkommen ratifiziert, und es besteht der starke Wunsch, die noch ausstehenden Schritte so schnell wie möglich abzuschließen, damit das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen baldmöglichst und hoffentlich noch vor Ende des Jahres in Kraft treten kann. Gelingt dies, so wäre dies ein klares Signal dafür, dass wir ein neues Kapitel in unseren Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Tadschikistan aufschlagen.

Tadschikistan ist ein wichtiger Teil unserer gesamten Strategie für Zentralasien. Dieses nur schwer zugängliche Land ist eines der ärmsten Länder der Welt. Es verfügt über eine kaum bewachte Grenze zu Afghanistan, was es zu einer der Hauptrouten im Drogenschmuggel macht und radikale Islamisten in die Region bringt. Folglich haben wir ein großes Interesse daran, Tadschikistan zu unterstützen, und zwar sowohl im Interesse des Landes selbst als auch im Interesse der Lösung unserer gemeinsamen Probleme. Wir tun dies bereits durch zahlreiche Kontakte. Der schwedische Ratsvorsitz hat im Juli einen Ausschuss in die Region entsandt, und gestern wurde in Brüssel eine Ministerkonferenz mit Zentralasien abgehalten.

Tadschikistan ist jedoch eines der wenigen Länder an der Ostgrenze der EU, mit dem wir seit Ende des Kalten Krieges noch kein umfassendes Abkommen geschlossen haben. Wenn wir die von mir angesprochenen Probleme ernsthaft angehen wollen, müssen wir für unsere künftigen Beziehungen einen angemessenen Rahmen schaffen. Die Maßnahmen für einen politischen Dialog und eine praktische Zusammenarbeit mit Tadschikistan müssen verbessert werden, damit sie den gemeinsamen Herausforderungen, denen sich die Region gegenüberstellt, besser entsprechen. Mit einem Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit würden wir über einen Rahmen verfügen, in dem wir strukturierter die Angelegenheiten diskutieren könnten, an denen wir ein gemeinsames Interesse haben: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität sowie Terrorismus und religiöse Vereinigungen.

Gleichzeitig müssen wir in der Region in den Bereichen Demokratie, gute sozial verantwortliches Management und Menschenrechte Fortschritte erzielen. Wir sind uns darüber bewusst, dass dies keine leichte Aufgabe ist. Ich begrüße daher den strukturierten Dialog mit Tadschikistan zum Thema Menschenrechte sehr, der uns die Möglichkeit bietet, eine angemessene Diskussion zu führen. Die zweite Runde dieses Dialogs wird am 23. September in Duschanbe stattfinden.

Wir müssen Tadschikistan weiterhin darin bestärken, ein Reformprogramm umzusetzen. Die Entwicklungen sind oft sehr besorgniserregend. Wir würden gerne einen demokratischeren Ansatz im Land im Hinblick auf Vereinigungsfreiheit, Religionsfreiheit, Medienfreiheit und die Entwicklung der Zivilgesellschaft sehen. Wir müssen unser Möglichstes tun, um Tadschikistan davon zu überzeugen, dass das Rechtsstaatsprinzip bei der Bekämpfung illegaler Aktivitäten, des Drogenhandels und des Terrorismus eingehalten werden muss. Wir müssen betonen, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden müssen, um ethnische oder kulturelle Konflikte zu verhindern.

Wir sind ebenfalls sehr über das große Ausmaß an Korruption besorgt, das im Land herrscht. Sie behindert nicht nur die Entwicklung in Tadschikistan, sondern auch effektive Hilfen durch Geberländer. Wir sollten alle verfügbaren Möglichkeiten nutzen, um an die tadschikischen Behörden zu appellieren, dieses Problem so schnell wie möglich anzugehen. Wir können die Tatsache, dass alle Transitstrecken für den Drogenhandel – oder zumindest ein großer Teil der Transitstrecken – durch Tadschikistan führen, nicht unbeachtet lassen. Das Land ist für radikale Bewegungen und die internationale organisierte Kriminalität anfällig. Wir müssen unsere Unterstützung für Tadschikistan verstärken, um gegen diese Aktivitäten vorzugehen und gleichzeitig neue Einnahmequellen zu schaffen. Diese Strategie steht in Einklang mit unserem Engagement in Afghanistan und unseren Bemühungen, das Land zu stabilisieren. Wir begrüßen das Interesse Tadschikistans an einer Zusammenarbeit und unterstützen seine Bemühungen.

Tadschikistan hat im Hinblick auf Gespräche über unsere gemeinsamen Herausforderungen eine offene, konstruktive Haltung gezeigt. Dies ist ein positives Zeichen. Dieser Dialog ist ein wichtiges Element unserer Unterstützung Tadschikistans bei seinen Bemühungen, die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn zu fördern und Lösungen für dringende komplexe regionale Probleme wie den Klimawandel, Wasser und Grenzkontrollen zu finden. Angesichts der Tatsache, dass wir ein großes Interesse daran haben, mit vielen dieser Probleme effektiver und effizienter umzugehen, begrüße ich die Gelegenheit, eine neue Grundlage für unsere Beziehungen mit Tadschikistan zu schaffen. Mit dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verfügen wir über einen Rahmen, in dem wir unsere bilateralen Beziehungen weiterentwickeln und somit zu den Gesamtzielen unserer Strategie für ganz Zentralasien beitragen können. Daher bitte ich das Parlament, für dieses Abkommen zu stimmen, damit es baldmöglichst in Kraft treten kann.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, zunächst möchte ich Herrn Peterle für seinen ausgezeichneten Bericht und auch für die Entschließung danken, welche die Lage in Tadschikistan sehr gut widerspiegelt und Empfehlungen enthält, die ich unterstützen kann.

Seit der Annahme der Strategie der EU für Zentralasien im Juni 2007 haben sich unsere Beziehungen zu allen Ländern Zentralasiens zu unserem gegenseitigen Nutzen vertieft. Die Frequenz unserer Kontakte hat sich erhöht und es gibt nun ein gemeinsames Einvernehmen über die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, in Fragen des Grenzschutzes und der Grenzkontrollen, der Ausbildung, der Politikgestaltung und der Diversifizierung der Energieversorgung. Durch die Strategie gelingt die Schaffung einer neuen Art von Partnerschaft mit den fünf zentralasiatischen Staaten.

Natürlich wird diese umspannende Strategie aber auch von individuellen und differenzierten bilateralen Beziehungen untermauert, welche die verschiedenen Bestrebungen und Vorstellungen der betreffenden Länder widerspiegeln. Wie Sie alle wissen beruht unsere Zusammenarbeit mit Tadschikistan derzeit noch auf dem mit der UdSSR im Jahr 1989 geschlossenen Handels- und Kooperationsabkommen, das im Jahr 1994 von Tadschikistan unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen spiegelt unsere Bestrebungen gemäß der Strategie für Zentralasien nicht mehr vollständig wider und dient nicht der Förderung der Art von Beziehung, die wir nun mit Tadschikistan anstreben.

Ihre Zustimmung zu dem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Tadschikistan und der EU, welches das Thema Ihrer heutigen Aussprache ist, wäre daher ein großer Schritt nach vorne und würde es uns ermöglichen, unsere Zusammenarbeit mit diesem Land auszuweiten und zu vertiefen.

Das heutige Tadschikistan sieht sich, wie bereits gesagt, großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber. Es ist wichtig und liegt im Interesse Europas, dass es Tadschikistan gelingt, seine Schwierigkeiten zu lösen. Es ist ein Land mit einer beinahe 1 500 km langen Grenze zu Afghanistan und liegt nahe am Swat-Tal in Pakistan. Es ist ein Gebiet, das von einem Übergreifen dieser Konfliktherde und von einer Infiltration durch islamische Extremisten bedroht wird.

Tadschikistan spielt darüber hinaus eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen zur Eindämmung des Stroms illegaler Drogen von Afghanistan nach Europa. Eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union kann daher zur Verhinderung der Ausbreitung von Instabilität beitragen.

Ein Schlüsselement der Probleme Tadschikistans ist die schwache Wirtschaft des Landes. Das ärmste der zentralasiatischen Länder wurde schwer von einem erheblichen, durch den weltweiten Abschwung verursachten Sinken der Preise für Aluminium und Baumwolle getroffen. Diese Tatsache lässt zusammen mit einem Abfall der Geldübermittlungen um 34 % im ersten Halbjahr 2009 befürchten, dass die Armut ansteigt und dass eine prekäre sozioökonomische Lage zu sozialen Unruhen führen könnte.

Ich glaube, dass wir im Hinblick auf Tadschikistan nun auf dem richtigen Weg sind, indem wir unerlässliche Reformen unterstützen und fördern. Dies war auch der zentrale Gegenstand der häufigen Besuche des EU-Sonderbeauftragten Morel und meines eigenen Besuchs im Frühjahr 2008. Es gibt Fortschritte, aber es muss natürlich noch mehr getan werden. Die Regierung hat klargemacht, dass sie zusätzlich zu einer Ausweitung des Handels und der Zusammenarbeit bereit ist, Maßnahmen zur Verbesserung der Sozialfürsorge und des Gesundheits- und Bildungssystems und zur Bekämpfung von Korruption sowie zur Verbesserung der Menschenrechtslage durchzuführen.

Es ist zu begrüßen, dass Präsident Rahmon das Amt eines Bürgerbeauftragten eingerichtet hat. Der Bürgerbeauftragte wird für uns bei der nächsten Runde des von Ihnen erwähnten Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und Tadschikistan am 23. September ein wichtiger Gesprächspartner sein. Die Justizreform macht weiter nur geringe Fortschritte, aber wir hoffen, dass die Empfehlungen eines kürzlich in Duschanbe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft veranstalteten Seminars über Menschenrechtsfragen von der Regierung insbesondere im Hinblick auf eine Reform der Rechtspflegeorgane und die neue Strafprozessordnung in Tadschikistan berücksichtigt werden.

Ich bin mir natürlich über Ihre Sorgen im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte in Tadschikistan bewusst, und ich kann Ihnen daher versichern, dass die Kommission diese Sorgen bei unserem Dialog mit diesem Land vollumfänglich berücksichtigen wird.

Was die wirtschaftlichen Reformen angeht, sehen wir Fortschritte, beispielsweise beim Entwurf eines Lösungsmechanismus für das Baumwollschuldenproblem, was hoffentlich den Weg für breiter angelegte Agrarreformen und für die Umsetzung des Anbaufreiheitskonzepts ebnet, Punkte, die für die Bekämpfung der Armut im Land von entscheidender Bedeutung sind.

Die heutige Zustimmung des Europäischen Parlaments zum PKA wird uns dabei helfen, mit Tadschikistan weiter an einer ganzen Reihe politischer und wirtschaftlicher Reformen mit besonderem Fokus auf Demokratie und Menschenrechte zu arbeiten und deren umfassende Umsetzung zu gewährleisten. Die Reformanstrengungen werden bereits durch eine recht große Anzahl an bilateralen Unterstützungsleistungen der Kommission untermauert. Diese belaufen sich für den Zeitraum 2007 bis 2010 auf 66 Mio. EUR und werden in den drei Jahren von 2011 bis 2013 sogar noch auf 70 Mio. EUR erhöht.

Unsere Unterstützung wird sich auf Hilfen in den Bereichen sozialer Schutz und Gesundheit, Reform der Verwaltung der öffentlichen Finanzen und technische Unterstützung für die Entwicklung der Privatwirtschaft konzentrieren. Dieser Prozess wird von unserer Delegation in Duschanbe unterstützt werden. Es ist mein Ziel, dass aus unserem dortigen Regionalbüro noch vor Ende dieses Jahres eine eigenständige Delegation wird, um den Reformprozess zu unterstützen und die vollumfängliche Umsetzung des PKA zu erleichtern. Ich hoffe insbesondere, dass es uns bei der weiteren Überwachung der Fortschritte in den genannten Schlüsselbereichen helfen wird, welche wir dann mit klaren Richtwerten abgleichen.

Alojz Peterle, *Berichterstatte*r. – (SL) Die Entscheidung, zum Abschluss eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften, deren Mitgliedsstaaten und Tadschikistan steht in Einklang mit der Strategie des Europäischen Rates für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien und mit der klaren Absicht Tadschikistans, eine weitreichende Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Handel und in vielen anderen Bereichen zu entwickeln.

Ich freue mich festzustellen, dass alle Mitgliedsstaaten dieses Abkommen ratifiziert haben und hoffe, dass wir dem Abkommen mit Tadschikistan zustimmen werden, genau wie wir zuvor schon den Abkommen mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan zugestimmt haben. Dies wird das Ende des Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen Sowjetunion markieren.

Die Europäische Union handelt auf der Grundlage ihrer grundlegenden Werte und Prinzipien und drückt mit diesem Abkommen ihr strategisches Interesse an einer Zusammenarbeit mit Tadschikistan aus, das sie als sehr wichtigen Partner in diesem Teil der Welt betrachtet. Die EU möchte darüber hinaus ihre Beziehungen mit Tadschikistan vertiefen und damit zur Sicherheit, Stabilität und zum wirtschaftlichen Fortschritt dieses Landes, zur Entwicklung und Festigung seiner demokratischen Institutionen sowie zum Schutz der Menschenrechte und zur Rechtsstaatlichkeit beitragen.

Die spezifischeren Ziele der europäischen Tadschikistanpolitik beziehen sich in erster Linie auf die Unterstützung bei der Armutsbekämpfung, die Unterstützung eines verantwortlichen Regierungshandelns und die Unterstützung von Reformen sowie auf die effektive Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität. Dieser Bericht sieht den Stand der Demokratie in diesem Land kritisch und drückt

die Besorgnis im Hinblick auf die Korruption und die Lage der Zivilgesellschaft aus, fordert die tadschikische Regierung jedoch gleichzeitig auf, die problematische Situation im Bereich Bildung und Ausbildung so schnell wie möglich anzugehen.

Der Bericht drückt ferner die begründete Besorgnis im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Hinblick auf Frauenrechte, Religionsfreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz und die Bedingungen, unter denen Einrichtungen der Zivilgesellschaft arbeiten müssen, aus. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Bericht die Aufnahme von Gesprächen über Menschenrechtsfragen, denn Fortschritte in diesem Bereich sind für die Entwicklung bilateraler Beziehungen von wesentlicher Bedeutung.

Dieses Abkommen spiegelt unsere Überzeugung wider, dass Tadschikistan das Potenzial hat, einen modernen, funktionsfähigen Staat zu bilden, der in der Lage ist, seine regionale Rolle insbesondere im Hinblick auf die Verhinderung eines Übergreifens des Extremismus aus Afghanistan und anderen Gebieten in die Region erfolgreich zu erfüllen. Der Bericht erinnert uns unter anderem an die Bedeutung von Energie und Wasser, da diese Fragen zwischenstaatliche Beziehungen innerhalb Zentralasiens betreffen und ein gemeinsames Handeln erfordern.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch, mich bei meinen Kollegen für ihre konstruktive Zusammenarbeit und bei der Kommission für ihre wertvolle Hilfe zu bedanken. Vor allem aber möchte ich der Botschaft der Republik Tadschikistan für ihre Kooperation danken.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es der Europäischen Union durch dieses Abkommen gelingen wird, auf ihrer bisherigen Zusammenarbeit mit Tadschikistan aufzubauen und diese zu vertiefen, und ich hoffe, dass das Abkommen in diesem Geiste in naher Zukunft in Kraft treten wird. Ich bitte Sie daher, das Abkommen mit Tadschikistan anzunehmen.

Filip Kaczmarek, im Namen der PPE-Fraktion. – (PL) Ich möchte den Berichterstatter Alojz Peterle zu seinem äußerst sachlichen und – das möchte ich betonen – sehr ausgewogenen Bericht über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Tadschikistan beglückwünschen.

Tadschikistan wurde für seinen Mangel an Demokratie sehr stark kritisiert. Was wir am häufigsten kritisieren, ist der Mangel an Pressefreiheit, Religionsfreiheit und die Korruption. Ich möchte diese Vorwürfe auch nicht bestreiten. Dennoch müssen wir die Tatsache berücksichtigen, dass Tadschikistan kürzlich sowohl bei der Korruptionsbekämpfung als auch bei der Verbesserung der Menschenrechtslage sowie in verschiedenen anderen problematischen Bereichen Fortschritte gemacht hat. Darüber hinaus ist Tadschikistan ein relativ stabiles Land, was in Anbetracht seiner strategischen Lage wichtig ist. Darüber wurde heute aber bereits gesprochen.

Als ein Nachbar Afghanistans und mit den damit verbundenen Problemen im Hinblick auf die Produktion und den Verkauf von Drogen im großen Stil, den Terrorismus und wachsenden Extremismus und mit einem anderen zunehmend instabilen Nachbarn, nämlich Pakistan, könnte Tadschikistan ein natürlicher Verbündeter der Europäischen Union werden. Es liegt daher im Interesse der EU, den demokratischen Prozess in diesem Land weiterhin zu unterstützen und sein politisches, wirtschaftliches und soziales Potenzial zu stärken.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Tadschikistan das ärmste Land der ehemaligen Sowjetrepubliken ist. Es war eines der nur 12 Länder, die letztes Jahr auf der UN-Liste der am stärksten von der weltweiten Lebensmittelkrise betroffenen Länder standen. In dieser Hinsicht freue ich mich, dass der Bericht auch die Millenniums-Entwicklungsziele erwähnt. An diese Ziele sollten wir auch Tadschikistan erinnern.

Die Europäische Union ist Tadschikistans wichtigster Handelspartner. Beide Seiten sollten sich darum bemühen, das Abkommen so schnell wie möglich umzusetzen und auf diese Weise die Entwicklung des Landes zu unterstützen und seine wirtschaftliche Situation zu stabilisieren. Nur durch Kritik an den Missständen in Tadschikistan ist dies nicht zu erreichen. Wir müssen auch das positive Signal senden, dass es uns wichtig ist, Kontakte mit diesem Land zu entwickeln, und meiner Meinung nach hat der Bericht von Herrn Peterle zusammen mit dem gesamten Parlament gerade ein solches Signal gesendet.

Niccolò Rinaldi, im Namen der ALDE-Fraktion. – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, Tadschikistan ist ein Begriff, der in diesem Haus nur selten fällt, und daher – und hier ich spreche im Namen der Fraktion der Liberalen und Demokraten für Europa und auch als Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel und der Delegation für die Beziehungen zu Zentralasien – begrüßen wir dieses Abkommen. Ich begrüße auch die von der Kommissarin eben erwähnte Entscheidung, schnellstmöglich Maßnahmen zur Förderung unserer Vertretungsbüros in der Region zu treffen.

Darüber hinaus ist Tadschikistan ein Land, das uns überraschen kann, wird aber oft auch als Außenposten Europas beschrieben. Dabei handelt es sich ebenso wenig um ein Randgebiet der Welt wie auch bei den anderen Ländern Zentralasiens, allen voran Afghanistan. In diesem Land werden einige wichtige Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit dem Drogenhandel, der Bekämpfung von Autoritarismus und Fundamentalismus, der Verankerung des Rechtsstaatsprinzips und der Demokratie ausgefochten, bei denen es sich leider immer noch um sehr labile Bereiche handelt.

Dieses Regelungsinstrument wird es uns ermöglichen, nicht nur im Bereich des Handels sondern – so hoffe ich – auch im politischen und kulturellen Bereich Fortschritte zu erzielen.

Heidi Hautala, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Frau Präsidentin, die Bedingungen für ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Tadschikistan sind weitaus günstiger als dies beispielsweise bei Usbekistan oder Turkmenistan, bei denen es sich um totale Diktaturen handelt, der Fall ist. Tadschikistan ist jedoch auf einem etwas besseren Weg, und dieses Abkommen wird es der Europäischen Union ermöglichen, auf die dortige Lage etwas Einfluss zu nehmen. Es war erfreulich zu hören, dass sich der Fokus des Kooperationsvertrages gemäß den Erklärungen des Rates und der Kommission auf die Menschenrechte und die Demokratie sowie den Versuch, die Entwicklung des Rechtsstaatsprinzips zu fördern, richtet. Es war auch sehr erfreulich zu hören, dass in Tadschikistan das Amt eines Bürgerbeauftragten eingerichtet wurde. In vielen Ländern ist dies ein sehr wichtiges Instrument, und die Europäische Union sollte diese neue Einrichtung mit ganzer Kraft unterstützen.

Ich würde gerne noch einen anderen Punkt ansprechen, der sich auf die Frage der Wasserressourcen bezieht. Diese Region ist reich an Wasserressourcen, und die Europäische Union könnte Tadschikistan dabei helfen, diese Ressourcen in vernünftiger und demokratischer Weise zu nutzen und dabei auch die Interessen der anderen Länder zu berücksichtigen, deren Gebiete flussabwärts liegen und die möglicherweise unter den Auswirkungen großer Wasserkraftwerke leiden. Auf jeden Fall möchte die Fraktion der Grünen/ Freie Europäische Allianz die Wichtigkeit einer regionalen Zusammenarbeit unterstreichen, damit sich die lokale Wirtschaft in Zentralasien erholen kann.

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Tadschikistan ist nicht mit den gleichen Energie- und Rohstoffvorkommen wie andere Länder Zentralasiens gesegnet. Dies ist jedoch kein Grund, Tadschikistan zugunsten seiner reicheren und größeren Nachbarn zu ausgrenzen.

Zentralasien ist eine Region, die für die politische Sicherheit und Energiesicherheit der EU von entscheidender Bedeutung ist. Was die Stärkung der Beziehungen zur EU angeht, werden einige Länder in der Region schneller Fortschritte machen als andere. Das ist unvermeidbar. Wir dürfen jedoch bei der Stärkung unserer Beziehungen mit einer Region, die noch bis vor kurzem insbesondere von der Europäischen Union diplomatisch isoliert und weitgehend übergangen wurde, den Sinn für eine Gesamtverpflichtung nicht aus den Augen verlieren. Die Bevorzugung mancher Länder Zentralasiens gegenüber anderen Ländern birgt die Gefahr von Streitigkeiten und Teilungen in der Region. Insbesondere die islamischen Terroristen in der Region haben gezeigt, dass sie entschlossen sind, die Armut und unzulängliche Staatsführung für eine Radikalisierung der Menschen und für die Verbreitung ihrer Hassbotschaften auszunutzen.

Die tadschikische Regierung hat den Extremismus verurteilt und versucht nun mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, die Demokratie im Land zu festigen. In Tadschikistan sind die Wunden des brutalen Bürgerkriegs zwischen säkularen Kräften und Jihadi-Gruppen, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er-Jahre ausbrach, noch nicht verheilt. Die Menschen in Tadschikistan wollen kein Blutvergießen mehr und haben deshalb die NATO-Einsätze gegen die Taliban in Afghanistan mutig unterstützt. Die ISAF-Mission in Afghanistan ist für die langfristige Zukunft Tadschikistans und seinen Wunsch, einen Sicherheitsanker im Westen zu finden, von entscheidender Bedeutung.

Man kann sicherlich sagen, dass die Bilanz Tadschikistans in Bezug auf die Demokratisierung und den Menschenrechten nicht zufriedenstellend ist, aber ich bin überzeugt, dass der Dialog und das Engagement seitens der EU Tadschikistan darin bestärken werden, positive Veränderungen herbeizuführen. Dies scheint jedenfalls die Auffassung der Europäischen Union im Hinblick auf Weißrussland und Usbekistan zu sein, und deshalb hat es Tadschikistan verdient, in gleicher Weise behandelt zu werden. Die ECR-Fraktion unterstützt daher eine Vertiefung der strategischen, politischen und wirtschaftlichen Partnerschaft mit Tadschikistan auf Grundlage einer Verpflichtung zur Entwicklung hin zu Offenheit, Demokratie und höheren Menschenrechtsstandards.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Vielen Dank für die Berichterstattung. Als Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten habe ich den zuständigen Vertreter der

Kommission in einer Aussprache zur Rolle dieses Abkommens im Rahmen des EU-Migrationsmanagements befragt. Er erklärte eindeutig, dass nach dessen Inkrafttreten der Weg für die Zusammenarbeit mit der Grenzschutzagentur FRONTEX sowie für vielfältige migrationspolitische Regelungen, etwa im Rahmen von Rücknahmeabkommen und der Grenzsicherung zu Afghanistan, geebnet sei. Die 1 200 km lange Grenze Tadschikistans zu Afghanistan wurde hier ja schon angesprochen. Sie wird dann also zu einer weiteren Zielscheibe der repressiven EU-Politik zur Flüchtlingsabwehr.

Die Europäische Union will sich auf diese Weise schon weit vor ihren Außengrenzen effektiv gegen Flüchtende abschotten. Wir sehen wieder einmal, dass dies elementarer Bestandteil der EU-Außenpolitik ist. Als Folge solcher Partnerschaftsabkommen werden Flüchtlinge in Lagern interniert, in denen bekannterweise menschenunwürdige Bedingungen herrschen, wie es etwa zurzeit in der Ukraine geschieht. Die Problematik wurde hier schon allgemein angesprochen. Diese Art des so genannten internationalen Migrationsmanagements beinhaltet schwerwiegende Verstöße gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und gegen das internationale Menschenrecht.

Ich fordere die EU deshalb auf, endlich Fluchtursachen statt Flüchtlingen zu bekämpfen. Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist ein Mittel, um die Festung Europa noch undurchdringlicher zu machen, und wird deswegen aus unserer Sicht, aus der Sicht der GUE/NGL, sehr skeptisch beurteilt.

Bastiaan Belder, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (NL) Frau Präsidentin, ehrlich gesagt löst diese Aussprache bei mir eher gemischte Gefühle aus. Einerseits begrüße ich die Tatsache, dass Herrn Peterles Entschließung deutlich die zahlreichen Probleme in der tadschikischen Wirtschaft und Gesellschaft hervorhebt. Andererseits kann ich nicht verstehen, dass Tadschikistan in wichtigen Fragen als ein relativ stabiles Land dargestellt wird. Ich habe das gerade wieder in einer Aussprache gehört, und ich verstehe absolut nicht, woher diese Auffassung kommt. Die Europäische Union erweckt den Eindruck, dass dieses Abkommen zustande kommen muss, komme da was wolle. Dies wird unbestreitbare Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit der deutlichen Kritik haben, die auch später noch geübt werden muss.

Was ich unter Punkt 2 über die Enttäuschung der tadschikischen Regierung gelesen habe, hat mich doch sehr erstaunt. Wir müssen, meine Damen und Herren, beispielsweise über die Enttäuschung der protestantischen Minderheit oder der Moslems sprechen, die sich einem Religionsgesetz gegenübersehen, das tief in ihr religiöses Leben eingreift. Anstelle dieser völlig deplatzierten Enttäuschung sollte sich die tadschikische Regierung lieber um die beträchtliche Menge an Arbeit kümmern, die sie zu Hause noch zu erledigen hat. Ich hoffe, Frau Kommissarin, dass auch dies genau nachverfolgt wird.

Pino Arlacchi (ALDE). – Frau Präsidentin, ich bin sehr für dieses Abkommen. Ich glaube, dass es für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Tadschikistan, das aus verschiedenen Gründen ein sehr wichtiges Land ist, ein großer Schritt nach vorne ist.

Ich möchte nur einen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit unseres Kontinents der EU nennen. Tadschikistan ist ein Drehkreuz für den Drogenschmuggel von Afghanistan nach Europa und Russland. Mindestens 30 % des in Afghanistan hergestellten Heroins gelangt über Tadschikistan nach Europa und Russland. Vor zehn Jahren hat die internationale Gemeinschaft in Tadschikistan mit einer großen Operation zur Stärkung aller Drogenkontrollmechanismen begonnen und ich freue mich sehr, dass sie heute, zehn Jahre später, funktionieren und dass man sehr gut vorankommt. Dieses Abkommen ist ein direkter Beitrag zur Stabilität und Sicherheit Europas.

Ich sehe natürlich, dass es noch zahlreiche Einschränkungen gibt, und die Kollegen haben die Probleme in Tadschikistan in Bezug auf Menschenrechte, Armut und so weiter ja bereits betont, aber ich glaube mit diesem Abkommen zeigt sich Europa von seiner besten Seite, und ich bin sehr für dieses Abkommen.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass dieses Kooperationsabkommen mit Tadschikistan eine wirklich gute Sache ist und dabei helfen kann, einige wie ich meine wichtige und klare Ziele zu erreichen.

Das erste Ziel betrifft die strategische Lage des Landes, die in der Tat für die Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität in diesem Gebiet hilfreich sein kann. Das zweite Ziel ist und, so glaube ich, muss es auch sein, das Wachstum des Landes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu fördern, da wir wissen, dass es eines der ärmsten Länder in dieser Region ist.

Und schließlich müssen wir auch gewährleisten, dass Freiheit, Demokratie und Rechte die grundlegenden Pfeiler sind, auf denen die Anwendung dieses Abkommens beruht. Trotz aller Einschränkungen, die man

anführen könnte, glaube ich, dass wir den Bericht, über den wir in diesem Haus abstimmen werden, begrüßen sollten.

Jelko Kacin (ALDE). – (SL) Ich möchte Herrn Peterle gerne zu seinem ausgezeichneten Bericht gratulieren. Die Endung „-stan“ steht für „Staat“, und Tadschikistan ist das letzte der Länder, die auf „-stan“ enden, das von uns als Staat anerkannt wurde. Bisher haben wir dieses Land immer übergangen, was eine große Ungerechtigkeit war.

Die Stabilität Zentralasiens liegt jedoch im Interesse der Region selbst, in unserem Interesse und im strategischen Interesse der Welt insgesamt. Alle Länder der Welt sind wie in einem Geflecht miteinander verbunden, und deshalb müssen wir auch unsere Reife beweisen, indem wir gewährleisten, dass allen Ländern in dieser Region, unabhängig von ihrer Größe, ihrem Entwicklungsstand oder ihrem Energiereichtum, über den sie verfügen, die gleiche Beachtung geschenkt wird.

Mir scheint, dass wir dieses Unrecht nun wiedergutmacht und die verlorene Zeit wettgemacht haben. Aus diesem Grund möchte ich sowohl dem Berichterstatter und der Kommission als auch der Kommissarin, Frau Ferrero-Waldner, und dem schwedischen Ratsvorsitz dazu gratulieren, dass diese Verspätung endlich der Vergangenheit angehört. Von nun an stehen die Dinge besser.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Ich danke Ihnen, dass Sie mir gestatten, eine Frage zu stellen. Ich glaube, dass der Abschluss dieses Abkommens eine gute Sache ist, da es ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Trotzdem stelle ich mir eine Frage und möchte sie auch Frau Ministerin Malmström stellen: Wäre es bei den vielen Maßnahmen, welche die Europäische Union geplant hat, nicht wünschenswert, der Unterstützung Tadschikistans bei der Ausbildung der für die Sicherung der Grenze zu Afghanistan verantwortlichen Personen ein größeres Gewicht beizumessen? Wir wissen doch genau, dass dies ein ganz entscheidendes Problem ist. Die Grenze erstreckt sich über 1 500 Kilometer. Tadschikistan hat große Probleme bei der Grenzsicherung, insbesondere, weil auf der afghanischen Seite eine große tadschikische Minderheit lebt. Ich denke deshalb, dass wir bei den zahlreichen von der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen auch die Unterstützung bei der Ausbildung der für die Sicherung der Grenze zuständigen tadschikischen Kräfte und Personen in Betracht ziehen sollten.

Bernd Posselt (PPE). – Frau Präsidentin! Auch ich möchte sagen, dass der Bericht des Kollegen Peterle ausgezeichnet ist. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die sehr freiheitsliebenden Völker Zentralasiens zu unseren wichtigsten Partnern gehören. Diese Region wurde sehr oft von fremden Mächten dominiert. Sie ist zum ersten Mal seit Langem – seit Jahrhunderten – wieder frei. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, eine wirkliche Partnerschaft der Freien zu begründen.

Ich habe vorhin etwas über Kriminalität gehört. Natürlich müssen wir gemeinsam die Kriminalität bekämpfen. Aber wir sollten zuerst einmal die Kultur dieser Länder sehen, und wir sollten sehen, dass es sich um uralte Handelsnationen handelt. Dort wurde eben nicht nur mit Drogen gehandelt, sondern mit Waren, die für Europa und die Welt immer wichtig waren. Daher sollten wir sagen: Es geht um Partnerschaft und nicht um Paternalismus. <

Athanasios Plevris (EFD). – (EL) Frau Präsidentin, auch ich möchte gerne noch einmal auf die bereits angesprochene Frage der Kriminalität und die Frage der illegalen Einwanderung zu sprechen kommen. Es ist eine Tatsache, dass Tadschikistan durch seine geopolitische Lage ein neuralgischer Punkt ist, und Europa sollte prüfen, wie wir es schaffen können, sowohl die Kriminalität in Zusammenhang mit Drogen aus Afghanistan als auch – und dies ist am wichtigsten – die Migrationsbewegungen zu verringern.

Es ist eine Tatsache, dass Europa diese Migrationsbewegungen über Tadschikistan und aus Afghanistan und anderen Ländern nicht mehr bewältigen kann, eine Tatsache, die im Moment in erster Linie die Mittelmeerländer wie Malta, Zypern, Griechenland und Italien zu spüren bekommen, die später jedoch, soviel ist sicher, auch die Länder Nordeuropas zu spüren bekommen werden.

Natürlich müssen wir die Rechte aller Menschen, die aus diesen Ländern kommen, respektieren, aber irgendwann muss sich Europa auch selbst schützen und verstehen, dass wir diese Migrationsströme aus Asien nicht bewältigen können.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, wie Herr Peterle in seinem ausgezeichneten Bericht darlegt, ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Teil einer größer angelegten Strategie für mehr regionale Stabilität in Zentralasien. Es ist nur richtig, dass wir diesen bedeutenden

Schritt gehen, denn es gibt so viele Probleme und diese sind so umfassend und betreffen so viele Länder, nicht zuletzt Afghanistan und Pakistan. Aber jedes Land hat seine eigenen spezifischen Probleme. Herr Peterle greift all diese Punkte in seinem Bericht in sehr systematischer Weise auf.

Ich freue mich, dass das Europäische Parlament im Bezug auf die Menschenrechte die Fahne noch immer hochhält. Menschenrechte sind ein Problem in Tadschikistan. In diesem Land gibt es in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit immer noch viel zu tun. Deshalb ist es, wie die Frau Kommissarin bereits sagte, auch so wichtig, dass wir diesen Dialog über Menschenrechte führen. Ich bin sicher, dass die Kommission bei dem Treffen nächste Woche die europäischen Werte und unsere Erwartungen an Tadschikistan sehr klar darlegen wird.

Die EU hat diesen Sommer eine Konferenz unterstützt, bei der es um eben diese Frage der Stärkung des Rechtsstaatsprinzips in Tadschikistan ging. An dieser haben Vertreter der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft, Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen und ausländische Fachleute sowie zahlreiche Vertreter der tadschikischen Behörden teilgenommen. Es geht darum, die Unabhängigkeit der Justizbehörden zu verbessern und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken.

Frau Hautala hat die Wasserfrage angesprochen. Dies ist eine sehr wichtige Frage in der Region. Die EU unterstützt eine Reihe nachhaltiger Entwicklungsprojekte im Bereich der Wasserkraft. Diese Projekte müssen auf wissenschaftlichen Studien basieren, einen regionalen Zuschnitt haben und die vorhandenen spezifischen Bedürfnisse berücksichtigen.

Herr Zemke hat die Grenzsicherung angesprochen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Die EU unterstützt die Region bis 2010 mit 66 Mio. EUR und in den drei Jahren darauffolgenden Jahren mit 70 Mio. EUR. Damit muss auf jeden Fall ermöglicht werden, nicht nur die Grenzsicherung und Grenzkontrolle zu stärken, sondern auch die Grenz- und Polizeibeamten zu schulen. Ich bin sich, dass die Kommission später noch darauf zurückkommen wird.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es in Tadschikistan und in der gesamten Region viele schwierige und vielschichtige Probleme gibt. Es ist etwas Licht am Ende des Tunnels zu sehen, aber wir dürfen die Probleme nicht unterschätzen. Ich freue mich sehr, dass dieses Haus in Bezug auf die Wichtigkeit, diesen Schritt eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu gehen, einer Meinung ist. Wir werden damit über ein besseres Werkzeug bei unseren Bemühungen um mehr Stabilität und um die Herbeiführung einer Lösung dieser Probleme sowie für einen aktiven Dialog mit dem Land über Menschenrechte und Demokratie verfügen. Es ist ein wichtiger Schritt nach vorne und füllt eine Lücke, die in unserer regionalen Strategie bisher vorhanden war.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, wir waren schon immer davon überzeugt, dass eine EU-Strategie für Zentralasien äußerst wichtig ist und sich positiv auf die Sicherheit, die Stabilität und den Wohlstand in den Ländern Zentralasiens auswirken wird. Wie Herr Tannock richtig gesagt hat, sollten wir Tadschikistan nicht ausgrenzen. Im Gegenteil, ich denke, wir sollten mit dem ärmsten Land Zentralasiens zusammenarbeiten.

Davon abgesehen sind wir uns natürlich dessen bewusst, dass dieses Land vor großen Herausforderungen steht. Ich glaube es war Herr Arlacchi, der erwähnt hat, dass Afghanistan weiterhin der größte Produzent von Opiaten und Heroin der Welt ist und der gesamte Transit natürlich über Tadschikistan und andere Länder Zentralasiens erfolgt. Afghanisches Opium und Heroin wird auf den südlichen Routen hauptsächlich über den Iran und Pakistan und auf den nördlichen Routen über Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan aus dem Land geschleust. Wir wissen also, dass dies ein sehr wichtiges Problem darstellt. Wir sehen aber auch, dass die Drogenherstellung in Afghanistan abgenommen hat, und nun geht es darum zusammenzuarbeiten, damit sie noch weiter abnimmt.

Zu diesem Zweck haben wir BOMCA, das Grenzschutzprogramm für Zentralasien, eingeführt. Das ist sehr gut, da es dem Schmuggel entgegenwirkt. Es hilft diesen Ländern, legalen Handel zu betreiben, aber es wirkt insbesondere der Drogenherstellung entgegen. Ich habe diese Einrichtungen selbst besucht und ich kann Ihnen sagen, dass sie sehr gut funktionieren. Wir organisieren auch Schulungen. Schulungen zählen zu den Programmen der Europäischen Union.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Menschenrechtsfrage sagen. Mit dem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen werden wir über ein Instrument verfügen, anhand dessen wir unseren Dialog mit Tadschikistan in diesem Bereich vertiefen können. Zudem enthält das Abkommen auch eine Menschenrechtsklausel. Auf diese Weise werden wir die Möglichkeit und die Mittel haben, mit den

tadschikischen Behörden über alle Fragen in diesem Zusammenhang wie Kinderarbeit, Frauenrechte, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit zu diskutieren – natürlich, Herr Belder, denn es gibt noch immer viele Probleme.

Wasser wurde auch angesprochen. Diese Probleme sind mir seit Jahren bekannt. Wir haben versucht, den Tadschiken zu helfen, und nun spielen wir die Vermittlerrolle zwischen den zentralasiatischen Ländern. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Problem auf regionaler Ebene angegangen werden muss, wobei die Interessen und Bedürfnisse der Länder – sowohl flussaufwärts, das heißt Tadschikistan und Kurdistan, als auch flussabwärts, das heißt Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan – berücksichtigt werden müssen. Ich denke, dass nur in diesem Kontext eine dauerhafte Lösung gefunden werden kann. Deshalb arbeiten wir mit allen Ländern zusammen. In diesem Zusammenhang ist für das Jahr 2010, also im nächsten Jahr, ein Dialog über die innerstaatliche Politik zum Thema Wasser angesetzt, bei dem alle diese Fragen angesprochen werden und dann werden wir natürlich versuchen, eine Einigung zu erzielen.

Eine letzte Anmerkung: Der Zeitpunkt ist richtig, die Endphase des Ratifizierungsprozesses für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu unterstützen. Eine von Ihnen, dem Parlament, unterstützte intensivere Zusammenarbeit mit Tadschikistan ist im Interesse unserer Bürger. Eine Zustimmung wäre ein deutliches Signal der Anerkennung für Tadschikistan, denn die Europäische Union löst ihre Verpflichtungen im Rahmen unserer Strategie für Zentralasien ein. Es wird den Weg für eine Partnerschaft ebnen, die für unsere eigene Sicherheit entscheidend ist, und wird uns helfen, eine stärkere regionale Zusammenarbeit zu fördern, die so wichtig für die Stabilität Zentralasiens ist.

Alojz Peterle, Berichterstatter. – (SL) Ich möchte Ihnen allen für Ihre bedachten Worte, die neuen Einblicke und die neu gesetzten Akzente danken. Ich freue mich zu sehen, dass das Parlament bei dieser Aussprache wieder einmal Geschlossenheit zeigt, und dass es den Willen hat, eine stärkere und engere Partnerschaft mit Tadschikistan zu gestalten. Ich freue mich auch darüber, dass wir uns über die Identität Tadschikistans und über seine besondere Rolle in der Region bewusst sind.

Ich für meinen Teil würde mich freuen, wenn wir der Überwachung der Umsetzung dieses Abkommens genauso viel Aufmerksamkeit schenken würden, und dazu werden wir schon bald Gelegenheit haben. Gestatten Sie mir dennoch, noch einmal an die bedeutende Rolle des Parlaments bei einer solchen Zusammenarbeit zu erinnern, da ein Instrument für diese Zusammenarbeit unsere Delegation für die Länder Zentralasiens sein wird.

Ich bin überzeugt, dass wir dieses Abkommen morgen mit einer großen Mehrheit endgültig beschließen können. Wenn es in Kraft tritt, werden die Europäische Union und Tadschikistan die Möglichkeit haben, auf regionaler, bilateraler und globaler Ebene zusammenzuarbeiten. Vielen Dank für Ihre Hilfe und Kooperation.

Die Präsidentin. – Zum Abschluss der Aussprache wurde gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung ein Entschließungsantrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eingereicht⁽¹⁾.

Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 17.9.2009, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Jiří Maštálka (GUE/NGL), schriftlich. – (CS) Ich begrüße alle Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, allerdings unter der Voraussetzung, dass solche Abkommen auf Gleichberechtigung und einem wechselseitigen Nutzen beruhen. Sollte in dem Bericht, welcher der Plenarversammlung des Europäischen Parlaments heute vorgelegt wird, festgehalten sein, dass das geplante Abkommen helfen wird, die Union in Tadschikistan und Zentralasien in politischer, wirtschaftlicher und handelspolitischer Hinsicht zu stärken und zu festigen, dann möchte ich Sie dringend auf die folgenden Bedenken aufmerksam machen, die ich mit vielen anderen Menschen teile. Das Abkommen darf in keinem Fall als ein mögliches Sprungbrett für eine Militärpräsenz der EU in dem betreffenden Gebiet betrachtet werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Europäische Union als ein Friedensprojekt, frei von jeglichem Machtstreben oder militärischen Ambitionen zu entwickeln. Der erklärte Krieg gegen den Terrorismus kann in dem betreffenden Gebiet nicht ohne die Kooperation Russlands und anderer Nachbarstaaten geführt werden. Zu guter Letzt möchte ich noch betonen, dass wir die Gewinnung und

⁽¹⁾ Siehe Sitzungsprotokoll.

Nutzung von Rohstoffen in einem Geiste der vollständigen Gleichberechtigung und des wechselseitigen Interesses angehen müssen.

VORSITZ: Roberta ANGELILLI

Vizepräsidentin

14. Neue Visaregelung für die Staaten des westlichen Balkans (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien) (Aussprache)

Die Präsidentin. - Nach der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den neuen Visumregelungen für die westlichen Balkanstaaten (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien).

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates(SV)Frau Präsidentin, lassen Sie uns in geographischer Hinsicht einen raschen Sprung machen, um zu einem weiteren Themenbereich zu kommen, den ich äußerst gerne wieder anspreche: die Aussichten auf eine Liberalisierung der Visumbestimmungen für bestimmte Länder in der Balkanregion. Es ist wunderbar, dass sich das Europäische Parlament zu einem so frühen Zeitpunkt in seiner Amtsperiode damit befasst. Dies zeigt, welche Bedeutung wir alle dem Umstand beimessen, dass die Völker des westlichen Balkans näher an die Europäische Union herangeführt werden. In Anbetracht ihrer derzeitigen Verbindungen zu der EU handelt es sich hierbei zweifelsohne um das zentrale Thema für die Bürger der Balkanregion.

Eine Liberalisierung der Visumbestimmungen wird es den Menschen zunächst ermöglichen, sich frei in Europa zu bewegen, und die Gesellschaften offener machen. Viele Menschen in der Region – insbesondere junge Menschen – sind noch nie in Westeuropa gewesen. Selbstverständlich würde die Liberalisierung der Visumbestimmungen eine Reihe von Möglichkeiten für Kontakte und Austausch eröffnen. Das ist der wahre Vorteil dieser Maßnahme.

Die EU hat 2007 einen Prozess eingeleitet, dessen letztendliches Ziel die Abschaffung der Visumpflicht für die Länder des westlichen Balkans ist. Dieser Prozess birgt zwei Aspekte: Die Länder selbst mussten weitreichende Fortschritte hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Ausweisdokumente, besserer Rechtsvorschriften zur Migration, verbesserter Rechte für Minderheiten und nicht zuletzt im Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen erzielen. Im Gegenzug würde die EU eine Befreiung von der Visumpflicht anbieten. 2008 wurden Visumerleichterungen eingeführt, verbunden mit Verpflichtungen für die Bereiche, in denen Maßnahmen erforderlich sind. Nur eine echte Liberalisierung der Visumbestimmungen wird jedoch einen Abbau der durch die Visumpflicht errichteten wirtschaftlichen und bürokratischen Schranken ermöglichen.

Die Liberalisierung der für die Bürger des Westbalkans bestehenden Visumpflicht stellt eine wichtige Maßnahme dar, welche die Bande zwischen dieser Region und der Europäischen Union festigen wird. Wir können davon ausgehen, dass dies eine pro-europäische Haltung sowohl bei den Regierungen als auch bei den Bürgern der Region fördern wird, denn sie zeigt, dass der europäische Integrationsprozess echte Vorteile mit sich bringt. Auf der anderen Seite würde eine andauernde Isolation zu einem Gefühl des Ausgeschlossenseins führen und dem Austausch von Ideen entgegenstehen, im schlimmsten Fall könnte engstirniger Nationalismus begünstigt werden.

Unser Ziel ist natürlich das genaue Gegenteil: eine Öffnung der EU, den Ländern einen Zugang zu Gemeinschaftsprogrammen zu ermöglichen, den Menschen Kontakte zu erleichtern und Entwicklung und Austausch sowohl zwischen den Ländern des westlichen Balkans als auch zwischen diesen Ländern und der EU zu fördern. Nicht zuletzt wird eine Liberalisierung der Visumbestimmungen neue Chancen für den Handel, die Industrie und den Transfer von Know-how schaffen. Dies sind wichtige Faktoren bei der Linderung der Folgen der Wirtschaftskrise.

Folglich ist der am 15. Juli von der Kommission vorgelegte Vorschlag sehr zu begrüßen. Er beinhaltet in einem ersten Schritt die Aufhebung der Visumpflicht für Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien, die über biometrische Pässe verfügen. Ziel ist, dass wir die Visumbestimmungen für diese Bürger am 1. Januar 2010 liberalisieren und dies später auf andere Länder erweitern werden, sobald auch diese die geforderten Bedingungen erfüllen. Die Kommission ist zu der Einschätzung gelangt, dass drei Länder - Serbien, Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – die Bedingungen für eine Liberalisierung der Visumsbestimmungen im Großen und Ganzen

bereits erfüllen. Die Beurteilung von Serbien und Montenegro ist noch anhängig, und wir hoffen auf eine Bestätigung der Kommission in diesem Herbst, dass alle Bedingungen erfüllt sind, damit wir den nächsten Schritt tun können.

Ich muss betonen, dass viele der für die Liberalisierung festgelegten Bedingungen, etwa eine Reform des Polizeisystems und der Kampf gegen Korruption, den Ländern auch in ihren Vorbereitungen für eine EU-Mitgliedschaft von Nutzen sein werden und dass so eine Situation entsteht, im Hinblick auf eine Harmonisierung der Regeln alle gewinnen. Außerdem entsteht ein gutes Vorbild dafür, wie die Anwendung der Konditionalität auf dem westlichen Balkan funktionieren kann.

Auch wenn Albanien und Bosnien und Herzegowina in diesen ersten Beschluss über Visumfreiheit nicht einbezogen sein werden, lässt man sie trotzdem nicht im Stich. Ich weiß, dass diese Angelegenheit viele hier im diesem Parlament beschäftigt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch diese Länder die notwendigen Bedingungen gemäß dem Fahrplan der Kommission erfüllen werden. Damit dieser Prozess so schnell wie möglich abgeschlossen werden kann, werden wir Albanien sowie Bosnien und Herzegowina weiterhin ausdrücklich unterstützen und ermutigen, weitere Fortschritte hinsichtlich der verbliebenen Ziele zu machen, und ich hoffe, dass auch sie in naher Zukunft in den Genuss einer Liberalisierung der Visumbestimmungen kommen werden.

Die EU wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um diesen beiden Ländern zu helfen und sie bei ihren Anstrengungen zur Erreichung ihrer Ziele unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit.

Was das Kosovo angeht, so beinhaltet der Vorschlag der Kommission keine Änderung. Hier bleibt die Visumpflicht vorerst bestehen. Zukünftig werden wir prüfen müssen, wie die Maßnahmen am besten ausgeweitet werden können, um den Bürgern des Kosovo die gleichen Rechte wie anderen in der Region zu geben. In diesem Zusammenhang erwarten wir im Oktober eine Mitteilung der Kommission mit Ideen zur Förderung von engerer Zusammenarbeit und von Anknüpfungspunkten mit dem Kosovo.

Der Rat hat seine Gespräche über den Vorschlag der Kommission gerade erst aufgenommen, aber der Vorsitz wird hart daran arbeiten, zu gewährleisten, dass wir so bald wie möglich eine Einigung erreichen können. Wir begrüßen das große Interesse, welches das Europäische Parlament bei diesem Vorschlag unter Beweis gestellt hat, sowie die Tatsache, dass in Ihren Ausschüssen bereits erste Gespräche stattfinden. Angesichts der enormen Bedeutung dieses Vorschlags in politischer Hinsicht bin ich mir sicher, dass wir uns über das Ziel einig sind, nämlich diesen Prozess so schnell wie möglich mit zufriedenstellenden Ergebnissen abzuschließen, damit die Liberalisierung der Visumbestimmungen so schnell wie möglich Wirklichkeit werden kann.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*.-(FR) Frau Präsidentin, ich möchte der Ministerin, Frau Malmström, für alles, was sie uns gesagt hat und was ich im Namen der Kommission versuchen werde zu bestätigen, meinen Dank aussprechen.

Die Kommission hat am 15. Juli für Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien die Abschaffung der Visumpflicht für kurzfristige Aufenthalte vorgeschlagen. Wie sie betont haben, Frau Ministerin, ist dies offensichtlich ein historischer Moment in unseren Beziehungen zu dem westlichen Balkan.

Dieser Vorschlag über die Abschaffung der Visumpflicht gründet sich auf die in den letzten sechs Jahren in den Bereichen Justiz und Inneres gemachten Fortschritte laut den 2003 in Thessaloniki eingegangenen Verpflichtungen.

Der Vorschlag der Kommission wurde dem Rat vorgelegt. Die Mitgliedstaaten unterstützen den seitens der Kommission vorgeschlagenen Ansatz und bekräftigen ihre Absicht, eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten, um die formelle Verabschiedung des Textes während ihres Vorsitzes, Frau Ministerin, des schwedischen Ratsvorsitzes, sicherzustellen.

Ich danke dem Europäischen Parlament für die Ernennung der Berichterstatter des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und für die Festsetzung eines vorläufigen Terminplans, der die Einreichung des Berichts für Ende September sowie die Stimmabgabe im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten Justiz und Inneres und dann im Plenum für Oktober und November vorsieht. Das eigentliche Ziel ist, zum 1. Januar 2010 Visumfreiheit für die Bürger von Mazedonien, Serbien und Montenegro zu erwirken.

Der Vorschlag der Kommission stützt sich auf die Ergebnisse des in der ersten Hälfte von 2008 mit den fünf Ländern des westlichen Balkans aufgenommenen Dialogs. Es wurden Fahrpläne ausgearbeitet und Kriterien

darin festgelegt, deren Erfüllung die Annahme von Strukturreformen in dem Schlüsselbereich Justiz, Freiheit und Sicherheit beinhaltet. Dieser Weg hat den Ländern in der Region nachweislich wichtige Impulse für eine Entwicklung in Richtung Reformen geliefert, insbesondere bei dem Thema Dokumentensicherheit durch die Einführung biometrischer Pässe und Ausweise zur Grenzkontrolle und den allgemeinen Strategien zum Thema Migration, jedoch auch bei den Strategien in Bezug auf öffentliche Ordnung und Sicherheit: Kampf gegen das organisierte Verbrechen, Korruption, Menschenhandel und schließlich selbstverständlich die Grundrechte, einschließlich der Staatsbürgerschaftsfragen.

Nach Prüfung dieser Berichte können wir sagen, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sämtliche Kriterien ihres Fahrplans erfüllt.

Montenegro und Serbien haben sehr beachtliche Fortschritte erzielt. Serbien muss jedoch noch einige Vorgaben erfüllen, insbesondere bei der Überprüfung der Identitätsdokumente von im Kosovo ansässigen Personen und im Ausland lebenden Personen kosovarischer Herkunft, die einen biometrischen serbischen Pass beantragen.

Die zweite Bedingung für Serbien ist die Kontrolle der Grenzen zum Kosovo und die Zusammenarbeit mit EULEX, sowie drittens die Ausarbeitung einer nationalen Migrationstrategie.

Was Montenegro angeht, so muss eine dauerhafte Lösung für die Vertriebenen gefunden werden. Es sind noch Maßnahmen zur effektiven Einführung des Ausländergesetzes zu treffen, sowie Schritte zur Erhöhung der Verwaltungskapazitäten und zur wirksameren Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen zu unternehmen.

So also stellt sich die Situation in diesen drei Ländern dar.

Trotz des im Laufe der letzten paar Monate erreichten, sehr beachtlichen Fortschritts konnten Bosnien und Albanien die in dem Fahrplan geforderten, unabdingbaren Reformen noch nicht vollenden, wie etwa die Abschaffung der Visa. Auf Grundlage dieser Analyse hat die Kommission daher als Reaktion auf die Aufforderung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ im Juni 2009 die Abschaffung der Visumpflicht für die Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens vorgeschlagen. Im Fall von Serbien werden im Kosovo ansässige Personen und Personen kosovarischer Herkunft, die im Ausland leben und einen von einer Zentralbehörde in Belgrad ausgestellten Pass besitzen, von der Liberalisierung ausgeschlossen und müssen ein Visum beantragen. Tatsächlich ist Serbien seit 1999 nicht in der Lage gewesen, für eine Überprüfung der im Besitz von Personen aus dem Kosovo befindlichen Identitätsdokumente zu sorgen. Die Kommission hat das Sicherheitsrisiko bedacht, welche diese Personengruppe für die Gemeinschaft darstellt, und auch die Tatsache, dass bisher kein Dialog über eine Liberalisierung der Visumbestimmungen mit dem Kosovo stattgefunden hat.

Daher gründet sich der Beschluss, bestimmte Länder in die Liberalisierung der Visumpflicht einzubeziehen, auf die Verdienste der jeweiligen einzelnen Länder.

Was Serbien und Montenegro angeht, so werden wir die von diesen beiden Ländern ergriffenen Maßnahmen für die vollständige Erfüllung aller Kriterien genau verfolgen. Angesichts der bereits von Albanien und Bosnien und Herzegowina vollzogenen Entwicklung ist die Kommission überzeugt, dass diese beiden Länder in der Lage sein werden, in naher Zukunft allen Kriterien nachzukommen. Ihre Behörden werden der Kommission im Oktober zusätzliche Informationen über den in den letzten Monaten erzielten Fortschritt vorlegen. Auf Grundlage dieser Informationen werden zu Beginn nächsten Jahres Bewertungsmissionen entsendet werden und die Kommission wird dann neue Bewertungsberichte zur Besprechung mit den Mitgliedstaaten erstellen. Im Anschluss daran hofft die Kommission, die Aufhebung der Visumpflicht im Jahr 2010 vorschlagen zu können.

Nach den geltenden Verfahren wird der Vorschlag im Rat besprochen und das Europäische Parlament soll sich dazu äußern. Die formelle Verabschiedung des Textes durch eine Mehrheit der Schengen-Staaten müsste daher unter dem schwedischen Ratsvorsitz stattfinden, was den tatsächlichen Beginn der Abschaffung der Visumpflicht für die Bürger dieser drei Länder ab Januar 2010 möglich machen wird. Wie Sie gesagt haben, Frau Ministerin, bedeutet all dies insbesondere für die junge Generation in den genannten Balkanländern die Möglichkeit, viel stärker am europäischen Leben teilzunehmen, eine Integration zu vollziehen. Wir sind der Meinung, dass dies sowohl den jeweiligen Ländern als auch unserem Europa insgesamt außerordentlich förderlich sein kann.

Bitte sehr. Diese Punkte wollte ich nach den ausgezeichneten Betrachtungen durch den Ratsvorsitz noch ausführen.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissar! Der westliche Balkan braucht Europa, und wir, die Europäer, brauchen einen stabilen westlichen Balkan. Der westliche Balkan ist ein zentraler Teil Europas, und wir müssen alles tun, um diesen wichtigen Teil nach Europa heimzuholen. Deswegen sind die Vorschläge richtig und gut.

Die Lebenswirklichkeit in diesen Räumen wurde beschrieben: die langen, bedrückenden Schlangen vor den Visa-Ausgabestellen, die jungen Menschen, die keine Perspektive haben, einen Antrag stellen zu können, ausreisen zu können, europäisches Lebensgefühl zu erkunden, zu empfinden. Viele Menschen empfinden diesen Raum als Gefängnis, wo sie keinen Kontakt zur Außenwelt haben. Das wollen wir alle beenden – in meiner Fraktion sind es vor allem die Kollegin Pack, die Kollegin Corazza Bildt und auch der Kollege Posselt, die dies engagiert vorantreiben. Dazu stehen wir auch.

Uns bewegt die Sorge, dass es aufgrund der unterschiedlichen Behandlung der Staaten in diesem Raum zu Spaltungsbewegungen kommt, dass verschiedene Klassen von Bürgern in diesem Raum des westlichen Balkans entstehen, was sicher zu Problemen führen kann. Aber genauso erwarten die Bürger in der Europäischen Union Sicherheit. Das heißt, die Standards, die unser Kommissar Barrot heute beschrieben hat – also Sicherheitsstandards bei der Polizeizusammenarbeit, beim Kampf gegen illegale Migration und Wirtschaftsmigration, bei den biometrischen Daten – sind die vereinbarten Mindeststandards, die die Spielregeln darstellen. Unsere Bürger erwarten, dass diese Spielregeln auch eingehalten werden!

Damit komme ich zum zweiten Punkt: Es darf auch in der Frage der Visaerleichterungen keinen außenpolitischen Rabatt geben. Wir dürfen den Staaten nicht freie Hand lassen. Die Spielregeln sind klar, und wer sie einhält, hat alle Chancen, Visafreiheit zugestanden zu bekommen. Der Druck auf die Staaten, die bisher trotz EU-Hilfe nicht in der Lage waren, ihre Standards nachzubessern, darf nicht nachlassen.

Das sind die beiden Flanken, die wir als EVP für richtig halten. Wir vertrauen der Evaluation, die von der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, und können daher den jetzigen Schritt billigen.

Kristian Vigenin, *im Namen der S&D-Fraktion.*-(BG) Frau Präsidentin, Frau Präsidentin des Rates, Herr Kommissar, selbstverständlich unterstützen wir die Vorschläge der Kommission, da sie einen sehr wichtigen Schritt für die vorgenannten drei Länder in der Region darstellen, die ab dem 1. Januar 2010 in den Genuss von Visumfreiheit kommen werden.

Auch mein eigenes Land und meine eigene Generation hat mit Begeisterung die Aufhebung der Visumpflicht begrüßt, bevor wir ein Mitglied der Europäischen Union wurden. Meiner Meinung nach ist dies auch das erste und wichtigste Zeichen dafür, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln und diese Länder eines Tages schließlich in der Europäischen Union ankommen werden.

Gleichzeitig fühle ich mich jedoch gezwungen, meinem Erstaunen über den übertrieben verwaltungstechnischen Ansatz der Kommission in diesem Punkt in gewisser Weise Ausdruck zu verleihen. Obwohl technische Fragen einerseits wichtig sind, und zwar in dem Sinne, dass eine Einhaltung erforderlich ist und die Länder die notwendigen Bedingungen erfüllen müssen, um ein Teil der Europäischen Union zu werden und so die Möglichkeit zum visumfreien Reisen zu erhalten, stößt der Beschluss der Kommission, Albanien und Bosnien und Herzegowina auszuschließen, teilweise auf Unverständnis. Er spiegelt den heiklen Charakter dieses Themas in der Region nicht wider. Sie unterschätzt den Einfluss, den dies auf die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen den Ländern dieser Region haben kann, und die Einstellung der normalen Bürger in der Region gegenüber dem von der Europäischen Kommission gefassten Beschluss.

Aus diesem Grund glauben wir, dass der Beschluss der Europäischen Kommission dahingehend überprüft werden sollte, Albanien und Bosnien und Herzegowina mit einzubeziehen, mit einem eindeutigen Terminplan, der angibt, wann diese Länder vorbehaltlich einer Erfüllung bestimmter Bedingungen in die Regelung ohne Visumpflicht einbezogen werden könnten.

In dieser Hinsicht ist diese Frage im Hinblick auf die Bevölkerung des Kosovo besonders heikel. Daher fragen wir: Wann hat die Europäische Kommission vor, einen Dialog über die Visumfrage mit dem Kosovo aufzunehmen, und hat sie über die Folgen in Bezug auf die Stabilität des Kosovo nachgedacht, wenn dieser Dialog nicht so bald wie möglich in Gang gesetzt wird?

Sarah Ludford, *im Namen der ALDE-Fraktion.*– Frau Präsidentin, das Ziel eines EU-Beitritts aller Staaten des westlichen Balkans wird von der ALDE-Fraktion entschieden und konsequent unterstützt. Es ist unser Bestreben, ihre Bürger für den Eintritt in einen integrierten Schengen-Raum mit einem Binnenmarkt und gemeinsamen Werten zu rüsten.

Ungehinderter Kurzreiseverkehr ist ein wichtiger Teil der Vorbereitungen hierfür. Die Kommission und der Rat verfolgen offensichtlich beide dieses Ziel, warum um alles in der Welt hat es die Kommission dann geschafft, einen so unbesonnenen und Uneinigkeit stiftenden Vorschlag vorzubringen?

Sicherlich will die Liberale Fraktion nicht das Drängen auf hohe Standards bei der Pass- und Grenzsicherheit und Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen unterlaufen, aber diese Praxis muss fair, einheitlich und wirksam sein. Es ist ja nicht so, als gäbe es derzeit keine Unregelmäßigkeiten. Beispielsweise wurden Serbien und Montenegro in den Vorschlag vom Juli einbezogen, obwohl sie zum Zeitpunkt des Vorschlags die Benchmarks nicht erreicht hatten, wird davon ausgegangen, dass sie dies zukünftig tun werden. Dann gibt es da noch die Forderung nach biometrischen Pässen, von denen Bosnien übrigens jetzt 40 000 Stück ausgegeben hat; Kroaten jedoch, die seit einiger Zeit visumfreies Reisen genießen, benötigen diese nicht.

Wir vertreten die Meinung, dass Serbiens Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen nicht weiter vorangetrieben werden kann, solange Mladić weiterhin versteckt bleibt, da dies von einer fehlenden Kontrolle über die Sicherheitsdienste zeugt. Für eine Aufhebung der Visumpflicht müssen jedoch die Anforderungen in Block 3 erfüllt sein: Öffentliche Ordnung und Sicherheit – hier bestehen einige Widersprüche.

Ein Weg dafür zu sorgen, dass Bosnien und Albanien den Ansprüchen genügen, wäre ihre Einbeziehung in den gesetzlichen Geltungsbereich der vorgeschlagenen Verordnung, die tatsächliche Umsetzung der Aufhebung der Visumpflicht aber von einer Erklärung seitens der Kommission über die Einhaltung der Vorgaben abhängig zu machen – im Grunde genommen ähnlich der, welche die Kommission diesen Herbst bezüglich Serbien und Montenegro abgeben muss. Das Verfahren wäre genau dasselbe, zeitlich allerdings etwas nach hinten verschoben.

Lange Verzögerungen für Bosnien und Albanien sowie der komplette Ausschluss des Kosovo werden stark entzweigende und nachteilige Folgen haben, welche die Nachfrage nach kroatischen, serbischen bzw. im Fall der Kosovaren makedonischen Pässe ankurbeln und insbesondere die Integrität und Staatsführung von Bosnien und dem Kosovo unterminieren werden. Ich kann nicht glauben, dass die Kommission und der Rat die Absicht haben, diesen unheilvollen Weg weiter zu beschreiten.

Marije Cornelissen, *im Namen der Verts/ALE Fraktion*. – Frau Präsidentin, ich bin für eine Liberalisierung der Visumbestimmungen, und ich bin auch dafür, die Liberalisierung der Visumbestimmungen mit bestimmten Kriterien zu verknüpfen, aber was ich noch mehr befürworte, sind Frieden und Stabilität auf dem westlichen Balkan.

Was wird es Ihrer Meinung nach anrichten, insbesondere bei jungen Leuten, bei bosnischen Muslimen, wenn sie dabei zuschauen müssen, wie ihre kroatisch-bosnischen und serbisch-bosnischen Altersgenossen mit doppelten Pässen mal eben kurz übers Wochenende in die EU reisen? Wollen wir wirklich das Risiko auf uns nehmen, nationalistische Gesinnungen zu fördern und die Gräben in einem Land, dessen Stabilität noch so anfällig ist, vertiefen? Und wofür? Was die Erfüllung der Kriterien angeht, liegt Bosnien und Herzegowina wirklich nicht so weit hinter Serbien zurück. Es werden bereits biometrische Pässe ausgegeben, und bei den anderen Kriterien wurden ähnlich große Fortschritte erzielt.

Zum Wohle der dort lebenden und hart für eine bessere Zukunft arbeitenden Menschen – obgleich die Erinnerungen an den Krieg noch übermäßig präsent bei ihnen sind –, fordere ich Sie daher dringend auf, Bosnien und Herzegowina in den aktuellen Vorschlag einzubeziehen.

Ryszard Czarnecki, *im Namen der ECR-Fraktion*.-(PL) Es macht mich sehr glücklich, dass unsere Kollegin, Frau Cecilia Malmström, die noch bis vor kurzem Ministerin war, heute im Namen des Rates gesprochen hat. Während diesem Parlament durch ihre Abwesenheit etwas gefehlt hat, so hat der schwedische Ratsvorsitz dadurch sicherlich gewonnen. Ich möchte auf Schwedisch „tack“ – oder „Danke“ – für ihre Rede sagen, was in meiner Sprache, dem Polnischen, „ja“ bedeutet – und daher ein passendes Wort ist, da ich dem, was sie uns heute im Namen des Rates gesagt hat, voll und ganz zustimme, auch wenn ich noch einige kurze, aber wichtige Anmerkungen dazu habe.

Zunächst möchte ich wirklich nicht, dass diese von der Kommission unterstützte angemessene Maßnahme des Rates – um es ganz offen zu sagen – eine Art Alternative zu einem schnellen Beitritt von Serbien, Mazedonien und Montenegro zu der Europäischen Union ist. Sie ist, was die Gesellschaften dieser Länder erwarten und was sie verdienen. Ich finde nicht, dass wir die Aussicht auf einen schnellen Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union durch eine Aufhebung der Visumpflicht ersetzen sollten.

Zweitens finde ich, dass den Menschen in Bosnien und Herzegowina, Albanien und im Kosovo auch so bald wie möglich ein visumfreier Reiseverkehr zugestanden werden sollte. Was dies anbetrifft, müssen wir ihnen immer wieder eindeutige europäische Perspektiven aufzeigen.

Nikolaos Chountis, im Namen der GUE/NGL Fraktion.-(EL) Frau Präsidentin, im Namen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke wird die Ansicht vertreten, dass der Vorschlag der Kommission zur Aufhebung der Visumpflicht für die Bürger von Serbien, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die biometrische Pässe besitzen, ein Schritt in die richtige Richtung und reeller Ausdruck des Bekenntnisses der Europäischen Union zu den Menschen in dieser Region ist, damit diese Kurzreisen und Aufenthalte in das übrige Europa planen können, ohne hierzu ein Visum zu benötigen.

Ich muss darauf hinweisen, dass wir, was den westlichen Balkan betrifft, über eine Gegend mit traumatischen Erfahrungen sprechen, die noch vor kurzem Krieg und Bürgerkrieg erlebt hat, wofür die Europäische Union und einige ihrer Mitgliedstaaten Verantwortung tragen. Die Wunden in dieser Gegend heilen langsam. Darum sind wir der Meinung, dass das Verfahren zur Aufhebung der Visumpflicht einen wichtigen Schritt für die Bürger all dieser Länder darstellt und ihnen die Möglichkeit geben wird, mit den Völkern des übrigen Europa in Verbindung zu treten.

Mir erschließen sich jedoch nicht die Bedingungen, die, wenn ich das richtig verstanden habe, ein gewisses Maß an Unsicherheit mit sich bringen, ob der Rat der Aufhebung der Visumpflicht für Montenegro und Serbien im Oktober zustimmen wird.

Erstens zum Kosovo, das, falls kein Missverständnis meinerseits vorliegt, der Resolution 1244 des Sicherheitsrates unterliegt, sowie insbesondere zur serbischen Minderheit, die geographisch eingeschlossen in einem ländlichen Gefängnis lebt und der wir im wesentlichen freie Kommunikation verweigern. Ein zweiseitiges Problem: Wir erlauben ihnen weder Reisefreiheit innerhalb ihres Landes, noch gestatten wir ihnen, die Länder der Europäischen Union zu bereisen.

Zweitens habe ich zahlreiche Vorbehalte, ob einige der Bedingungen, welche wir Serbien und Montenegro auferlegt haben, sich auch genau auf diese Thematik beziehen und nicht etwa anderen politischen Zielen dienen. Daher bin ich der Auffassung, dass Sie sich im Oktober um eine Aufhebung der Visumpflicht für die Einwohner von Montenegro und Serbien und für die anderen Länder auf dem westlichen Balkan bemühen sollten.

Athanasios Plevris, im Namen der EFD-Fraktion, - (EL) Frau Präsidentin, zunächst einmal sind Frieden und Stabilität auf dem westlichen Balkan sicherlich im Interesse von ganz Europa. Da ich aus Griechenland komme, ist es natürlich nur logisch, dass dies umso mehr in unserem Interesse liegen sollte, da wir Grenzen zu einigen dieser Länder haben. Somit würden wir die von Ihnen eingeschlagene Richtung als richtig ansehen.

Ich möchte jedoch die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) hier ausnehmen. Die Regierung in Skopje pflegt extremen Nationalismus gegenüber einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, nämlich Griechenland, und verteilt Karten, auf denen ein Teil Griechenlands, Mazedonien, zusammen mit Thessaloniki und einer Reihe anderer Städte als besetzt dargestellt wird, was im Grunde genommen die Stimmung fördert, dass diese angeblich von Griechenland besetzten Landstriche befreit werden sollten.

Ich möchte nicht näher auf die Frage des Namens, der Sie möglicherweise leidenschaftslos gegenüberstehen, eingehen, auch wenn die Griechen sehr empfindlich auf Namensraub reagieren. Sie werden jedoch sicherlich verstehen, dass wir nicht in Nationalismus zurückfallen können, die Pflege von Nationalismus, in diesen Ländern, zum Schaden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin! Dass nun die Visumpflicht für Serbien, Mazedonien und Montenegro fallen soll, zeigt, dass die Reformbemühungen dieser Länder offenbar fruchten. Zehn Jahre nach dem Ende des Konflikts sind die Gräben am Balkan aber nach wie vor tief. Es brodelt noch immer unter der Oberfläche. Deutlich wird dies auch daran, dass Albanien, Kosovo und Bosnien, die dieses Mal nicht zum Zug kamen, sich benachteiligt fühlen. Lieber kultiviert man dort aber offenbar alte Gegensätze, anstatt sich zu fragen, was die Nachbarstaaten besser gemacht haben und wie man Fortschritte erzielen kann, um die Visafreiheit sozusagen zu verdienen. Serbien jedenfalls sollte bald den Status eines Beitrittswerbers erhalten, da es sich in vielerlei Hinsicht in Richtung Europareife bewegt.

Die Wunden sind aber noch lange nicht verheilt, und jede Maßnahme der EU wird entsprechend gewertet. Deshalb müssen wir einerseits die Entscheidungsgründe besser kommunizieren und andererseits Albanien,

Kosovo und Bosnien klarmachen, dass sie noch gewaltige Anstrengungen erbringen müssen, um ebenso europareif zu werden. Die Befriedung des Balkans im Vorhof der EU ist jedenfalls wesentlich wichtiger als etwa der von mancher Seite so heftig betriebene Beitritt der Türkei.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Frau Präsidentin, wir von der Europäischen Volkspartei vermitteln heute den Menschen in Bosnien, Albanien und Serbien die Botschaft: ihr seid nicht vergessen; wir haben euch nicht im Stich gelassen. Wir verstehen eure Enttäuschung, wobei wir uns hier insbesondere an die Menschen in Sarajevo richten. Gleichzeitig versichern wir aber auch den Menschen in der Europäischen Union, dass wir die Benchmarks nicht lockern werden. Die Regeln müssen für alle gleich sein. eure Sicherheit ist uns wichtig.

Den Behörden in Bosnien und Herzegowina sagen wir vor allem: stellt euch eurer Verantwortung; schafft Ordnung in eurem Haus; macht eure Hausaufgaben. Wir wissen die unlängst erzielten Fortschritte zu schätzen. Wir werden die Kommission bitten, euch weiterhin zu unterstützen, aber wenn ich eines aus den sechs Jahren Krieg und Frieden auf dem Balkan, die ich mitgemacht habe, gelernt habe, und glauben Sie mir, dieser Punkt liegt mir wirklich sehr am Herzen, Opferrhetorik, gegenseitige Schuldzuschreibungen und die Suche nach einem Sündenbock gehören der Vergangenheit an.

Hier geht es um die Frage der europäischen Integration. Wir müssen dies aus europäischer Sicht angehen. Wie Frau Cecilia Malmström bereits gesagt hat, ist es am besten, die Probleme des Landes anzupacken und diese dringend benötigten und sowieso erforderlichen Visumreformen auf den Weg zu bringen, um die zwingende Kehrtwende weg von Abhängigkeit und Opferrhetorik einzuleiten.

Ich hoffe, wir können uns auf eine klare Linie gegenüber den Behörden in der Region einigen, dass wir sie unterstützen, aber keine Kompromisse bei der Sicherheit unserer Bürger schließen – und dass sie ihre jeweilige Verantwortung übernehmen müssen.

Ich bin der Meinung, dass wir den Vorschlag der Kommission unterstützen sollten und denen, die glauben, dass dies sich als destabilisierend erweisen könnte, möchte ich zurufen, dass Stabilität zusammen mit europäischer Integration einhergehen wird. Es ist sehr bedauerlich, dass in Zagreb und in Belgrad Pässe ausgegeben werden, und wir sollten auf jeden Fall versuchen, dies so weit wie möglich zu unterbinden, aber wir können für die Menschen aus Bosnien keine unterschiedlichen Regeln aufstellen. Dies ist nicht in ihrem Interesse.

Was wir tun können, ist, unseren Teil in diesem Parlament beizutragen, um das Verfahren zu beschleunigen und eine Entscheidung zu treffen, unsere Strategie zu bestimmen, damit der Rat in diesem Jahr einen Beschluss fassen kann.

Tanja Fajon (S&D). – (SL)Wie Sie vielleicht wissen, bin ich Berichterstatterin des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Visumbestimmungen für die Staaten des westlichen Balkans.

Die Europäische Kommission schickte uns im Juli einen Vorschlag, in dem die Aufhebung der Visumpflicht für die Bürger Serbiens, Mazedoniens und Montenegros empfohlen wurde. Mazedonien hat bereits alle seine Verpflichtungen erfüllt, wohingegen Montenegro und Serbien gefordert sind, den restlichen Bedingungen so schnell wie möglich nachzukommen.

Obwohl ich den Vorschlag der Kommission sehr begrüße und diese anspruchsvolle Arbeit zu schätzen weiß, so bin ich doch über die Tatsache enttäuscht, dass die übrigen Länder in diesem Dokument komplett ausgespart werden und nicht einmal in irgendeiner Form ein Terminplan für sie vorgesehen ist.

Bosnien und Herzegowina sowie Albanien verfolgen einen eindeutigen Fahrplan für die Aufhebung der Visumpflicht und sind sich aller Bedingungen, die vor einer Umsetzung erfüllt sein müssen, sehr genau bewusst. Urteilt man nach den Berichten unabhängiger Organisationen, hat insbesondere Bosnien und Herzegowina im Sommer große Fortschritte in dieser Sache erreicht.

Der Beschluss, Bosnien und Herzegowina und Albanien nicht mit auf die Liste zu setzen ist in erster Linie technischer Natur. Wir alle sind uns sehr wohl der Tatsache bewusst, dass selbst die besten Beschlüsse auf technischer Ebene weitreichende politische Konsequenzen haben können. Tatsache ist nämlich, dass die Bosnier aus dem Verfahren zur Liberalisierung der Visumbestimmungen ausgenommen wurden.

Wir alle müssen einen Teil der politischen Verantwortung für die Umsetzung dieses Verfahrens übernehmen, das eine Voraussetzung für Frieden und Stabilität auf dem westlichen Balkan sein wird. Wir müssen auch

dringend darüber nachdenken, einen Dialog über die Visumfrage mit dem Kosovo einzuleiten, denn dies wird dazu beitragen, Strukturreformen voranzubringen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht in die Lage manövrieren, bei der Aufhebung der Visumpflicht für alle Länder des westlichen Balkans mit einer eindeutigen europäischen Perspektive die Bremse zu ziehen. Die Liberalisierung der Visumbestimmungen auf dem westlichen Balkan ist kein Puzzlespiel zu Ihrer Unterhaltung. Wir haben es hier mit Menschen zu tun, mit ihrer Lebensqualität und Mobilität und damit, eine so enge Zusammenarbeit wie möglich, nicht zuletzt auch wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu unterstützen.

Jelko Kacin (ALDE), - (SL) Ich beglückwünsche Mazedonien und hoffe, dass Montenegro und Serbien diese Etappe auch erreichen werden. Dies wäre für alle drei Länder und für den westlichen Balkan als Ganzes eine gute Sache.

Es ist jedoch bedauerlich, dass Bosnien nicht Teil dieses Paketes ist. Die in Bezug auf Bosnien unternommenen Anstrengungen waren unzureichend und nicht hinlänglich erfolgreich, und damit meine ich sowohl unsere Anstrengungen als auch die des Landes selbst. Der wesentliche Hinderungsgrund für einen Fortschritt in Bosnien liegt in dem dortigen Gemütszustand, dem Gefühl der Machtlosigkeit, welches die Menschen und Institutionen dort lähmt. Die Bosnier sind die einzigen Menschen in Bosnien, denen keine Reisefreiheit innerhalb von Europa gestattet wurde. Sie können nicht auf einen zweiten Staat zurückgreifen und sind aus diesem Grund ghettoisiert. Sie als Einzige können nicht von einer doppelten Staatsbürgerschaft träumen. Das ist erniedrigend. Sie haben das Gefühl, von der Europäischen Union übersehen, herabgesetzt und bestraft zu werden.

Wir müssen dem Staat Bosnien und Herzegowina politische Unterstützung zukommen lassen, um ihn in die Lage zu versetzen, sich selbst und seinen Bürgern zu helfen. Die Europäische Union trägt einen Teil der Verantwortung für die Situation in Bosnien und für die Stabilität der Region. Diese Verantwortung liegt beim Rat, der Kommission und dem Parlament.

Bosnien steht kurz vor der Aufhebung seiner Visumpflicht. Das einzige Problem, was noch besteht, ist das Problem in den Köpfen der Menschen – in ihren und in unseren Köpfen. Eine Mauer baut sich zwischen ihnen und uns auf, eine Mauer, welche die Berliner Mauer noch übertrifft. Lasst uns diese Mauer niederreißen und lasst uns Bosnien bei der Aufhebung der Visumpflicht helfen, jetzt, so schnell wie möglich, in einem Zug mit den drei anderen Ländern in dieser Region.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE), - Frau Präsidentin, Frau Ministerin, Herr Kommissar! Von Seiten der Grünen begrüßen wir natürlich die Liberalisierung der Visa für Montenegro, Mazedonien und Serbien sehr. Das ist etwas, wofür auch ich mich – als ich noch Abgeordnete im österreichischen Nationalrat war – in den letzten Jahren sehr stark eingesetzt habe. Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung der Erfüllung dieses Traums von einem vereinten und friedlichen Europa.

Aber dieser Schritt, den Sie jetzt setzen, ist auch mit einigen Stolpersteinen verbunden. Er wird nämlich dazu führen, dass sich vor allem die muslimischen Bürgerinnen und Bürger Bosniens diskriminiert fühlen. Dies war schon der Fall, als Sie nur angekündigt haben, dass es Liberalisierungen für die anderen Staaten geben wird. Sie argumentieren mit technischen Bedingungen, die Bosnien-Herzegowina noch nicht erfüllt hat. Aber Sie übersehen anscheinend, dass es auch in anderen Staaten, in denen jetzt liberalisiert wird, sehr wohl noch Probleme gibt. Bosnien hat schon 40 000 biometrische Pässe ausgestellt, hat schon eine Regelung für Vertriebene gemacht, die es in anderen Staaten noch nicht gibt, hat eine Antikorruptionsagentur eingeführt, die es z. B. in Serbien noch nicht gibt.

Ich habe den Eindruck, dass hier auch politisch diskriminiert wird, und das halte ich für sehr gefährlich für den Frieden in der Region und für ein multiethnisches Bosnien-Herzegowina. Um diese Gefahr also noch einmal zu benennen: Es besteht die Gefahr, dass hier auch ethnische Trennlinien formalisiert werden. Ich fordere Sie deshalb auf, ein gemeinsames Paket mit Bosnien-Herzegowina und Albanien zu machen und auch einen Visa-Dialog mit dem Kosovo aufzunehmen.

Fiorello Provera (EFD), - (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bestimmte Gegenden auf dem Balkan sind derzeit immer noch instabil und dienen als Verkehrswege für illegalen Handel, der von Netzwerken organisierter Kriminalität kontrolliert wird. Besonders schwerwiegend ist der Menschenhandel, der oft eine Ausbeutung in Form von illegaler Arbeit oder Prostitution beinhaltet.

Die Liberalisierung der Visumbestimmungen muss daher mit einer strikten Anwendung der Sicherheitsregeln einhergehen, zu denen auch die Einführung biometrischer Pässe gehört. Soweit uns bekannt ist, haben Albanien sowie Bosnien und Herzegowina diese technischen Maßnahmen noch immer nicht voll und ganz umgesetzt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Visumbestimmungen für diese beiden Länder erst dann liberalisieren, wenn ihre Regierungen vollständig kooperieren und die technischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Identität der betroffenen Parteien umgesetzt worden sind. Die Nichterfüllung von Anforderungen stellt in meinen Augen keine Diskriminierung dar.

George Becali (NI). – (RO) Ich freue mich darüber, dass wir heute über die Aufhebung der Visumpflicht für einige Länder auf dem Balkan sprechen, und ich muss Ihnen sagen, warum. Meine Großeltern wurden in Mazedonien geboren, mein Vater in Albanien, meine Großmutter in Griechenland und meine Mutter in Bulgarien, wohingegen ich in Rumänien geboren bin. Heute bin ich Gott sei Dank hier, so dass ich Olli Rehn fragen kann: Ist es möglich, die Visumpflicht für Albanien wie versprochen bis Mitte 2010 aufzuheben? Auf diese Frage hätte ich gerne eine Antwort, da meine Gefühle, meine Verwandtschaft, meine Familie und meine Wurzeln, die sich fast über den gesamten Balkan verteilen, betroffen sind. Darum bitte ich Gott.

Doris Pack (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Ministerin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns alle über die angebotene Freigabe für Visa gefreut. Wir kämpfen in diesem Parlament schon seit langem dafür, jetzt gibt es einen ersten Ansatz. Das reicht uns nicht! Ich glaube, im Juni wurde ein falscher Wortlaut gewählt. Es gibt heute – wie wir gehört haben – auch noch Probleme in Serbien, in Montenegro. Warum hat man denn nicht auch Albanien und Bosnien in diesen Wortlaut aufgenommen und gesagt: Auch hier gibt es noch Probleme, die überwunden werden müssen? Man hätte viel Porzellan nicht zerschlagen.

Es ist natürlich eine Tatsache, dass die Politiker in Bosnien-Herzegowina wenig Interesse daran haben, die in jeder Hinsicht missliche Lage ihrer Landsleute zu verbessern. Warum auch? Sie selbst haben einen Job, sie können reisen, sie vertun ihre Zeit mit nutzlosen nationalistischen Streitigkeiten, anstatt zum Beispiel für ein gutes Schulsystem, für eine gute Infrastruktur, für ein gutes Gesundheitssystem zu arbeiten. Und sie haben auch nicht dafür gesorgt, dass jetzt die *Benchmarks* für die Visaerleichterung gegeben sind. Visafreiheit würde bedeuten, dass endlich frische Luft in diesen nationalistischen Mief in Bosnien-Herzegowina kommt und die junge Generation endlich Hoffnung schöpfen kann.

Seit der Bekanntgabe der Beurteilung durch die Kommission wurden in Bosnien-Herzegowina aber Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption getroffen und einige notwendige Gesetze auf den Weg gebracht, so dass im Herbst die technischen Voraussetzungen erfüllt sein können. Es geht aber nicht nur um die technischen Voraussetzungen, es geht auch um die politische Sicht der Dinge. Es ist eine Frage der biometrischen Pässe, das weiß ich, es sind noch nicht viele erstellt. Ich würde die Kommission und auch einige Mitgliedstaaten herzlich bitten, dabei zu helfen, diese biometrischen Pässe zu erstellen. Es liegt da wirklich viel an der technischen Hilfe.

Der Rat, die Kommission und die lokalen Politiker müssen wirklich etwas daransetzen, um die ethnische Teilung in diesem Land nicht noch zu vertiefen. Die Verweigerung der Visaerleichterung für Bosnien-Herzegowina würde die Muslime ghettoisieren, da die Kroaten und die Serben einen Ausweg aus dem Land haben. Der bosnische Pass – normalerweise ist der Pass ein untrüglicher Beweis einer Nation – wird in den Augen seiner Besitzer wertlos, wenn er nicht die Tür zur EU öffnet.

Bitte, liebe Kommission, lieber Rat, helfen Sie den Ländern! Albanien wird es schaffen. Sie haben eine neue Regierung, sie werden es schaffen. Und Kosovo kann es nur schaffen, wenn Sie alle mithelfen. Sie haben unsere Unterstützung. Sie brauchen nicht die Augen zuzudrücken, aber Sie sollen auch politische Maßstäbe anlegen, nicht nur polizeiliche.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Die Liberalisierung der Visumpolitik auf dem westlichen Balkan stellt eine sowohl in politischer als auch insbesondere in menschlicher Hinsicht heikle Frage für die Einwohner dieser Staaten und dieser Region dar. Derzeit reden wir über Montenegro, Mazedonien und Serbien, was zwar im historischen Zusammenhang sehr wichtig ist, langfristig sollten wir aber nicht ein System mit zwei Geschwindigkeiten auf dem westlichen Balkan einführen. Wir müssen insbesondere Bosnien und Herzegowina, und natürlich auch Albanien, so schnell wie möglich in diesen Prozess einbinden.

Der westliche Balkan hat enge geographische, kulturelle und historische Verbindungen zu der Europäischen Union und unseren Mitgliedstaaten. Trotz der äußerst chaotischen Ereignisse, die sich dort in der jüngsten Vergangenheit abgespielt haben, muss man sagen, dass sowohl den Reformen als auch unseren Erwartungen sukzessive Rechnung getragen wird und sich die politischen Führer in diesen Staaten wirklich stark bemühen, unseren Erwartungen gerecht zu werden.

In meiner Rede möchte ich daher wohl nicht nur den Rat und die Kommission, sondern auch sonst alle hier im Europäischen Parlament bitten, die Führer der diversen Staaten in ihren Bemühungen zu unterstützen und ihnen Hilfestellung bei den Fragen zu leisten, die noch zu lösen sind. Wir dürfen ebenfalls nicht vergessen, dass die Länder des westlichen Balkans aus einer Vielzahl von Gründen von großer geopolitischer Bedeutung für uns sind.

Während sich Serbien und Montenegro nun gravierenden Problemen auf nationaler Ebene gegenüber sehen, auf deren Überwindung wir alle hoffen, möchte ich noch einmal mehr betonen, dass es zutiefst angemessen wäre, so bald wie möglich ein Datum für die von dem Verfahren ausgeschlossenen Länder festzulegen, und damit meine ich Bosnien und Herzegowina sowie Albanien.

Gerard Batten (EFD). - Frau Präsidentin, diese Maßnahmen ermöglichen ab Januar 2010 einen visumfreien Zugang von Serbien, Montenegro und Mazedonien aus zu den EU-Unterzeichnerstaaten des Schengen-Übereinkommens. Die Kommission plant, Albanien und Bosnien und Herzegowina möglicherweise bis Mitte 2010 einen visumfreien Zugang zu verschaffen. Somit könnten wir erleben, dass innerhalb von 12 Monaten weiteren 20,7 Mio. Menschen freier Zutritt zu der EU gewährt wird.

Genau genommen dürfte dies auf Großbritannien, das nicht zu den Schengen-Unterzeichnerstaaten gehört, keine Auswirkungen haben. In der Realität wird dies aber der Fall sein. Der Zugang zu der EU für Millionen mehr Menschen aus einigen der ärmsten und korruptesten Ländern in Europa bedeutet eine Möglichkeit, die erste Hürde zur illegalen Einreise nach Britannien zu nehmen. Die genannten Länder werden sowieso irgendwann einmal ordentliche Mitglieder der EU mit uneingeschränktem, legalem Zugang zu der EU werden. Durch diese Maßnahmen wird wieder einmal Britanniens Fähigkeit, die eigenen Grenzen zu kontrollieren, untergraben, und dadurch gibt es noch einen weiteren Grund, warum Britannien der EU den Rücken kehren sollte.

Dimitar Stoyanov (NI). – (BG) Frau Präsidentin, wir alle sind uns offensichtlich der Vor- und Nachteile von Freizügigkeit bewusst, aber betrachten wir die Sache doch einmal unter einem anderen Aspekt. Erfüllen alle drei Länder, um die es geht, wirklich die geforderten grundlegenden Kriterien, wodurch man ihnen mit der Aufhebung der Visumpflicht solche Vergünstigungen zugesteht?

Seit nun fast einem Jahrhundert ist die bulgarische Minderheit in Serbien vollkommen vernachlässigt und diskriminiert worden, während Mazedonien de facto seit seiner Gründung durchgängig und konsequent eine antibulgarische Politik verfolgt hat.

Die letzte Handlung von Mazedonien in diesem Zusammenhang war die Verhaftung der bulgarischen Bürgerin Spaska Mitrova und der außergewöhnlich harte Richterspruch, der über sie verhängt wurde. Mitrova ist ein Mitglied des bulgarischen Vereins „Ratko“. Diesen Verein hatte man in Mazedonien verboten, was dazu führte, dass Mazedonien wegen Verletzung der Menschenrechte zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

Für die bulgarische Öffentlichkeit ist es inakzeptabel, dass Zugeständnisse gegenüber Ländern gemacht werden, welche die Rechte der bulgarischen Bürger, mit anderen Worten Bürger der Europäischen Union, missachten.

Kinga Gál (PPE). - (HU) Ich halte es für wichtig, dass der Moment gekommen ist, an dem wir endlich ohne Umschweife über die Frage der Befreiung von der Visumpflicht für die Staaten des westlichen Balkans reden können. Es ist erfreulich, dass die Länder, welche die eingegangenen Verpflichtungen bislang erfüllt haben, auch dabei behilflich sein können, das Grenzübertrittsverfahren so reibungslos wie möglich zu gestalten.

Als ungarische Abgeordnete komme ich nicht umhin, diese Bemühungen zu unterstützen, da sie es beispielsweise den in Vojvodina in Serbien lebenden Ungarn ermöglichen werden, direkter mit dem Mutterland in Verbindung zu treten. Die auf beiden Seiten dieser Grenzen lebenden Bürger, welche die gleiche Sprache sprechen und enge familiäre und kulturelle Bindungen pflegen, können kaum ausdrücken, wie wichtig die Möglichkeit für sie ist, die Grenzen ohne jegliche Schranke oder Visumzwang zu überschreiten. In diesem Punkt, wenn auch nicht eng mit dem visumfreien Verkehr verknüpft, sind zudem bestimmte vorausschauende Beschlüsse gefasst worden, wie etwa das kürzlich in Serbien angenommene Gesetz über die Arbeit der nationalen Minderheitenräte. Diese kennzeichnen eine bedeutende Entwicklung in Bezug auf den institutionellen Schutz der Rechte von Minderheiten.

Die Befreiung von der Visumpflicht kann nicht einfach als eine technische Frage betrachtet werden. Es handelt sich hier ganz offensichtlich um eine politische Angelegenheit. Es wird ein entscheidender Beitrag zu der politischen Stabilität dieser Länder geleistet. Dies geschieht in dem Wissen, welche Rechtsansprüche ein

eigener Pass verleiht und in welchem Maß die Europäische Union dem Anerkennung zollt. Es wäre inakzeptabel, wenn die negative Differenzierung zwischen den Staaten in der Region auf lange Sicht fortbestünde.

Daher appelliere ich an die in diesen Angelegenheiten entscheidende Verantwortung tragende Kommission und den Rat. Der Europäischen Union obliegt die politische Pflicht, den Staaten des westlichen Balkans die Aussicht auf einen Beitritt in die Europäische Union anzubieten. Das müsste diesen Ländern helfen, aufzuholen und die Bildung und Stärkung ihrer demokratischen Institutionen fördern, einschließlich der Minderheitenrechte.

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Vielen Dank, Frau Präsidentin. Auch ich möchte Frau Cecilia Malmström und Herrn Kommissar Barrot zustimmen. Von dem vorgelegten Vorschlag bin ich ebenfalls sehr angetan. Als frühere ungarische Außenministerin habe ich sehr hart mit anderen zusammengearbeitet, um die Staaten des westlichen Balkans näher an die Europäische Union heranzuführen und sie dazu zu bringen, den nächsten Schritt auf dem Weg in Richtung Beitritt zu tun. Wir wissen auch, dass aus dieser Sicht eine Befreiung von der Visumpflicht das von den Menschen vielleicht am besten verstandene und nachvollziehbare Ereignis ist. Dadurch wird ihnen jetzt der Weg bereitet, Freizügigkeit zu erfahren und engere menschliche Beziehungen zu knüpfen. Vielleicht wird dies auch in der Sache helfen, die wir meines Erachtens alle für wichtig halten, nämlich die Motivation dieser Länder während der äußerst schwierigen Entwicklungsphase, die ein Beitritt mit sich bringt, aufrechtzuerhalten.

Wir wissen, dass einige sehr wichtige Schritte unternommen werden müssen. Vielfach müssen einige Traditionen überwunden werden, die erfahrungsgemäß nicht leicht zu überwinden sind. Es ist äußerst wichtig, dass die drei Länder nun von der Visumpflicht befreit werden. Ich möchte Sie ebenfalls auf eine Sichtweise aufmerksam machen, die heute viele Male zu Gehör gebracht wurde, nämlich dass das Gleichgewicht in den Staaten des westlichen Balkans sehr brüchig ist. Bereits vor dem Krieg gab es dort ethnische Spannungen, sie sind jedoch auch danach noch nicht verschwunden. Daher müssen wir jegliche Maßnahme aus der Sicht bewerten, ob sie diese Spannungen abmildern oder erhöhen wird.

Wie heute bereits mehrere Male angesprochen wurde, ist der Beschluss im Fall von Bosnien nicht nur förderlich und wichtig, da Bosnien nun außen vor gelassen wurde, sondern auch weil eine große Anzahl bosnischer Bürger mit einem kroatischen bzw. serbischen Pass von dem visumfreien Reiseverkehr profitieren werden, während der Rest davon ausgeschlossen bleibt. Die gleiche Situation entsteht auch für die Bürger des Kosovo, so dass jeder, der einen Pass in Serbien erhalten kann, aus der Befreiung von der Visumpflicht Nutzen ziehen wird.

Ich halte es wichtig für uns, nochmals zu betonen, dass eine politische und nicht nur eine technische Entscheidung getroffen werden muss. Daher liegt es in unserer Verantwortung, diese Länder dabei zu unterstützen, so schnell wie möglich innerhalb eines ganz bestimmten Zeitrahmens eine Befreiung von der Visumpflicht zu erreichen.

Bernd Posselt (PPE). - Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ratspräsidentin, liebe Cecilia, Herr Kommissar! Auch ich teile die Sicherheitsbedenken des Kollegen Weber – ich war zehn Jahre lang im Ausschuss für Inneres. Doch diese Thematik hat eine tiefgreifende außenpolitische Dimension.

Ich entstamme einer Generation, die mit hunderttausenden von so genannten jugoslawischen Gastarbeitern aufgewachsen ist. In der Zeit der kommunistischen Diktatur konnten die Menschen Südosteuropas, sofern sie in den Grenzen Jugoslawiens lebten – trotz kommunistischer Diktatur! – frei reisen. Heute reden wir von Europäisierung, schicken Militär und Beamte hin, geben sehr viel Geld aus, und gleichzeitig sperren wir die jungen Menschen dieser Länder ein. Deshalb ist es dringend notwendig, dass jetzt die Liberalisierung dieses Visaregimes erfolgt.

Aber auch ich möchte einige kritische Anmerkungen machen: Erstens freue ich mich, dass Mazedonien dabei ist. Mazedonien ist vorbildlich in der Erfüllung der Kriterien. Aber wir dürfen dies Mazedonien nicht als Kompensation für seinen berechtigten Wunsch geben, dass endlich ein Datum für Beitrittsverhandlungen genannt wird.

Zweitens – Kosovo: Es wurde gesagt, Kosovo muss die Spielregeln einhalten. Aber ein Spieler kann sich nur dann an die Spielregeln halten, wenn er aufs Spielfeld darf. Den Spieler Kosovo hat man gar nicht aufs Spielfeld gelassen. Wir haben militärisch interveniert, um die Kosovaren aus der Unterdrückung zu befreien. Jetzt darf das Land der ehemaligen Unterdrücker Visafreiheit genießen – und ich begrüße das, weil es keine Kollektivschuld gibt –, und Kosovo darf sie nicht einmal anstreben. Auch wenn es dort Mängel geben sollte,

müssen wir uns selbst an die Brust schlagen, denn wir verwalten dieses Land doch hauptsächlich. Das heißt, wir müssen Kosovo alle Chancen geben, denn wenn Serbien auf Dauer Visafreiheit genießt und Kosovo absolut ausgeschlossen ist, wird dies zu inakzeptablen Verzerrungen führen.

Drittens – Bosnien und Herzegowina: Ich habe – wie etliche Kollegen – den Protest gegen die Ausklammerung von Bosnien und Herzegowina unterschrieben. Dieses Land dreier Völker – fehlkonstruiert durch den Vertrag von Dayton, der endlich überarbeitet werden muss – mit einer internationalen Verwaltung, die genau so schuld ist an der Ineffizienz, muss endlich eine Chance bekommen, den Weg nach Europa zu gehen, ohne desintegriert zu werden. Desintegration für Kosovo oder Bosnien würde unsere Sicherheit mehr gefährden als irgendwelche technischen Details.

Maria Eleni Koppa (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, wir müssen zugeben, dass die Aufhebung der Visumpflicht für Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro einen wichtigen Schritt in Richtung europäischer Integration des westlichen Balkans darstellt.

Sie sollte jedoch für alle Nationen auf dem westlichen Balkan gelten und die Ziehung neuer Trennlinien in der Gegend vermeiden. Natürlich kann niemand ernsthaft behaupten, dass die Europäische Kommission gegenüber den muslimischen Bürgern von Bosnien und Herzegowina voreingenommen ist. Auf der anderen Seite sollten wir auch nicht den Sonderstatus des Kosovo, dessen Unabhängigkeit nicht von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anerkannt wird, vergessen.

Wir möchten, dass die Einwohner des Kosovo in den Genuss der Abschaffung der Visumpflicht kommen. Aber egal welche Lösung hierzu gefunden wird, dies darf nicht die abschließenden Regelungen hinsichtlich seines Status beeinträchtigen. Die Kommission hat richtig gehandelt, die Tür für Bosnien und Herzegowina und Albanien nicht zuzuschlagen. Sie muss jedoch rasch tätig werden, damit keine neuen Trennlinien die Stabilität in der Region gefährden. Natürlich müssen die Staaten ihrerseits die notwendigen Reformen durchführen, welche – und dies soll nicht vergessen werden – die Frage der Sicherheit und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen berühren.

Dieses Parlament hat seit Jahren betont, dass problemlosere Kontakte mit der Außenwelt und mehr Reisefreiheit den Frieden, Austausch auf allen Ebenen und letztendlich die Stabilität festigen werden. Die Visumfrage ist nicht einfach eine technische Angelegenheit, sondern eine zutiefst politische Frage, welche die europäische Zukunft der Region betrifft. Alle Nationen in der Region haben ein Recht auf diese Zukunft.

Anna Ibrisagic (PPE). – (SV) Frau Präsidentin, meiner Meinung nach besteht an diesem Punkt der Aussprache kein Zweifel mehr über die Bedeutung einer Liberalisierung der Visumbestimmungen für die Bürger auf dem Balkan. Die Möglichkeit, frei zu reisen, verbunden mit Bildung, ist das vielleicht wichtigste Instrument, das wir den neuen Generationen, von denen wir uns so viel Engagement für den Demokratisierungsprozess innerhalb der gesamten Region erhoffen, anbieten können.

Folglich begrüße ich den Vorschlag zur Liberalisierung der Visumbestimmungen für Serbien, Mazedonien und Montenegro. Die Entwicklung jedes einzelnen Landes auf seiner Reise in Richtung EU steht für eine Entwicklung auf dem gesamten Balkan. Einige dieser Länder haben lange warten müssen; manche vielleicht länger als notwendig. Wir im Europäischen Parlament und die beiden Länder, die noch nicht in die Liberalisierung der Visumbestimmungen einbezogen sind, sollten aus dieser Lektion unsere Lehren ziehen.

Obwohl dies eine hochsensible politische Frage ist, möchte ich darauf hinweisen, dass die Regeln für eine Liberalisierung der Visumbestimmungen eindeutig und allgemein gültig sind. Die Bedingen müssen erfüllt werden. Wir müssen dieser Frage jedoch nicht mehr politisches Gewicht als notwendig beimessen. Wir müssen uns damit befassen, was noch zu tun bleibt und wie wir schnellstmöglich sicherstellen können, dass Bosnien und Herzegowina sowie Albanien bald in der Lage sein werden, in die Reihen der visumfreien Länder aufzurücken.

Bosnien und Herzegowina hat in jüngster Zeit große Fortschritte gemacht und wird bald die meisten übrigen Anforderungen laut dem Fahrplan erfüllt haben. Ich fordere daher die Akteure in Bosnien und Herzegowina auf, das Anti-Korruptionsgesetz anzunehmen und so schnell wie möglich Regeln für den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Teilen des Polizeidienstes festzulegen. Ich dränge auf den Versuch ihrerseits, sicherzustellen, dass diese Arbeit bis Ende September getan ist, bevor ein Bericht an die Kommission zurückgesendet wird. Von der Kommission erwarte ich dann wiederum bei ihrer neuen Analyse eine Bewertung, welche Fortschritte tatsächlich erzielt wurden und – sobald die Anforderungen der EU erfüllt sind – den Vorschlag der Befürwortung einer Liberalisierung der Visumbestimmungen für Bosnien und Herzegowina durch den Rat. Ich hoffe auf ein Inkrafttreten im Juli 2010.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, die Aufhebung der Visumpflicht für einige der zur westlichen Balkanregion gehörenden Länder bedeutet eine erste Bekräftigung der Verpflichtungserklärung seitens der Europäischen Union, den europäischen Integrationsprozess fortzusetzen. Meiner Meinung nach ist der Vorschlag der Kommission aber leider unvollständig. Die Bürger Albanien und aus Bosnien und Herzegowina erfahren nicht die gleiche Behandlung, was zu Unterschieden zwischen den Bürgern auf dem Balkan führen wird.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass bereits eine Spaltung zwischen den früheren Generationen, die von der Öffnung der ehemaligen Republik Jugoslawien gegenüber Europa profitiert haben, und der jetzigen Generation, die keine Gleichbehandlung von der Europäischen Union erfahren hat, besteht. Dieser Vorschlag wird jedoch dazu führen, dass nicht in den Genuss einer Aufhebung der Visumpflicht kommende Bürger aus Ländern der ehemaligen Republik Jugoslawien versuchen werden, einen zweiten, von der Europäischen Union ohne Visa akzeptierten Pass in einem zu dem ehemaligen jugoslawischen Völkerbund gehörenden Land zu erlangen. Wir haben so ein Szenario schon einmal bei moldawischen und georgischen Pässen zusammen mit russischen Pässe erlebt.

Meiner Meinung nach besteht die logische Lösung darin, allen Balkanländern die gleiche Behandlung zukommen zu lassen und ich fordere gleichzeitig die Kommission auf, zu prüfen, ob die Republik Moldau auch in die Gruppe der südosteuropäischen Länder einbezogen werden kann.

Victor Boștinăru (S&D). – (RO) Als Abgeordneter und Sozialist begrüße ich die Mitteilung seitens des Rates und der Kommission bezüglich der Visumregelung für die drei Staaten des westlichen Balkans. Dies ist ein erster, eindeutiger Schritt in Richtung Integration in die Europäische Union, ein erster Erfolg für die zukünftigen EU-Bürger auf dem westlichen Balkan. Ich bin mir jedoch auch der Tatsache bewusst, dass das Fehlen einer eindeutigen Perspektive in Form eines Fahrplans für Bosnien und Herzegowina, Albanien und das Kosovo höchst besorgniserregend für uns sein muss. Hiermit meine ich nicht nur die Enttäuschung in der Bevölkerung, sondern insbesondere die Gefahr für die politische Stabilität in diesen drei Ländern. Ich erwarte von dem Europäischen Parlament und der neu gebildeten Europäischen Kommission vor allem die Befürwortung eines zuverlässigen Zeitplans für eine Integration des westlichen Balkans in die Europäische Union. Dies ist der einzige Art und Weise, wie wir das Mandat, wofür wir gewählt worden sind, nämlich die Vereinigung Europas, erfüllen können.

Norica Niculai (ALDE). – (RO) Frau Präsidentin, für mich wird eine Minute ausreichen, um einen historischen Beschluss sowohl für den Balkan als auch für Europa zu begrüßen. Ich bin der Ansicht, dass Freizügigkeit der Schlüssel zu Demokratie und Wissen ist. Sie haben diesen drei Ländern eine Chance gegeben. Gleichzeitig glaube ich jedoch, dass Europa auch ein Europa der Vorschriften ist, die jeder einzelne von uns als europäischer Bürger einhalten muss. Sie haben diesen Vorschlag eingereicht, weil die von uns festgelegten Regeln und Bedingungen Ihrer Einschätzung nach erfüllt wurden.

Ich bin der Ansicht, dass Sie einen Vorschlag zur Ausweitung dieser Maßnahme auf Albanien und Bulgarien vorlegen werden, wenn den europäischen Verordnungen entsprochen worden ist. In ihrem Beschluss werden Sie sicherlich eine Empfehlung zur Beschleunigung dieses Prozesses ausarbeiten. Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, dass es sich hierbei nicht um eine Frage von Diskriminierung handelt. Das Gegenteil ist der Fall. Ich glaube, dass dieser Prozess dazu beitragen wird, die übrigen beiden Länder anzuregen, sich mehr anzustrengen und die Bedingungen zu erfüllen, denn seit der Annahme des Beschlusses haben die anderen drei Länder gezeigt, dass sie bereit waren, das Nötige zu tun, weil sie für ihre Völker die Vorteile eines anderen Status wollten.

Antonio Cancian (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Frau Ministerin, meine Damen und Herren, ich muss sagen, dass ich für eine Liberalisierung und die europäische Integration bin, und zwar bis zur bzw. einschließlich der Fertigstellung dieses Mosaiks, das der westliche Balkan darstellt, denn, wie bereits gesagt wurde, brauchen wir eine stabile Situation auf dem Balkan. Dieser Integrationsprozess ist daher von entscheidender Bedeutung und muss so schnell wie möglich vollzogen werden.

Was jedoch das Thema Immigration angeht – worüber wir gestern gesprochen haben und wo es um Sicherheit und Menschenrechte geht – müssen wir große Sorgfalt walten lassen, denn meiner Ansicht nach müssen die Prüfungen gründlich durchgeführt und nicht vereinfacht werden. Der zeitliche Rahmen muss diesen Prüfungen Rechnung tragen, und wenn möglich sollten diese beschleunigt werden. Desweiteren stelle ich fest, dass es an dieser Stelle eine Lücke gibt, über die sehr wenig gesagt wurde, und diese Lücke ist das Kosovo. Sie werden mich vollkommen verstehen, wenn ich behaupte, dass diese Lücke den Menschen aus den anderen Ländern den Reiseverkehr zwischen dem Kosovo und Mazedonien sehr erleichtert. Ich weiß, dass derzeit ein Bericht

erstellt wird, der uns in den nächsten paar Tagen einige Erkenntnisse liefern wird, aber bitte geben Sie uns heute Abend etwas mehr Informationen über das Kosovo.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Frau Präsidentin, die Frau Ministerin hat es so schön ausgedrückt: Eine Liberalisierung der Visumbestimmungen ist notwendig, um den Brückenschlag zur EU zu festigen, aufkeimenden Nationalismus zu verhindern und einer Isolation entgegenzuwirken. Wie kann es dann sein, dass die Vorschläge Gefahr laufen, die bosnischen Muslime zu isolieren? In einem einzigen Land entsteht große Ungerechtigkeit, da serbische und kroatische Bosnier Pässe erhalten. Die Muslime haben aber leider kein Nachbarland, das ihnen einen Pass geben wird. Wer wird sich für die bosnischen Muslime einsetzen? Die Kommission? Der Rat? Können Sie mir mit Sicherheit sagen, ob die Kommission bzw. der Rat Gespräche mit Kroatien und Serbien über die Ausübung von Zurückhaltung bei der Ausgabe von Pässen geführt haben, denn es müsste doch deutlich sein, dass ihr Handeln zu großer Unzufriedenheit führen wird.

Nadezhda Nikolova Mikhaylova (PPE). – (BG) Ich möchte Herrn Barrot zu der Haltung der Europäischen Kommission in Bezug auf eine Liberalisierung der Visumregelung für den westlichen Balkan beglückwünschen. Da ich in der Zeit, wo die Visumpflicht für Bulgarien aufgehoben wurde, Außenministerin war, weiß ich um die zutiefst emotionalen Auswirkungen, welche die Aufhebung der Visumpflicht und der Schlusstrich unter diese Erniedrigung auf unsere Bürger hatten. Gleichzeitig kann ich aber als Abgeordnete Frau Pack und Frau Bildt nur beipflichten, dass wahre europäische Solidarität seitens der Europäischen Union die Bereitstellung von logistischer Hilfe zur Erfüllung der Kriterien anstelle einer Abweichung davon beinhaltet, denn so ein Verhalten hat demoralisierende Auswirkungen auf die Gesellschaften und entbindet die Regierungen von der Verantwortung.

Die Änderung muss eine Belohnung für die geleisteten Anstrengungen darstellen und darf keine doppelten Standards schaffen. Die Gesellschaften des westlichen Balkans müssen sich daran gewöhnen, von ihren Regierungen zu verlangen, dass diese ihre Arbeit tun. Sie müssen sich vor Augen führen, dass die Visumregelung nicht auf Grund europäischer Erbsenzählerei verzögert wird, sondern weil sie ihren Beitrag nicht geleistet haben. Solidarität sollte im Austausch gegen die Übernahme von Verantwortung erfolgen. Wenn eine grundsätzliche Haltung auf dem Spiel steht, sind Religion und ethnische Zugehörigkeit einer Person nicht von Bedeutung.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Ich unterstütze den Beschluss der Europäischen Kommission, der das jahrelang unter Beweis gestellte Engagement in Bezug auf eine Aufhebung der Visumpflicht für Bürger der westlichen Balkanregion zum Ausdruck bringt. Ich bin jedoch der Meinung, dass die Bürger der Republik Moldau so schnell wie möglich in den Genuss der gleichen Rechte auf Freizügigkeit in der EU kommen sollten. Die Europäische Union muss ihre Politik der offenen Tür gegenüber diesen Ländern weiterentwickeln, und die Aufhebung der Visumpflicht ist ein wichtiger Schritt für diese Menschen auf dem Weg zur europäischen Integration.

Zusätzlich zu diesem Beschluss, der zu der Entstehung grenzüberschreitender Geschäftsmöglichkeiten führen und den Menschen Freizügigkeit ermöglichen wird, müssen die europäischen Institutionen die Veranstaltung von Kultur- und Bildungsprogrammen, welche die europäischen Werte in diesen Ländern propagieren werden, ins Auge fassen. Vor diesem Hintergrund müssen eine Stärkung der Außengrenzsicherung und der Kampf gegen das internationale Verbrechen weiterhin Priorität haben.

Abschließend möchte ich erneut bestätigen, dass Rumänien die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkannt hat.

Zoran Thaler (S&D). – (SL) Ich möchte meiner Zufriedenheit über den Fortschritt bei dem Prozess zur Liberalisierung der Visumregelung innerhalb der letzten 18 Monate Ausdruck verleihen. Dies stellt eine bedeutende Leistung dar, und ich möchte Sie dringend auffordern, rasch Schritte zu unternehmen, um diesen Weg weiterzuverfolgen.

In den letzten paar Tagen haben wir Berichte aus Sarajevo erhalten, laut derer der Prozess hinsichtlich einer Erfüllung der Forderungen in dem Fahrplan trotz aller Schwierigkeiten Geschwindigkeit aufnimmt. Dies gilt auch für so sensible Bereiche wie die polizeiliche Abstimmung zwischen Banja Luka und Sarajevo.

Ich fordere die Kommission und den Rat auf, diese Entwicklung ständig unter Beobachtung zu halten und darauf einzugehen. Die Europäische Union muss in der Lage sein, ihren Einfluss auf alle diesen Prozess zu sabotieren trachtende politischen Kräfte in Bosnien und Herzegowina geltend zu machen. Man muss die Bürger in Bosnien und Herzegowina davor bewahren, unter der Verantwortungslosigkeit ihrer Politiker zu

leiden, und wir sind verpflichtet, sie in dieser Hinsicht zu unterstützen. Ich fordere die Kommission auf, Bosnien und Herzegowina so bald wie möglich in die visumfreie Zone einzubeziehen.

Alojz Peterle, Berichterstatter. – (SL) Eine selektive Herangehensweise bei der Aufhebung der Visumpflicht wird die europäischen Aussichten keines der westlichen Balkanländer mit ihren gespaltenen Gemeinschaften verbessern, denn eine Selektion wird weitere Gräben aufwerfen. Ich begrüße jeden Schritt zur Bekämpfung von Selektion und glaube fest daran, dass eine Aufhebung der Visumpflicht für all diese Länder sicherlich dabei helfen würde, das Image der Europäischen Union in den Augen der Menschen in diesen Ländern, die nach Jahren des Konfliktes eine Öffnung zur Außenwelt brauchen, aufzuwerten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass in diesen Ländern Tausende junger Menschen leben, die nie die Möglichkeit hatten, ins Ausland zu reisen. Ihre einzige Informationsquelle über Europa und die Welt ist das Fernsehen. Wir haben eine Verpflichtung, auch ihre europäischen Perspektiven zu stärken. Ich bin mir der Sicherheitsaspekte bewusst, aber wer sein Land in unlauterer Absicht verlässt, wird auch so einen Weg in die EU finden. Wir hingegen halten Hunderttausende mit guten Absichten zurück.

Daher möchte ich den Rat und die Kommission drängen, ihre Haltungen so schnell wie möglich zu überprüfen, die Entwicklung in diesen Ländern zu verfolgen und die Visumpflicht für die Länder, welche der ersten Gruppe nicht angehörten, aufzuheben. Vielen Dank.

Selbstverständlich fordere ich die Regierungen dieser Staaten des westlichen Balkans auf, ihren Verpflichtungen so schnell wie möglich im Interesse ihrer Bürger und ihrer Aussichten auf einen EU-Beitritt nachzukommen.

Petru Constantin Luhan (PPE). – Frau Präsidentin, die Liberalisierung der Visumregelung für die westlichen Balkanländer ist wichtig, da diese Maßnahme den einfachen Bürgern in der Region am meisten am Herzen liegt und die Vorteile des EU-Annäherungsprozesses klar hervorhebt. Ich bin zuversichtlich, dass eine Einbeziehung unter Vorbehalt von Albanien und Bosnien und Herzegowina in die weiße Liste sich als starker Anreiz für die Erreichung der übrigen Benchmarks laut Fahrplan erweisen wird. Damals wurde 2001 in unserem Fall so ein starkes Signal ausgesendet, und wir schafften es innerhalb von ein paar Monaten, alle noch ausstehende Bedingungen zu erfüllen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Albanien und Bosnien und Herzegowina so schnell wie möglich in die weiße Liste des Schengen-Abkommens aufgenommen werden, und die Kommission sollte den Behörden dieser beiden Ländern alle erforderlichen technischen Hilfen zur Verfügung stellen, damit sie die vorgeschriebenen Bedingungen innerhalb kurzer Zeit erfüllen.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, es besteht kein Zweifel an der Tatsache, dass eine Liberalisierung der Visumbestimmungen unglaublich wichtig für die Menschen auf dem Balkan ist. Ebenso wie Sie habe ich viele frustrierte Leute getroffen – insbesondere junge Leute –, die nicht nach Wunsch durch Europa reisen können, nicht ihre Freunde besuchen können, nicht die Freiheiten, die wir alle haben, genießen können. Es steht außer Frage, dass die Erreichung von Visumfreiheit gut für sie, gut für ihre Länder, gut für die gesamte Region und gut für die EU wäre.

Daher freue ich mich darüber, dass bereits die Voraussetzungen vorhanden sind, um den drei genannten Ländern – die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien – Ende des Jahres diese Möglichkeit zu geben. Es ist bedauerlich, dass derzeit nicht alle Länder des westlichen Balkans in diesen Vorschlag einbezogen werden können, aber zweifeln Sie nicht daran, dass der schwedische Vorsitz sehr an dem Ausbau des Integrationsprozesses – und letztendlich des Erweiterungsprozesses – in der Balkanregion interessiert ist. Jeder von Ihnen, der mich kennt, weiß um mein Engagement in dieser Sache.

Damit dieses Engagement glaubhaft ist und in die Realität umgesetzt werden wird, müssen wir jedoch auf die Erfüllung der Bedingungen bestehen. Dass wir dies tun, ist von entscheidender Bedeutung sowohl für das Wohl der Menschen in den westlichen Balkanländern, als auch zum Nutzen unserer eigenen Bürger. Wir müssen sicherstellen, dass die festgelegten Kriterien erfüllt werden. Wie Herr Weber bereits anmerkte, können wir bei außenpolitischen Angelegenheiten keine Zugeständnisse aus reiner Freundlichkeit machen. Dies trifft sowohl auf die Visum- als auch auf die Beitrittsfrage zu.

Ich weiß, dass die Menschen in Albanien und Bosnien und Herzegowina enttäuscht sind. Ich kann das verstehen. Sie sind jedoch nicht in Vergessenheit geraten. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um ihnen zu helfen und eine Befreiung von der Visumpflicht zu ermöglichen, und das schließt die technischen Aspekte ein. Wir müssen ein klares politisches Signal aussenden, dass für sie die Chance auf eine Einbeziehung

besteht. Dies tun wir heute. Es liegt nun aber an den Behörden und Politikern in diesen Ländern, die Arbeit zu erledigen.

Ich glaube nicht, dass ein zeitlicher Abstand zwischen der Aufhebung der Visumpflicht für die ersten drei Länder und für Albanien und Bosnien und Herzegowina Instabilität zur Folge haben wird. Ganz im Gegenteil, es zeigt, dass die EU ihr Wort hält und dass wir zu unseren Versprechen stehen werden, wenn sie die nötigen Schritte veranlassen. Wir müssen sie unterstützen und ihnen helfen. Meiner Meinung nach können sie 2010 einen positiven Bericht von der Kommission erhalten. Auch Herr Kommissar Barrot hat sich dahingehend geäußert.

Was das Kosovo angeht, so wurden Gespräche über ein Visumregelung aufgenommen, als das Kosovo noch ein Teil von Serbien war, wir arbeiten allerdings daran, eine Lösung zu finden. Ich hoffe, dass die Kommission in ihrem Bericht einen Weg nach vorne aufzeigen wird, so dass wir langfristig auch für die Menschen im Kosovo eine Liberalisierung der Visumbestimmungen bewirken können.

Die vorgeschlagene Liberalisierung der Visumbestimmungen für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien stellt einen sehr wichtigen ersten Schritt dar. Ich hoffe, Sie werden uns helfen, diesen Schritt zu machen. Zudem hoffe ich, dass wir sehr bald in der Lage sein werden, weiterzugehen und die nächste Stufe für den Rest der Region zu beschreiten.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, zunächst einmal möchte ich anmerken, dass dies ein wegweisender Schritt ist. Zum ersten Mal ist wirklich eine regionale Herangehensweise angewendet worden. Ich möchte hinzufügen, dass sich diese Methode nach Fahrplan auf ganz objektive, sehr genaue Kriterien stützt, was auch zu einer Ermutigung der zukünftigen Mitgliedstaaten beiträgt, sich de facto zu vergewissern, dass wir ein Europa der Regeln, ein Europa der Werte haben. Diesen Punkt möchte ich betonen. Sie werden nicht überrascht sein, dass die Kommission besonders auf alles achtet, was dem Kampf gegen Menschenhandel und gegen Korruption dienlich ist. Dieses Europa der Werte ist wichtig. Das müssen wir vor allem im Auge behalten.

Ich weiß nicht, ob einige von Ihnen mich richtig verstanden haben: Ich habe deutlich zum Ausdruck gebracht gesagt, dass wir hoffen, im Laufe von 2010 Vorschläge für Bosnien und Herzegowina und Albanien vorzulegen. Es findet also derzeit ein Prozess statt, der nicht darauf abzielt, irgend jemanden zu diskriminieren. Wir möchten einfach nur, dass die objektiven Kriterien laut dem Fahrplan in zunehmendem Maße eingehalten werden.

Im Fall von Albanien trifft es zu, dass die Ausgabe biometrischer Pässe noch verbessert werden muss. Ich bin selbst nach Albanien gereist, um den ersten biometrischen Pass in diesem Land vorzustellen, und ich kann Ihnen versichern, soviel Ermutigung wie möglich gegeben zu haben, um sicherzustellen, dass Albanien, seine politischen Führer und die von Bosnien und Herzegowina sich der geforderten Anstrengungen voll und ganz bewusst sind. Wir helfen ihnen beispielsweise gerade bei dem Aufbau von Personenstandsregistern, denn so sehr man sich auch bemüht, biometrische Pässe bereitzustellen, ohne Personenstandsregister ist dies nicht möglich. Somit bieten wir ihnen Unterstützung in technischer Hinsicht. Es ist ganz klar, dass hierbei insbesondere Albanien den vorhandenen Rahmen für den Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption umsetzen muss. In Bosnien und Herzegowina muss es ebenfalls vernünftige Grenzkontrollen geben, sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden. Das ist es, was wir wollen. Meiner Meinung nach haben wir triftige Gründe, davon auszugehen, dass auch diese beiden Länder 2010 in den Genuss einer Abschaffung der Visumpflicht kommen werden.

Ich möchte Ihnen auch schlicht und einfach sagen, dass es unserer Meinung nach nicht um ethnische oder religiöse Diskriminierung geht. Zufällig gibt es in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eine beträchtliche muslimische Minderheit. Von einer Diskriminierung der 25 oder 30 % muslimischer Albaner in Mazedonien kann keine Rede sein. Daher möchte ich Sie wirklich beruhigen und Ihnen sagen, dass dies Teil eines von uns geplanten Prozesses ist und der Rat bereitwillig zugestimmt hat.

Ich möchte Ihnen auch eine Antwort in Bezug auf das Kosovo geben. Im März 2009 ist eine von der Kommission finanzierte Expertenmission zu einigen positiven Ergebnissen gekommen. Fest steht, dass die Kommission auch Mitgliedstaaten ermutigt, leistungsfähige Konsularstellen in Pristina aufzubauen. Ich kann bestätigen, dass es einen in Kürze vorzulegenden Bericht über die genaue Situation im Kosovo geben wird. Offensichtlich möchten wir in all unserem Tun sämtlichen Balkanländern eine europäische Perspektive eröffnen, und wir denken insbesondere an die junge Generation. Einige von Ihnen haben vornehmlich betont, dass Reisemöglichkeiten und ein weitaus einfacherer Austausch mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen

Union sicherlich sehr nutzbringend sind. Meine Damen und Herren, deshalb werden wir erneut an einem Europa der Vorschriften und Werte, welches uns sehr am Herzen liegt, bauen.

Ich sage Ihnen schlicht und einfach, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber offensichtlich steht für uns bei zwei der Staaten der Endspurt noch aus. Ich hoffe, dass auch sie 2010 die Aufhebung der Visumpflicht erleben können.

Damit habe ich Ihnen von meiner Seite alles gesagt, und ich versichere Ihnen in jedem Fall, dass das von der Kommission angewandte Verfahren objektiv ist, wirklich sehr sorgfältig und durchaus nicht im Zuge irgendeiner Form von Diskriminierung, sondern vielmehr in einem Klima der Zusammenarbeit durchgeführt wird. Dem fühle ich mich persönlich sehr verpflichtet.

Die Präsidentin. – Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Europäische Kommission und der Europäische Rat sind aufgefordert, bald eine Ankündigung über die Öffnung der EU-Zone gegenüber den Bürgern von Mazedonien, Serbien und Montenegro zu machen. Dies ist ein sehr wichtiger Moment für mehr als 10 Mio. Einwohner Europas, die gerne ein Visum zur Überschreitung der Grenze in die EU hätten. Mazedonien war an der Seite Europas, als Europa Unterstützung benötigte. Sogar Serbien hat verstanden, dass Europa das Land an Bord holen möchte, dafür muss es jedoch mit seiner jüngsten Vergangenheit ausgesöhnt werden. Serbien hat eng mit den internationalen Institutionen, etwa dem Internationalen Strafgerichtshof zusammengearbeitet und die Fehler der Vergangenheit anerkannt. Für Europa ist die Zeit gekommen, die Bemühungen dieser Staaten hinsichtlich einer Angleichung an die für die EU-27 typischen demokratischen und wirtschaftlichen Anforderungen zu belohnen. Sie haben einen schweren Weg hinter sich, aber die unternommenen Anstrengungen müssen vollumfänglich anerkannt werden. Mazedonien, Serbien und Montenegro haben eindeutig den Richtungswechsel hin zur Europäischen Union vollzogen. Daher bin ich der Meinung, dass die EU zugunsten einer Aufhebung der für die Bürger dieser drei Länder bestehenden Visumpflicht entscheiden muss. Ihre Regierungen haben gezeigt, dass sie die gleichen Werte wie wir hochhalten. Ein positiver Beschluss würde den in Mazedonien, Serbien und Montenegro so dringend benötigten internen Reformen somit neuen Anstoß geben.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich. – (RO) Ich begrüße die Initiative der Kommission, die Visumregelung für Bürger der westlichen Balkanregion, genauer gesagt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Serbien und Montenegro, abzuschaffen. Derartige Maßnahmen mit dem Ziel, diese Staaten und die EU hinsichtlich der Integration näher zusammenzubringen, werden das Konfliktpotential in der Region erheblich reduzieren. Was Rumänien mit seiner Grenze zu Serbien anbetrifft, so kann eine derartige Maßnahme nur als ein weiterer Garant für freundschaftliche grenzüberschreitende Beziehungen dienen. Diese Initiative wird zu mehr Freizügigkeit für die rumänische Bevölkerung in Rumänien und Serbien führen und zudem die Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen unserem Land und Serbien und Montenegro fördern. Ich bin zuversichtlich, dass die Abschaffung der Visumregelung für die drei vorgenannten Länder nur den Anfang eines Prozesses darstellt und diese Maßnahme später auf Albanien und Bosnien und Herzegowina ausgeweitet wird. Obwohl letztere die Anforderungen der Kommission noch nicht erfüllt haben, glaube ich, dass mit konzertierten Anstrengungen die Ergebnisse innerhalb kurzer Zeit für sich sprechen werden. Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich betonen, dass die Aufhebung der Visumpflicht und Schaffung von Freizügigkeit für die Menschen auf dem westlichen Balkan keine Ängste hervorrufen, sondern die Ansicht festigen sollten, dass Europas Sicherheitszone zum Nutzen von uns allen ausgeweitet wird.

Iuliu Winkler (PPE), schriftlich. – (HU) Nach jeder Erweiterung ist die Europäische Union stärker geworden, nicht nur weil ein gemeinsamer Markt für fast 500 Mio. Bürger entstanden ist, sondern auch weil sie ein Garant für Stabilität in Mittel- und Osteuropa ist. Die Balkanländer sind ein fester Bestandteil Europas. Weder die Wirtschaftskrise noch die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon dürfen die in Richtung eines Beitritts dieser Länder zu der Europäischen Union führende Entwicklung verzögern.

Ich glaube fest an die zentrale Bedeutung der Ausweitung des Expansionsprozesses auf den Balkan, den die Europäische Union unterstützen muss, um ihre globale Rolle zu stärken. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Aufholprozess der Balkanländer, neben der Heilung der Wunden aus dem blutigen Krieg am Ende des 20. Jahrhunderts, die Stabilität der Europäischen Union und das Wohlergehen der Region gewährleistet. Die Abschaffung der Visumpflicht für Serbien, Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ist ein Ereignis von entscheidender Bedeutung für diese Länder als Teil ihres Aufholprozesses, während sie gleichzeitig die Verpflichtung der Europäischen Union gegenüber dieser Region widerspiegelt.

Diese Entwicklung muss entschlossen fortgeführt werden. Sie wird dann Bosnien und Herzegowina, Albanien und – zum gegebenen Zeitpunkt – das Kosovo in die Lage versetzen, so schnell wie möglich, nachdem die einschlägigen Bedingungen erfüllt wurden, von der Umsetzung des visumfreien Reiseverkehrs zu profitieren. Ich unterstütze vorbehaltlos die Ansicht der europäischen Politiker, die glauben, dass eine Unterdrückung der Ambitionen der Balkanländer auf einen Beitritt zur EU unvorhersehbare, negative Folgen nach sich ziehen würde.

15. Lage in Litauen nach der Annahme des Gesetzes zum Schutz der Jugend (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über:

- die mündliche Anfrage an den Rat von Frau Sophia in 't Veld, Frau Jeanine Hennis-Plasschaert, Herrn Leonidas Donskis, Herrn Gianni Vattimo, Frau Sarah Ludford, Frau Ulrike Lunacek, Herr Raül Romeva i Rueda, Herrn Jean Lambert und Frau Judith Sargentini im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz bezüglich des litauischen Gesetzes zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen (O-0079/2009 – B7-0201/2009),

- die mündliche Anfrage an die Kommission von Frau Sophia in 't Veld, Frau Jeanine Hennis-Plasschaert, Herrn Leonidas Donskis, Herrn Gianni Vattimo, Frau Sarah Ludford, Frau Ulrike Lunacek, Herrn Raül Romeva i Rueda, Herrn Jean Lambert und Frau Judith Sargentini im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz bezüglich des litauischen Gesetzes zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen (O-0080/2009 – B7-0202/2009),

- die mündliche Anfrage an den Rat von Herrn Rui Tavares, Frau Cornelia Ernst, Herrn Cornelis de Jong, Frau Marie-Christine Vergiat, Herrn Willy Meyer und Herrn Kyriacos Triantaphyllides, im Namen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke bezüglich des litauischen Gesetzes zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen (O-0081/2009 – B7-0204/2009),

- die mündliche Anfrage an die Kommission von Herrn Rui Tavares, Frau Cornelia Ernst, Herrn Cornelis de Jong, Frau Marie-Christine Vergiat, Herrn Willy Meyer und Herrn Kyriacos Triantaphyllides im Namen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke bezüglich des litauischen Gesetzes zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen (O-0082/2009 – B7-0205/2009),

- die mündliche Anfrage an den Rat von Herrn Michael Cashman, Herrn Claude Moraes und Frau Emine Bozkurt im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament bezüglich des litauischen Gesetzes zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen (O-0083/2009 – B7-0206/2009) und

- die mündliche Anfrage an die Kommission von Herrn Michael Cashman, Herrn Claude Moraes und Frau Emine Bozkurt im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament bezüglich des litauischen Gesetzes zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen (O-0084/2009 – B7-0207/2009).

Sophia in 't Veld, Verfasserin. – Frau Präsidentin, ich finde, wir reden hier heute über ein sehr wichtiges Thema. Dabei geht es um europäische Werte. Wie haben eine mündliche Anfrage vorgelegt. Zudem haben wir eine gemeinsame Entschließung über das angeblich den Schutz der Jugend behandelnde litauische Gesetz verfasst. In Wirklichkeit bewirkt es das genaue Gegenteil, denn dieses Gesetz begünstigt möglicherweise Ignoranz, Tabuisierung und Stigmatisierung. Es wird junge und verletzte homosexuelle bzw. transsexuelle Menschen Schikanen und Ausgrenzung aussetzen. Es wird daher zu unermesslichem Leid bei jungen Leuten führen, genau den Leuten, die dieses Gesetz vorgeblich schützen soll. Statt Schutz bringt es den jungen Leuten Unglück.

Deshalb haben wir diese Anfrage gestellt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Sommer einen Brief von Herrn Kommissar Barrot erhalten haben, in dem er die Besorgnis der Europäischen Kommission über dieses Gesetz ausdrückt. Zudem teilt er mit, dass die Europäische Kommission das Gesetz genau im Auge behalten und die Übereinstimmung nationaler Rechtsvorschriften mit den europäischen Rechtsvorschriften und

Prinzipien sicherstellen wird. Ich halte dies für sehr wichtig, denn die Europäische Kommission sollte nicht nur bei einer Verletzung von Binnenmarktvorschriften intervenieren, sondern auch, und zwar insbesondere, wenn europäische Werte missachtet werden. Wir können Diskriminierung nicht einfach hinnehmen. Europa ist eine Wertegemeinschaft – Werte, die meines Wissens von der Mehrheit unserer litauischen Mitbürger geteilt werden. Wir alle sind Europäer.

Was die Entschließung angeht, wehrte Kollegen, so möchte ich um Ihre ausdrückliche Unterstützung für die Entschließung bitten, insbesondere für die darauf abzielende Änderung, einen Verweis auf die bestehenden Antidiskriminierungs-Richtlinien einzufügen, denn dies ist meiner Meinung nach das absolut Mindeste. Ich bitte ebenfalls um Ihre Unterstützung für den Entschließungsantrag, die Agentur für Grundrechte um ein Rechtsgutachten zu diesem Gesetz zu ersuchen.

Schließlich bin ich der Meinung, dass wir als ein Europäisches Parlament – falls wir die Entschließung morgen annehmen stolz sein können, das Sprachrohr für die gemeinsamen europäischen Werte zu sein.

Ulrike Lunacek, Verfasserin. – Frau Präsidentin! Wie meine Vorrednerin schon gesagt hat, gefährdet dieses Gesetz, das in Litauen beschlossen wurde, die europäischen Werte, europäisches Recht, aber auch die Freiheit von Menschen, nämlich die Freiheit gerade von jungen Menschen, die lesbisch, schwul, bisexuell oder vielleicht auch transgender sind, ihr Leben ohne Angst leben zu können. Denn diesem Gesetz zufolge sind diesbezügliche sachliche Informationen für diese Jugendlichen angeblich schädlich. Ich kann Ihnen sagen, was das bedeutet: Es bedeutet, dass diese Jugendlichen in Angst leben müssen, möglicherweise Depressionen bekommen. Wir wissen, dass gerade bei jungen Menschen, die lesbisch oder schwul sind oder denen in dieser *Coming-out*-Phase unklar ist, wie sie leben werden, eine erhöhte Rate von Selbstmordversuchen zu verzeichnen ist.

Dieses Gesetz verstößt massiv gegen europäische Werte. Deswegen hat es mich gefreut, Kommissar Barrot, dass es von Ihnen schon im Juli eine Antwort gab. Sie haben auch dem europäischen Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands (ILGA) geantwortet, dass die Kommission diesen Text analysieren und dann ihre nächsten Schritte darlegen würde. Mich interessiert heute: Was beabsichtigen Sie zu tun? Was haben Sie – und auch der Rat – schon gegenüber dem litauischen Parlament unternommen? Wir wissen, dass der frühere litauische Präsident und auch die neue Präsidentin, die früher Kommissarin war, dieses Gesetz nicht gutheißen. Aber das Parlament beharrt darauf. Ich bin froh, dass hier jetzt ein Vorschlag vorliegt, auch für eine Entschließung.

Ich hoffe sehr, dass wir alle gemeinsam morgen diese Entschließung annehmen und die Europäische Grundrechteagentur ersuchen können, zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen, denn dafür ist sie da. Es müsste in diesem unserem gemeinsamen Europa mittlerweile ganz klar sein, dass lesbisches und schwules Leben nicht aus Familien und nicht aus Schulen verschwindet, nur weil ein Gesetz die Information darüber verbietet. Anderssein ist normal – auch in diesem unserem gemeinsamen Europa!

Rui Tavares, Verfasser. – (PT) Meine Damen und Herren, zu Beginn dieses Gesetz steht der Anspruch, Kinder gegen das Propagieren von Homosexualität in öffentlichen Informationen schützen zu wollen. Was heißt das eigentlich? Bedeutet es, dass ich als Kinobesitzer in Vilnius nicht ein Poster für den Film *Brokeback Mountain* aufhängen kann, obwohl ich es vielleicht möchte? Heißt es, dass ich in einem öffentlich zugänglichen Raum, Theater oder einer Universität in Litauen nicht über Homosexualität referieren kann? Heißt es – wie bereits im litauischen Parlament erörtert –, dass ich gemäß den in Litauen derzeit diskutierten Änderungen des Strafgesetzbuches eine Geldstrafe von bis zu 1 500 EUR zahlen oder einen Monat lang gemeinnützige Arbeit leisten müssen? Kann zum Beispiel in einem Fernsehprogramm ein glückliches homosexuelles Paar gezeigt werden, oder dürfen nur unglückliche Paare auftreten?

Meine Damen und Herren, gerade das Datum, an dem diese Änderungen des Gesetzes über den Schutz der Jugend in Litauen verabschiedet wurden, hat mich erstaunt: Es war der 14. Juli 2009. Nun ist der 14. Juli natürlich der Tag, an dem wir uns hier das erste Mal im Rahmen dieser siebten Wahlperiode versammelt haben und auch der Tag, der den 220. Jahrestag unserer europäischen Grundsätze kennzeichnet, einschließlich des Rechts auf das Streben nach Glück, des Prinzips der Meinungsfreiheit und sogar des Prinzips der Versammlungsfreiheit. Auch diese Versammlungsfreiheit ist nun in Gefahr, denn das litauische Parlament hat kürzlich erneut die Möglichkeit diskutiert, Veranstaltungen wie Gay Pride-Märsche zu verbieten.

Nun, als wir uns hier am 14. Juli 2009 zum ersten Mal versammelt haben, geschah dies weil wir die Pflicht hatten – eine heilige Pflicht, würde ich sagen – diese Werte zu verteidigen, und es sind genau diese Werte, die auf dem Spiel stehen. Wir wissen, wie so etwas anfängt, und wir wissen auch, wohin es unabwendbar führt. Was werden wir als nächstes tun? Einen Ausschuss einsetzen, um zu bestimmen, was und was nicht als das Propagieren von Homosexualität gilt? Wo – in Büchern, Theatern, Kinos, in der Werbung?

Vilnius ist eine der diesjährigen europäischen Kulturhauptstädte, und zwar verdienstermaßen sowie sicherlich sehr zur Freude aller Europäer. Der Status einer europäischen Kulturhauptstadt bringt auch Verpflichtungen mit sich: Die Verpflichtung allerdings, europäische Kultur in bester Absicht zu fördern und sie in diesem Jahr nicht aus den falschen Beweggründen ins Scheinwerferlicht zu rücken.

Ich rufe daher zu einer Stimmabgabe zugunsten unserer Entschließung auf und ersuche die Agentur für Grundrechte, ein Gutachten zu diesem sehr ernstesten Thema zu erstellen. Das ist sicherlich das Mindeste, das die Mitglieder dieses Parlaments unternehmen können.

Michael Cashman, Verfasser. – Frau Präsidentin, als Homosexueller darf ich wohl sagen, stolz darauf zu sein, dass dieses Parlament und auch andere die Stimme gegen das geplante Gesetz erheben. Zweifelsohne wird das geplante Gesetz die EU-Menschenrechtsverträge verletzen, insbesondere Artikel 6, sowie die Beschäftigungsrahmenrichtlinie und die allgemeinen Strategien zum Diskriminierungsverbot. Interessanterweise verletzt es auch gegen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, indem es der Diskriminierung junger Lesbierinnen und Homosexueller Vorschub leistet. Wer wird also dadurch geschützt und wovor?

1998 brachten die britischen Konservativen ein ähnliches Gesetz in Großbritannien ein. Damals wie heute wurde erkannt, dass solche Gesetze zu Zensur führen sowie Diskriminierung und Homophobie fördern: Diskriminierung und Homophobie, die das Leben der Menschen zerstören und auch ihre Spuren in den Seelen der Täter hinterlassen. Das geplante Gesetz ist von nichtstaatlichen Organisationen, einschließlich des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands, des Europarates und Amnesty International und Anderen verurteilt worden. Es greift junge Lesbierinnen und Homosexuelle an – Lehrer, Beamte – und könnte dazu herangezogen werden, jungen Menschen den Zugang zu allen Arbeiten von Homosexuellen oder Lesbierinnen – Filmen, Büchern, Theaterstücken, Kunstwerken – zu verwehren. Wird man versuchen, junge Menschen davon abzuhalten, die Werke von Plato, Shakespeare, Oscar Wilde, Walt Whitman, Tennessee Williams, Tschaikowsky und anderen zu lesen, die Musik von Elton John zu hören, oder Tennisassessoren wie Martina Navratilova zu Idolen zu machen? Es wird sogar die Art beeinflussen, wie junge und auch Menschen sonst sprechen, denken oder handeln. Und wozu? Junge Menschen benötigen Bildung anstatt Isolierung; sie müssen die Welt in ihrer ganzen Vielfalt verstehen und Respekt gegenüber denen, die anders sind, lernen. Die Liebe eines Menschen zu einem anderen wird nicht durch Geschlecht oder Sexualität gemindert: es bleibt Liebe.

Lesbierinnen und homosexuelle Männer sind gewöhnliche Männer und Frauen, die auf Grund der Besessenheit von Extremisten mit unserem Sexualleben und die Verleumdung, Lesbierinnen und homosexuelle Männer seien eine Gefahr für die Gesellschaft, zu etwas Außergewöhnlichem erhoben werden. Dies ist eine abscheuliche Verdrehung der Fakten. Zivilisierte Gesellschaften werden nicht danach beurteilt, wie sie ihre Mehrheiten, sondern wie sie ihre Minderheiten behandeln. Daher sage ich den Litauern und Menschen in ganz Europa: Lehnen Sie diesen gefährlichen Rückschritt in die Vergangenheit ab.

(Beifall)

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, erlauben Sie mir, zu Beginn hervorzuheben, dass die Meinungsfreiheit und das Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtszugehörigkeit Meilensteine unserer demokratischen Gesellschaften sind. Unsere Union stützt sich auf verschiedene Prinzipien und Werte, und es wird erwartet, dass diese von allen Mitgliedstaaten hochgehalten werden. Wir können nicht auf die Achtung von Menschenrechten in anderen Ländern bestehen und uns dafür stark machen, wenn wir selbst nicht in der Lage sind, diese wesentlicher Grundsätze innerhalb der EU aufrecht zu erhalten.

Diese Grundrechte und insbesondere die Meinungsfreiheit sowie das Recht, nicht diskriminiert zu werden, würdigt Artikel 6 des Gründungsvertrages der Europäischen Union, weiterhin finden sie sich in den Artikeln 10 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Zudem sind diese Prinzipien in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgeführt. Auf Gemeinschaftsebene gibt es Rechtsvorschriften, um diesen Bereich abzusichern. Die Richtlinie 2000/78/EG verbietet eine Diskriminierung am Arbeitsplatz wegen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Im letzten Jahr hat die Kommission einen Vorschlag eingebracht, um diesen Schutz auf weitere Bereiche auszuweiten.

Dieser Vorschlag wird gegenwärtig im Rat diskutiert und das Parlament hat bereits eine befürwortende Stellungnahme abgegeben. Wir begrüßen diese Initiative und hoffen, dass sie in Kürze angenommen werden wird.

Hier geht es um Rechtsvorschriften auf europäischer Ebene. Auf nationaler Ebene können Mitgliedstaaten nationale Rechtsvorschriften in dem Bereich Grundfreiheiten und -rechte beschließen, vorausgesetzt – und ich wiederhole: vorausgesetzt –, diese Rechtsvorschriften befinden sich vollständig im Einklang mit den primären und sekundären Rechtsvorschriften der Union und der Gemeinschaft, fallen in einen Bereich, in dem die Gemeinschaft keine ausschließliche Kompetenz hat und werden durch die Tatsache rechtfertigt, dass es auf Unions- bzw. Gemeinschaftsebene keine Rechtsvorschriften gibt.

Das umstrittene, im Juli vom litauischen Parlament angenommene Gesetz und der derzeit zur Diskussion stehende Änderungsvorschlag zum Strafgesetzbuch und Verwaltungsrecht erregen selbstverständlich große Besorgnis bei dem schwedischen Ratsvorsitz. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist.

Aus unserer Sicht missachtet ein Gesetz mit dem Anspruch, das Propagieren einer bestimmten sexuellen Ausrichtung zu verbieten, Grundwerte wie Meinungsfreiheit und die Tatsache, dass alle Menschen gleich sind. Diese Haltung hat der Ratsvorsitz bei Kontakten mit der litauischen Regierung wiederholt deutlich gemacht.

Was die von Mitgliedern in ihren Reden angesprochenen überwiegend rechtlichen Fragen angeht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Rat hier keine förmliche Einflussnahme ausüben kann. Die Vereinbarkeit von nationalen Rechtsvorschriften mit den Verträgen ist weder eine Angelegenheit des Rates, noch der Agentur für Grundrechte. Es ist Aufgabe der Kommission zu beurteilen, ob ein Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen gemäß den Verträgen nachkommt. Dies beinhaltet nicht nur die Überwachung, ob die Rechtsvorschriften der Union und Gemeinschaft ordnungsgemäß umgesetzt und auf nationaler Ebene eingeführt werden, sondern auch die Sicherstellung, dass Primärrecht auf europäischer Ebene konsistent eingehalten wird. Um vorwegzunehmen, was Herr Barrot sicherlich sagen wird: Die Kommission kann geeignete Verfahren einleiten, wenn sie der Ansicht ist, dass von einem Mitgliedstaat primäre oder sekundäre Rechtsvorschriften nicht eingehalten werden.

Was Artikel 13 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft anbelangt, so wäre der Rat sehr beunruhigt, wenn ihm Fälle von Diskriminierung wegen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zur Kenntnis gelangen würden. Es ist jedoch ein Vorschlag der Kommission erforderlich, um den Rat zu veranlassen, eine Diskussion einzuleiten, ob eine Diskriminierung stattfindet und welche Maßnahmen ggf. zu treffen sind. Ebenso kann der Rat gemäß Artikel 7 des Vertrages nur dann tätig werden, wenn ein Drittel der Mitgliedstaaten oder die Kommission einen solchen ordnungsgemäß begründeten Vorschlag vorbringen. Da das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, ist kein entsprechender Vorschlag vorgelegt worden.

Ich kann den Mitgliedern versichern, dass das Thema der Diskriminierung von Menschen, die unter den Begriff LGTB fallen, auf der Agenda des schwedischen Vorsitzes steht. Wir werden anlässlich eines Gleichstellungsgipfels vom 16.-17. November in Stockholm darüber sprechen.

Selbstverständlich nehmen wir die Sorgen des Europäischen Parlaments sehr ernst. Es geht hier um die Achtung von Grund- und Menschenrechten. Formal gesehen, muss dieses Thema jedoch innerhalb des rechtlichen und institutionellen Rahmens behandelt werden. Als Vertreterin des Rates habe ich mich bemüht, die Fragen so genau wie möglich zu beantworten sowie die Grenzen aufzuzeigen. Ich freue mich darauf, die Standpunkte der Vertreter der Kommission in dieser Angelegenheit zu hören.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Frau Präsidentin, die Frau Ministerin hat die rechtlichen Aspekte dieses Problems hervorragend erläutert.

Ich möchte hierzu sagen, dass die Kommission wiederholt jegliche Form von Homophobie scharf verurteilt hat. Dieses Phänomen stellt eine ungeheuerliche Verletzung der menschlichen Würde dar. Namentlich am 23. April 2007, während der Plenarsitzung, in der die Entschliebung zu Homophobie in Europa angenommen wurde, hat die Kommission diese Haltung vor dem Europäischen Parlament nochmals bekräftigt.

In Bereichen, die in unter die Zuständigkeiten der Gemeinschaft fallen, wird von der Europäischen Union die Achtung der Grundrechte verlangt, dasselbe gilt für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Unionsrecht. Hierbei handelt es sich um zwingende Grundsätze des Gemeinschaftsrechts.

Das litauische Gesetz zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen fällt weitgehend in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft, da seine Inhalte die Umsetzung der Richtlinien über audiovisuelle Dienste und über den elektronischen Geschäftsverkehr betreffen.

Daher hatte die Kommission die litauischen Behörden sogar schon vor der Annahme des Gesetzesentwurfes darüber informiert, dass bestimmte Maßnahmen in diesem Gesetz ernste Bedenken bezüglich deren Vereinbarkeit mit den Grundrechten und dem Gemeinschaftsrecht hervorrufen würden. Trotz dieser Warnung scheint es, dass die aktuelle Fassung des am 14. Juli dieses Jahres angenommenen Gesetzes die seitens der Kommission zuvor zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen nicht zerstreut.

In diesem Zusammenhang kann die Kommission lediglich Vorbehalte äußern, und zwar ernste Vorbehalte, hinsichtlich der Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit den Grundsätzen der Meinungsfreiheit, dem allgemeinen Diskriminierungsverbot und mit den Kinderrechten, einschließlich deren Recht auf Zugang zu notwendigen Informationen für ihre Entwicklung.

Die Kommission wird nicht zögern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts und in diesem Zusammenhang natürlich auch der Grundrechte sicherzustellen.

Nach der Kommission übermittelten Informationen ist auf Initiative der Präsidentin, Frau Grybauskaitė, eine Arbeitsgruppe in Litauen gebildet worden, um zusätzliche Änderungen zu diesem Gesetz einzubringen. Diese Änderungsvorschläge müssten Ende Oktober erfolgen. Die Kommission wird selbstverständlich das Ergebnis der Arbeit dieses Ausschusses und den Inhalt der Änderungen abwarten, bevor sie eine endgültige Stellungnahme zu der in Kraft tretenden Gesetzesfassung abgeben wird. Ich kann in der Tat nur Frau Malmströms sehr klare Position unterstützen, dass es Aufgabe der Kommission ist, die Situation zu beobachten und letztendlich Sanktionen vorzuschlagen bzw. Verletzungen von Verordnungen der Europäischen Union und erst recht von Grundrechten zu ahnden.

Diese Informationen wollte ich Ihnen mitteilen und Ihnen zeigen, dass unsere Haltung in dieser Angelegenheit sehr eindeutig ist.

Vytautas Landsbergis, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, ungeachtet der Tatsache, dass es erst im März in Kraft treten wird, enthält das derzeit kritisierte und erörterte Gesetz nur eine einzige Zeile, in der das Propagieren von Homosexualität gegenüber Jugendlichen verboten wird; das ist der überaus störende Teil.

Die Präsidentin der Republik Litauen hat die Initiative ergriffen, indem sie unverzüglich klärende Änderungen vorgelegt hat. Somit rennt unsere Entschließung praktisch offene Türen ein. Was wir jedoch tun sollten, ist uns auf die Absicht des Parlaments zu konzentrieren.

Die Schlüsselwörter in der störenden Zeile über das Propagieren von Homosexualität gegenüber Jugendlichen sind „Propagieren“ bzw. „Jugendliche“ – und nicht „Homosexualität“, wie manche meinen. Der Möglichkeit eines direkten Propagierens gegenüber Jugendlichen wurde durch die Verabschiedung eines Gesetzes Rechnung getragen. „Propagieren“ stellt eine absichtliche Handlung dar, die über die derzeit im Rahmen der Sexualerziehung vermittelten einfachen und notwendigen Informationen hinausgeht, zu der es auch eine Toleranzklausel in Bezug auf homosexuelle Anziehung und Liebe geben sollte.

Wenn wir die Angelegenheit mit offenen Augen betrachten, kann das Propagieren von Homosexualität gegenüber Jugendlichen ziemlich oft deutlich mehr beinhalten, von der Ermutigung, es auszuprobieren, bis zu der Verführung von Jugendlichen, sogar für die homosexuelle Prostitution. Die Medien könnten von diesem Geschäft profitieren, möglicherweise indem sie das Propagieren gegenüber der Jugend weiter verbreiten.

Liebe Kollegen, Eltern und Großeltern, bitte hören Sie jetzt auf ihr Gefühl. Würden Sie es befürworten, ihren Nachwuchs all diesen Gefahren frei auszusetzen?

(Zwischenrufe aus dem Plenarsaal)

OK, bei Ihnen ist das der Fall.

Was, wenn er diesem speziellen „Propagieren“ regelmäßig und ohne Einschränkungen ausgesetzt ist? Es scheint, als müssten wir uns zwischen zwei Erwägungen entscheiden: zum einen – falls jemand durchtriebene Doktrinen mag – dem Recht der Kinder auf geistige Misshandlung, zum anderen dem Recht der Kinder auf Schutz vor Misshandlung. Die Selbstbestimmung der Kinder ist für ihre späteren Jahre geeignet.

Ich schlage vor, die sich sowohl auf die Konvention über die Rechte des Kindes als auch auf die Erklärung der Rechte des Kindes berufenden Haltungen zu unterstützen und Absatz 1, der im Augenblick irrelevant und daher unangemessen für Europas höchstes Parlament ist, zu löschen.

Claude Moraes (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Landsbergis hat eine überhaupt nicht überzeugende Rechtfertigung dieses Gesetzes vorgebracht. Das hat mich erstaunt; ich dachte er würde stärker dafür eintreten. Der Rat und die Kommission haben ihre große Besorgnis zum Ausdruck gebracht, und das ist der richtige Weg. Antidiskriminierung und Meinungsfreiheit sind tragende Grundsätze im europäischem Recht.

Wie Herr Cashman zuvor erwähnte, gab es 1988 ein solches Gesetz in dem Mitgliedstaat, aus dem ich stamme, aber das ist nun Geschichte, und dieses Gesetz wird auch Geschichte werden, da die größte Stärke der EU in ihrer Eigenschaft als eine Wertegemeinschaft in unserem gemeinsamen Streben liegt, die Messlatte für Menschenrechte und den Schutz unserer Grundfreiheiten immer höher zu legen. Ferner ist es schwierig, wenn ein Mitgliedstaat wegen einer möglichen Verletzung dieses Gesetzes im Mittelpunkt des Interesses steht, aber durch unsere Wertegemeinschaft können wir diese Gesetze analysieren und ebenso wie die Kommission und der Rat zum Ausdruck bringen, dass sie große Besorgnis bei uns hervorrufen.

Die Agentur für Grundrechte sollte ihre Arbeit tun und ihr Gutachten abgeben, laut Feststellung der Kommission und des Rates bestehen Probleme mit der Rechtslage, den Antidiskriminierungsgesetzen in der Europäischen Union. Wir sollten das, was wir haben, verteidigen und sicherstellen, dass die Sozialistische Fraktion gemeinsam mit unserer Schwesterpartei in Litauen dieses Gesetz verwerfen wird, und lassen Sie uns hoffen, dass dies auch geschehen wird – dass es in der Mottenkiste der Geschichte verschwinden wird.

(Beifall)

Leonidas Donskis, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, das litauische Gesetz zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen stellt sich in den Augen von Menschenrechtsverteidigern und Medienleuten in Litauen sowie darüber hinaus als übermäßig homophob und zutiefst undemokratisch dar.

Lassen Sie mich bitte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass der frühere Präsident von Litauen, Valdas Adamkus, Veto gegen dieses Gesetz eingelegt hatte, er wurde jedoch von dem litauischen Parlament überstimmt. Darüber hinaus ist dieses Gesetz von der aktuellen Präsidentin von Litauen, Dalia Grybauskaitė, scharf kritisiert worden. Es wurde in den litauischen Medien, von Kommentatoren und Bürgerrechts- und Menschenrechtsverteidigern, die seinen homophoben Gehalt zusammen mit den außerordentlich gefährlichen politischen Begleiterscheinungen wie Zensur und Selbstzensur herausstellten, vehement verurteilt.

Wenn überhaupt, hat dieses Gesetz wenig mit dem Schutz von Kindern zu tun. Stattdessen richtet es sich gegen die homosexuellen und lesbischen Bürger des Landes. Wie auch immer der Fall gelagert ist, die Gleichsetzung von Homosexualität mit physischer Gewalt und Nekrophilie ist moralisch abstoßend und zutiefst verachtenswert. Trotzdem fällt es schwer zu glauben, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in einem EU-Land möglich ist. Für mich persönlich stellt dieses Gesetz gelinde gesagt einen unglücklichen Schachzug und ein schwerwiegendes Missverständnis dar.

Derzeit werden im litauischen Parlament Änderungen des Paragraphen 310 des Strafgesetzbuches und Paragraphen 214 des Verwaltungsgesetzbuches erörtert, die unter Androhung einer Geldstrafe, gemeinnütziger Arbeit oder einer Gefängnisstrafe die Kriminalisierung aller an dem Propagieren von Homosexualität in einem öffentlichen Raum beteiligten Personen zur Folge haben werden. Wenn dies kein Ruck in Richtung staatlich geförderter Homophobie und Kriminalisierung der öffentlichen Äußerung unserer homosexuellen und lesbischen Bürger ist, was ist es dann?

Zu guter Letzt ist dieses Gesetz eine Schande, der Versuch jedoch, es zu verschleiern, zu trivialisieren und im Grunde zu rechtfertigen, wäre noch erbärmlicher. Damit möchte ich sagen, dass ich die Entschließung voll und ganz unterstütze.

Raül Romeva i Rueda, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (ES) Meine Damen und Herren, dies ist ein entscheidender Moment im europäischen Integrationsprozess, denn noch bis vor kurzem hätten wir diese Art von Aussprache sicherlich nicht geführt. Der Grund dafür liegt schlicht und ergreifend in der Tatsache begründet, dass kein Parlament jemals die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in Erwägung gezogen hätte.

Dies bedeutet, dass es sich hier nicht um eine interne Frage litauischer Politik handelt. Einfach gesagt, müssen wir die Schlussfolgerung ziehen, dass wir es hier mit einem Punkt zu tun haben, der den Fortbestand europäischer Glaubwürdigkeit direkt angeht. Kein Teil der Europäischen Union – und hier haben wir die drei Organe – kann es sich leisten, seine Stimme nicht zu erheben, derweil ein Mitgliedstaat Gesetze

verabschiedet, die etwas so Universelles verfolgen und kriminalisieren wie das Recht, sich die Person, mit der man emotionale oder sexuelle Bindungen eingehen möchte, und zwar unabhängig von Alter und Geschlecht, selbst auszuwählen.

Herr Landsbergis, normal über Homosexualität, Bisexualität und Transsexualität zu sprechen, ist der beste Garant dafür, einem Kind die Möglichkeit zu geben, mit seiner oder ihrer Sexualität zu leben, mit Respekt vor der eigenen Person und der übrigen Gemeinschaft.

Dies ist wichtig, denn zur Zeit liegt uns besonders die Gewährleistung einer gesunden Entwicklung, ohne Zwang bzw. negative Klischees oder eine Kriminalisierung der Kindheit am Herzen. Genau das können wir schaffen, indem wir eine normale Aussprache über die Situation führen, so wie wir es gerade tun, und nicht auf Verbote bzw. eine Kriminalisierung zurückgreifen.

Konrad Szymański, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Das Gesetz zum Schutz der Jugend in Litauen wurde aus Besorgnis über die emotionale und psychologische Entwicklung jüngster Konsumenten von Medien entworfen, deren Präsenz im Leben der Kinder zunimmt. Ein weiteres Anliegen der litauischen Gesetzgeber war, dass Kinder gemäß den Überzeugungen ihrer Eltern aufgezogen werden sollten. Meiner Ansicht nach würde keiner in diesem Parlament behaupten, hierbei handele es sich nicht um wichtige und brennende Fragen. Die Absichten verdienen Wertschätzung und keine Kritik, auch wenn es jetzt hauptsächlich nicht darum geht.

Kein Artikel dieses Gesetzes verstößt gegen europäisches Recht, und in den meisten Fällen berührt das Gesetz noch nicht einmal europäisches Recht. Die in der schriftlichen Anfrage angesprochenen Punkte fallen mit Bestimmtheit unter die Zuständigkeit nationaler Gesetze der Mitgliedstaaten. Niemand hat der Europäischen Union die Befugnis erteilt, in diesen Bereichen tätig zu werden. Das ist der wesentliche Grund, aus dem wir es ablehnen, diese Frage auf europäischer Ebene zu behandeln, und weshalb wir niemals einer gewissen Ideologie zustimmen werden, die eine Überschreitung der Befugnisse europäischen Rechts rechtfertigt.

Dies ist auch der Grund dafür, weshalb wir keine der in dieser Angelegenheit vorgebrachten Entschlüsse unterstützen können.

Eva-Britt Svensson, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (SV) Frau Präsidentin, hier geht es nicht um Ideologie. Meiner Meinung nach geht es um die Gleichwertigkeit aller Menschen. Auch ich möchte der Kommission und dem Rat für ihre außergewöhnlich klare Haltung danken. Ich bin davon überzeugt, dass Parlament, Kommission und Rat in Bezug auf diese Verletzung von Grundwerten jetzt im Einklang miteinander handeln.

Wir reden über die EU und die Achtung der EU vor grundlegenden Menschenrechten. Das muss auch für alle einzelnen Mitgliedstaaten gelten. In der Praxis laufen die geplanten Rechtsvorschriften Gefahr, alle Informationen, die mit lesbischen, homo-, bi- und transsexuellen Themen (LGBT) zu tun haben, für illegal zu erklären. Stellen Sie sich nur einmal vor, wenn es den Menschen plötzlich verboten wäre, für die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Ausrichtung, zu kämpfen.

Es steht außer Zweifel, dass die geplanten Rechtsvorschriften einen Angriff auf die Menschenrechte darstellen. Ich möchte nicht einmal nachzählen, wie viele Menschenrechte betroffen sind. Ich möchte einfach kurz und bündig sagen: Diese Entschließung wird von mir nach besten Kräften unterstützt. Ich hoffe, dass sich das Parlament bei der Abstimmung zugunsten dieser Entschließung morgen so geschlossen wie möglich zeigen wird.

Véronique Mathieu (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte vor allem unterstreichen, wie wichtig der Europäischen Union, dem Parlament und allen unseren Kolleginnen und Kollegen der Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung ist, insbesondere Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung.

Worüber sprechen wir heute? Wir sprechen über einen Gesetzesentwurf in Litauen, der ein Problem darstellt, ein so großes Problem, dass Frau Grybauskaitė sich eingeschaltet hat. Sie hat ihr Veto eingelegt; sie hat sogar eine Arbeitsgruppe gebildet, die uns Änderungsvorschläge unterbreiten wird. Daher habe ich vollstes Vertrauen in sie, und ich bin sicher, dass das Problem geklärt werden und der betroffene Mitgliedstaat eine Lösung für die schwerwiegende Problematik der Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung finden wird. Wir haben Konsultationen geführt, einige Fraktionen haben eine Entschließung vorgeschlagen, und erfreulicherweise ist uns eine gemeinsame Entschließung gelungen. Daher bin ich überzeugt, meine Damen und Herren, dass diese gemeinsame Entschließung morgen angenommen und das Problem gelöst werden wird.

Natürlich ist der Schutz der geistigen und seelischen Gesundheit unserer Kinder wichtig, ich möchte Sie aber auch daran erinnern, dass der Kampf gegen jegliche Form sexueller Diskriminierung von zentraler Bedeutung ist. Darauf haben wir viele Jahre hingearbeitet. Wir haben die Agentur für Grundrechte. Diese hat einen Zweck. Wir haben für ihre Einrichtung gekämpft, und es kann heute keine Rede davon sein, sie aufzugeben oder auszuschließen.

Ich möchte Ihnen daher für Ihre Bereitschaft danken, diese gemeinsame Entschließung zu verabschieden. Ich danke all meinen Kolleginnen und Kollegen, die sich so intensiv bei den Verhandlungen eingesetzt haben. Es ist eine große Freude zu sehen, dass wir bei der Ausarbeitung dieser gemeinsamen Entschließung erfolgreich waren und ich hoffe, dass sie morgen in diesem Parlament verabschiedet wird.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Ich begrüße die Initiative des Europäischen Parlaments, eine Aussprache über das auf Grund der Bemühungen litauischer Parteien des rechten Flügels verabschiedete Gesetz zum Schutz der Jugend vor schädlichen Folgen öffentlicher Informationen anzustrengen. Es ist bedauerlich, dass das Gesetz ohne hinreichende Erörterung und Bewertung seiner Übereinstimmung mit internationalem Recht und dem Recht der Europäischen Union verabschiedet wurde. Die Stimmen nichtstaatlicher Organisationen trafen ebenfalls auf taube Ohren. Unter dem Deckmantel des hehren Ziels, die Rechte von Kindern zu schützen, wurde hier in Wirklichkeit eine rechtliche Basis geschaffen, um die Gesellschaft zu spalten, Informationen einzuschränken und einzelne Gesellschaftsgruppen zu diskriminieren. Der frühere litauische Präsident hat gegen den Gesetzesentwurf Veto eingelegt, während die neue Präsidentin eine Arbeitsgruppe eingerichtet hat, die dem Parlament im Laufe seiner Sitzungsperiode in diesem Herbst einen neuen Gesetzesentwurf vorlegen wird.

Ich hoffe, dass der politische Wille in Litauen ausreichen wird, um das Gesetz zu verbessern, zumal wir in der Verabschiedung und Umsetzung fortschrittlicher Gesetze in diesem Bereich Erfahrung haben. Dank der Bemühungen der litauischen Sozialdemokraten wurde vor sechs Jahren das Gesetz zur Chancengleichheit angenommen. Dieses verbietet jegliche direkte oder indirekte Diskriminierung wegen des Alters, der sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung, der Rasse oder der ethnischen Herkunft in allen Lebensbereichen. Ein ähnlicher Richtlinienvorschlag wird derzeit im Ministerrat diskutiert. Diese Entschließung des Europäischen Parlaments dürfte das litauische Parlament dazu ermutigen, ein entsprechendes, die Menschen- und Freiheitsrechte achtendes Gesetz anzunehmen, in dem kein Platz für irgendeine Art von Diskriminierung ist, auch nicht für Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Frau Ministerin, meine Damen und Herren, wie Sie alle bin ich schockiert über die Tatsache, dass es in Europa ein Parlament gibt, welches nicht nur in der Lage ist, Verordnungen dieser Art vorzuschlagen, sondern auch diese tatsächlich zu verabschieden. Dieses Gesetz stellt nicht nur eine unerträgliche Verletzung der Rechte von Homosexuellen und Lesbierinnen in Litauen dar, es schadet auch erheblich der Stellung von Homosexuellen in ganz Europa. Das litauische Parlament gibt ihnen zu verstehen, dass ihre sexuelle Ausrichtung etwas ist, wofür sie sich schämen und wovor Kinder geschützt werden müssen.

Ich erwarte von der Kommission und dem schwedischen Ratsvorsitz, gegenüber dem litauischen Parlament keine Zweifel daran zu lassen, dass Grundwerte wie die Gleichbehandlung und das Diskriminierungsverbot in Europa nicht verhandelbar sind – nicht jetzt, nicht in Zukunft und mit niemandem! Aus diesem Grund erwarte ich von dem Herrn Kommissar hier und jetzt das ausdrückliche Versprechen, dass die Kommission keinen Moment zögern wird, Litauen vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen, falls dieses Gesetz in Kraft tritt.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Litauen hat ein Gesetz verabschiedet, das einen wichtigen Schutz für Kinder und junge Menschen gegen die externen Folgen von Informationen bietet, die ihrer weiteren Entwicklung möglicherweise gravierend schaden. Es ist unstrittig, dass die Sozial- und Familienpolitik unter die Zuständigkeit der jeweiligen Mitgliedstaaten der EU fallen und daher kann Litauen durch keine europäische Initiative dafür verurteilt werden.

Das umstrittene Gesetz steht nicht im Widerspruch zu den internationalen Standards auf dem Gebiet der Menschenrechte. Ich habe mich mit dieser Frage befasst, und so liegen die Dinge. Ich bin ganz im Gegenteil davon überzeugt, dass das Gesetz die Abläufe stärkt, die Kinder davor zu schützen sollen, Informationen oder Bildern ausgesetzt zu werden, vor denen – und das möchte ich betonen – ihre eigenen Eltern sie schützen wollten.

Ich möchte auf eine einheitliche Anwendung des Subsidiaritätsprinzips drängen, welches von Irland in das dem Vertrag von Lissabon beigefügte Protokoll eingearbeitet wurde. Gleichwohl sind diese „Warnungen

gegenüber Mitgliedsländern und Mitgliedstaaten“ in so deutlich sensiblen Bereichen wie die Familie ein ernst zu nehmender Präzedenzfall.

Justas Vincas Paleckis (S&D). – (LT) Zum ersten Mal in der Geschichte des Europäischen Parlaments, in diesem hohen Haus, werden die Handlungen des litauischen Parlaments in einem negativen Zusammenhang erörtert. Egal wie unschuldig oder mit guten Absichten ausgestattet die Verfasser und Anhänger der erörterten Gesetze sind, sie haben uns bestimmt nicht den Weg ins Europa des 21. Jahrhunderts gewiesen. Meiner Meinung nach hat das übermäßige Vertrauen der Mehrheit im litauischen Parlament namens Seimas in den eigenen Gerechtigkeitssinn eine Rolle gespielt – uns kann keiner etwas vorschreiben, wir tun, was uns gefällt und scheren uns nicht um internationale Verpflichtungen. Diese Aussprache stellt eine sehr ernst zu nehmende Reaktion des Rates und der Kommission dar. Sie ist ein Warnsignal an die Gesetzgeber Litauens, dass wir keine Rückschritte beinahe ins Mittelalter machen dürfen, sondern in unseren Handlungen den Blick nach vorne richten müssen, indem wir von der Erfahrung und den Traditionen der Länder der Europäischen Union profitieren. Deshalb sind diese Diskussionen erforderlich, ebenso wie die Entschließung.

Cecilia Wikström (ALDE). – (SV) Frau Präsidentin, alle Menschen sind von Geburt an gleich und haben den gleichen unantastbaren Wert. Daher muss das Parlament heute eindeutig klarstellen, dass wir über die Bürger Europas reden, ungeachtet des betroffenen Mitgliedstaates. Da die Grundwerte der EU Toleranz, Offenheit und Freiheit sind, freut es mich, dass der neu gewählte Präsident der Kommission heute seine Absicht deutlich gemacht hat, einen Kommissar zu ernennen, dessen Portfolio genau diese Menschenrechtsfragen und Fragen der Grundfreiheiten umfassen wird.

Es ist besonders bedauerlich, dass ein Land wie Litauen – welches ehemals Unterdrückung und Diktatur erfahren hat – nun als ein freier und unabhängiger Staat ein so verachtenswertes Gesetz, das für Zensur, Unfreiheit und Intoleranz steht, initiiert hat. Alle unter uns, die demokratische Prinzipien befürworten und etwas gesunden Menschenverstand haben, müssen dieses litauische Gesetz nun auf das Heftigste anprangern, und morgen müssen wir abstimmen. Die Mitglieder dieses Parlaments sollten sich gegenseitig daran erinnern, dass die Liebe das Größte ist.

Anna Záborská (PPE). – (SK) 2006 wurde die Slowakei für das Ersuchen um Gewissensfreiheit verurteilt. Heute sieht sich Litauen mit der Gemeinschaft konfrontiert, weil das Land Kinder vor der Sexualisierung der Gesellschaft schützen möchte. Meiner Ansicht nach stellt diese Diskussion eine Verfälschung der Charta der Grundrechte dar, eines rechtsverbindlichen Dokumentes.

Dieses Parlament missachtet die Legitimität eines nationalen Parlaments, welches das Gesetz zweimal ohne Kritik angenommen hat. Dieses Parlament fordert ein Gutachten der Agentur für Menschenrechte. Die Agentur ist jedoch gar nicht befugt, die Auswirkungen nationaler Gesetze zu erforschen. Ich habe eine Frage: Was müssen wohl die Iren vor dem anstehenden Referendum denken? Sicherlich denken sie, dass schon in nicht allzu langer Zeit sie hier in diesem Parlament für ihre Gesetze zum Schutz der Familie und zum Schutz des Lebens kritisiert werden.

Ich bedauere, dass wir hier in diesem geschätzten Parlament nicht in der Lage sind, die europäischen Werte zu achten, nicht in der Lage sind, die Vielfalt und nationalen Kulturen zu achten, nicht in der Lage sind, den Schutz von Kindern und das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder zu achten.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, die drei Organe haben in dieser Aussprache meiner Ansicht nach ihren Standpunkt sehr deutlich gemacht. Die Achtung von Menschenrechten, Toleranz, die Unantastbarkeit des Individuums und das Diskriminierungsverbot wegen – unter anderem – sexueller Ausrichtung sind Grundwerte des Projektes Europa und müssen dies auch bleiben. Die Mitgliedstaaten haben die Pflicht, sowohl diese Werte als auch die in diesen Bereichen in der EU derzeit geltenden Rechte zu beachten.

Der Ratsvorsitz ist hinsichtlich des umstrittenen Gesetzes sehr besorgt, wir wissen jedoch, dass es auch in Litauen Aussprachen und Kritik dazu gibt. Wie bereits erwähnt, hat Präsidentin Grybauskaitė – sie war zuvor Kommissarin und ist mit den Werten und Gesetzen der EU bestens vertraut – eigens ein Verfahren angestrengt, in dessen Verlauf dieses Gesetz überprüft und eine Vereinbarkeit mit den EU-Rechtsvorschriften erreicht werden wird. Ich bin außerordentlich erfreut darüber, dass die Kommission so klare Signale über die weitere Vorgehensweise ausgesendet hat, sollte das Gesetz entgegen allen Erwartungen in seiner ursprünglichen Form in Kraft treten.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, ich stimme den Schlussfolgerungen der Frau Ministerin uneingeschränkt zu. Auch ich möchte einfach hoffen, dass die von Frau Grybauskaitė

gebildete Arbeitsgruppe die Einführung eines Gesetzes, das in mancher Hinsicht mit europäischem Recht in Konflikt stünde, verhindern kann.

Einen Punkt möchte ich noch hervorheben: Unsererseits wurde befürchtet, dass einige Bestimmungen dieses Gesetzes bestimmten Richtlinien über audiovisuelle Dienste und den elektronischen Geschäftsverkehr widersprechen könnten. Eigentlich ist es nicht unsere Aufgabe, das unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallende Familienrecht zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund ist ersichtlich, dass alles zuvor und im Laufe der Aussprache gesagte eher auf nationaler Ebene bewertet werden sollte, in diesem Fall in Litauen.

Die Präsidentin. – Nach Beendigung der Aussprache habe ich fünf Entschließungsanträge erhalten⁽²⁾, die gemäß Regel 115 der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe findet morgen, Donnerstag, den 17. September 2009, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Carlo Casini (PPE), schriftlich. – (IT) Mit meinem Urteil über den Entschließungsantrag zu dem Schutz der Jugend in Litauen möchte ich einer sehr ernsten Besorgnis auf institutioneller Ebene Ausdruck verleihen. Einzelne Abgeordnete oder politische Fraktionen beanspruchen oft für sich, die Innenpolitik einzelner Staaten betreffende Fragen anzusprechen: das erscheint falsch. In diesem Fall wird anscheinend mit dem löblichen Ziel des Schutzes der Jugend der Plan verfolgt, das Europäische Parlament dazu zu bewegen, eine überwiegend negative Stellung zu einem litauischen Gesetz zu beziehen dessen gesamter Inhalt nicht bekannt ist –, wobei so insgeheim eine Haltung auferlegt wird, welche die einzelnen Mitgliedstaaten eigentlich nach eigenem Ermessen bestimmen sollten. Ich darf vielleicht hinzufügen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dies wiederholt gefordert hat. Das Gleichheitsprinzip steht außer Zweifel, und niemand versucht, die Würde von Menschen mit bestimmten sexuellen Ausrichtungen in Frage zu stellen. Mein Vorbehalt ist institutioneller Natur, denn er betrifft die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und einzelnen Mitgliedstaaten.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Laut europäischem und internationalem Recht besteht ein Diskriminierungsverbot. Die Verträge, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Charta der Grundrechte enthalten diesbezügliche Bestimmungen. Kein Mitgliedstaat kann Gesetze erlassen, die im Widerspruch zu diesen Dokumenten stehen.

Das litauische Gesetz ist inakzeptabel, denn es ist absurd und seinem Wesen nach homophob. Homophobie ist eine Krankheit. Menschen, die Hass gegenüber Homosexuellen empfinden, verdienen kein Mitleid. Sie sind nur homophob, sondern zeigen vielmehr eine chauvinistische Einstellung in Bezug auf die sexuelle Ausrichtung. Und wie bei allen anderen Chauvinisten muss dem entgegengetreten werden bzw. es sind angemessene Gesetze gegen sie zu erlassen.

1990 hat die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität aus der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und Gesundheitsprobleme genommen. Sie bestätigte zudem, dass die sexuelle Ausrichtung in keiner Form eine Fehlsteuerung darstellt.

In allen Gesellschaften, einschließlich der litauischen Gesellschaft, gibt es Lesbierinnen, Homosexuelle und Bisexuelle. Ihr Anteil an der Bevölkerung beträgt 4 bis 7 %. Sie stellen eine Minderheit dar, der sämtliche Rechte zustehen. Die Demonstrationen für Gleichberechtigung, welche manchen Menschen solche Probleme bereiten, werden unter anderem aus dem Grund organisiert, die Menschen an diesen wesentlichen Grundsatz der Gleichberechtigung zu erinnern.

Aus diesem Grund appelliere ich an den Rat und an den Ratsvorsitz, angemessene Schritte zu unternehmen, um Mitgliedstaaten an dem Erlass diskriminierender Rechtsvorschriften zu hindern. Wir müssen zeigen, dass die Europäische Union ein klares NEIN zu Diskriminierung und Intoleranz sagt.

⁽²⁾ Siehe Protokoll.

VORSITZ: Diana WALLIS*Vizepräsidentin***16. Fragestunde (Anfragen an den Rat)**

Die Präsidentin. – Der nächste Punkt ist die Fragestunde (B7-0203/2009).

Es werden die folgenden Fragen an den Rat gerichtet.

Frage Nr. 1 von Frau **Marian Harkin** (H-0259/09)

Betrifft: Tierschutz

Der Tierschutz ist eine der Prioritäten der schwedischen Präsidentschaft, und einige Länder, wie z.B. Irland, haben bereits erfolgreiche Tierschutzprogramme im Zusammenhang mit dem Lebendtransport von Tieren, darunter das Tierschutzprogramm für Mutterkühe, geschaffen, das dazu beitragen soll, dass abgesetzte Kälber, die für den Export bestimmt sind, widerstandsfähiger sind und den Transport besser durchstehen können. Hat die schwedische Präsidentschaft vor, in Anbetracht dessen solche Programme für den Lebendtransport von Tieren zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass in allen neuen Rechtsvorschriften ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem anhaltenden Export von lebenden Tieren und der Gewährleistung des Tierschutzes hergestellt wird? Da Irland eine Insel ist und in starkem Maße auf den Ausfuhrhandel mit abgesetzten Tieren angewiesen ist, wird ferner um Auskunft darüber gebeten, ob es seitens der schwedischen Präsidentschaft Vorschläge gibt, durch die dieser für Irland so wichtige Handel beeinträchtigt würde.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, ich habe die Ehre auf die Frage von Frau Harkin zu antworten. Der Rat teilt die Sorge der Parlamentarierin um das Wohlbefinden der Tiere. Das Ergebnis der regelmäßigen Vorschläge vonseiten der Kommission sind zahlreiche gemeinschaftliche Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet. Der schwedische Ratsvorsitz plant die Debatte über das Wohlbefinden von Tieren und guten Tierzuchtmethoden weiterzuführen. Aus der Sicht des schwedischen Ratsvorsitzes sind dies vordringliche Anliegen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, und eine Sonderkonferenz zum Wohlbefinden von Tieren wird vom 8.- 9. Oktober in der schwedischen Stadt Uppsala abgehalten.

Die Konferenz wird auf den Ergebnissen des von der EU finanzierten Projekts „Welfare Quality“ aufgebaut sein. Dieses Projekt hat 2004 ein wissenschaftlich basiertes System erstellt, mit dem die Lebensqualität von landwirtschaftlichen Nutztieren beurteilt werden kann. Es wurden die besten Möglichkeiten untersucht, Bauern, Verbrauchern und anderen Betroffenen Rückmeldungen zu geben. Daran haben mehr als 40 Einrichtungen und Universitäten innerhalb der EU und von Lateinamerika teilgenommen. Die weltweite Verbesserung des Wohlbefindens von Tieren wird bei der Konferenz ein weiteres Diskussionsthema sein. An der Konferenz werden Vertreter von internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) und der Welternährungsorganisation (FAO) teilnehmen, ebenso wie von internationalen Unternehmen und aus der internationalen Fleischwirtschaft sowie Vortragende aus den USA und aus Namibia.

Die Ergebnisse der Konferenz werden eventuell für die vom Rat geplanten Schlussfolgerungen als Antwort auf die von der Kommission erwarteten Mitteilungen zur tierschutzbezogenen Kennzeichnung von Lebensmitteln relevant sein. Hinsichtlich der Initiative für entsprechende Rechtsvorschriften bin ich mir sicher, dass sich die Abgeordnete der Tatsache bewusst ist, dass Vorschläge dazu von der Kommission gemacht werden müssen. Zurzeit wird unter schwedischem Ratsvorsitz an einem Vorschlag der Kommission für eine neue Richtlinie zum Schutz der Tieren gearbeitet, die für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden. Es liegen bislang keine weiteren Vorschläge für Rechtsvorschriften zum Wohlbefinden von Tieren vonseiten der Kommission vor, die im Laufe des schwedischen Ratsvorsitzes bearbeitet werden sollen.

Marian Harkin (ALDE). – Ich bin sehr erleichtert, dass Sie sagen, Sie möchten die Debatte fortführen, und dass eine Konferenz in Uppsala in diesem Zusammenhang stattfinden wird. Die Wahrheit ist, dass die bestehenden Rechtsvorschriften erst seit etwa zwei Jahren gültig sind. Ich weiß, dass wir uns in Irland sicher daran halten. Wir haben für Schulungen für Tierhalter gesorgt. Wir haben die Transportsysteme verbessert, und der Handel infolgedessen sehr gut. Wenn wir aber damit aufhören, wird dadurch natürlich der Wettbewerb vom heimischen Markt verschwinden usw. Meine eigentliche Frage ist, ob es notwendig ist, Rechtsvorschriften zu ändern, die erst seit zwei Jahren gültig sind. Meine zweite Frage bezieht sich darauf, ob es solide wissenschaftliche Daten gibt, die die Notwendigkeit dafür beweisen.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Wie Sie gesagt haben, ist es wichtig, die Situation gründlich zu beurteilen, sowie zu sehen, was getan wird; welche Ergebnisse es gibt.

Wir sammeln wissenschaftliche Beweise. Für die Konferenz in Uppsala haben wir sowohl Fachleute und Wissenschaftlicher als Hintergrund für die auf der Konferenz bevorstehenden Diskussionen eingeladen. Wie bereits erwähnt, hoffe ich, dass diese Beweise die Basis für die Antwort des Rates auf die von der Kommission erwarteten Mitteilungen sein werden. Soviel kann ich dazu im Moment sagen.

Wir interessieren uns allerdings auch für die Ansichten des Europäischen Parlaments. Wir hoffen, dass dies für die bevorstehenden Diskussionen ein guter Start ist und wir so viele Informationen wie nur möglich einholen können.

Mairead McGuinness (PPE). – Ein wichtiger Punkt: Ich hoffe, dass wissenschaftliche Argumente die Oberhand über Emotionen hinsichtlich des Transports von Tieren gewinnen.

Ich ersuche Sie, das Problem des Pferdetransports anzusprechen, denn ich denke, es wurde nicht ausreichend behandelt, und es herrscht zurzeit große Sorge hinsichtlich dieses Themas.

Ich vermute, dass die Sorge um das Wohlbefinden von Nutztieren auf Bauernhöfen noch weiter steigen wird, da die Preise katastrophal sind, die für die Produkte von Bauern in vielen unserer Mitgliedstaaten bezahlt werden. Sie bemühen sich trotz sehr niedriger Produktpreise und infolgedessen fehlenden Einkommens auf Bauernhöfen, die Standards der Tierhaltung aufrecht zu erhalten. Deshalb denke ich, dass wir auf dieses Problem eingehen müssen.

Seán Kelly (PPE). – Dies ist ein sehr kontroverses Thema in Irland und Wasser auf den Mühlen jener, die ein „Nein“ bei der Abstimmung des Vertrags von Lissabon befürworten. Angesichts dessen und angesichts der Tatsache, dass Irland eine Insel ist und dass ohne Ausfuhren von Lebendvieh dort ein gemütliches Kartell vorherrschen wird, speziell bei Preisen von Rind- und Schaffleisch, können Sie uns irgendwie Hoffnung geben, dass dieses Thema vor der Abstimmung zum Vertrag von Lissabon am 2. Oktober behandelt werden wird?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Ich verstehe die Anliegen der Abgeordneten dieses Hauses und der Bürger. Leider kann ich nicht versprechen, dass die Angelegenheit vor dem Referendum gelöst werden wird.

Wir warten zurzeit auf den Vorschlag der Kommission. Dieser hat sich aus mir unbekannten Gründen verschoben. Sobald der Vorschlag vorliegt, werden wir uns darauf stürzen und ihn besprechen. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen, da wir auf den Vorschlag der Kommission warten. Ich hoffe, wir können das tun, ohne die Sache zu dramatisieren, sondern sie beurteilen und von einem wissenschaftlichen und evidenzbasierten Standpunkt aus betrachten.

Frage Nr. 2 von Herrn **Claude Moraes** (H-0262/09)

Betrifft: Kinderhandel in der EU

In einem im Juli veröffentlichten Bericht der Agentur für Grundrechte wird auf die Schwere des Problems des Kinderhandels in der EU hingewiesen. Kinderhandel wird im großen Umfang innerhalb unserer Grenzen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, Zwangsarbeit, Adoption und Entnahme von Organen betrieben.

Die Aufnahme des Menschenhandels als Priorität in das Arbeitsprogramm des schwedischen Ratsvorsitzes wird begrüßt. Werden gezielte Vorschläge gegen den Kinderhandel, wie die Agentur für Grundrechte sie empfiehlt, in Betracht gezogen werden?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, der schwedische Ratsvorsitz teilt die Sorge des Abgeordneten bezüglich des Handels mit Kindern zur sexuellen Ausbeutung und aus anderen Gründen. Diese Art moderner Sklaverei gehört zu den lukrativsten Arten des international organisierten Verbrechens. Das ist natürlich verabscheuungswürdig und ein ernstes Problem in der Europäischen Union und dem Rest der Welt. Der Handel mit Menschen ist seit langem ein wichtiger Punkt auf der EU-Agenda. Es ist deutlich, dass wir weiterhin eine Kombination an Maßnahmen durchsetzen müssen, um diesen entsetzlichen Verstoß gegen die grundlegendsten Rechte zu bekämpfen.

Europa muss seine Bemühungen in Bezug auf Vorbeugungsmaßnahmen und den Kampf gegen organisiertes Verbrechen sowie für den Schutz von Opfern verdoppeln. Das Engagement der EU bei dem Kampf gegen den Menschenhandel zeigt sich durch die Annahme und Durchsetzung von Rechtsvorschriften sowie nicht

bindender Instrumente zu diesem Problem. Der Anfang wurde durch eine gemeinsame Maßnahme zur Bekämpfung von Menschenhandel gemacht, die 1997 angenommen wurde. Der wichtigste Gesetzesbeschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels war der Rahmenbeschluss von 2002.

Die Kommission hat im März 2009 einen Vorschlag für einen neuen Rahmenbeschluss zur Vorbeugung und Bekämpfung von Menschenhandel sowie zum Schutz diesbezüglicher Opfer gemacht. Dieser Rahmenbeschluss hätte den des Jahres 2002 ablösen sollen. Ein Ziel dieses Vorschlags ist die besondere Behandlung der schutzlosen Opfer, der Kinder, bei strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, um der sogenannten sekundären Viktimisierung vorzubeugen.

Dieser Vorschlag ist mit einem anderen Vorschlag verknüpft, der sich noch deutlicher nach den spezifischen Bedürfnissen von Kindern richtet. Es ist dies der Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch, sexueller Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie, der den Rahmenbeschluss 2004/68 aufhebt, den die Kommission zur gleichen Zeit vorgelegt hat. Dahinter steht die Absicht, einheitlichere rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, diese effizienter zu machen und die Täter schwerer zu bestrafen.

Diese beiden Vorschläge werden zurzeit im Rat diskutiert. Sie basieren auf einem wesentlichen internationalen Konsens, der sich besonders im Palermo-Protokoll der UN und den Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel in der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie im Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch widerspiegelt.

Im Rahmen einer Ministerkonferenz, die von dem Ratsvorsitz in Brüssel vom 19.-20. Oktober abgehalten wird und die sich auf die umfassenden EU-Maßnahmen gegen den Menschenhandel konzentrieren wird, wird der Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte vorgestellt, im Detail diskutiert und die Schlussfolgerungen sodann dem Rat vorgelegt. Der schwedische Ratsvorsitz beabsichtigt auch, Menschenhandel und sexuellen Missbrauch von Kindern als vordringliche Anliegen im Stockholm-Programm zu erwähnen. Wir rechnen mit dessen Annahme beim Gipfel im Dezember.

Anna Hedh, *in Vertretung d. Verf.* – (SV) Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Ich weiß, dass diese Angelegenheit enorm wichtig ist. In Schweden haben wir diese Thematik in den letzten Jahren vorrangig behandelt, wie das auch die EU getan hat. Ich möchte lediglich darauf hinweisen, dass ich es sehr schade finde, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments die Konferenz vom 19.-20. Oktober nicht besuchen können, weil wir hier in Straßburg sind und nicht gleichzeitig in Brüssel sein können, um an diesem wichtigen Treffen teilzunehmen. Das ist sehr schade, aber es ist nun einmal so.

Ich weiß auch, dass der schwedische Ratsvorsitz plant, das Problem der Ausbeutung von Kindern im Zusammenhang mit Reisen und Tourismus anzusprechen. Es bestand die Absicht, dies im Rahmen einer Konferenz am 20. November zu tun, beim Treffen der dauerhaften zwischenstaatlichen Gruppe *L'Europe de l'Enfance*, aber ich habe nun erfahren, dass der Ratsvorsitz das Problem nicht erwähnen wird. Warum? Werden Sie es ein anderes Mal ansprechen?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, ich danke Ihnen, Frau Hedh. Ich weiß, dass sich Frau Hedh für diese Probleme sehr einsetzt.

Unglücklicherweise findet die Konferenz in Brüssel zeitgleich mit der Sitzung statt. Der Grund, warum die Konferenz an diesen Tagen abgehalten wird, ist der, dass sie mit dem Europäischen Tag gegen Menschenhandel zusammenfallen soll, der zur selben Zeit stattfindet. Das ist der Grund, warum sie sich überschneiden. Unglücklicherweise.

Nun zur zweiten Frage der Abgeordneten, warum die Problematik fallen gelassen wurde: Ich war mir dessen nicht bewusst. Ich werde das prüfen müssen und mich mit Ihnen später in Verbindung setzen und eventuell Frau Hedh eine Antwort geben.

Elizabeth Lynne (ALDE). – Vielen Dank für diese Antwort. Ich bin ebenfalls betrübt, dass die Konferenz dann stattfindet, wenn wir in Straßburg sind. Können Sie allerdings dafür sorgen, dass das Übereinkommen des Europarats gegen Menschenhandel in der Tagesordnung dieser Konferenz hervorgehoben wird? Es gibt nämlich zahlreiche Mitgliedstaaten, die es noch nicht unterzeichnet haben, und dann gibt es einige Mitgliedstaaten, darunter natürlich auch Schweden, die dieses Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben. Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, dieses Übereinkommen an den Beginn der Tagesordnung dieser Konferenz zu stellen, damit die Bekämpfung von Menschenhandel zur Realität wird. Wir haben, was notwendig ist. Jetzt müssen wir wirklich handeln.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – Ja, Frau Lynne, ich werde die Organisatoren darauf aufmerksam machen.

Frage Nr. 3 von Frau **Mairead McGuinness** (H-0264/09)

Betrifft: Beitrag zu der hochrangigen Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Welchen Standpunkt wird der Rat im Namen der EU auf der bevorstehenden Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) vertreten?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, wir besprechen viele verschiedene Themen.

Die FAO-Konferenz der UN beginnt am 18. November. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung ist die Reform der FAO. Der Reformprozess basiert auf dem Aktionsplan, der von allen Mitgliedern der FAO 2008 befürwortet wurde. Dieser Aktionsplan umfasst viele unterschiedliche Reformarten. Unter anderem entscheidet dann ein ergebnisorientiertes Verwaltungssystem über die zukünftigen Aktivitäten der FAO. Dieses soll bei der Zuweisung und Verwendung der knappen Ressourcen für mehr Effizienz sorgen. Wir rechnen zudem damit, dass sich der Reformprozess langfristig auf die Tätigkeit der FAO hinsichtlich der Personalbesetzung und der Büros vor Ort auswirkt. Die Konferenz wird sich auch mit Änderungen der Charta der FAO und mit Reformen des Ausschusses für Welternährungssicherheit beschäftigen.

Diese Reformen sind wichtig, denn sie sind mit dem Aufbau einer globalen Partnerschaft für die Bereiche Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Nahrungsmittelversorgung verknüpft. Damit diese Angelegenheiten auf politischer Ebene diskutiert werden können, veranstaltet die FAO einen Weltgipfel zu Ernährungssicherheit vom 16.-18. November in Rom. Der Ratsvorsitzend wird dort vertreten sein und eine Erklärung vorlegen, die teilweise auf den Schlussfolgerungen des Rates zur Ernährungssicherheit basiert, die im Rahmen der FAO-Konferenz angenommen werden.

Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen zur FAO am 11. November 2008 bestätigt, dass die aktuelle Ernährungskrise eine gemeinsame und koordinierte Reaktion vonseiten der globalen Gemeinschaft erfordert, die von der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft unterstützt werden sollte. Zu diesem Zweck sollte die EU eine globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährung in Übereinstimmung mit dem Aktionsplan der EU für die Millenniumsziele unterstützen. Diese Idee wurde vom Europäischen Rat im Juni 2008 begrüßt.

Außerdem hat der Rat in seinen Schlussfolgerungen die laufende Reform der FAO begrüßt, die von allen Mitgliedstaaten der Organisation im Rahmen des Konferenzausschusses konstruktiv umgesetzt wird. Aufgrund dessen hat der Ratsvorsitz den Eindruck, dass der Gipfel ein klares politisches Ziel haben und ein neues Verwaltungssystem für Welternährungssicherheit starten sollte, in dem ein erneuerter und gestärkter Ausschuss für Ernährungssicherheit eine führende Rolle einnimmt.

Der Ratsvorsitz hat desweiteren den Eindruck, dass es wichtig ist, dass dieser Gipfel ein progressives, aktionsbasiertes System errichtet, das die gegenwärtige Ernährungskrise bewältigen und die Bemühungen intensivieren kann, das erste Millenniums-Entwicklungsziel zu erreichen, nämlich extreme Armut und Hunger auszulöschen. Die Reform des Ausschusses für Ernährungssicherheit sowie ein breit gefächertes Engagement für die globale Partnerschaft werden für die Verwirklichung dieses Ziels von äußerster Wichtigkeit sein.

Der Ratsvorsitz findet, dass der Gipfel dieses klare politische Ziel haben und ein neues System zur Verwaltung der weltweiten Nahrungsmittelversorgung starten sollte, in dem ein erneuerter und gestärkter Ausschuss für Ernährungssicherheit eine führende Rolle einnimmt. Zudem denkt der Ratsvorsitz, dass dieser Gipfel auf operativer Ebene ein progressives, leistungsfähiges System einrichten muss, das es mit der gegenwärtigen Ernährungskrise aufnehmen und die Bemühungen um die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele intensivieren kann.

Mairead McGuinness (PPE). – Ich schätze Ihre detaillierte Antwort. Kann ich bezüglich der Haltung des schwedischen Ratsvorsitzes zu der Rolle der gemeinsamen Agrarpolitik bei der Unterstützung des Konzepts und des Wunsches nach weltweiter Ernährungssicherheit genauer nachfragen? Welche Rolle kann unsere Politik dabei Ihrer Meinung nach spielen? Denken Sie, dass es in Bezug auf unser Bemühen um weltweite Ernährungssicherheit wichtig wäre, in Europa eine gemeinsame Politik zu haben?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – Das haben wir im Zusammenhang mit dieser Konferenz noch nicht im Rat besprochen. Allerdings ist es deutlich, dass eine gemeinsame Agrarpolitik eine Rolle spielen kann und dass sie bei zukünftigen Gesprächen den armen Ländern dabei helfen kann, Teil des

gemeinsamen Marktes zu werden. Zudem kann Sie auch uns bei der Beantwortung der Frage unterstützen, wo wir helfen können, um die akute Krise zu lindern und zu beenden.

Wir haben das getan. Nun sieht die weltweite Situation etwas besser aus. Es kommen beinahe von allen verschiedenen Märkten positive Berichte herein. Das ist großartig. Ich denke, dass jetzt etwas Zeit erforderlich ist, um darüber nachzudenken, wie wir diese Konflikte in der Zukunft bewältigen können und wie wir eine leicht reformierte gemeinsame Agrarpolitik als Hilfestellung für diese armen Länder verwenden und einer ähnlichen Situation vorbeugen können.

Marian Harkin (ALDE). – Wir sprechen hier über weltweite Ernährungssicherheit, aber ich würde gerne kurz die Ernährungssicherheit innerhalb der EU ansprechen. Meiner Ansicht nach hängt die Lebensmittelsicherheit innerhalb der EU von der Nahrungsmittelproduktion in der EU ab. Erst heute traf sich die AGRI-Gruppe der ALDE-Fraktion mit Frau Kommissarin Fischer Boel. Wir haben genau diesen Punkt besprochen und, darauf wurde bereits angespielt, die Zukunft der GAP, besonders nach 2013, sowie die Tatsache, dass das Budget eventuell gekürzt wird usw. Dies hat wirklich schwerwiegende Konsequenzen für die Nahrungsmittelproduktion in der EU.

Ich weiß, dass dies nur ein Teil der umfassenderen Diskussion ist, die wir heute Abend abhalten, dennoch ist es für diejenigen, die mit Landwirtschaft zu tun haben, von großer Bedeutung. Sie haben bereits darauf geantwortet. Wenn Sie jedoch noch weitere Gedanken zu diesem Thema im Zusammenhang mit dem schwedischen Ratsvorsitz haben, wäre ich dafür dankbar.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Dies ist eine komplizierte und sehr umfassende Diskussion. Sie bezieht sich auf die Konferenz selbst, aber es geht natürlich noch um vieles weiter. Wir haben nicht die Absicht, diese Diskussionen wirklich zu beginnen; wir haben darauf gewartet, etwas von der Kommission zu bekommen, eine Mitteilung, die sich auf das zukünftige Budget bezieht; es wurde uns versprochen, und vom Rat bereits 2004 zugestimmt, dass die Einnahmen und Ausgaben des Budgets genau überprüft würden, einschließlich der GAP natürlich, die ein so großer Teil des Budgets ausmacht. Diese Mitteilung hat sich verzögert – es gibt jetzt Gerüchte, dass sie Ende des Jahres eintreffen wird. Wenn das der Fall ist, dann beabsichtigt der schwedische Ratsvorsitz, zunächst eine Diskussion darüber innerhalb der Mitgliedstaaten zu führen. Allerdings wird es die Aufgabe des spanischen Ratsvorsitzes sein, wirklich mit der Arbeit an diesen Problemen zu beginnen. Ich kann Ihnen also im Moment keine weiteren Einzelheiten nennen.

Frage Nr. 4 von Frau **Rodi Kratsa-Tsagaropoulou** (H-0267/09)

Betrifft: Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Europäische Rat hat im Juni sein Engagement für gesunde öffentliche Finanzen und zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erneut bekräftigt. Indessen steht zu erwarten, dass bis zu 20 Mitgliedstaaten bis Ende des Jahres bereits unter das Verfahren übermäßiger Haushaltsdefizite fallen werden. Welche Initiativen plant die Präsidentschaft zu ergreifen, um ihr Ziel einer korrekten und verantwortungsbewussten Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu erreichen und wo hat sie bislang Schwachpunkte bei der korrekten Anwendung des Paktes gefunden? Ist der Rat der Auffassung, dass die Krise eine erneute Revision des Pakts erfordert oder ist die 2005 für den Pakt verabschiedete Reform ausreichend, sodass dieser unter den derzeitigen Bedingungen streng und wirksam eingehalten werden kann? Welche Ausstiegsstrategie bzw. Strategie zur Reduzierung öffentlicher Defizite zieht er vor – und welcher Zeitplan ist für die Umsetzung einer solchen Strategie vorgesehen? Ist er der Auffassung, dass das Jahr 2010 ein Jahr der Haushaltssanierung und -disziplin sein soll oder sollte eine größere Flexibilität in den öffentlichen Haushalten herrschen, vor allem auch im Hinblick auf eine weitere Schrumpfung der Beschäftigung?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Dieses Thema ist ebenfalls heute früher besprochen worden. Während der aktuellen Krise haben die Regierungen sowohl im Bereich der Geld- und Kreditpolitik als auch bei den Haushalten außerordentliche Maßnahmen ergriffen. Diese Bemühungen waren notwendig und richtig. Sie haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, eine noch schwerwiegendere Krise abzuwenden, die Wirtschaft zu stabilisieren und einer drastischen wirtschaftlichen Rezession vorzubeugen. Allerdings bedeutet die Stabilisierung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation nicht, dass die Rezession vorbei ist. Wir müssen sehr vorsichtig sein und sichergehen, dass unsere Politik auch in der Zukunft die erforderliche Unterstützung für die Konjunktur, auf die wir hoffen, mit einer verantwortlichen Einstellung zu nachhaltiger öffentlicher Finanzierung, sowohl mittel- als auch langfristig, kombiniert.

Genau diese Notwendigkeit eines Gleichgewichts dieser beiden Zielsetzungen macht die im Rahmen einer Änderung des Pakts im Jahr 2005 angenommene Flexibilität so vernünftig. In schwierigen wirtschaftlichen

Zeiten müssen die Behörden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirtschaftliche Aktivität zu fördern. Sobald die Konjunktur schneller und durch das ihr eigene Momentum stimuliert wird, müssen wir allerdings dafür sorgen, dass unsere öffentlichen Finanzen nachhaltig sind und wir glaubwürdige Pläne zur Haushaltskonsolidierung erstellen.

Da sich die Bedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten erheblich unterscheiden, werden die Zeitpläne für das Ende der finanzpolitischen Anregungen sowie der Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik ebenfalls variieren. Das wird sich in zahlreichen Defizitverfahren zeigen, die auf einzelne Mitgliedstaaten abzielen werden. Sie müssen aber koordiniert ablaufen und in die allgemeinen Rahmenbedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes passen. Deshalb plant der Ratsvorsitz im Herbst Gespräche mit Ecofin über die passenden Ausstiegsstrategien und deren Koordination.

Ich erwarte, dass diese Gespräche zu einer deutlichen Übereinstimmung bezüglich einer ehrgeizigen Konsolidierung in jedem Mitgliedstaat zur richtigen Zeit führen werden. Nur so kann langfristig Nachhaltigkeit garantiert werden.

Marietta Giannakou, *in Vertretung d. Verf.* – (EL) Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre deutliche Antwort. Ich hoffe, dass Sie besonders darauf eingehen werden, ob wir 2010 zum Jahr der Verbesserung der öffentlichen Finanzen machen sollten, oder ob es die Möglichkeit geben sollte, Fristverlängerungen oder -verzögerungen zu gewähren; denn bis dato hat die Union ja davon noch nicht profitiert.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Diese Frage ist sehr schwierig zu beantworten. Wir werden beim G20-Gipfel nächste Woche mit den Gesprächen über Ausstiegsstrategien beginnen. Allerdings ist es deutlich, dass die Bedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten stark variieren und dass sich daher die Zeitpläne auch leicht unterscheiden werden. Ich hoffe, dass wir diesen Prozess sehr bald beginnen können, aber es hängt auch davon ab, wie sich die wirtschaftliche Lage entwickelt. Die Situation bessert sich langsam. Wir glauben, dass das Schlimmste vorüber ist, und deshalb müssen wir uns stärker mit Ausstiegsstrategien auseinander setzen. Wenn wir nicht graduell vorgehen, werden die verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaften von steigender Arbeitslosigkeit, der Einsparung öffentlicher Gelder und dem Inflationsrisiko getroffen. Allerdings ist es zurzeit noch etwas früh, genau vorherzusagen, wann es in den einzelnen Mitgliedstaaten soweit sein wird.

Frage Nr. 5 von Herrn **Seán Kelly** (H-0270/09)

Betrifft: Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Eine Eurobarometer-Umfrage hat unlängst ergeben, dass zwar 72 % der EU-Bürger der Meinung sind, dass die Europäische Union „eine positive Rolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze spielt“, aber kaum mehr als ein Drittel der Befragten etwas von den Instrumenten der EU zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie z.B. dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, gehört hatte. Wird genug unternommen, um diese zentralen Instrumente bekannt zu machen?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, der Rat macht sich ebenso wie der Herr Abgeordnete hinsichtlich der Ergebnisse des jüngsten Eurobarometers Sorgen. Es geht dabei um die Kenntnis von wichtigen EU-Instrumenten, die wie der Europäische Sozialfonds und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Es ist bezüglich unserer Demokratie und der Legitimität wichtig, unseren Bürgern mitzuteilen, was die EU tut.

Der Rat misst dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung große Bedeutung bei und möchte, dass diese Instrumente effizient zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet werden. Diese beiden Instrumente sind wichtige finanzielle Hilfsmittel zur Bekämpfung der gegenwärtigen Rezession sowie zur Steigerung der Beschäftigungszahlen, da sie integrierte Flexicurity-Strategien einführen, für eine Verbesserung der Fähigkeiten sorgen und diese den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes besser anpassen. Der Rat hat das im Dezember 2008 bestätigt, als er die schnelle Einführung zusätzlicher Maßnahmen durch den Europäischen Sozialfonds zur Steigerung der Beschäftigungszahlen unterstützt hat. Der Rat hat zudem eine Verbesserung der Verfahren des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung angekündigt. Die ursprüngliche Verordnung wurde daher erneut geprüft. Der Fonds sollte effizienter reagieren können, um Arbeiter zu unterstützen, die ihre Jobs nicht nur aufgrund der Globalisierung, sondern vorübergehend aufgrund des finanziellen und wirtschaftlichen Rückgangs eingebüßt hatten. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass die Umsetzung dieser Fonds, wie auch die betreffenden Informationen und Öffentlichkeitsarbeit, eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten und der Kommission ist. Im Falle des Europäischen Sozialfonds müssen die Mitgliedstaaten Informationen zu Initiativen und gemeinsam finanzierten Programmen liefern, wobei die Rolle der Gemeinschaft und die von

den Fonds geleistete Hilfestellung hervorzuheben sind. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Europäische Transparenzinitiative hin, die von der Kommission im Jahr 2005 gestartet wurde. Es ist eines der wichtigsten Ziele dieser Initiative, die Informationen für die Öffentlichkeit über die verfügbaren EU-Fonds zu verbessern. Dies soll durch die Veröffentlichung von Empfängernamen direkter Hilfgelder im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union erleichtert werden.

Informationen zu den vom Globalisierungsfonds finanzierten Maßnahmen sollten von den Mitgliedstaaten geliefert werden. Gleichzeitig erinnere ich Sie daran, dass der Fonds für die Anpassung an die Globalisierung erst kürzlich eingerichtet wurde. Vermutlich ist der Fonds deshalb nur wenig bekannt, weil er bis dato in relativ wenigen Fällen Hilfe geleistet hat.

Seán Kelly (PPE). – Vielen Dank für Ihre präzise Antwort. Ich habe nur noch eine andere Frage. Ich habe gehört, dass im Rat eine starke Opposition gegen den Vorschlag besteht, den Europäischen Sozialfonds in den kommenden zwei Jahre zu 100 % im Voraus zu finanzieren. Wenn diese Opposition bestehen bleiben sollte, kann der Rat dann Alternativen vorschlagen, um das Momentum des Europäischen Konjunkturprogramms zu erhalten?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Ja, wir haben das tatsächlich im Rat mehrmals besprochen. Es herrscht die ziemlich einheitliche Ansicht vor, dass für die Qualität des Projekts auch ein Element nationaler Finanzierung vorhanden sein sollte. Deshalb wird der Vorschlag, eben dieses Element zu eliminieren, nicht vom Rat unterstützt.

Wir sind uns allerdings der Situation sowie der Probleme bewusst. Wir haben die Kommission ersucht, einen Alternativvorschlag zu unterbreiten. Ich habe das vor zwei Tagen gegenüber Herrn Kommissar Samecki erwähnt, der dafür verantwortlich ist. Es wird an einem entsprechenden Vorschlag gearbeitet, der sobald wie möglich vorgestellt wird.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Es tut mir leid, dass die erforderliche Unterstützung für eine Finanzierung zu 100 % vom Rat nicht unterstützt wird, während wir hier über die Rolle des Europäischen Sozialfonds bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sprechen, besonders in Zeiten der Krise. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen Anstieg der Arbeitslosigkeit feststellen, besonders bei den Arbeitern in Stahlwerken und Schiffswerften, sogar durch betrieblich bedingte Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt die Tatsache, dass Arbeiter redundant gemacht werden. Ich möchte die folgende Frage stellen, wobei ich natürlich die Notwendigkeit von Investitionen und den Schutz der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union auch in der Zukunft nicht außer Acht lasse: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Verwendung der Ressourcen aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu erleichtern, damit die Industriebereiche unterstützt werden, die unter der aktuellen Krise leiden?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Wie ich bereits erwähnt habe, haben wir die Kommission um Alternativvorschläge zur Nutzung dieses bestimmten Sozialfonds gebeten. In einer Situation, in der, wie Sie sagen, zahlreiche Menschen in Europa arbeitslos sind, hoffen wir, dass die Kommission unverzüglich einen derartigen Vorschlag vorlegen wird.

Wir ergreifen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allerdings noch weitere Maßnahmen. Das unterliegt natürlich der Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten, aber es gibt auch die kollektive Verantwortlichkeit für uns. Wir müssen versuchen, zu koordinieren, den Ausbau des Binnenmarktes zu erleichtern, Hindernisse auszuschalten, die Dienstleistungsrichtlinie vom 1. Januar in Kraft zu setzen, die Bürokratie zu eliminieren und Menschen für den Arbeitsmarkt attraktiver machen, indem man ihnen Ressourcen gibt, mit denen sie ihre Ausbildung beenden oder eine neue beginnen können.

Die Arbeitslosigkeit wird auch im Oktober im Rahmen einer informellen Ecofin-Tagung diskutiert werden, bei der Arbeitslosigkeit einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung sein wird. Ich denke da auch an die Diskussion, die im Europäischen Parlament stattfindet, aber auch in fast allen Ratsformationen zu der Zukunft der Strategie von Lissabon; dort werden zahlreiche Themen besprochen.

Der Sozialfonds nur eines der Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es kann verbessert werden, und es kann breit gefächerter verwendet werden, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie es wahrscheinlich besser eingesetzt werden kann. Aber es ist nur ein Element im gesamten Spektrum von Instrumenten, das wir haben und das wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwenden müssen.

Frage Nr. 6 von Herrn **Bernd Posselt** (H-0271/09)

Betrifft: Informationen über Tschetschenien

Welche Maßnahmen unternimmt der Rat, um nach Ermordung der Menschenrechts- und Friedensaktivistin Natalja Estemirowa und der daraufhin erfolgten Schließung des Memorial-Büros in Tschetschenien zu ermöglichen, dass die Menschenrechtslage dort auch weiterhin beobachtet wird? Was hält der Rat von der Idee, in Grosny oder in der unmittelbaren Umgebung Tschetscheniens ein EU-Büro zu eröffnen, das diese Aufgabe wahrnimmt, oder zumindest eine zeitweilige Mission in dieses Land zu entsenden?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, als wir vom Mord an Natalia Estemirova erfahren haben, haben wir sofort in einer Erklärung diesen Mord verurteilt sowie ihrer Familie und Mitarbeitern der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ unser tiefstes Beileid ausgesprochen. Wir haben auch die russischen Behörden dringendst aufgefordert, den Mord schnellstens und genau zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu bringen.

Ich kann Herrn Posselt versichern, dass der Rat weiterhin die Entwicklungen in Tschetschenien genau beobachten wird, sich besonders auf die Einhaltung der Menschenrechte konzentrieren wird sowie auf die Situation von Menschenrechtsaktivisten. Der Rat hat die russischen Behörden mehrmals dazu aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um diese Menschen in Russland gemäß der allseits anerkannten UN-Erklärung zu den Menschenrechtsaktivisten zu schützen. Ich möchte unterstreichen, dass die Europäische Union bereits eine Präsenz in Tschetschenien als Folge des Hilfsprojekts der Kommission hat sowie Diplomaten von russischen Botschaften in den Mitgliedstaaten der EU und in Form regelmäßiger Besuche in Tschetschenien.

Der Rat möchte die Bedeutung der Fragen von Herrn Posselt hervorheben sowie seine Besorgnis zur Menschenrechtssituation in Tschetschenien äußern, allerdings sehen wir dort zurzeit keinen besonderen Grund für das Amt oder die Mission, die er vorgeschlagen hat. Die Europäische Union ist in dieser Region präsent, und wir werden weiterhin darauf achten, dass die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit sowie demokratische Grundsätze in Tschetschenien respektiert werden und werden diesen Umstand ansprechen, wann immer dies erforderlich ist.

Bernd Posselt (PPE). - Vielen Dank, Frau Ratspräsidentin! Das ist die erste gute Antwort, die ich vom Rat zu diesem Thema erhalten habe. Vielen Dank!

Ich möchte trotzdem noch ergänzend kurz fragen: Kann sich der Rat vorstellen, dass er sich unter der schwedischen Ratspräsidentschaft noch einmal speziell mit dem Thema Tschetschenien beschäftigt? Denn es gibt eine Reihe von Ankündigungen der russischen Führung, Veränderungen vorzunehmen. Aber darauf müssen Taten folgen – und die sehen wir nicht. Deshalb bitte ich Sie herzlich, uns im Vorfeld der Verhandlungen über das Abkommen noch einmal ausführlich über dieses Thema zu informieren. Wir werden ja morgen auch eine Dringlichkeitsdebatte dazu abhalten.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, ja, wir bringen Probleme bezüglich der Menschenrechte ständig in unserem Dialog mit Russland zur Sprache. Menschenrechte werden auch bei einem Gipfel auf der Tagesordnung stehen, von dem wir hoffen, dass er zwischen der Europäischen Union und Russland im Herbst stattfinden wird.

Frage Nr. 7 von Herrn **Nikolaos Chountis** (H-0273/09)

Betrifft: Von der türkischen Regierung erteilte Genehmigung für die Prospektion von Kohlenwasserstoffen innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen von EU-Mitgliedstaaten

Die türkische Regierung hat beschlossen, der staatlichen türkischen Erdölgesellschaft (TPAO) die Genehmigung für die Prospektion von Kohlenwasserstoffen in Regionen zu erteilen, die sich innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) von Griechenland und Zypern befinden. Diese Maßnahme ist eine Fortsetzung früherer Drohgebärden Seitens der Türkei, mit denen Zypern genötigt werden sollte, seine eigene AWZ nicht zu nutzen und wodurch Zypern gezwungen war, betreffend die Öffnung des Kapitels „Energie“ sein Veto einzulegen. Mit dieser oben erwähnten Entscheidung der türkischen Regierung könnten sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Mitgliedstaaten der EU beträchtlich zuspitzen. Deswegen wird der Rat um folgende Mitteilungen ersucht:

Welche unmittelbaren Maßnahmen wird er einleiten, um sicherzustellen, dass die türkische Regierung ihre Entscheidung bezüglich der Prospektion von Kohlenwasserstoffen in den AWZ von Mitgliedstaaten der EU rückgängig macht? Welche Maßnahmen wird er ergreifen, um sicherzustellen, dass die Türkei sich in Bezug

auf Zypern ebenfalls an das Zusatzprotokoll zu dem Abkommen von Ankara hält und die Rechte Zyperns auf eine AWZ anerkennt? Wann steht zu erwarten, dass die Türkei das Seerechtsübereinkommen ratifiziert, das inzwischen gemeinschaftlicher Besitzstand ist?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, der Rat ist sich der von dem Herrn Abgeordneten erwähnten Ereignisse bewusst. Was die Beziehungen der Türkei mit den Ländern des betroffenen Gebiets betrifft: Die Türkei hat die Verpflichtung, einfach wie jedes andere Land, an guten nachbarschaftlichen Beziehungen und an einer friedlichen Konfliktlösung zu arbeiten. Das ist das Wesentliche der UN-Charta.

Die Einhaltung derselben ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für den Beitritt zur EU. Im Zusammenhang mit den Verhandlung zwischen der Türkei und der Europäischen Union und den vom Rat gezogenen Schlussfolgerungen hat die EU die Türkei aufgefordert, jede Drohung, jeden Konflikt oder jede Aktion zu vermeiden, die sich negativ auf gute nachbarschaftliche Beziehungen sowie eine friedliche Konfliktlösung auswirken könnten. Ferner hat die EU mehrmals die Bedeutung der Fortschritten bei der Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und allen Mitgliedstaaten der EU hervorgehoben. Das betrifft auch Zypern. Dabei hat die EU die souveränen Rechte aller Mitgliedstaaten der EU betont.

Der Standpunkt der Union ist hinsichtlich des Zusatzprotokolls sehr deutlich. Die Türkei hat die Pflicht, es vollständig, auf nicht diskriminierende Art anzuwenden. Alle diese Themen werden von der EU systematisch angesprochen. Das war erst kürzlich bei einem Treffen zwischen Ministern der EU-Troika und der Türkei der Fall, das im Juli in Stockholm stattgefunden hat sowie bei einem Treffen des Assoziationsrates im Mai. Ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, dass diese Angelegenheiten dem Rat äußerst wichtig sind und dass wir weiterhin die Entwicklungen ganz genau verfolgen werden.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Ministerin, ich schätze Ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, auf unsere Fragen klar und deutlich zu antworten.

Darf ich darauf hinweisen, dass wir die Frage der Nabucco-Pipeline morgen im Parlament besprechen werden. Darf ich Sie auch daran erinnern, dass der türkische Premierminister Brüssel gedroht hat, dass sein Land seine Unterstützung für die Errichtung einer Erdgaspipeline nochmals überdenken würde, wenn die Verhandlungen zur Öffnung des Energie-Kapitels nicht weitergeführt würden.

Wie Sie wissen, wurde dieses Kapitel durch das Veto von Zypern blockiert, weil die Türkei Zypern wegen der Nutzung von Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone gedroht hat.

Da die Frage ausschließlicher Wirtschaftszonen von größter Wichtigkeit ist und für zahlreiche EU-Strategien ein enormes Problem bedeuten kann, frage ich Sie daher erneut, welche Maßnahmen der Rat ergreifen wird, damit die Türkei Zyperns Recht auf eine ausschließliche Wirtschaftszone anerkennt.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, sowohl der Rat als auch die Kommission haben das zur Kenntnis genommen und werden diese Angelegenheiten genau überwachen. Bei unseren Verhandlungen mit der Türkei werden wir weiterhin die Angelegenheit sowie die Wichtigkeit guter nachbarschaftlicher Beziehungen zur Sprache bringen. Die nächste Möglichkeit dazu wird die Troika der Außenminister im November sein. Ich hoffe, dass Zwischenfälle wie sie der Herr Abgeordnete beschrieben hat, vermieden werden können.

Was das Kapitel Energie betrifft, wird es in den einzelnen Ratifikationen beleuchtet und in laufenden Diskussionen behandelt. Es ist ein wenig zu früh, die Ergebnisse dieser Analyse vorzulegen, und wie der Herr Abgeordnete wissen wird, erfordert jeder Schritt in diesem Prozess die Einstimmigkeit im Rat.

Frage Nr. 8 von Herrn **Liam Aylward** (H-0278/09)

Betrifft: Politik der EU gegenüber Birma

Welche Politik verfolgt die Europäische Union gegenüber Birma, und was unternimmt die Europäische Union zur Freilassung von Aung San Sui Kyi, die seit 1990 unter Arrest steht?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, die EU hat die Situation von Aung San Suu Kyi seit dem Zeitpunkt ihrer Inhaftierung vor zwanzig Jahren genau verfolgt. Der Rat hat kontinuierlich und sehr engagiert für ihre Sache gearbeitet. Wir haben die Behörden in Burma wiederholt aufgefordert, sie freizulassen.

Außerdem hat der Rat während dieser Zeit mehrmals spezifische Maßnahmen getroffen. Hier seien einige dieser Maßnahmen genannt:

Die EU hat sofort im August das Urteil und das Verfahren gegen Aung San Suu Kyi verurteilt, die ohne jegliche rechtliche Grundlage waren. Wir haben die Behörden in Burma aufgefordert, sie unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Der Rat hat erklärt, dass das Rechtsverfahren gegen Aung San Suu Kyi ein Verbrechen gegen nationales und internationales Recht darstellt.

Ferner hat der Hohe Vertreter der EU, Javier Solana, beim ASEAN-Ministertreffen und bei der darauffolgenden ASEAN-EU-Ministerkonferenz im Juli, bei der auch ein Vertreter aus Burma anwesend war, für Aung San Suu Kyi gesprochen. Auch andere bei diesem Treffen anwesende Vertreter, einschließlich der Vertreter aus den USA, China, Russland und anderen Staaten haben nachdrücklich die unverzügliche Freilassung von Aung San Suu Kyi und anderen politischen Gefangenen gefordert.

Der Sonderbeauftragte für Burma, Piero Fassino, hat die EU sehr aktiv bei Maßnahmen unterstützt, die von der UN und dessen Sonderberater Ibrahim Gambari ergriffen wurden, und hat sich auch mit wichtigen Partnern der EU in Asien beraten.

Die Behörden in Burma haben sich entschieden, die Proteste gegen die Inhaftierung sowie die Aufrufe zu Aung San Suu Kyis Freilassung zu ignorieren. Diese Aufrufe stammen von zahlreichen Ländern und Organisationen, einschließlich des UN-Generalsekretärs, dem Generalsekretär von ASEAN und von zahlreichen ASEAN-Mitgliedstaaten, zu denen schließlich auch Burma gehört.

Da Burma nicht reagiert hat, hat die EU weitere Maßnahmen gegen die für das Urteil Verantwortlichen ergriffen. Wir haben die Vertreter der Justiz und andere, die Maßnahmen gegen Aung San Suu Kyi involviert waren, auf die Liste der Personen gesetzt, denen Visa verweigert und deren Vermögen eingefroren werden. Wir haben die Liste von Personen und Einheiten erweitert, die von restriktiven Maßnahmen betroffen sind. So werden nun auch die Vermögen von Unternehmen burmesischer Regierungsmitglieder eingefroren und von Personen, die mit diesen in Verbindung stehen.

Die vom Rat am 13. August vereinbarte Reaktion entspricht gänzlich der Entschliebung, die vom Europäischen Parlament im Oktober 2008 verabschiedet wurde. Ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, dass die EU neben diesen spezifischen Maßnahmen ihre Arbeit innerhalb der internationalen Gemeinschaft intensivieren wird. Das gilt besonders für gleichgesinnte Partner in Asien, um die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Aung San Suu Kyi und anderen politischen Gefangenen zu erreichen. Es ist dies ein wichtiger erster Schritt im Prozess der nationalen Versöhnung, der notwendig ist, wenn die Wahlen 2010 als frei, fair und glaubwürdig betrachtet werden sollen.

Liam Aylward (ALDE). – Ich möchte mich bei der amtierenden Präsidentin des Rates für Ihre umfassende Antwort bedanken. Darf ich Sie fragen, welche Maßnahmen die Europäische Union ergriffen hat, oder gegenwärtig ergreift, um den tausenden Flüchtlingen zu helfen, die aus dem Shan-Staat im Norden Burmas nach China geflohen sind, um den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Junta und den ethnischen Minderheiten zu entfliehen?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Es tut mir sehr leid. Ich glaube nicht, dass ich diese Frage beantworten kann. Ich kann Ihnen diesbezüglich erst später Auskunft geben. Es tut mir leid.

Frage Nr. 9 von Herrn **Brian Crowley** (H-0280/09)

Betrifft: Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und den USA

Welche Initiativen verfolgt der Rat zur Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, der Rat erachtet die Beziehungen zwischen der EU und den USA als äußerst wichtig. Transatlantische Beziehungen sind der Grundpfeiler der Außenpolitik der EU und basieren auf unseren gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und unserem Engagement für offene, integrierte Volkswirtschaften. Die neue Regierung in den USA hat diese Beziehungen neu belebt.

Wir sind fest entschlossen, diese Zusammenarbeit fortzusetzen. Jetzt werden zu beiden Seiten des Atlantiks endgültige Ergebnisse unserer transatlantischen Beziehungen erwartet. Ich freue mich, erklären zu können, dass es viele Bereiche gibt, in denen die EU eng mit den USA zusammenarbeitet, um unsere strategische Partnerschaft zu erweitern und Ergebnisse zu erzielen. Natürlich werden wir weiterhin sehr eng bei zahlreichen

regionalen Problemen wie in Afghanistan, Pakistan, Iran, dem Friedensprozess im Nahen Osten, Russland und den westlichen Balkanstaaten zusammenarbeiten. Wir arbeiten regelmäßig gemeinsam am Krisenmanagement, und ich freue mich, dass die USA jetzt an einer ESVP-Mission teilnimmt, nämlich EULEX Kosovo.

Wir werden vor dem Gipfel in Kopenhagen Ende dieses Jahres eng bei Klimaproblemen zusammenarbeiten. Die neue Regierung hat den Ehrgeiz der USA auf diesem Gebiet maßgeblich gesteigert. Wir freuen uns über diese Situation, und hoffen, dass die USA vergleichbare Ziele im Hinblick auf mittelfristige Emissionsreduktionen als Teil dieser Vereinbarung vorlegen wird. Wir haben ebenfalls lange bei Energiefragen zusammengearbeitet. Wir haben den Eindruck, dass dies intensiviert werden sollte. Wir hoffen, einen besonderen Energierat für die EU und die Vereinigten Staaten einrichten zu können. Dies könnte ein geeignetes Forum für eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Energiesicherheit, Märkte, Nachhaltigkeitspolitik und Erforschung neuer Energietechnologien werden.

Ein anderer Punkt mit höchster Priorität ist natürlich die Finanz- und Wirtschaftskrise. Wenn wir das Vertrauen in die Finanzmärkte und deren Funktion wiederherstellen wollen, ist sehr enge Zusammenarbeit erforderlich. Bezüglich des Handels muss die Doha-Runde 2010 mit ambitionierten Zielen abgeschlossen werden. Das ist wichtig, wenn wir etwas für den wirtschaftlichen Aufschwung und gegen Protektionismus erreichen wollen. Die USA muss hier eine Schlüsselrolle einnehmen.

Wir werden natürlich diese Fragen auf dem G20-Gipfel nächste Woche besprechen. Es sind beide Seiten daran interessiert, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres zu intensivieren sowie das gegenseitige Verständnis des regulatorischen und politischen Rahmens des Anderen zu vertiefen. Die Erklärung zur Schließung von Guantánamo Bay, in der eine Vertiefung der transatlantischen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres erwähnt wurde, war in dieser Richtung ein wichtiger Schritt.

Bezüglich der Nichtverbreitung von Kernwaffen und Abrüstung wurde die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinigten Staat neu belebt, und die Obama-Regierung hat sich dabei äußerst motiviert gezeigt. Washington und Brüssel arbeiten zusammen, um bedeutenden Fortschritt auf folgenden Gebieten zu gewährleisten: bei der Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, bei der Unterstützung des baldigen Inkrafttretens des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen sowie bei der Umsetzung einer Lösung für das Problem des Stillstands der Abrüstungskonferenz, damit wir einen Vertrag erreichen, der die Herstellung von spaltbarem Waffenmaterial verbietet.

Auf beiden Seiten besteht ein vitales Interesse daran, den transatlantischen politischen Dialog sowie die Zusammenarbeit bei Entwicklungsarbeit zu stärken. Die EU und die USA sind weltweit die größten Geldgeber, und wir haben deshalb ein gemeinsames Interesse daran, die Bemühungen auf dem Gebiet der Entwicklungsarbeit zu verbessern. Wir bleiben darüber im Gespräch, wie dies getan werden kann. Der bevorstehende Gipfel der EU und der Vereinigten Staaten bietet die hervorragende Gelegenheit, diese und andere relevante Fragen auf höchster Ebene zu diskutieren. Ich bin äußerst stolz, dass der schwedische Ratsvorsitz die Möglichkeit hat, die EU bei diesem Gipfel anzuführen. Wir sind fest davon überzeugt, dass der Gipfel die transatlantischen Beziehungen auf positive und konstruktive Art und Weise fördern wird.

Brian Crowley (ALDE). – Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Ich bin froh, dass Sie wieder zurück sind, wenn auch in einer anderen Rolle.

Es gibt vor allem zwei Punkte, von denen ich glaube, dass wir am besten zusammenarbeiten können: erstens bei der Nichtverbreitung; und zweitens bei der Finanzkrise.

Hat der schwedische Ratsvorsitz, natürlich als Vertretung für den Rat, besondere Vorschläge, die er beim in Kürze stattfindenden USA-EU-Gipfel vorbringen möchte? Ich denke da vor allem an die Differenzen, die es offenbar zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und dem Rest der Europäischen Union andererseits im Hinblick auf die anzuwendenden Finanzvorschriften gibt? Die USA scheinen den anderen Staaten in der EU näher zu stehen als den entsprechenden Auffassungen der Franzosen und Briten, die gestern von Gordon Brown verkündet wurden.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Wir hatten heute morgen eine Debatte zu den Vorbereitungen auf den G20. Ich weiß, dass es verschiedene Vorschläge gibt, die in den Medien besprochen wurden, aber ich muss sagen, dass die EU äußerst gut koordiniert ist. Es fanden Diskussionen mit den Finanzministern statt, und morgen Abend wird bei einem Abendessen mit Staats- und Regierungschefs die Koordination für das Treffen in Pittsburgh abgeschlossen.

Die EU nimmt eine einheitliche Position ein. Wir wissen, was wir wollen. Wir haben einen konkreten Vorschlag, die Feinarbeit dazu wird morgen geleistet werden. Also mache ich mir diesbezüglich nicht wirklich Gedanken. Ich bin auch sehr froh, dass wir mit Unterstützung der Kommission und von Herrn Kommissar Almunia diesen sehr seltenen Zustand der soliden Einigkeit innerhalb der Europäischen Union erreicht haben. Es werden unsere Prioritäten und unsere Lösungen diskutiert. Natürlich werden wir versuchen, Kohäsion bei so vielen Punkten wie möglich mit der amerikanischen Regierung und den anderen Partnern beim G20-Gipfel zu finden.

Wir sind sehr froh darüber, dass die Nichtverbreitung wieder auf der Tagesordnung steht. Es war eine Zeitlang schwierig, dieses Thema anzusprechen, und wir sind sehr froh über Präsident Obamas Engagement in dieser Angelegenheit. Es wird allerdings Zeit brauchen. Es gibt komplexe technische Probleme, und es wird Zeit in Anspruch nehmen, sie zu bearbeiten. Wir sind sehr prozessorientiert. Wir werden versuchen, diese Themen voranzubringen, aber ich kann Ihnen nicht sagen, wie lange das dauern wird und welche Fristen wir haben. Aber die Punkte sind auf der Tagesordnung. Wir fühlen uns einem Weiterkommen in dieser Angelegenheit sehr verpflichtet, und ich glaube, dass auch unser amerikanisches Gegenüber diesen Wunsch hegt..

Justas Vincas Paleckis (S&D). – Frau Ratspräsidentin, ich würde Sie gerne zum dem Dreieck EU-USA-Russland befragen. Wie wir wissen, haben die USA und Russland aufgrund einer Initiative von Präsident Obama mit wichtigen Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung begonnen. Wie können Ihrer Meinung nach der Rat und die Europäische Union diese Verhandlungen erleichtern und daran teilnehmen, da derartige Diskussionen für die Zukunft der Menschheit so wichtig sind?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Ich bin mit dieser Nachricht äußerst zufrieden. Ich halte das für einen wichtigen Schritt, dass diese beiden Länder sich zusammensetzen und, wie Sie es ausdrücken, für die Menschheit wichtige Fragen besprechen. Wir können nur hoffen, dass es konkrete Fortschritte gibt.

Im März 2010 gibt es einen globalen Nukleargipfel, an dem die EU natürlich auch teilnehmen wird. Im Hinblick darauf, ist es auch eine gute Gelegenheit, unsere diesbezüglichen Ansichten zu koordinieren und uns zu überlegen, wie wir dazu beitragen können, diese Diskussionen so erfolgreich und ergiebig wie möglich zu gestalten.

Die Präsidentin. – Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

Damit ist die Fragestunde beendet.

17. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll 3-300

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 19.00 Uhr geschlossen)